

Verpackung...
Silber...
Export...
15% Rendite...
20% Rendite...
AUSLAND...
Republik...
Paraguay...
10-HACK...
Schweiz...
Nord...
Kontinental...
10-HACK...
Schweiz...
Nord...
Kontinental...

Montag, 24. Oktober 1983 - D ***

Arzt Spemann Verlag AG, Post 10 05 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefonnummern der Welt: Zentralredaktion Bonn (02 28)
3061 / Anzeigenschaltung Berlin (0 30 54) 10 13 24 / Vertriebsabteilung
Bonn (020) 347-1 - Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 248 - 45 Wk. Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Beleg: 35,00 hkr, Dänemark 4,00 hkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 90 Dr.
Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 100,00 Din, Luxemburg 25,00 Fr.
Niederlande 2,00 gld, Norwegen 7,50 skr, Österreich 13,50 Sch, Portugal 100 Esc.
Schweiz 1,20 sfr, Spanien 125 Ptas, Tschechoslowakei 150 Pcs.

TAGESSCHAU

POLITIK

Terror in Beirut: US-Präsident Reagan hat eine noch größere Anstrengung des Westens gefordert, um zu verhindern, daß Terroristen die Kontrolle über Libanon erlangen. Reagan reagierte damit auf zwei verheerende Bombenanschläge auf amerikanische und französische Soldaten in Beirut, bei denen mehr als 140 getötet wurden.

Warschauer Pakt: Zur Festlegung ihrer Reaktion auf eine mögliche Nachrüstung im Westen treffen sich die Parteichefs der Staaten des Warschauer Pakts am Wochenende in Moskau. (S.1)

Unzufriedenheit wächst: Die Zahl der Ausreisewilligen von Bewohnern der DDR ist nach Informationen von „Bild am Sonntag“ in den vergangenen Wochen auf rund 500 000 angewachsen.

Kreisky zur Nachrüstung: Die SPÖ ist nach Ansicht des früheren österreichischen Bundeskanzlers Kreisky mit ihrer Distanzierung vom NATO-Doppelbeschluss auf dem richtigen Weg.

US-Konvoi vor Grenada: Nach dem blutigen Putsch auf Grenada haben die USA einen Flottenverband vor die Karibik-Insel entsandt, um im Gefährtnfall die 1100 US-Bürger zu evakuieren. Die neuen Machthaber auf Grenada ordneten die Mobilisierung von Armee und Polizei an.

Demonstrationen: Millionen Menschen haben am Wochenende in Westeuropa, Kanada und den USA gegen die Atomrüstung in Ost und West demonstriert. In der Bundesrepublik nahmen nach Angaben der Veranstalter 1,3 Millionen, nach Darstellung des Innenministeriums 500 000 Menschen teil. Bis auf Krawalle in Hamburg gab es keine größeren Ausschreitungen.

Golf-Krieg: Bei irakischen Raketenangriffen auf zwei Städte in der iranischen Provinz Khusistan kamen 145 Menschen ums Leben. Irak hat nach eigenen Angaben den iranischen Hafen Bandar Khomeini am Ausgang des Golfs durch einen Minen-Gürtel blockiert.

Mehr Ausreisende: Obwohl zum Teil immer noch „Schmerzgelder“ verlangt werden, konnten in den ersten neun Monaten dieses Jahres 11 344 Deutschstämmige aus Rumänien in die Bundesrepublik ausreisen - 3500 mehr als im Vergleichszeitraum 1982.

Rechts Hearing des Verteidigungsausschusses: Der Bundestag über alternative Strategien. - Delegation des polnischen Parlaments in Bonn. - BG-Finanzminister beraten in Luxemburg über Finanz- und Währungspolitik. - Bundespräsident erhält Ehren doktor der Universität Dijon. - Der „DDR“-Staatsratsvorsitzende Honecker besucht Prag.

ZITAT DES TAGES

„Es ist wichtig, daß Mr. Andropow begreift, daß Frankreich niemals akzeptieren wird, daß seine Nuklearstreitkräfte in die Genfer Rechnungen mit einbezogen werden.“
Frankreichs Staatspräsident François Mitterrand bei seinem Besuch in London.
FOTO: PETER HARTMANN

WIRTSCHAFT

Rückruf bei VW: Auf Drängen der US-Straßenverkehrsbehörde ruft Volkswagen von America fast 1,6 Millionen Fahrzeuge wegen möglicher Defekte bei der Brems- und elektrischen Anlage zurück. (S.13)

Belgien: Die im Februar 1983 zur Inflationsbekämpfung eingeführten Preiskontrollen sind bis Ende 1984 verlängert worden.

Thesen noch gültig: Wirtschaftswissenschaftler Lambdoff sieht in seinem Thesen-Papier zur „Wende“ in der Wirtschaft vom September 1982 auch heute noch das gültige Konzept einer Politik zur Überwindung der Beschäftigungskrise und Wiederherstellung von Wachstum.

„DDR“-Forschung: Die „DDR“ hat beträchtliche Mühe, in der Mikroelektronik internationalen Schritt zu halten. Sorgen bereiten vor allem die enormen Aufwendungen bei der Entwicklung hoch- und höchstintegrierter Schaltkreise.

Ost-Handel: Der deutsche Außenhandel rechnet nicht mit einer Beeinträchtigung des Ost-West-Handels, wenn es gemäß dem NATO-Doppelbeschluss zu einer Nachrüstung in Westeuropa kommen sollte. (S.13)

Argentinien: Importe für das vierte Quartal 1983 wurden auf ein Volumen von 402 Millionen Dollar begrenzt.

KULTUR

Geburtsfest der Met: Rund 90 der berühmtesten Opernsänger der Welt, sieben Dirigenten, Chor, Ballett und Orchester der New Yorker Metropolitan Opera feierten mit einer Gala der Superlative den 100. Geburtstag der „Met“. (S.21)

Watteau: Für den Verbleib des Watteau-Gemäldes „Einschiffung nach Cythera“ in Berlin sind bislang drei Millionen Mark gespendet worden. Bund und Land wollen zusammen zehn Millionen zum Kaufpreis von 15 Millionen Mark zuschießen.

SPORT

Fußball: Ohne den Stuttgarter Karl-Heinz Förster bestreitet die deutsche Fußball-Nationalmannschaft am Mittwoch ihr Europameisterschafts-Qualifikationsspiel gegen die Türkei in Berlin. Förster zog sich beim Spiel gegen München eine Gehirnerschütterung zu.

Handball: Wahrscheinlich kann die deutsche Handball-Nationalmannschaft doch an den Olympischen Spielen 1984 in Los Angeles teilnehmen. Die Deutschen hatten sich als Zweite der B-Weltmeisterschaft nicht qualifiziert. Weil Ungarn verzichten will, gibt es eine neue Chance.

AUS ALLER WELT

Sensation im Zoo: Eine Eselin im Londoner Zoo wird bald Tiergeschichte machen: Sie wird ein Zebra-Baby zur Welt bringen. Der Embryo war mittels einer neuen Technik eingeführt worden.

Raumstation Salut 7 mit Proviant und Treibstoff versorgt: Aber die Lage der beiden Kosmonauten an Bord bleibt nach 120 Tagen im All kritisch. Ihre Erdfrüh ist nicht mehr rückkehrsfähig. (S.22)

Ungewissheit bleibt: Ein sowjetischer Raumtransporter hat die Außenwelt nicht erreicht.

Wetter: Überwiegend sonnig und trocken. 8 bis 13 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

- Meinungs:** Die Situation Koreas an der heißesten Grenze der Welt - Von M. Neuber S. 2
- Spezial:** Ob reund oder Feind - El Campesino - Valentino Gonzalez fürchten alle S. 3
- Schulversuch:** Gemeinsamer Unterricht in Hamburg für gesunde und behinderte Kinder S. 3
- Forum:** Personalien und Leserbrief an die Redaktion der WELT Wort des Tages S. 6
- Brasilien:** Notstandsmaßnahmen für die Landeshauptstadt gleichen einem Eigentor S. 7
- Fernsehser:** Ein Autor treibt mit Entsetzen Scherz, Henry Slesar und die Lust auf Makabre S. 8
- Fußball:** Der gefeierte Aufsteiger Uedingen ist schon am Ende seiner Kraft S. 10
- Transport und Verkehr:** Die Bahn kassiert den größten Teil des Verkehrserlöses S. 15 bis 19
- Pankraz:** Über Casablanca und den Wissenschaftler-Streit um die Elite S. 21
- Kanton Wallis:** Mit der „Metro“ in 196 Sekunden dem Alpengipfel entgegen S. 22

Blutbad in Beirut. Reagan: Wir werden in Nahost bleiben

Empörung über Anschläge auf Friedenstruppe der USA und Frankreichs

DW/SAD, Beirut/Washington
Die amerikanische Kontingente der internationalen Friedenstruppe in Libanon wird trotz der Terroranschläge des Wochenendes auf die Hauptquartiere der amerikanischen und französischen Einheiten in Beirut seine Mission unverändert fortsetzen. Dies hat US-Präsident Ronald Reagan gestern bekräftigt.

In Washington forderte Reagan nach den Anschlägen in Libanon eine „noch größere Entschlossenheit des Westens“, um die Kontrolle über das Geschehen im Nahen Osten zu erhalten. Denjenigen, die die Vereinigten Staaten zur Aufgabe der Region zwingen wollen, müßte entschlossen werden, je müßte werden, daß sie nicht die Kontrolle dieser lebenswichtigen und strategisch bedeutsamen Weltregion übernehmen können“, sagte der Präsident.

Auch der Oberbefehlshaber der amerikanischen Streitkräfte in Beirut, Oberst Timothy Geraghty, sagte in Beirut, die Anschläge würden lediglich die Entschlossenheit der USA verstärken, weiter in Libanon zu bleiben. Präsident Reagan habe ihm durch den Befehlshaber der Marineinfanterie seine Unterstützung übermitteln lassen.

Bei den Anschlägen gegen die multinationale Friedenstruppe in Beirut sind gestern nach offiziellen Angaben insgesamt 120 amerikanische Soldaten ums Leben gekommen, mehr als 100 Personen wurden zum Teil schwer verletzt. Über die Zahl der Toten unter den französischen Soldaten, unter denen sich auch Wehr-

pflichtige befinden, lagen keine Informationen vor. Nach Meldung von Radio Beirut wurden 23 Franzosen tot aus den Trümmern geborgen. 53 Fallschirmjäger galten als vermißt.

Die Anschläge ereigneten sich in den frühen Morgenstunden. Der Sprecher des US-Kontingents, Major Jordan, und der Sprecher der französischen Truppen, Oberst de Longueux, berichteten, vor beiden Stützpunkten hätte jeweils mit Sprengstoff beladene Lastwagen die Sperren vor den Quartieren durchbrochen, seien auf die Unterkünfte zugestiegen und schließlich explodiert. Im amerikanischen Hauptquartier gelang es dem Fahrzeug nach Angaben von Marineinfanteristen bis in die Vorhalle vorzudringen. Auf dem Weg nach hinten explodierten 900 Kilogramm Sprengstoff. Das Gebäude fiel nach Berichten von Augenzeugen völlig in sich zusammen.

Das Hauptquartier der Marines liegt an der Zufahrt zum Flughafen. Vor dem Gebäude befindet sich eine Mauer, die durch Sandstöße und Stacheldraht zusätzlich gesichert wurde. Das Hauptquartier und ein angrenzendes Zeltlager der Marineinfanterie wurden Tag und Nacht von schußbereiten Posten gesichert.

Die gestrigen Anschläge ähneln dem Anschlag auf die US-Botschaft, bei der am 18. April dieses Jahres 60 Personen ums Leben kamen. Damals wie heute hat sich niemand zu dem Anschlag bekannt.

Es gibt Anhaltspunkte dafür, daß die Anschläge iranisch sind. In der letzten Woche meldeten die Marines in

Beirut, sie seien von Scharfschützen unter Feuer genommen worden. Dabei handelte es sich um Schüsse aus den auch von Schützen bewohnten Vierteln Schia, Bursch el Brachneh und Chneifad. Es besteht der Verdacht, daß die Scharfschützen der iranischen „Hizbollah“ („Partei Allah“) angehören, einer fanatischen, auf Khomeini eingeschworenen Untergrundgruppe.

Iranische Revolutionsgarden und Terrorgruppen lagern seit vergangener Sommer in der libanesischen Stadt Baalbek in der Bekaa-Ebene. Zu ihnen gehört auch die „Dschihad Islam“, die aus schiitischen Iranern und Libanesen besteht. Die Gruppe hat sich mehrfach zu Überfällen auf die internationale Friedenstruppe in Beirut bekannt.

Der französische Verteidigungsminister Charles Hernu hat die Anschläge in Beirut als feige und verabscheuungswürdige Tat verurteilt. Hernu und Staatspräsident Mitterrand sprachen den Familien der Opfer ihr Beileid aus. Gestern noch begab sich Hernu zu der französischen Einheit in Beirut.

Trotz der Anschläge in Beirut soll die „Nationale Versöhnungskonferenz“ Libanons wie geplant am 31. Oktober in Genf beginnen. Die teilnehmenden Sprecher der schiitischen Außenministeriums mit.

Unterdessen bereiten in Libanon offenbar drusische Milizen gemeinsam mit palästinensischen Einheiten in den Schufbergen eine neue Offensive gegen die libanesischen Armee und die christlichen Milizen vor.

Hunderttausende demonstrierten friedlich

Kontroverse SPD - Grüne / In Hamburg sollte Zeitungsanslieferung verhindert werden

DW/Bonn
Mit vier Großkundgebungen in Bonn, Hamburg, Berlin und Baden-Württemberg, an denen sich nach Schätzung der Veranstalter mehr als eine Million, nach denen des Bundesinnenministeriums etwa 500 000 Menschen beteiligten, ist die „Aktionswoche“ der „Friedensbewegung“ gegen die Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen zu Ende gegangen. Dabei verliefen die Demonstrationen fast überall friedlich, nur in Hamburg kam es am späten Sonntagabend nach Aufbruch der GAL zu gewalttätigen Ausschreitungen.

Einer der Höhepunkte der Veranstaltungen war die „Zentrale Friedenskundgebung“ im Bonner Hofgarten. Vor 200 000 (Polizeischätzung) bis 400 000 (Veranstalterangaben) Demonstranten sprach sich dabei der SPD-Vorsitzende Willy Brandt für ein klares „Nein“ gegen „immer neue Atomraketen“ aus. Gleichzeitig betonte er die Zugehörigkeit der Bundesrepublik Deutschland zum westlichen Bündnis und unterstrich den Auftrag der Bundes-

wehr zur Sicherung des Friedens. Brandt sagte, er sei bitter enttäuscht, daß in Genf „kein politischer Wille zur Einigung deutlich werde“. „Mächtige Leute“ hätten sich in ihren Dickkopf gesetzt, daß das Aufstellen von amerikanischen Pershing 2 wichtiger sei als das Wegbringen der sowjetischen SS 20.“

Auf dieser Veranstaltung wurden allerdings auch die Differenzen zwischen der SPD-Partei und den Grünen deutlich sowie die Angst der Grünen, innerhalb der „Friedensbewegung“ von den Sozialdemokraten an die Wand gedrückt zu werden. Die Bundestagsabgeordnete Petra Kelly äußerte in ihrer Rede nach Brandt eine Kritik an dem SPD-Vorsitzenden: Sie habe Brandt einen großen Vertrauensvorschuss gegeben, der „leider verraten“ worden sei. Sie habe zwar ein Nein zur Stationierung gehört, „aber ich warte auf das

„ohne Wenn und Aber“. Dies führte auch auf einer anschließenden Pressekonferenz noch zu erheblichen Auseinandersetzungen zwischen Brandt und Frau Kelly.

Ein kilometerlanger „Menschenstern“ sowie eine von den Demonstranten verlegte weiße Schur verbanden um 12 Uhr mittags die Botschaften der USA und der Sowjetunion, Großbritanniens, Frankreichs, Chinas, Indiens und Südafrikas. Während von der im Bonner Stadtteil Bad Godesberg überquerten Burg aus die blaue Fahne der „Friedensbewegung“ mit der weißen Taube flatterte, übergaben an den Toren der von starken Polizeikräften gesicherten diplomatischen Vertretungen Petitionen der Demonstranten an die Staats- und Regierungschefs, außerdem Säckchen voller Post und bunte Weltkugeln, die die waffenfreie Welt symbolisieren sollten. Der Zug zur Sowjetbotschaft wurde angeführt von Mitgliedern evangelischer Kirchenorganisationen aus Westfalen. Dabei trugen mehrere junge Männer ein Kreuz, knapp dahinter

SEITE 2:
Die Ebbe und die Flut-Macher
SEITE 4:
Weitere Beiträge

Gipfeltreffen des Ostblocks im Kreml

Parteichefs des Warschauer Pakts wölken über „Antwort“ auf Nachrüstung beraten

DW/APP, Moskau/Berlin
Die sieben Parteichefs der Warschauer-Pakt-Staaten werden sich am Freitag und Samstag in Moskau treffen. Parallel dazu wird ebenfalls der Militärpart des Paktes, dem die Chefs der Generalstabe angehören, in der sowjetischen Hauptstadt zusammengetreten. Hauptthema des Gipfels sind die angedrohten osteuropäischen Gegenmaßnahmen für den Fall, daß die NATO von Dezember an neue US-Mittelstreckenraketen in Westeuropa aufstellt.

Es wird damit geschätzt, daß die Führer des östlichen Militärpakt die grundsätzliche Haltung Moskaus bei den amerikanisch-sowjetischen Raketengesprächen in Genf ausdrücklich bekräftigen werden. Allerdings wird es immer noch für möglich gehalten, daß der Warschauer Pakt mit einem neuen Vorschlag in letzter Minute versuchen könnte, den Westen zumindest zu einem Aufschub des Nachrüstungsbeginns zu bewegen.

Der Gipfel ist in diesem Jahr die dritte Begegnung der Staats- bzw. Regierungschefs und Parteichefs. Sie hatten sich bereits im Januar in Prag und im Juni in der sowjetischen Hauptstadt getroffen. Die Konferenz wird von westlichen Beobachtern auch als Grund dafür angesehen, daß der sowjetische Staats- und Parteichef Jurij Andropow seinen für diese Woche vorbereiteten Besuch in Bulgarien verschoben hat.

Der Warschauer Pakt hat den Moskauer Gipfel in den vergangenen Wochen intensiv vorbereitet. Seit September trafen sich die ZK-Sekretäre in Moskau, die Verteidigungsminister in Ost-Berlin und die Außenminister in Sofia. Die Regierungschefs konferierten bei der Jahreskonferenz des Comecons in Ost-Berlin. Zuletzt konsultierten sich die Propagandachefs des Paktes in Havanna. Mittelpunkt all dieser Absprachen waren die „Vergeltungsschritte“ des Ostens zur sogenannten Nachrüstung. Nach Ansicht militärischer Experten wird damit gerechnet, daß die Sowjetunion mit der Aufstellung neuer Gefechtsfeldraketen wie der sowjetischen SS-20 und SS-23-Raketen vor allem in der „DDR“ und in der Tschechoslowakei beginnen wird.

Der neue Landesvorsitzende, Werner Zwißler, rief dazu auf, „den Kampf um bürgerliche Freiheiten“ weiterzuführen. Die Freiheit sei gegenwärtig „mehr gefährdet als gesichert“.

Sowjets werfen den USA „Tricks“ vor

Prawda: Reagan strebt einseitige Schwächung der UdSSR bei START-Verhandlungen an

Die amerikanischen Vorschläge zur Reduzierung der strategischen Atomwaffen sind von der Sowjetunion als völlig unannehmbar zurückgewiesen worden. In einem ausführlichen Kommentar des Parteiorgans „Prawda“ heißt es, US-Präsident Ronald Reagan wolle mit diesen Vorschlägen nur die amerikanische Überlegenheit sicherstellen. In der „Prawda“ wurden die amerikanischen Pläne als völlig einseitig verworfen, da sie hauptsächlich auf die Verringerung der Zahl und Zerstörungskraft der landgestützten Interkontinentalraketen (ICBM) abzielten. Reagan hatte vorgeschlagen, daß beide Staaten für jeden neuen

Sprengkopf zwei alte abbauen mit dem Ziel, ihre Zahl auf 5000 zu reduzieren. Dem „Prawda“-Kommentar zufolge zielt dieser Vorschlag jedoch auf eine Schwächung der Sowjetunion, da die landgestützten ICBM an die 70 Prozent des sowjetischen strategischen Potentials ausmachen, während dies auf amerikanischer Seite lediglich 20 Prozent seien. „Das ist trügerisch, die USA strebt vorrangig nach einer weiteren deutlichen Reduzierung sowjetischer ICBM, während sie zugleich am weiteren Ausbau ihres strategischen Arsenal festhält.“

Die Vorschläge seien „falsch und betrügerisch“ und dienten lediglich

der Irreführung der öffentlichen Meinung, während sich die amerikanische Position bei den Genfer Verhandlungen über eine Reduzierung der strategischen Waffen (START) tatsächlich nicht ändere, hieß es im Parteiorgan weiter. Reagans Pläne würden es den USA erlauben, ungehindert mit der Entwicklung der landgestützten neuen MX-Raketen und Midgeman aber auch mit der beim B-1-Bomber oder den U-Boot-gestützten Trident-2-Raketen fortzufahren.

Westliche Diplomaten erklären gestern, insgesamt mache der Artikel deutlich, daß die Sowjetunion die Vorschläge als Verhandlungsgrundlage ablehne.

DER KOMMENTAR

Feiger Mord

PETER MEYER-RANKE

Der Krieg in Libanon ist heimtückisch und grausam. Mit Sprengstoff vollgepackte Autos sind eine seiner gemeinsten Waffen. Der Feind stellt sich nicht, er bleibt im Hinterhalt wie die Heckenschützen. Weder die amerikanischen Soldaten noch die westlichen Armeen sind auf diese hinterhältige Kriegführung vorbereitet, wie sie vom terroristischen Untergrund im Orient geführt wird. Churchill sagte einst: „Es sind Killer, keine Kämpfer.“

Der Massenmord in Beirut ist das Ergebnis der Generalstabarbeit von Terroristen, ausgeführt von religiösen und politischen Fanatikern. Womöglich gehören die Mörder zu persischen Revolutionsgruppen in der Bekaa wie die Attentäter gegen die US-Botschaft im April. Die Zufahrt nach Beirut wird von syrischen Truppen, Palästinensern und Drusen überwacht, die die Sprengstofflasten passieren lassen. Hunderte von Kilo Sprengstoff hebt niemand in der Wohnung auf, sie kommen aus Depots außerhalb Beiruts.

Washington und Paris sind alarmiert. Die westliche Welt trauert um junge Soldaten, die als Friedenstruppe nach Beirut gesandt wurden, um der Regierung bei der Suche nach Frieden und Stabilität zu helfen. Davon ist Libanon jetzt weiter entfernt denn je. Das politische Ziel des feigen Anschlags ist ja, die alliierte Truppe der Amerikaner, Franzosen, Italiener und Briten zum Abzug zu bewegen. Dann wäre der Weg nach Beirut zum Sturz des Präsidenten frei, der Weg zum Umsturz und zu einer Herrschaft der Syrer und Palästinenser über Libanon.

Reagan und Mitterrand scheinen jedoch entschlossen zu sein, die Truppen in Beirut zu belassen und Präsident Amin Gemayel weiter zu stützen - zumindest bis zu einem Erfolg der geplanten und immer wieder mutwillig verzögerten „Versöhnungskonferenz“. Es mag zu dieser Konferenz kommen, doch sicherlich nicht zur Aussöhnung der seit Jahren blutig verfeindeten Konfliktparteien in Libanon. Ein neuer Waffengang im Schuf und der Sturm auf Beirut sind viel wahrscheinlicher. Die Marines und Legionäre werden trotz aller Opfer in Beirut bleiben müssen.

Kieler FDP lehnt Termin für Nachrüstung ab

Die schleswig-holsteinische FDP hat entgegen den Plänen der Bonner Koalition eine Stationierung neuer Mittelstrecken-Raketen abgelehnt, solange der Stand der Genfer Verhandlungen noch ein positives Ergebnis erhoffen lasse. Bei einem Landesparteitag in Garding (Kreis Nordfriesland) billigte die Mehrheit einen Beschluß, „dann beharrlich weiterzuverhandeln, wenn ein Abbruch der Genfer Verhandlung in diesem Jahr den Schluß zuläßt, daß ein Weiterverhandeln zu positiven Ergebnissen führen könnte“. Eine Stationierung von Mittelstrecken-Raketen auf deutschem Boden würde gesamtdeutschen Interessen widersprechen. Die schleswig-holsteinischen Liberalen fordern im Falle einer Nachrüstung die Stationierung von Mittelstrecken-Raketen auf See.

Der stellvertretende Vorsitzende der FDP-Bundestagsfraktion, Uwe Ronneburger, hatte vor dem - wie er sagte - „unklaren Beschluß“ gewarnt. Seiner Ansicht nach bedeutet der Beginn der Stationierung keineswegs das Ende der Genfer Verhandlungen. „Nur eine feste Haltung dient dem Frieden“, sagte Ronneburger. Doch die Delegierten verlangten, daß in die Bundesrepublik Deutschland keine neuen Waffensysteme eingeführt werden dürften, bevor der Bundestag ein entsprechendes Votum abgegeben habe.

Der neue Landesvorsitzende, Werner Zwißler, rief dazu auf, „den Kampf um bürgerliche Freiheiten“ weiterzuführen. Die Freiheit sei gegenwärtig „mehr gefährdet als gesichert“.

Lambdoff: „Wende“-Papier bleibt Grundlage

AP/dpa, Baden-Baden/Stuttgart
Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambdoff sieht in seinem Thesenpapier vom September vergangenen Jahres, mit dem der letzte Anstoß zum Bonner Regierungswechsel gegeben wurde, „auch heute noch das gültige Konzept einer Politik zur Überwindung der Beschäftigungskrise und zur Wiederherstellung von Wachstum“. Im Südwestfunk sagte er, in diesem Sinne habe ihn auch der FDP-Bundestagsvorstand vor kurzem „sehr nachdrücklich bestätigt“. Er sei sogar aufgefordert worden, „die ordnungspolitische Linie noch klarer zu machen“ als bisher.

Auf die parteiinterne Diskussion der Unionsparteien über den künftigen wirtschafts- und sozialpolitischen Kurs angesprochen, sagte Lambdoff, gerade in diesem Bereich habe sich gezeigt, „daß diese Koalition parallel denkt und gleichgezelt handelt“.

Zur derzeitigen Konjunkturlage sagte der Minister, es gebe wieder Wachstum, der Preisanstieg habe sich halbiert, die Zinsen seien gesunken und das außenwirtschaftliche Gleichgewicht sei in Ordnung. Auch die Exportaufträge hätten in den letzten Monaten wieder zugenommen. Für das kommende Jahr sagte Lambdoff ein reales Wachstum von zwei bis 2,5 Prozent voraus.

Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg (CDU) hat im Süddeutschen Rundfunk auch die Erwartung geäußert, daß sich 1984 der Gesundheits- und Wachstumsprozess beschleunigen werde.

Seite 3: Konsolidierung

Anzeige



spiecker

Exquisite Damenmoden

Stiftstraße 5 · 7000 Stuttgart 1 · Tel.: 0711/22 39 08

Besuchen Sie auch unser Schwesterhaus in Köln, CORDS, Mittelstraße.

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Zwei Briefe, ein Gedanke

Von Enno v. Loewenstern

Auf viele, die in der „DDR“ noch das letzte stramm krenel-
erhebene Gebiet von Sollerfüllung und Haferziehung
sehen, mußten die Erklärungen des nach Westen geflohenen
Ostberliner Philosophie-Professors Franz Loeser wie die
sprichwörtliche Bombe wirken: Kein Mensch glaube mehr an
die Verheißungen des Sozialismus, die Arbeitsmoral sinke, „es
kann in Ostdeutschland zu einer internen Revolte kommen,
gegen die selbst die Ereignisse in Polen um die Gewerkschaft
Solidarität noch systemkonform aussehen würden“. Wie –
solches in der disziplinierten Musterkolonie? Nicht wenige
mögen geglaubt haben, der Professor übertreibe, um sich an
seinem Asylort interessant zu machen.

Doch nun veröffentlicht das „Neue Deutschland“, das offi-
zielle SED-Organ, zwei Briefe evangelischer Kirchengemein-
den aus beiden Teilen Deutschlands. Schon der aus der
Bundesrepublik (Hansen, Kreis Gießen) ist brisant genug mit
seiner schnörkellosen Forderung „gegen Massenvernichtungs-
smittel in Ost und West“. Noch dramatischer ist der Brief
der Kirchengemeinde Dresden-Loschwitz. Da wird „Entset-
zen“ vor den angekündigten „Gegenmaßnahmen auf unserem
Territorium“ ausgedrückt und Honecker gedankt, weil er (so
interpretiert es die Gemeinde) zu verstehen gegeben habe,
„daß weitere Rüstungsanstrengungen sinnlos sind“; es wird
die dringende Bitte ausgesprochen, „alles in Ihrer Kraft Ste-
hende zu tun, daß die Verhandlungen in Genf zu einem Erfolg
führen“.

Honecker selbst hat mehrfach mit Gegenmaßnahmen und
Verweisung gedroht. Man kann sich kaum vorstellen, daß er
diesen Kurs weiterverfolgen will und es dennoch für taktisch
kluges Dampf-Ablassen hält, wenn sein Hausorgan solche
Erklärungen abdruckt. Vielleicht wird in wenigen Tagen der
übliche Oberst Dr. Sowieso per Gegenbrief erklären müssen,
was der Unterschied zwischen Friedensraketen und NATO-
Raketen ist. Aber der Eindruck bleibt, auch und gerade bei
den „DDR“-Bürgern, daß die Verweisung bei Honeckers Füßen
eingesetzt hat. Ob es nun wegen der West-Kredite ist, die nicht
durch schlechtes Klima erlangt werden können, oder ob es
schon soweit ist, daß er sich im eigenen Gebiet selbsten muß:
jedenfalls fühlte sich der SED-Chef offenbar zu einem Signal
gedrängt.

Märchen vom Dukatenesel

Von Hans-Jürgen Mahnke

Und wenn sie nicht gestorben sind... Diese Schlußpointe
bereichert den Charme der Grimm'schen Märchen. In der
Wirtschaft halten sich auch manche märchenhaften Vorstel-
lungen. Etwa die Meinung, der Staat müsse nur stärker in
Krisenbranchen direkt eingreifen – am besten notleidende
Unternehmen gleich selber übernehmen – und schon wären
die Arbeitsplätze sicher.

In jüngster Zeit gibt es solche „Ratschläge“ vor allem wieder
für die Stahlindustrie und die Werften. Und das, obwohl sich
Bund und Länder in diesen Bereichen schon immer kräftig
engagiert haben. Und nicht nur dort.

Jetzt fordert die Gewerkschaft der Eisenbahner Deutsch-
lands von der Bundesregierung die Sicherung der Arbeitsplätze
bei der Bahn, obwohl das Bundesunternehmen schon jetzt
mehr Beschäftigte hat, als es sinnvoll beschäftigen kann. Die
Personalkosten sind seit Jahren höher als das, was die Bahn an
eigenen Erträgen einfährt.

Wesentliche Ursache dafür, daß dieser Verkehrsträger seine
einmalige dominierende Stellung verloren hat, ist die, daß ein
Konkurrent, nämlich das Auto, an Boden gewonnen hat, nicht
nur weil er mehr den Wünschen der Menschen entspricht,
bedarfsgerechter und flexibler ist, sondern weil es teilweise
auch kostengünstiger fährt. Hinzu kommt, daß die Produktion
von Massenartikeln, für deren Transport die Bahn prädesti-
niert ist, in der deutschen Volkswirtschaft an Gewicht verliert.

Man könnte sich gegen den Markt stemmen, aber der Preis
wäre sehr hoch. Das Festhalten an Arbeitsplätzen, die nicht
mehr benötigt werden, bindet Mittel, die bei der Modernisie-
rung für überflüssige Investitionen fehlen. Der Schluß aus
allem ist jedenfalls bei Stahl, Bahn, Hadag oder wo immer
der Staat ist kein Märchenzauberer, der Arbeitsplätze halten
kann, wo dumme oder profitgierige Kapitalisten die Leute
hinausjagen. Arbeitsplätze können nur gehalten werden, wenn
sie rentabel sind. Oder wenn der Staat sie aus den Taschen der
anderen Leute subventioniert – und dann gehen eben andere
Arbeitsplätze durch übermäßige Steuer- und Schuldenaufnah-
men verloren. Und dann trifft die Märchenpointe zu: sie
sind gestorben.

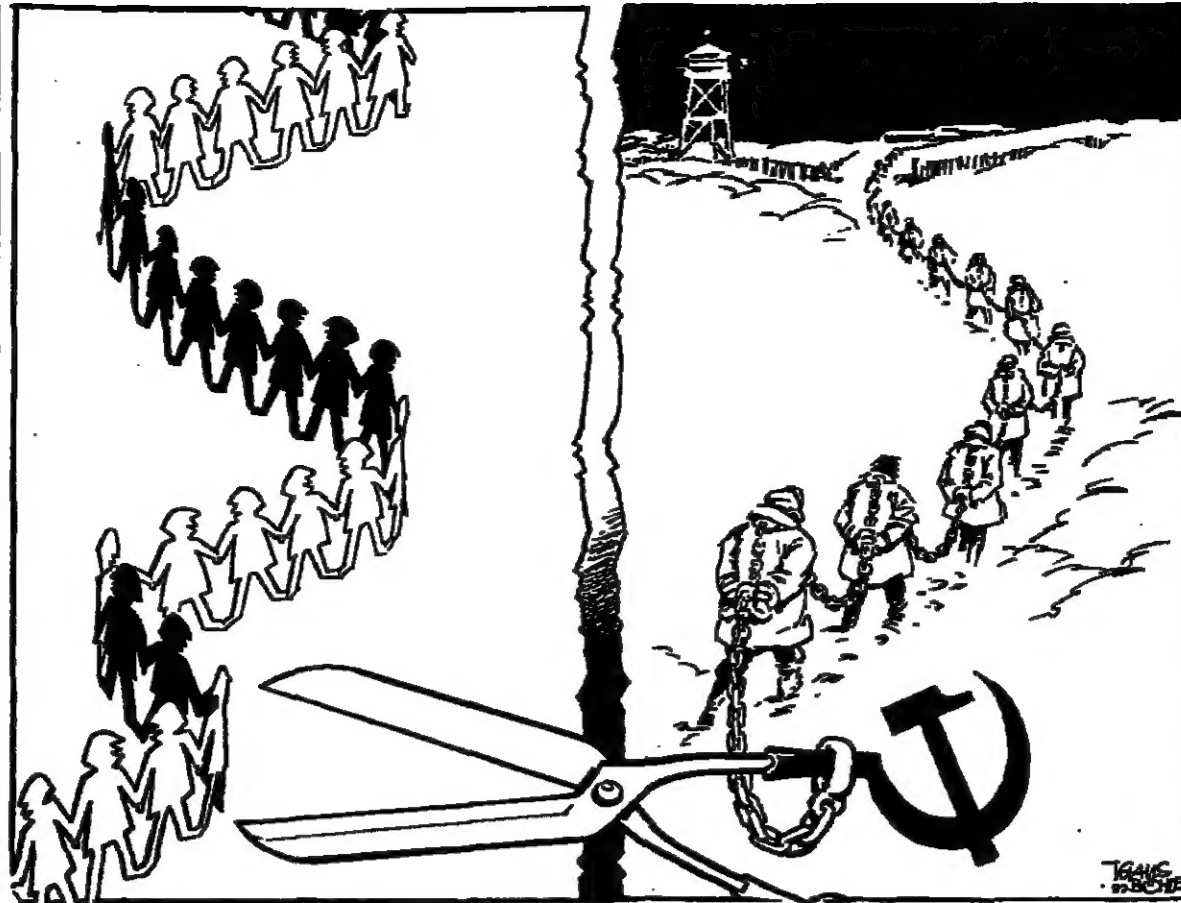
Dialyse und Analyse

Von Eugen Wolmarshof

In einer geschlossenen Gesellschaft ist das Aufkeimen von
Gerüchten unvermeidlich. Wenn einer einen Posten verliert,
sehen viele darin ein Revirement; wenn einer einen Termin
absagt, heißt es nicht selten: Aha, der muß wohl wieder aus
Dialyse-Gerät. Die jüngsten Meldungen aus Moskau haben
Spekulationen ausgelöst. Und es mag auch durchaus sein, daß
Andropow sehr krank und Tschernenko auf dem Weg zur
flexiblen Altersgrenze ist. Aber das läßt sich weder aus der
abgesagten Bulgarienreise noch aus dem „Rücktritt“ von der
Leitung der Hauptabteilung des Zentralkomitees schließen.

Tschernenko hat diesen Posten tatsächlich abgegeben, aber
vor Monaten, wahrscheinlich schon im letzten Dezember, es
hatte schon im August ein Hinweis darauf in der „Prawda“
gestanden. Es ist gewiß ein wichtiger Posten, aber eher auf
Ministerialdirektoren-Ebene. Und der Nachrücker des 72-jäh-
rigen Tschernenko ist der 74-jährige Klawdij Bogoljubow; die
Sowjethierarchie ist die bisher einzige Formation der Weltge-
schichte, die es möglich macht, daß der Nachwuchs der
Großväter aus Urgroßvätern besteht. Wichtiger noch: Bogolju-
bow ist eine Kreatur Tschernenkos. Er bekommt auch nicht
etwas den Titel eines ZK-Sekretärs, den behält Tschernenko.
Es ist nur dem Vorwurf der Ämterhäufung vorgebeugt wor-
den, seit Tschernenko Chefideologe ist; auch Andropow hat ja
im Zuge seiner Apotheose sein KGB abtreten müssen – auch
an einen Mann seines Vertrauens.

Bleibt das Rätselraten um die von Andropow abgeblasene
(freilich nie offiziell angesagte) Bulgarienreise. Doch scheint es
nicht um eine Blutwäsche bei ihm zu gehen, sondern um eine
Gehirnwäsche bei den Satrapen. Eine Gipfelkonferenz des
Warschauer Paktes ist in Vorbereitung. Rumänien und Un-
garn traten beim Comecon-Gipfel allein schon so kritisch auf,
daß offenbar im Krimi das Gefühl vorherrscht, man müsse
einmal wieder monolithische Geschlossenheit veranstalten.
Für Andropow hängt viel davon ab, daß in Moskau noch der
Eindruck entsteht, neuerdings tanzen die Mäuse nicht nur
gelegentlich hinter dem Rücken des Bären, sondern sogar auf
seiner Nase herum.



Menschenketten - Kettenmenschen

ZEICHNUNG: KLAUS SCHÖLE

Die Ebbe und die Flut-Macher

Von Wilfried Hertz-Eichenrode

Nach den Beobachtungen am
Demonstrationsort Bonn war
keineswegs das Grün der Polizei
die am meisten gesehene Uniform,
sondern das lila Halstuch. Damit
ist Wesentliches über das Gros der
vieltausendfach Angereisten ge-
sagt: Es waren friedliche, freund-
liche, meist heitere und ziemlich
verschmuste junge Leute zwischen
20 und 35 Jahren, die sichtbar Spaß
daran finden, das Händchenhalten
zur „Körpersprache“, massenhaft
„Menschenketten“ auszuweiten. Auf die-
sen Teil der Demonstranten trifft
was Friedenspreisträger Manes
Sperber jüngst gesagt hat („Epo-
che“): „Jede Generation braucht
am Morgen oder am Mittag ihres
Lebens eine Zielsetzung, die ihr
den Glauben einflößt, daß sich al-
les erfüllen wird, noch ehe der Tag
beendet sein wird. Es wäre ein
Irrtum, zu glauben, daß das jemals
anders werden könnte. Die Men-
schen glauben das, was ihnen im
Augenblick paßt.“ In diesem Au-
genblick glauben Hunderttausende
an ihre Parole: Hopp, hopp,
hopp – Raketenstopp!

Die frohgemute Überzeugung,
ihre Glaube werde Berge versetzen,
schwindet allerdings, und darum
bohrt in immer mehr Protestmar-
schieren der Widerspruch, daß sie
ihre persönlichen Bekenntnisse nicht
in eine überzeugende Handrei-
chung an die Politiker zu verdrich-
ten vermögen. Sie wissen keinen
Rat für eine verantwortbare Ent-
scheidung des Staates. Dieser
Frust schwächt die Mobilisierbar-
keit der Friedensfreunde. So im-
portant sich die Massenaufmärsche
auf den Fernsehbildschirmen, die
Wahrheit ist, daß die „Friedensbe-
wegung“ am Samstag kaum mehr
als ein Prozent der Bevölkerung
auf die Beine gebracht hat.

Dennoch wäre es ein fataler Ir-
tum, sich darauf zu verlassen, die
Aufwallung der Rüstungsängste
werde von allein verebben. Das ist
höchst unwahrscheinlich, weil in
die „Friedensbewegung“ Forma-
tionen eingedrückt sind, die über
Politik-Profis, Kader, Massenorgani-
sationen und Geld verfügen.

Die wichtigste Formation ist die
SPD. Am Samstag hat sich eine
gespenstische Szene auf dem Bon-
ner Hofgarten unausförmlich ein-
geprägt: Der SPD-Vorsitzende Wil-
ly Brandt, als Protestredner, einge-
keilt zwischen Jo Leinen, der ihn
absagte und Petra Kelly, die ihn
abkanzle, vor sich den DKP-Vor-
sitzenden Mies auf einem Ehren-
platz der Tribüne. Dieses Bild ver-
anschaulicht erschreckend das
wichtigste Faktum, das die „Frie-
densbewegung“ bisher zustande
gebracht hat: Sie hat die SPD über-
rollt.

Kennzeichnend am dem Auftritt
Brandts war nicht sein Nein zur
Stationierung, nicht sein Wort zu-
gunsten des westlichen Bündnis-
ses und der Bundeswehr, sondern
die Tatsache, daß er sich vor dieser
„Volksversammlung“ vergeblich
als der Entspannungskanzler und
Friedensnobelpreisträger von einst
zu legitimieren suchte. Das war
„blowing in the wind“. Brandt
wurde ausgepöflet. Den jungen
Leute von heute gilt er als der
Friedensopa von vorgestern.

Brandt hat am Samstag – nicht
zuletzt in seiner Partei – Kräfte
freigesetzt, die über ihn hinweg-
treten werden. Er hat die Scheusen
für Demagogie vom Schlage La-
fontaines geöffnet, deren Sprache
lautet: Abhängigkeit von den Ame-
rikanern ist unerträglich! Raus aus
der NATO! Politischer General-
streik!

Die zweitwichtigste Formation
sind die DGB-Gewerkschaften,
voran Teile der IG Metall, die
GEW, die IG Druck und Papier.
Ihre Bräus vom DGB-Bundesvor-
stand gab das explosive Stichwort:
Man könne es sich nicht leisten,
den Rüstungsetz zu erhöhen.

Die DGB-Gewerkschaften, voran
Teile der IG Metall, die GEW,
die IG Druck und Papier. Ihre
Bräus vom DGB-Bundesvorstand
gab das explosive Stichwort: Man
könne es sich nicht leisten, den
Rüstungsetz zu erhöhen.

Die DGB-Gewerkschaften, voran
Teile der IG Metall, die GEW,
die IG Druck und Papier. Ihre
Bräus vom DGB-Bundesvorstand
gab das explosive Stichwort: Man
könne es sich nicht leisten, den
Rüstungsetz zu erhöhen.

Die DGB-Gewerkschaften, voran
Teile der IG Metall, die GEW,
die IG Druck und Papier. Ihre
Bräus vom DGB-Bundesvorstand
gab das explosive Stichwort: Man
könne es sich nicht leisten, den
Rüstungsetz zu erhöhen.

Die DGB-Gewerkschaften, voran
Teile der IG Metall, die GEW,
die IG Druck und Papier. Ihre
Bräus vom DGB-Bundesvorstand
gab das explosive Stichwort: Man
könne es sich nicht leisten, den
Rüstungsetz zu erhöhen.

Die DGB-Gewerkschaften, voran
Teile der IG Metall, die GEW,
die IG Druck und Papier. Ihre
Bräus vom DGB-Bundesvorstand
gab das explosive Stichwort: Man
könne es sich nicht leisten, den
Rüstungsetz zu erhöhen.

Die DGB-Gewerkschaften, voran
Teile der IG Metall, die GEW,
die IG Druck und Papier. Ihre
Bräus vom DGB-Bundesvorstand
gab das explosive Stichwort: Man
könne es sich nicht leisten, den
Rüstungsetz zu erhöhen.

Die DGB-Gewerkschaften, voran
Teile der IG Metall, die GEW,
die IG Druck und Papier. Ihre
Bräus vom DGB-Bundesvorstand
gab das explosive Stichwort: Man
könne es sich nicht leisten, den
Rüstungsetz zu erhöhen.

Die DGB-Gewerkschaften, voran
Teile der IG Metall, die GEW,
die IG Druck und Papier. Ihre
Bräus vom DGB-Bundesvorstand
gab das explosive Stichwort: Man
könne es sich nicht leisten, den
Rüstungsetz zu erhöhen.

„während jeder zehnte Arbeitslose
im Ruhrgebiet von der Sozialhilfe
lebt“. Dieses Gemenge von Rüs-
tung und sozialer Frage, an das
der DGB die Laute legt, ist gefä-
hrlicher Zündstoff – jedenfalls so
lange, wie es Kanzler und Bundesre-
gierung an wirtschaftspolitischer
Wegweisung fehlen lassen.

Nächstwichtigste Formation
sind die Grünen. Nicht Petra Kel-
lys feuerstehende Enttäuschung
über Brandt ist Markenzeichen der
Grünen, sondern die Tatsache, daß
die GAL als Parlamentarierpartei
auf dem Hamburger Rathausmarkt
zur Blockade des Verlagsheuses Springer
aufsetzte und folglich die schwe-
ren Straßenkrawalle zu verant-
worten hat. Hier ist ein unmittel-
barer Zusammenhang zwischen
GAL und dem Schlägermob auf
der Straße erkennbar geworden.
Dabei soll nicht vergessen werden,
daß die erste Anregung zu diesem
„Angriff auf die Pressefreiheit“
 („Die Zeit“) von der DKP gekom-
men war.

Die DKP ist die letzte, jedoch
keineswegs unwichtige unter
den Formationen, die der „Frie-
densbewegung“ das Gerippe ein-
ziehen. Mit ihren gesuchten Ka-
dern und dem Geld aus Ost-Berlin
knüpft und dirigiert sie das orga-
nisierte Netz der Massenaufmärs-
che.

Die Analyse wäre unvollständig,
würde nicht darauf hingewiesen,
daß die vielschichtige „Friedens-
bewegung“ von einer Urgrund-
emotion angetrieben wird, vom
Nationalneutralismus. Er ist die ei-
gentliche politische Gefahr. Die
vernünftige Regelung, daß nicht
ein Deutscher, sondern der US-
Präsident über den Einsatz der
Atomraketen verfügt, wird als Er-
niedrigung, als schwachvolle Ver-
letzung des nationalen Stolzes be-
klagt. Kohl und die Koalitionspa-
rteien sind herausgefordert, die
Auseinandersetzung um die geist-
ige Führung aufzunehmen.

Sie dürfen sich damit keine Zeit
lassen. Denn schon ruft die „Frie-
densbewegung“ zu neuem „Wider-
stand“ auf, am 21. November in
Bonn und darüber hinaus im Früh-
jahr. Die eigene Dynamik treibt
den Protest in zunehmend schärfe-
re Aktionen hinein. Die am Sam-
stag erfreulicherweise weitläufig
friedlichen Demonstrationen drohen
unfriedlicher zu werden.

Sie dürfen sich damit keine Zeit
lassen. Denn schon ruft die „Frie-
densbewegung“ zu neuem „Wider-
stand“ auf, am 21. November in
Bonn und darüber hinaus im Früh-
jahr. Die eigene Dynamik treibt
den Protest in zunehmend schärfe-
re Aktionen hinein. Die am Sam-
stag erfreulicherweise weitläufig
friedlichen Demonstrationen drohen
unfriedlicher zu werden.

Sie dürfen sich damit keine Zeit
lassen. Denn schon ruft die „Frie-
densbewegung“ zu neuem „Wider-
stand“ auf, am 21. November in
Bonn und darüber hinaus im Früh-
jahr. Die eigene Dynamik treibt
den Protest in zunehmend schärfe-
re Aktionen hinein. Die am Sam-
stag erfreulicherweise weitläufig
friedlichen Demonstrationen drohen
unfriedlicher zu werden.

Sie dürfen sich damit keine Zeit
lassen. Denn schon ruft die „Frie-
densbewegung“ zu neuem „Wider-
stand“ auf, am 21. November in
Bonn und darüber hinaus im Früh-
jahr. Die eigene Dynamik treibt
den Protest in zunehmend schärfe-
re Aktionen hinein. Die am Sam-
stag erfreulicherweise weitläufig
friedlichen Demonstrationen drohen
unfriedlicher zu werden.

Sie dürfen sich damit keine Zeit
lassen. Denn schon ruft die „Frie-
densbewegung“ zu neuem „Wider-
stand“ auf, am 21. November in
Bonn und darüber hinaus im Früh-
jahr. Die eigene Dynamik treibt
den Protest in zunehmend schärfe-
re Aktionen hinein. Die am Sam-
stag erfreulicherweise weitläufig
friedlichen Demonstrationen drohen
unfriedlicher zu werden.

Sie dürfen sich damit keine Zeit
lassen. Denn schon ruft die „Frie-
densbewegung“ zu neuem „Wider-
stand“ auf, am 21. November in
Bonn und darüber hinaus im Früh-
jahr. Die eigene Dynamik treibt
den Protest in zunehmend schärfe-
re Aktionen hinein. Die am Sam-
stag erfreulicherweise weitläufig
friedlichen Demonstrationen drohen
unfriedlicher zu werden.

Sie dürfen sich damit keine Zeit
lassen. Denn schon ruft die „Frie-
densbewegung“ zu neuem „Wider-
stand“ auf, am 21. November in
Bonn und darüber hinaus im Früh-
jahr. Die eigene Dynamik treibt
den Protest in zunehmend schärfe-
re Aktionen hinein. Die am Sam-
stag erfreulicherweise weitläufig
friedlichen Demonstrationen drohen
unfriedlicher zu werden.

Sie dürfen sich damit keine Zeit
lassen. Denn schon ruft die „Frie-
densbewegung“ zu neuem „Wider-
stand“ auf, am 21. November in
Bonn und darüber hinaus im Früh-
jahr. Die eigene Dynamik treibt
den Protest in zunehmend schärfe-
re Aktionen hinein. Die am Sam-
stag erfreulicherweise weitläufig
friedlichen Demonstrationen drohen
unfriedlicher zu werden.

Sie dürfen sich damit keine Zeit
lassen. Denn schon ruft die „Frie-
densbewegung“ zu neuem „Wider-
stand“ auf, am 21. November in
Bonn und darüber hinaus im Früh-
jahr. Die eigene Dynamik treibt
den Protest in zunehmend schärfe-
re Aktionen hinein. Die am Sam-
stag erfreulicherweise weitläufig
friedlichen Demonstrationen drohen
unfriedlicher zu werden.

Sie dürfen sich damit keine Zeit
lassen. Denn schon ruft die „Frie-
densbewegung“ zu neuem „Wider-
stand“ auf, am 21. November in
Bonn und darüber hinaus im Früh-
jahr. Die eigene Dynamik treibt
den Protest in zunehmend schärfe-
re Aktionen hinein. Die am Sam-
stag erfreulicherweise weitläufig
friedlichen Demonstrationen drohen
unfriedlicher zu werden.

Sie dürfen sich damit keine Zeit
lassen. Denn schon ruft die „Frie-
densbewegung“ zu neuem „Wider-
stand“ auf, am 21. November in
Bonn und darüber hinaus im Früh-
jahr. Die eigene Dynamik treibt
den Protest in zunehmend schärfe-
re Aktionen hinein. Die am Sam-
stag erfreulicherweise weitläufig
friedlichen Demonstrationen drohen
unfriedlicher zu werden.

Sie dürfen sich damit keine Zeit
lassen. Denn schon ruft die „Frie-
densbewegung“ zu neuem „Wider-
stand“ auf, am 21. November in
Bonn und darüber hinaus im Früh-
jahr. Die eigene Dynamik treibt
den Protest in zunehmend schärfe-
re Aktionen hinein. Die am Sam-
stag erfreulicherweise weitläufig
friedlichen Demonstrationen drohen
unfriedlicher zu werden.

IM GESPRÄCH Bernard Coard

Mord am Freund

Von Werner Thomas

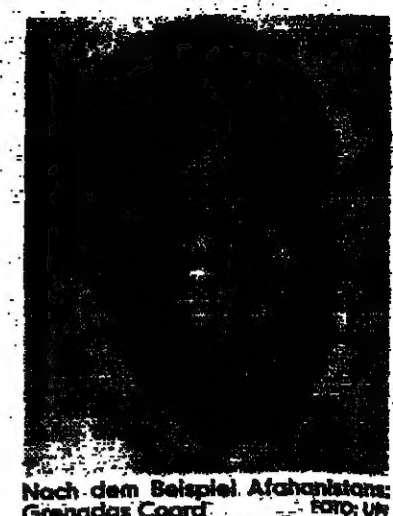
Er ist der Mann im Hintergrund.
Winston Bernard Coard (39) hat
die blutigen Ereignisse auf der karibi-
schen Insel Grenada gelenkt. Ohne
seine Aktivität wäre Maurice Bishop
noch am Leben und Premierminister.
Niemand weiß jedoch, ob Coard am
Ende tatsächlich als Sieger aus die-
sem Machtkampf hervorgeht.

Bernard Coard und Maurice Bishop
waren einst die besten Freunde. Sie
haben nach einem Studium im Aus-
land – Bishop besuchte die London
School of Economics, Coard die ame-
rikanische Brandeis University und
die britische Sussex University – ge-
meinsam eine Anwaltspraxis in St.
George's eröffnet, der Hauptstadt
Grenadas. Sie sind nach ihren Stu-
dien als überzeugte Marxisten in die
Heimat zurückgekehrt.

Bishop gründete vor zehn Jahren
mit einem Freund namens Hudson
Austin die „New Jewel Movement“.
Jewel steht für Joint Endeavor for
Welfare, Education and Liberation
(Gemeinsame Aktion für Wohlfahrt,
Bildung und Befreiung). Coard trat
etwas später der Bewegung bei. Er
beendete erst 1976 seine Studien.

Im März 1979 putschte sich die
Oppositionspartei an die Macht, als
sie den exzentrischen Premierminis-
ter Eric Gairy absetzte, der gerade in
New York weilte. Bernard Coard und
Hudson Austin waren neben Maurice
Bishop die Schlüsselfiguren dieses
Staatsstreiches, der nur ein Todes-
opfer forderte. Bishop wurde Pre-
mierminister, Coard stellvertretender
Premier und Minister für Finanzen,
Handel und Planung. Hudson Austin
übernahm zunächst das Arbeits- und
Kommunikationsministerium, dann
wurde er Kommandeur der „revolu-
tionären Volksarmee“. Er avancierte
sofort zum General.

Zwischen Coard und Bishop ent-
standen von Anfang an Differenzen
über den Kurs der Revolution. Coard,
ein korpusculärer, bäriger Mann, mit
einer jamaikanischen Marabunta ver-
heiratet, die Grenadas Frauenorgani-
sation führte, wollte den Prozess des
Sozialismus rascher vorantreiben.
Beobachter in St. George's bezeich-
neten ihn als „orthodoxen Kommunis-
ten“. Bishop widerstand sich jedoch
den Forderungen Coards und seiner
Gefolgsgente, die besonders auf eine
Verstaatlichung des Privatsektors



Noch dem Beispiel Afghanismus: Grenadas Coard

drängen. Dem Premierminister wur-
de schließlich „Revisionismus“ vor-
geworfen. Angeblich gab es sogar
Prügelungen zwischen ihm und Coard,
der sich schließlich eine Mehrheit im
Zentralkomitee der New Jewel Move-
ment sichern konnte. Bishop wurde
aufgefordert, die Macht mit Coard zu
teilen. Er widerstand sich dem Par-
teischluß – so veränderte sich je-
denfalls „Radio Free Grenada“.

Die Öffentlichkeit erfuhr von al-
lem erst, als Coard plötzlich seine
Ämter zur Verfügung stellte, „um Ge-
richt über Mordpläne gegen Bi-
shop entgegenzutreten“ (so Radio
Free Grenada). Da befand Bishop
sich bereits unter Hausarrest.

Während der blutigen Ereignisse
der letzten Tage, die mit der Ermor-
dung des Premiers und fünf seiner
Minister im Afghanistan-Stil ihren
Höhepunkt erreichten, tauchte Coard
unter. Sein Name wurde von dem
Rundfunksende nie erwähnt, in sei-
nem Namen wurden keine Kommunika-
tionen veröffentlicht. Niemand weiß
wo sich der Bishop-Rivale aufhält.
Schon kursieren Gerüchte, Bernard
Coard sei ebenfalls ums Leben ge-
kommen. Der neue starke Mann sei
Hudson Austin, der Armeechef, der
auch den Revolutionären Militärat
kommandiert. Anderen Ge-
richtigen zufolge ist Bernard Coard
bereits zum neuen Führer der Partei
gewählt worden und hat sich nur
zurückgezogen, bis wieder einiger-
maßen normale Verhältnisse her-
schen. Man wird sehen.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Die Demonstrationen in der Bundesrepu-
blik, Frankreich und anderen Ländern am
Wochenende beschäftigten viele Kom-
mentatoren.

Rhein-Zeitung

Trotz schwacher Beteiligung bei
der einen oder anderen Aktion: Die
Friedensbewegung läßt nicht locker.
In Gemeinden und Schulen wurde
im Namen des Friedens bereits Un-
frieden getragen. Und schon verlangt
die IG Druck vom DGB einen weite-
ren „Widerstandstag“, um nach den
von der Masse der Arbeitnehmer
kaum beachtetem Mahn-Minuten
„fünf vor zwölf“ der gewählten
Volksvertretung zur Raketen-Ab-
stimmung (21. November) Druck aus
den Betrieben zu machen. (Koblenz)

Neue Zürcher Zeitung

Dennoch stimmen gegenwärtig
auch manche Sympathisanten der
Friedensbewegung dem Eindruck zu,
daß der Protest gegen die Nachrü-
stung in der Bundesrepublik offen-
bar an Schwung und innerer Dyna-
mik verloren hat. Selbst wenn an
diesem Wochenende einige hundert-
tausend Leute auf die Straße gehen,
so wäre das kaum ein Prozent der
bundesdeutschen Gesamtbevölke-
rung... nicht mehr als die Masse
jener Sportbegeisterten, die allwö-
chentlich zu den Bundesligaspielen
in die Fußballstadien strömen.

LIBERATION

Die Gleichgültigkeit, die allgemein
die Pazifisten gegenüber der Ver-
teilung zeigen, die ihre utopischen
Gesinnungsfreunde jenseits des Ei-
senen Vorhangs erkeiden, spricht
nicht gerade für ihre Klarheit und
nicht für ihren Humanismus. Für
Moskau ist der Pazifismus eine
Kriegsmaschine, die im Schritt mit
Und wie sie frühlich marschieren...
im Westen. Ein Erfolg der Pazifisten
würde um dem Frieden genauso we-
nig näherbringen, wie wenn man den
Appetit des Wolfes damit stillen wol-
te, daß man die Gitterstäbe seines
Käfigs erweitert. (Paris)

MORGEN

Der Bonner Polizeipräsident fiel zu
guter Letzt noch aus der Rolle der
allgemeinen Beschränkung, als er
vor der gestrigen Blockade des Ver-
teidigungs- und Entwicklungsmi-
nistiums Krawalle befürchten zu
müssen glaubte. So konnten ihm die
Organisatoren der nicht gebliebenen
Lahnlegung Bonner Ministerien
jetzt überflüssiges „Gewaltverwe-
den“ ankreiden. Andererseits wäre es
blauäugig, aus der bisherigen Fried-
fertigkeit den Schluß zu ziehen, daß
Ausschreitungen und Gewalttätig-
keiten nun endgültig der Vergangen-
heit angehören.

Warum der raue General so sanfte Zurückhaltung übt

Die Situation Koreas an der heißesten Grenze der Welt / Von Manfred Neuber

Südkoreas autoritärer Staatschef
Chun Doo Hwan reagiert mit
staatsmännischer Zurückhaltung
auf die kommunistischen Provoka-
tionen der letzten Wochen gegen-
über Seoul. Nach dem Abschuß
des südkoreanischen Jumbos
durch die Sowjets trachteten ver-
mutlich nordkoreanische Attentä-
ter beim Staatsbesuch in Birma
ihm nach dem Leben.

Die Besonnenheit des Fall-
schirmjäger-Generals, dessen Na-
tur der Wunsch nach Vergeltung
nicht eben wünschenswert ist, geht
auf den mäßigen Einfluss der
USA zurück. Washington will ei-
nen neuen Ausbruch des Korea-
Krieges, der 1953 nur eingestell-
t wurde, aber bis heute nicht durch
ein friedliches Nebeneinander der
beiden Staaten auf der koreani-
schen Halbinsel beendet werden
konnte, unbedingt verhüten.

Die getrennten Brüder stehen
einander am 38. Breitengrad so
feindlich gegenüber, daß ein Fun-
ke genügt, um den Brand zu ent-
fachen. Dort seitensamerweise – oder
auch nicht – legt Moskau gar kei-
nen Wert auf „Entspannung“. Tat-
sächlich haben Nordkoreas An-
schläge den Südkoreanern, die mit
einer flexiblen „Nord-Politik“ eine
Annäherung an die kommunisti-
schen Nachbarstaaten anstreben,
in ihrem Bemühen um interna-
tionale Anerkennung zurückgewor-
fen.

Der Gesichtsverlust wird wette-
gemacht, wenn Präsident Ronald
Reagan an seiner für November
geplanten Reise nach Südkorea
festhält. Sein Besuch auf den Phi-
lippen fiele bereits der politischen
Unruhe in Manila zum Opfer. Se-
oul muß auf weitere Sanktionen
aus dem Norden gefaßt sein, kann
aber bei einer Eskalation der Krise
mit der Rückendeckung durch die
USA rechnen. Für Reagan gibt es
kein Zurückweichen vor Aggresso-
ren.

Der öffentliche Aufschrei im
„Land der Morgenstille“ wegen
der kommunistischen Gewaltakte
– ob spontan erhoben oder offiziell
eingestimmt, das bleibt hier un-
erheblich – bewirkt eine aus dem
Gefühl der gemeinsamen Bedro-
hung herrührende Solidarisierung
zwischen dem Volk und der Füh-
rung in Südkorea. Sie bietet dem
Präsidenten die Chance, sein Re-
gime zu lockern, ohne die Wach-
samkeit gegenüber der Subversion
durch den Norden zu vernachlässi-
gen.

Chun steht im Wort, bis 1988 die
Macht in andere Hände zu geben.
Ein demokratischer Wandel stünde
Seoul gut an, bevor es in jenem
Jahr die Olympischen Sommer-
spiele beherbergt. Nach den Er-
schütterungen in der letzten Zeit
muß wohl befürchtet werden, daß
die stärkere Bedrohung seines Re-
gimes wieder einmal in der Ge-
schichte zum Anlaß genommen
werden wird, eine freiwillige Ablösung
hinauszuzögern.

Zur Abwendung einer kriegeri-
schen Konfrontation zwischen
Nord und Süd in Korea haben die
Vereinigten Staaten unlängst die
Volksrepublik China ersucht, ein
Machtwort in Pjöngjang zu spre-
chen. Den derzeitigen Pekinger
Mandanten liegt kaum an einer
Zuspitzung der Situation in Fern-
ost. Auf eine innere Lockerung in
Seoul könnte Präsident Reagan bei
seinem Besuch hinwirken. Mehr
Demokratie in Südkorea nähme
die Schatten von einem glänzen-
den Wirtschaftsmodell und stärkte

die Sicherheit auch der 40 000 US-
Soldaten im Lande.

Soweit es die neue liberale
Wirtschaftspolitik betrifft, ist Prä-
sident Chun gut beraten, an dem
Kurs festzuhalten, den seine bei
dem Anschlag in Rangun getöteten
führenden Kabinettsmitglieder
eingeschlagen hatten. Die neuen
Minister, die zur Wirtschaftsequipe
gehören, garantieren Kontinuität.
Die in den USA ausgebildeten
Technokraten wissen, welche
Wechselbeziehung zwischen wirt-
schaftlichem Aufschwung und
freihändlerischer Gesellschaftsord-
nung besteht.

Wird der Präsident größeres
Vertrauen in sein eigenes Volk gewin-
nen, demokratische Grundrechte
maßvoll in Anspruch zu nehmen?
Kurz nach seiner Machtübernahme
1980 (der eigentliche Vorgänger
Park wurde im Oktober 1978 vom
eigenen Geheimdienst ermordet)
machte Chun die Hoffnungen auf
eine Liberalisierung zunichte. Die
Niedererschlagung der Studenten-
Revolte von Kwangju im Mai 1980
lastet noch als schwere Hypothek
auf seinem Regime.

Um die Bewunderung im Aus-

land für den wirtschaftlichen Auf-
stieg Südkoreas nicht durch nega-
tive Schlagzeilen beeinträchtigen
zu lassen, setzt Seoul später Hun-
derte politischer Gefangener frei.
Anhaltende Hungerstreiks tragen
dazu bei, die „Machtgeber“ nach-
denklich zu stimmen. Unter die



Zum Schluß der „Aktionswoche“ gegen die Atomrüstung gingen Hunderttausende auf die Straße / Gegenkundgebungen der Union

Strauß appelliert an schweigende Mehrheit, Farbe zu bekennen

DW, Bonn
Im Rahmen ihrer „10 000 Friedensstage“ hatte die Union am Wochenende zu zwei Großkundgebungen in München und Wolfenbüttel aufgerufen. Der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß wandte sich auf dem Münchener Marienplatz an die „schweigende Mehrheit der deutschen Bevölkerung“. Man sei nicht zusammengekommen, um für mehr Rüstung und mehr Raketen zu demonstrieren, sondern um für eine realistische Friedenspolitik die Stimme zu erheben. Der niedersächsische Ministerpräsident Ernst Albrecht appellierte vor allem an die Christen innerhalb der Friedensbewegung, beim Friedensdienst die Vernunft nicht außer acht zu lassen.

PETER SCHMALZ, München
Die CSU ist überzeugt, daß es trotz der propagandistischen Grobfeindbilder der „Friedensbewegung“ eine Mehrheit im deutschen Volk gibt für Frieden, Freiheit und Verteidigungsbereitschaft gegenüber einer Aggression angelegten östlichen Politik. „Es ist nun höchste Zeit, daß die schweigende Mehrheit aus ihrem Schlaf erwacht und Farbe bekennen“, umreißt Strauß auf dem Münchener Marienplatz das Ziel der CSU-Friedensmanifestation just zur gleichen Zeit, da andere, die sich auch den Frieden auf Banner geschrieben haben, Kasernen blockieren und Menschenketten bilden. Aber schon die Transparente auf dem Marienplatz demonstrieren den Willen dieser Veranstaltung, die Bedrohung des Friedens nicht beim Verbündeten, sondern hinter den ungründlichen Mauern des Kremls zu suchen: „Unsere Stärke ist das Bündnis“, und „Wir verlassen uns auf die Freiheit – aber wenn uns die Freiheit verläßt!“

12 000 bis 15 000 Menschen waren nach Polizeischätzung zu der bisher

größten Friedenskundgebung der Union gekommen, was in München durchaus auch als Signal an die Schwesterpartei CDU gewertet wird, ihre Aktivitäten zu forcieren und das Friedens Thema nicht nach bisheriger Art fast ausschließlich den Emotionen der „Friedensbewegung“ zu überlassen. Ein hoher CSU-Funktionär: „Es genügt halt nicht zu sagen: Wir haben recht. Man muß den Leuten auch erklären, warum.“

Strauß versucht dies in seiner 80-Minuten-Rede bei strahlendem Sonnenschein mit einem Argumentationsbogen, der mit der Klarstellung beginnt, man sei nicht zusammengekommen, um für mehr Rüstung und mehr Raketen zu demonstrieren, sondern um in aller Öffentlichkeit für eine realistische, an der Wirklichkeit orientierte Friedenspolitik unsere Stimme zu erheben – und er endet mit dem Appell, die Freiheit mit Stärke und Entschlossenheit zu verteidigen: „Die Geschichte bewegt sich nicht nur über Schlachtfelder und Barrikaden, sie bewegt sich über gesellschaftliche, geistige Entwicklungen. Und diese Entwicklungen werden wir siegreich bestehen, hier werden wir gewinnen. Und dann gehört die Frage ‚Nachrüstung oder nicht der Vergangenheit an. Aber wenn wir das erleben wollen, dann müssen wir jetzt die Gegenmaßnahmen ergreifen, damit die andere Seite uns nicht ihr System aufzwingen kann. Das ist der Sinn unserer Botschaft.“

Moskau werde keinen Finger gegen einen Verbündeten der USA erheben, aber es verfolge eine Strategie in fünf Phasen: Europa in Angst und Panik vor einem Krieg versetzen; den Europäern zu sagen, der Krieg gehe von Amerika aus; Mißtrauen zwischen Europäern und Amerikanern sähen (Strauß); Bahr stellt sich in den Dienst des sowjetischen Psycho-Ter-

rors gegen die europäische Bevölkerung; Europa zur Neutralität bringen; dadurch letztlich die politische Aufsicht und militärische Kontrolle über dieses Gebiet zu gewinnen. Auf diesem Weg spielen Hunderttausende von Friedensdemonstranten nach Meinung von Strauß die Rolle der „nützlichen Idioten“ des Ostens.

schw. Wolfenbüttel
Eine Politik der guten Nachbarschaft und des militärischen Gleichgewichts mit der Sowjetunion sei der Garant des Friedens, den alle wollen, erklärte der niedersächsische Ministerpräsident Ernst Albrecht am Samstag auf einer Kundgebung der CDU in Wolfenbüttel. Dazu gehören der „gleichgewichtige Abbau“ der Bewaffnung in Ost und West. Es falle ihm jedoch schwer, an die Friedfertigkeit der Sowjetunion zu glauben angesichts ihrer bisherigen Politik in Ungarn, der Tschechoslowakei und Afghanistan. Deshalb müsse der Westen ein „verlässliches System der Friedenssicherung“ haben.

Albrecht war am frühen Vormittag in die alte braunschweigische Residenzstadt gekommen und mischte sich unter die Menschen in der Fußgängerzone. Er wurde mit Musik und von einer friedlichen Menge, die von der Polizei auf 3000 Zuhörer geschätzt wurde, empfangen.

Der Ministerpräsident wandte sich in seiner Rede vor allem an die Christen in der Friedensbewegung und meinte, die Bergpredigt, auf die sie sich berufen, könne nicht als einzige Handlungsanweisung betrachtet werden. Es sei wahr, daß der Mensch zu Frieden und Vergebung verpflichtet sei, es sei aber ebenso richtig, daß man alles Notwendige für den Frieden tun und die Vernunft gebrauchen müsse.

Andropow-Berater droht mit neuer Rüstungs-Runde

dpa/AP, Hamburg
Mit der verschärften Drohung, eine neue Runde des Wettrennens einzuleiten, schaltete sich der Kreml erneut in die Raketen Diskussion in der Bundesrepublik Deutschland ein. Gegenüber dem Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ sagte das Moskauer ZK-Mitglied Georgi Arbatow, die Sowjetunion werde, die Stationierung der amerikanischen Raketen nicht mit neuen Vorschlägen beantworten, sondern mit neuen Raketen. Wenn die Stationierung um die Jahreswende beginne, bedeute dies: „Die Verhandlungen sind gescheitert. Wofür sollen wir dann noch sprechen?“

Arbatow, ein Berater des sowjetischen Staats- und Parteichefs Andropow und Leiter des Instituts für amerikanische Studien, nannte zwar keine Einzelheiten über die geplanten Gegenmaßnahmen Moskaus. Er schloß jedoch den Aufbau eines Anti-Raketensystems eindeutig aus. Diese Systeme gehörten „ins Reich der Phantasie“.

Arbatow richtete auch versteckte Warnungen an die Adresse Bonn. Die Bundesrepublik, die „besonders stolz darauf sei“, der treueste Verbündete der USA zu sein, könne bei einem Scheitern der Verhandlungen keinen Anspruch auf eine „Sonderbehandlung“ erheben. Die Verantwortung für einen Fehlschlag in Genf treffe nicht allein die USA.

Das ZK-Mitglied vertritt die Ansicht, die Amerikaner wollten nur ein Abkommen, „das uns auf die Knie zwingt oder zu Tode rüstet. Das nennt man Erpressung“. Die Sowjetunion werde aber nicht verhandeln, wenn sie das Objekt einer Erpressung sei.

Es sei ein Irrtum, wenn die Amerikaner glaubten, daß die Genfer Abrüstungsverhandlungen erst richtig beginnen, wenn die ersten Pershing 2 und Marschflugkörper stationiert sind.

Mit dem Redner Brandt hatten sich die Grünen verkalkuliert

MANFRED SCHELL, Bonn
Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt kann mit dem Echo, das er für sich und den Kurs der SPD auf der Großdemonstration im Bonner Hofgarten gefunden hat, nicht zufrieden sein. Sein „Nein zu immer mehr Atomraketen“ und die Position der SPD, die Brandt mit der Forderung, nicht stationieren, sondern ernsthaft verhandeln, beschrieb, stellte die Menge nicht zufrieden. Pfeifkonzerte, auch verhaltener Beifall, prägten die Stimmungslage.

Das lag zunächst an der Regie. Brandt war einer von 16 Rednern. Ihm standen gute zehn Minuten zur Verfügung, und er kam erst spät dran. Der Spielraum des SPD-Vorsitzenden war durch die augenblickliche „Diskussionslage“ in der Führung seiner Partei zusätzlich eingeengt. Über diese Linie, das war vorher in den Gremien so besprochen, wollte Brandt nicht hinausgehen. Er klebte an seinem Manuskript und ließ sich auch durch spontan hochgezogene Transparente („Du Heuchler“, „Wir glauben Dir nicht mehr“) nicht provozieren.

Die Grünen haben sich in diesem Punkt verkalkuliert. Schon im Vorfeld hatten sie erklärt, Brandt werde ein „klares Nein zur Stationierung“ sagen, und zwar ohne Wenn und Aber. Auf dieser Annahme hatte Petra Kelly ihre Rede, die sie nach Brandt hielt, aufgebaut. In dem vorab

den Journalisten übermittelten Text war denn auch von einem Stück „Wiedergutmachung“ durch den SPD-Vorsitzenden die Rede und davon, daß er den „verlorengegangenen Anschluß der Parteiführung an die Parteibasis wiederhergestellt hat“. Die Enttäuschung von Petra Kelly war spürbar. Sie schlug um in scharfe Attacken. Brandt habe den Vertrauensvorschuß „verraten“. Der SPD-Vorsitzende sprach nachher von „Zänkereien“. Er habe den Eindruck, daß Kelly den Kampf gegen die SPD intensiver führe als gegen die Raketen. Brandt: „Für wen halten Sie mich eigentlich?“

Brandts Ziel war es, an diesem Samstag den Einstieg der SPD in die absehbare Wahlkampfperiode einzuleiten. Der Schriftsteller Heinrich Böll hat das in seinem Eröffnungswort geschickt zum Ausdruck gebracht, als er von Veränderungen sprach. Vor zwei Jahren hätten sich nur einzelne SPD-Abgeordnete „schamhaft“ in der Nähe der Tribüne gezeigt. Die „erfreuliche Gegenwart“ von Brandt deute er so, daß die SPD gegen die Raketen stimmen werde.

Hinter, neben der Tribüne, sah man den FDP-Abgeordneten Burkhard Hirsch zeitweilig stehen. Auf einem Ehrenplatz vor dem Rednerpult saß von Anfang an der DKP-Vorsitzende Mies. Ansonsten aber war die Präsenz der Kommunisten kaum wahrnehmbar. Die violetten

Halbtücher dominierten. Heinrich Böll war es, der in der Schlußphase der Friedensbewegung in der „DDR“ einführte. Er verlas eine Erklärung von „drüben“, in der es hieß, man komme dort schon deshalb in Gefangenschaft, weil man Papiere zu Friedensfragen erarbeite. Die Erklärung schloß mit dem Appell, im Westen darauf zu achten, was in der „DDR“ geschehe und dazu „Stellung“ zu nehmen.

Probst Helmut Falcke aus Erfurt, der Friedensstage in der „DDR“ für den November angekündigt, meinte, wirkliche Sicherheit könne man nur „mit“, nicht aber „gegen“ den Gegner gewinnen. Er wisse, daß im Westen viele vor den Raketen im Osten Angst hätten – „vielleicht nicht für die ihr bekommen sind, aber die anderen, die nicht hier sind“. Er könne diese Angst „niemandem ausreden“.

Diesmal waren in Bonn mehr Plakate und Transparente zu sehen, die gegen die Rüstung in West und Ost waren, wenn auch die Hauptbotschaft nach wie vor gegen die Amerikaner zielte. Aber es gab auch lebhaften Beifall aus der Menge, zum Beispiel, als es die Brust vom DGB-Vorstand einen „Skandal“ nannte, „daß die DDR-Regierung Friedensdemonstrationen aufhöre“. Oder: als die Gewerkschafterin sagte: „Wäre die UdSSR so friedliebend, wie manche meinen, dann hätte sie Produktion und Stationierung ihrer SS 20 längst gestoppt.“

Hamburg: GAL rief zu Blockade auf

HERBERT SCHÜTTE, Hamburg
Können Sie dahinten die Person in Weiß erkennen – da haben wir einen Verkehrsreisenden stehen“, sagte Innenminister Alfons Pawelczyk (SPD) auf dem Balkon des Hamburger Rathauses. Der Chef der Hamburger Innenbehörde hatte seine Beamten optisch zurückgezogen, vor der Menschenkette standen nur wenige Beamte, zum Teil mit Rosen und Nelken am Revers, die ihnen Demonstrationsteilnehmer überreicht hatten.

Die „Volksversammlung“ hatte Streit nur im politischen Vorfeld ausgelöst: Das Hickhack um die Freigabe der Bannmeile – der Senat sagte zunächst Nein, das Verwaltungsgericht Ja, Bürgerpräsident Peter Schulz legte Beschwerde gegen den Spruch ein, dann erteilte der Senat die Genehmigung für den Platz – hinterließ Verwirrung und Narben innerhalb des Regierungslagers.

Am Samstagnachmittag war dieses Schauspiel der Unentschlossenheit bei den Sozialdemokraten übertrübt von der Farbigkeit, ja auch der Fantasie der Kundgebungsbesucher. 180 000 bis 200 000 waren es nach Schätzung der Polizei, die Sprech-

rin des „Hamburger Forums“, Ingrid Kurz, nannte hingegen 410 000 Teilnehmer aus ganz Norddeutschland. Ein riesiger Neptun aus Pappmaché, eine zerbrochene Rakete, tragend, dümpelte – von vielen hundert Händen hochgehalten – auf dem Platz, nachdem er zuvor mit drei Dutzend Booten auf der Elbe für den Frieden geschwommen war.

Zu Lande, zu Wasser und in der Luft wurde für den Frieden demonstriert. Einseitig mit der Forderung aus den Westen, auf Nachrüstung zu verzichten. Das Transparent mit der Aufschrift „Afghanistan fordert den Abzug der Sowjets“ blieb eine Ausnahme, eine Stimme, die unterging in der nach neun Reden zum Abschluß mit anhaltendem Beifall geübten „Erklärung“, in der die Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen nicht als Mittel der Abschreckung, sondern der „Planung eines Atomkrieges“ bezeichnet wird.

Die rund 200 000 Zuhörer zerstreuten sich rasch, nur ein Trupp von etwa 6000 Demonstranten blieb zurück, um, angeheizt von der Sprechin der autonomen Gruppen, Christel

Kruse und dem GAL-Bürgerbeauftragten Thomas Ebermann, die Verkehrsbusse Axel Springer zu blockieren. Auch diese Aktion, mit der die Auslieferung von „Bild am Sonntag“ verhindert werden sollte, hatte im Vorfeld innerhalb des linken Lagers erhebliche Auseinandersetzungen verursacht. Die DKP hatte die erste Anregung gegeben, sprach sich dann aber entschieden gegen die Blockade aus, die IG Druck rief ihre Mitglieder auf, nicht teilzunehmen. „Wir wagen's trotzdem“, lautete für die Parole Ebermanns.

Das „Wagnis“ war stellenweise Kindern aufgebürdet worden: Am Karl-Muck-Platz saßen sie, darunter Drei- bis Vierjährige, in den vordersten Reihen der Sperr-Staffeln. Die Polizei hatte das Verkehrsgebiet weiträumig abgesperrt. Die Demonstranten errichteten Straßensperren und zündeten Holzverschanzungen, Müll und ein Auto an. „Neptun“, der sich ebenfalls als Blockade-Monstrum aufgebaut hatte, wurde schließlich naß: Die Polizei machte mit Wasserwerfern den Weg für die Zeitungswagen frei.

Menschenkette von Stuttgart bis Ulm

KING-HU KUO, Stuttgart
Sonntagabend, 12.40: Die längste Menschenkette, die je gebildet wurde, steht fristgemäß auf der Bundesstraße 10 zwischen Stuttgart und Neu-Ulm. Mit Gesang, Bravourrufen und Händeklatschen wurde dieses Ereignis von den rund 200 000 Teilnehmern dieser Aktion begrüßt. Aus Baden-Württemberg, Bayern, aber auch aus dem Ausland waren die Ketten-Demonstrierer in zahlreichen Sonderzügen und Bussen an die 23 Abschnitte der Kette gebracht worden.

Vorsorglich war für die Zeit der Kettenbildung von etwa 9 bis 12.30 die Höchstgeschwindigkeit auf der vielbefahrenen B 10 auf 50 Kilometer die Stunde begrenzt worden. Der Autoverkehr wurde im wesentlichen nicht behindert.

Die Kette, die vor den Patch-Barracks in Stuttgart-Vaihingen begann und in Neu-Ulm vor den Wiley-Kasernen ihren Endpunkt hatte, wurde durch zahlreiche Ordner der „Friedensbewegung“ in starrer Regie geführt.

Die einzige Gegendemonstration kam vom „Fellbacher Forum“, einem Zusammenschluß von Bundeswehr- und Reservistenverbänden und an-

deren Organisationen. In Stuttgart und Neu-Ulm überreichten Vertreter des Forums Brot und Wein an US-Armeesoldaten als Zeichen der Freundschaft und des Dankes.

Während der Demonstrationstour entlang der Menschenkette kam es jedoch zu Aggressionen seitens der „Friedenskämpfer“. Die Gegendemonstranten, die symbolisch SS-20-Raketen auf ihren Autos markiert hatten, wurden als „Nazi-Schweine“ beschimpft. Einige Autos wurden vorsätzlich beschädigt, die Teilnehmer des Forums bespuckt, in zwei Fällen auch tätlich angegriffen.

Großkundgebungen gab es auch in Neu-Ulm und Stuttgart, den zentralen Punkten des Abschlusses der „Aktionswoche“ gegen die atomare Rüstung.

In der Doppelstadt Ulm/Neu-Ulm (Baden-Württemberg bzw. Bayern) gingen rund 100 000 Menschen auf die Straße. Hier wurde bereits am Freitag die Wiley-Kaserne von 1000 Nachrüstungsgegnern „besetzt“. Angeblich soll Neu-Ulm einer der Stationierungsorte für die neuen Pershing 2 werden. 2000 bayerische Polizisten hatten am Samstagvormittag

die Blockierer weggetragen, um das Haupttor der Kaserne freizuhalten.

Ohne besondere Zwischenfälle verlief auch in Ulm die „Umzingelung“ eines Informationsstandes der CDU und Jungen Union, auf dem unter dem Motto „Schützende Zone Bundesrepublik“ gegen eine einseitige Darstellung der Friedensproblematik Stellung genommen wurde.

Fast 200 000 Personen nahmen an einer Großkundgebung in Stuttgart teil, die vom späten Nachmittag bis zum Abend dauerte. Der SPD-Politiker Erhard Eppler breitete seine weltweit umspannenden Visionen aus, von seiner Gegnerschaft zu Rüstung und Nachrüstung bis hin zur Problematik der Dritten Welt.

Eine der Fraktionssprecherinnen der Grünen im Deutschen Bundestag, Frau Marie-Luise Beck-Oberdorf, erklärte unter großem Beifall, ziviler Ungehorsam sei „ein Zeichen für demokratische Reife“. DGB-Landeschef Siegfried Pommerenke betonte, Atomwaffen seien „ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit“. Er forderte die Bundesregierung auf, mit dem Geld für die Rüstung lieber neue Arbeitsplätze zu finanzieren.

Berlin: Nur Anarchos machten „Zoff“

hrk, Berlin
Auf dem Platzgeviert, auf dem John F. Kennedy seine unsterblichen Worte „Ich bin ein Berliner“ sprach, standen 20 Jahre später die Teilnehmer der Berliner Variante der Friedenskundgebung. Weit entfernt vom Schöneberger Rathaus steuerte eine Gruppe schwarzgekleideter „Anarchisten“ mit einer schwarzen Fahne den einzigen Eklat bei: Die Anhänger der „Autonomen“ versuchten, ein mitgebrachtes US-Sternenbanner zu verbrennen.

Augenzeugen berichteten, der Zwischenfall hat sich in der Nähe des Hochhauses der „Bundesversammlung“ an der Angeltstraße am Hohenzollernplatz abgespielt. Die Jugendlichen waren auf das Dach eines Haltestellenhäuschens geklettert und schwenkten ständig eine schwarze

Anarchisten-Fahne. Ein mitgeführtes amerikanisches Sternchenbanner war offenbar zuvor in Öl getaucht worden. „Das Tuch fing zwar Feuer, aber die Flammen gingen sofort wieder aus“, berichteten unmittelbare Zeugen des Geschehens der WELT. „Die Polizei war so schnell zur Stelle, daß die Anarchos sogar ihre Plastiktüten auf dem Dach zurückließen.“

Zur Unterhaltung der Zehntausende von Teilnehmern, die noch weit nach Beginn der Hauptkundgebung vor dem Rathaus die City verstopften, trugen mehrere Rockgruppen bei. Die „Tornados“ erreichten, was der entmilitarisierte Status Berlins bisher verhindert – sie traten mit Kleidungsstücken der Bundeswehr-Uniform auf. Mit Bundeswehr-Schultern auf dem Kopf und in obskurer Weise mit Papp-Raketen handierend, sangen sie Agitprop-Songs mit Texten wie „Wenn die schönsten Pershing's fliegen, freut sich unser ganzes Heer“.

Nach dem Muster ihrer Einsätze vor einer Woche bei der Blockade der amerikanischen „Andrews Barracks“ patrouillierten auch diesmal sowjetische Militärstreifen an den Demonstrationen entlang. Zeitweilig rollten ein „Lada“ und ein Kleinbus mit dem CA-Schild („Sowjetische Armee“) sogar im Konvoi durch die Innenstadt West-Berlins. Im Wagen-Fonds saßen einige fotografierende Offiziere der „Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland“.

Die Teilnehmer reagierten auf die Foto-Aktivitäten der Sowjets, die auch einzelne Demonstranten aufnahmen, mit einem Protestmarsch, so daß die umgebenden Gänge schließlich weiterführten.

AIR FRANCE LE CLUB: UNSER NEUES ANGEBOT HEBT UNS AB.



„Le Club“ heißt die neue Air France Klasse für Geschäftsleute. Zum 1. November führen wir diese neue Klasse auf allen unseren Langstrecken nach Nord- und Südamerika und nach Fernost ein. „Le Club“ hebt sich deutlich von dem ab, was Sie sonst unter „Business Class“ gewohnt sind – nur nicht im Preis. Unsere neue Klasse „Le Club“ bietet Ihnen eine exklusive Kabine mit nur 8 Sitzen in einer Reihe unserer Boeing 747. Die Sitze sind echte Erste-Klasse-Sitze wie in unserem Airbus. Eine Bar, an der Sie sich auch während des Fluges bedienen können, und eine Garderobe im vorderen Teil dienen zusätzlich Ihrer Entspannung und Ihrem Komfort. Die Trennwand und der Vorhang gegenüber dem übrigen Teil des Flugzeugs sorgen für eine Atmosphäre abgeschiedener Ruhe, in der unsere „Le Club“-Passagiere unter sich sind. Nach einem Glas Champagner vor dem Abflug und Apéritifs vor dem Essen servieren wir Ihnen Mahlzeiten in bester französischer Tradition – mit mehreren Gängen: Vorspeise, zwei warme Hauptgänge nach Wahl, Nachspeisen und Digestifs. Daß wir Ihnen dazu die richtigen Werte empfehlen, versteht sich bei uns eigentlich von selbst. Zu den Annehmlichkeiten, die Sie schon vor dem Flug erleben, gehören der Check-in an einem besonderen Schalter, die persönliche Platzreservierung und besonders gekennzeichnete Bordkarten und Kofferanhänger. Wir freuen uns darauf, Sie bald in „Le Club“ begrüßen zu dürfen. Buchen können Sie in Ihrem IATA-Reisebüro oder bei uns.

AIR FRANCE
IMMER HÖHER HINAUS

Polen: Offiziere werfen Regime Verrat vor

AFP/DW, Warschau
Ein offener Brief einer Gruppe von polnischen Offizieren, die das Regime von General Jaruzelski des Verrats im Namen einer „ausländischen Diktatur“ beschuldigen und freie Wahlen fordern, ist in der jüngsten Ausgabe der „Ungleichzeitigkeit“ (Sozialer Widerstand) veröffentlicht worden. In dem vom 20. September datierten Schreiben vertreten die Offiziere die Ansicht, daß die polnische Armee, „anstatt das Vaterland gegen Feinde von außen zu verteidigen, zum Gendarmen und Unterdrücker seiner eigenen Nation“ geworden sei. „Wieder einmal wurde die Nation mit Gewalt gezwungen, nach den Regeln der Sowjetunion, deren Wortführer die Polnische Vereinigte Arbeiterpartei ist, zu arbeiten und zu leben.“ Das polnische Volk sollte die Möglichkeit haben, schreiben die Offiziere in dem der „Solidarität“-Untergrundführer nahestehenden Magazin, in freien Wahlen das ihm gebührende Gesellschaftssystem zu bestimmen. Die Verfasser des Schreibens beschuldigen ihre Vorgesetzten in der Armee, sie irreführt zu haben. Zum Zeitpunkt der Verhängung des Kriegsrechts am 13. Dezember 1981 sei die Armee von der Bevölkerung völlig abgeschnitten gewesen und habe deshalb geglaubt, daß das Kriegsrecht tatsächlich der einzige mögliche Ausweg sei.

Irak bekennt sich zu Raketenangriffen

DW, Teheran
Die Zahl der bei irakischen Raketenangriffen auf zwei Städte Irans getöteten Menschen ist nach Angaben der amtlichen Nachrichtenagentur IRNA auf 116 gestiegen. Mehrere hundert Menschen seien verletzt worden. 94 Menschen seien bei den Angriffen am Samstag auf die Stadt Masjed Sulejman gestorben. Den jüngsten Bericht zufolge kamen weitere 22 Personen in der 100 Kilometer südöstlich davon gelegenen Stadt Dantul ums Leben. Irak bekennt sich zu dem Angriff und bezeichnete ihn als Vergeltung gegen iranische Angriffe auf seine Grenzstädte. In Masjed Sulejman, einem wichtigen Ölförderungsgebiet Irans, waren die Rettungsaktionen am Wochenende noch nicht beendet. Das staatliche iranische Fernsehen berichtete gestern, die beiden Städte seien von drei Raketen getroffen worden, näher Angaben zu den Typen der Geschosse wurden nicht gemacht.

CDU-Kommunen wollen Bonns Sparkurs mittragen

Geißler nennt die KPV die Basis der Partei

R. v. WOIKOWSKY, München
„Die Kommunalpolitik ist die Kognitiv der Politik.“ Münchens Oberbürgermeister Erich Kieser umriß mit diesen Worten die Bedeutung des dreitägigen Kongresses der Kommunalpolitischen Vereinigung der Union (KPV), der am Wochenende zu Ende ging. Die „Königin“ hatte zur Audienz geladen und die Bundespolitik der CDU/CSU strömten fast in Kabinettstärke in die bayerische Landeshauptstadt. Familienminister Heiner Geißler, Finanzminister Gerhard Stoltenberg, Innenminister Friedrich Zimmermann und Bauminister Oscar Schneider zeigten vor den 600 Delegierten kommunalpolitische Zukunftsperspektiven aus ihrer jeweiligen Ressortsicht auf. Zusätzlich setzten der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß und CSU-Generalsekretär Otto Wiesheu landespolitische Akzente.

Die Gäste aus Bonn wußten und unterstrichen es auch, was die Bundespolitik den mehr als 100 000 Kommunalpolitikern der Union verdankt. Minister Stoltenberg belegte es statistisch. Noch 1970 lag die SPD mit 47 Prozent Anteilen in den Kommunalparlamenten weit vor der Union (35 Prozent). 1982 ist der Unionsanteil auf fast 48 Prozent aller Ratsmandate gestiegen, während die SPD auf knapp 41 Prozent abschrumpfte.

Mit Genugtuung nahmen die Kommunalpolitiker der Union das Bonner Lob entgegen und der wiedergewählte KPV-Vorsitzende und Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Horst Waffenschmidt, nutzte die Chance, die Regierungsmitglieder an die großen Probleme der Städte und Gemeinden zu erinnern. „In zwei Drittel der kommunalen Parlamente hat die Union die absolute oder relative Mehrheit. Dies ist ein großer Auftrag für uns Kommunalpolitiker der Union, zugleich aber ist es auch Verpflichtung für CDU und CSU in Bundestag, Bundesrat und Bundesregierung, die kommunale Selbstverwaltung zu stärken und bei den schwierigen aktuellen Aufgaben zu unterstützen.“

Genau hier lag das Konfliktfeld des Münchener KPV-Kongresses, der unter dem Motto stand: „Den Bürgern eine Heimat geben.“ Auf der einen Seite gab es dort die Erwartungen und Anforderungen der Kommunalpolitik der Union an ihre Bundesregierungen, auf der anderen Seite die durch die Sparpolitik eingeschränkten Möglichkeiten des Bundes, ebenfalls eigene oppositionelle Forderungen in aktuelle Regierungstaten umzusetzen. Innenminister Zimmermann nannte denn auch das Problem beim Namen: „Ich weiß nicht, was Innen der Kollege Stoltenberg versprochen hat, aber viel wird es nicht gewesen sein.“

In der Tat forderte Stoltenberg – und fand es auch – von seinen kommunalen Parteikollegen in erster Linie Verständnis für seine finanzpolitischen Maßnahmen: „Wir können keine generelle Übertragung von Bundesmitteln (an die Kommunen) in Aussicht stellen. Wir stehen nicht in einer Legislaturperiode erneuter großer Anforderungen an das Leistungsvermögen des Staates, sondern in einer Periode der notwendigen Gesundung.“ Und weiter: „Wir machen nicht eine Politik, um zu sparen, sondern wir sparen, um wieder Politik machen zu können.“

Aber Stoltenberg machte in München auch klare Zusagen. So werde es in dieser Legislaturperiode keine weiteren Eingriffe in die Gewerbesteuer geben. Mittelfristig kündigte er eine Neuordnung des Gemeindefinanzsystems an. Und wie seine anderen Kabinettskollegen sicherte er die Erfüllung eines besonders dringenden kommunalen Wunsches an: „Wir werden sorgfältig darauf achten, daß aus neuen Bundesgesetzen keine unverhältnismäßigen Aufwendungen für die Kommunen entstehen.“

Das Fazit von München ist schnell gezogen. „Die Basis der Partei“, wie Geißler die KPV nannte, kann auf ihre Bundesregierung zählen. Geißler selbst versprach langfristig eine Struktur-Reform der Sozialhilfe und die damit dringend geforderte finanzielle Entlastung der Kommunen in diesem Bereich. Bauminister Schneider zeigte mehr als Verständnis für die von der KPV verlangte grundlegende Vereinfachung des Baurechts und Innenminister Zimmermann schließlich konnte nach Darstellung seiner Pläne zum Ausländer-Problem und zum Umweltschutz minutenlang Ovationen als Zeichen der totalen Übereinstimmung entgegennehmen. Aber neben aller Bereitschaft der Unionskommunen, die harten Bonner Konsolidierungsmaßnahmen mitzutragen, mußten die Bundesminister auch eine Mahnung mit auf den Heimweg nehmen: „Wir von der Union haben ein Interesse daran, daß nicht alle Fehler der Vergangenheit wiederholt werden.“

„DDR“ kündigt Einstellung der S-Bahn an

dpa, Berlin
Die „DDR“ stellt hohe finanzielle Forderungen für die vom Senat von Berlin beabsichtigte Einbeziehung von S-Bahn-Strecken in das Westberliner Nahverkehrsnetz. Bei den Sondierungsgesprächen in Ost-Berlin verlangte sie außerdem die Übernahme von 850 im Westteil der Stadt wohnenden S-Bahn-Beschäftigten der „DDR“-Reichsbahn und kündigte gleichzeitig an, daß sie nicht bereit sei, den S-Bahn-Verkehr in West-Berlin nach dem 1. Januar 1984 weiterhin zu betreiben. Sie will lediglich einen Pendelverkehr zwischen dem Ostberliner Bahnhof Friedrichstraße und dem Lehrter Stadtbahnhof auf der westlichen Seite der Mauer aufrecht erhalten. Wie am Wochenende bekannt wurde, präziserte die „DDR“ ihre Vorstellung zur „Lösung der S-Bahn-Frage“ in einem 10-Punkte-Papier.

Bombenanschlag auf Bundeswehrrakete

dpa/rt, Bonn/Koblenz
Erheblicher Sachschaden ist in der Nacht zum Sonntag bei einem Bombenanschlag auf die Nachrichtenschule der Bundeswehr in Bad Ems entstanden. Ein Sprecher des Bundesverteidigungsministeriums sagte, der Sprengkörper sei gegen 3.45 Uhr in einem noch nicht fertiggestellten Neubau der Schule explodiert. Die Bombe sei offenbar von außen über einen Zaun geworfen worden. Menschen seien nicht verletzt worden. Über das genaue Ausmaß des Schadens könne man noch nichts sagen. Die Ermittlungen würden von der zuständigen Staatsanwaltschaft gemeinsam mit dem Militärischen Abschirmdienst (MAD) geführt. An dieser Nachrichtenschule absolvieren sowohl die späteren Angehörigen des MAD als auch jene Offiziere einen Teil ihrer Ausbildung, die als Militärattachés an deutsche Botschaften ins Ausland gehen.

Franz Alt klagt vor Arbeitsgericht

dpa, Augsburg
Der zunächst für drei Sendungen von der Moderation des Fernseh-Magazins „Report“ aus Baden-Baden entbundene Journalist Franz Alt hat nach einem Bericht der Zeitschrift „Weltbild“ Klage beim Arbeitsgericht Karlsruhe gegen seinen Sender erhoben. Er will mit einer einstweiligen Verfügung die Rechtswidrigkeit des Moderationsverbotes feststellen lassen.

„Neues Deutschland“ druckt Briefe aus Ost und West

Weshalb ließ Honecker die Texte veröffentlichen?

HRK, Berlin
Mit einem Bruch der bisherigen Informationspolitik, das eigenständige Friedensengagement der evangelischen Christen in der „DDR“ offiziell nicht zur Kenntnis zu nehmen, vollzog das SED-Parteiblatt „Neues Deutschland“ am Wochenende eine Kehrtwende. Offenbar auf direkte Weisung von Erich Honecker druckte es einen Brief der evangelisch-lutherischen Kirchengemeinde Dresden-Loschwitz im Wortlaut ab.

Darin kommen zum erstenmal die schweren Sorgen vieler „DDR“-Christen und ihrer Mitbürger über die angekündigte Stationierung neuer sowjetischer Kurzstreckenraketen im anderen Teil Deutschlands nach erfolgter NATO-Nachrüstung zum Ausdruck.

Konkrete Formulierung
Wörtlich heißt es dazu in dem Schreiben: „Die Vorstellung erfüllt uns mit Entsetzen, daß bei der von uns verurteilten Stationierung der amerikanischen Atomraketen in West-Europa auch auf unserem Territorium entsprechende atomare Gegenmaßnahmen eingeleitet werden und wir unsere Kinder unmittelbar mit Atomraketen leben müssen.“

Damit wird zum erstenmal konkret ausgesprochen und über das SED-Blatt in die Öffentlichkeit transportiert, was viele in der „DDR“ angesichts der bisher schon bekannten Ankündigungen Honeckers über Gegenmaßnahmen des Warschauer Pakts nach einer US-Raketenstationierung empfinden.

Über eine noch weitaus konkretere und massiver formulierte Forderung der evangelischen Landeskirchen während ihrer jüngsten Bundessynode in Potsdam hatte die „DDR“-Öffentlichkeit kein Wort erfahren. Die Synodalen hatten Ende September gebeten, daß weder während der laufenden Genfer Verhandlungen, noch zu einem späteren Zeitpunkt atomare Kurzstreckenraketen im eigenen Land stationiert werden. An die NATO war appelliert worden, ihren „Spielraum“ für die Genfer Gespräche so zu erweitern, daß eine Stationierung vermieden werden könnte. Die UdSSR ihrerseits sollte ihre Bereitschaft zur Verschröpfung von SS-20-Raketen „schon jetzt in die Tat umsetzen.“

Als Motiv für die ungewöhnliche neue Haltung der SED gegenüber der christlich motivierten Friedensbewegung im eigenen Land lassen sich drei Quellen finden:

Der Versuch, den Protestanten zu attestieren, mit ihren selbständigen Beiträgen im Prinzip ernstgenommen zu werden, wenn der Vorrang der staatlichen Friedenspolitik nicht in Frage gestellt wird. Zugleich dient der Beitrag als Ventil für den angestauten Unmut vieler kirchlicher Basisgruppen, mit ihren Aktionen während der „Friedensmärsche“ der FDJ und SED im Frühjahr nicht zum Zuge gekommen zu sein.

Zugleich will die SED-Führung offenbar kritischen Stimmen in der Bundesrepublik begegnen, die auf die Verfolgung christlicher Aktivitäten in der „DDR“ hinweisen. Dazu zählte in jüngster Zeit die dreijährige Gefängnisstrafe für einen Jugenddiakon und die Verhaftung einer Gemeindeführerin in Halle sowie die Festnahme mehrerer Anhängerinnen der Bewegung „Frauen für den Frieden“.

Gegenüber dem unteren SED-Funktionärs-Korps, das den intellektuell meist überlegenen Friedens-Engagierten mit Mißtrauen und Widerwillen begegnet, soll anscheinend dokumentiert werden, daß die bisherige Außenseiterrolle dieser Gruppen politisch nicht unbedingt gewollt ist. Jeder Konflikt ist angesichts der wirtschaftlich-politischen Binnenlage der „DDR“ ein Konflikt zuviel.

Bitte an Honecker
Bemerkenswert ist neben dem Hinweis der Dresdener Gemeinde auf die bevorstehende Raketenstationierung in der „DDR“ auch die erste öffentliche Erörterung des Wunsches vieler Menschen drüben, mehr Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik zu suchen. Dazu heißt es wörtlich in dem Brief an Honecker: „Wir möchten Sie bestärken und zugleich dringlich bitten, den Dialog zwischen beiden deutschen Staaten weiterzuführen und zu erweitern, damit Vertrauen wachsen kann als Grundlage für eine Sicherheitspartnerschaft, eine, nach Ihren Worten, Koalition der Vernunft.“

Der Brief aus Sachsen wird im SED-Blatt durch das ebenfalls abgedruckte Schreiben einer hessischen Kirchengemeinde ergänzt. Darin kommt zum Ausdruck, daß sich christliche Pazifisten in der Bundesrepublik keineswegs nur – wie die „DDR“-Medien zu suggerieren versuchten – gegen Massenvernichtungswaffen im Westen, sondern auch gegen derartige Systeme im Osten wenden.

Seite 2: Zwei Briefe, ein Gedanke

Breit: „Man wird unsere Zähne zu spüren bekommen“

dpa, Hamburg
Die Gewerkschaften sind entschlossen, die 35-Stunden-Woche auch gegen Widerstände durchzusetzen. Der Vorsitzende des DGB, Ernst Breit, versicherte in einem „Spiegel“-Interview, wenn es um die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche gehe, werde man „noch früh genug unsere Zähne zu spüren bekommen“. Der neue Vorsitzende der IG Druck und Papier, Erwin Ferlemann, rief am Wochenende seine Organisation auf, sich in diesem Zusammenhang auf eine harte Auseinandersetzung einzustellen.

Breit betonte, mit der Einführung der 35-Stunden-Woche in einem Schritt könnten 1,2 bis 1,4 Millionen Arbeitsplätze geschaffen werden. Dabei sei bereits eingerechnet, daß 50 Prozent der Arbeitszeitverkürzung durch Rationalisierung und Neuorganisation verlorengingen. Bei einem langfristig angelegten Stufenplan würde dagegen nach Ansicht Breits der arbeitsmarktpolitische Erfolg verspielt.

Bundesfinanzminister Gerhart Stoltenberg hat gestern in einem Schritt Runden erneut vor den „schlimmen wirtschaftlichen und arbeitsmarktpolitischen Folgen“ einer 35-Stunden-Woche mit Lohnausgleich gewarnt.

Streik jetzt auch ohne Urabstimmung

dpa, Nürnberg
Die Industriegewerkschaft Druck und Papier kann in Zukunft auch ohne Urabstimmung einen Streik ausführen. Eine entsprechende Satzungsänderung hat der am Wochenende in Nürnberg zu Ende gegangene Gewerkschaftstag der IG Druck beschlossen. Begründet wurde dieser Schritt vor allem damit, daß die Gewerkschaft bei den anstehenden Auseinandersetzungen „mobiler“ werde und im Ernstfall schneller reagieren könne.

Während es bisher in der Satzung hieß, „zur Durchführung eines Streiks ist eine Urabstimmung erforderlich“, lautet die Neufassung: „Zur Durchführung eines Streiks kann eine Urabstimmung durchgeführt werden.“

DIE WELT (usps 603-580) is published daily except Sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365.00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to Gannett Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, N.J. 07632.

ABIDJAN LIEGT GLEICH NEBEN HANNOVER.

Wer in Hannover in ein Stück herrlichen Marmorkuchen beißt, denkt wahrscheinlich nicht daran, daß er dies unter anderem dem Fleiß von Yao (links im Bild) und von Henner (rechts im Bild) zu verdanken hat. Und dem emsigen Treiben der niedersächsischen Industrie und des niedersächsischen Handels. Allein im vergangenen Jahr wurden für insgesamt 32 Mrd. Mark Baumwolle,

Düngemittel, Kautschuk oder eben auch Kakao importiert und über 30% der in Niedersachsen produzierten Ware in alle Welt exportiert. Zahlen, die zeigen, daß es für Niedersachsen ganz alltäglich ist, heute mit der Elfenbeinküste und morgen mit Indonesien Geschäfte zu betreiben. Nun, da liegt es natürlich auf der Hand, daß wir als Niedersachsen Landesbank und als Zentralbank der niedersächsischen

Sparkassen in Sachen Ausland genauso aktiv und geschäftig sind wie unsere Kunden. Und das heißt wiederum: Egal, ob es sich um die Abwicklung des Dokumenten- und Zahlungsverkehrs handelt, um die Absicherung von Währungsrisiken, um die Vermittlung von staatlichen Förderungsmitteln oder um die Finanzierung der Vorratshaltung mit einem Festzinskredit – wir wissen, was auslandsorientierte Unternehmen

von uns erwarten. Vielleicht sprechen Sie mal mit uns.

NORD/LB Georgplatz 1 4000 Hannover 1 Tel. 0511/9054-1 Tele. 9216-20	NORD/LB NORD/LB-Zentrum 3400 Braunschweig Tel. 0531/687-1 Tele. 9525-10	NORD/LB Luxemburg 20 Avenue d'Albion L-1115 Luxembourg Tel. 00352 222 011 Tele. 00352 224 1
---	---	--

Zentralbank der niedersächsischen Sparkassen.



NORD/LB
NORDDEUTSCHE LANDESBANK
GROZENTRALE

„Die Konsolidierung des Staatshaushaltes ist das bisher mögliche Optimum“

Finanzexperten stellen Bundesregierung auf der 37. Vertriebstagung des Springer-Verlages ein positives Urteil aus

DANKWART SEITZ, **Lindau**
Die Bilanz der neuen Bundesregierung ist außerordentlich positiv, und es ist verhängnisvoll, wenn jetzt auch führende Persönlichkeiten der deutschen Wirtschaft anstatt die Regierung zu stützen und zu ermuntern, den eingeschlagenen unpopulären wirtschaftlichen Kurs konsequent fortzusetzen, nach kurzer Amtszeit öffentlich Kritik üben. Ein besseres und dazu noch einhelliges Urteil hätte sich Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg kaum wünschen können, nachdem Mitte vergangener Woche der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages, Otto Wolff von Amerongen, seiner Enttäuschung über ein Ausbleiben deutlicher wirtschaftspolitischer Signale aus Bonn Ausdruck gegeben hatte.

Zu dem positiven Urteil kam eine nicht weniger prominente Runde. Anlässlich der 37. Vertriebstagung des Axel Springer Verlages in Lindau am Bodensee zogen auf einer Podiumsdiskussion unter Leitung von WELT-Chefredakteur Herbert Kremp vor 400 geladenen Gästen die Vorstandsvorsitzenden F. Wilhelm Christians (Deutsche Bank), Manfred Lennings (GHD), Bernd Heberling (Horten), der persönlich haftende Gesellschafter der Oetker-Gruppe, Guido Sandler, zusammen mit Bundesfinanzminister Stoltenberg. Zwischenbilanz - ein Jahr nach der „Wende“. Schließlich dürfte man nicht vergessen, so Christians, daß „wir eine Weltrezession hinter uns haben und noch mitten in dem Prozeß stehen,

uns daraus wieder empor zu heben“. Die Konsolidierung des Staatshaushaltes, wie sie zur Zeit geschehe, sei „das Optimum dessen, was bisher gemacht werden konnte“ (Lennings). Selbst in einem Unternehmen sei in so kurzer Zeit kaum etwas zu bewegen, geschweige denn in einer Volkswirtschaft, meinte Heberling.

Stoltenberg räumt allerdings ein, daß es noch genügend Felder in der Wirtschafts- und Finanzpolitik gibt, auf denen ein erheblicher Handlungsbedarf besteht. Er habe aber immer betont, daß der Gesundheits- und Erneuerungsprozeß immer in einer Perspektive mindestens einer Legislaturperiode gesehen werden müsse. Ungeduldige Kritiker sollten aber nicht übersehen, daß im bisherigen Jahresverlauf alle wesentlichen Daten ein Stück besser seien als im Januar erwartet werden konnte.

Als Zielvorstellungen nannte Stoltenberg nicht nur die Absenkung der Verschuldung, sondern auch eine schrittweise Verringerung des Staatsanteils am Bruttosozialprodukt. Gleichgültig, ob das nominale Wirtschaftswachstum in den nächsten Jahren bei 5,5 oder 6,5 Prozent liege, und bei allen Turbulenzen sei er entschlossen, 1983 den Haushalt nur um zwei Prozent und in den folgenden Jahren bis 1987 nur um jährlich drei Prozent aufzustocken. Solange die erschreckend überhöhte Verschuldung das Zusammenwirken von Haushalts- und Geldpolitik störe, so lange gebe es auch einen stärkeren Druck,

die Steuern und staatlichen Abgaben zu erhöhen. So sei zumindest der Spielraum für die Steuerpolitik bis 1987 begrenzt. Bei der beschlossenen Lohn- und Einkommensteuersenkung könne daher nicht auf gewisse Ausgleichsmaßnahmen im Steuersystem verzichtet werden.

Die Runde forderte den Finanzminister auf, möglichst bald ein Gesamtkonzept für die nächsten Jahre vorzulegen. Der Spielraum, so Lennings, zum aktuellen Handeln und zur Verwirklichung des Konzepts sei zwar begrenzt, doch jeder Investor könne dann erkennen, was auf ihn zukomme. Dies würde das Investitionsverhalten begünstigen und damit möglicherweise einen sich selbst tragenden Aufschwung fördern. Christians: „Die Wirtschaft war jahrelang durch die Haushaltspolitik irritiert, und wir können nicht erwarten, daß eine Schlampelei im Haushaltsystem wieder in wenigen Monaten beseitigt werden kann. Wir müssen aber wissen, wohin die Reise geht, was wir zu erwarten haben, wenn wir wieder stärker investieren sollen.“ Stoltenberg akzeptierte dieses Verlangen nach einem zukunftsweisenden Konzept, hat jedoch um noch ein paar Monate Geduld.

Große Probleme werden nach Ansicht aller Diskussions Teilnehmer in der nächsten Zukunft auf die Wirtschaft mit den Forderungen nach Arbeitszeitverkürzung zukommen. „Wir müssen gewaltig aufpassen“, so Sandler, „daß nicht irreversible Faktoren geschaffen werden, die niemand mehr verkraften kann.“ Bei Kostenbelastungen von 15 bis 17 Prozent verlor die Unternehmung absolut ihre Wettbewerbsfähigkeit. Arbeit gebe es in der Bundesrepublik ja genug, nur sei sie zu teuer geworden. Lennings: „Wir haben durch ungeliebte Tarifverträge die unteren Lohngruppen jahrelang angehoben und somit diese Arbeitsplätze nicht wettbewerbsfähig gemacht.“ Diese Arbeitslosigkeit könne man mit keiner Manipulation an der Arbeitszeit verändern.

Lennings bezeichnete alle generellen Lösungen in jedem Fall als unsinnig. Man müsse bedenken, daß die Verhältnisse in zehn Jahren schon vollkommen anders seien. Die Zahl der Frührentenempfänger werde sich beispielsweise dann gegenüber heute verdoppelt haben.

Auch nach Auffassung von Stoltenberg kann eine Arbeitszeitverkürzung nur unter den Vorzeichen Flexibilität, Reversibilität und Wettbewerbsfähigkeit diskutiert werden. Messen lassen müßten sich alle Vorschläge, aber auch an den Arbeitsmarkt und den Belastungen für den Haushalt. Dies sei durchaus möglich, denn schon Ende der 70er Jahre hätte in weiten Kreisen der Bevölkerung ein Umdenkungsprozeß begonnen, der einhergegangen sei mit der wirtschaftlichen Ernüchterung und dem Verlust von Illusionen. Grundprinzip müsse aber bleiben, wieder mehr Arbeit zu schaffen und nicht eine schrumpfende Arbeit irgendwie anders zu verteilen.

äußerst vorsichtig, brachten keine Konkretisierungen. Nur schemenhaft wurde auf dem Hambacher Disput deutlich, daß das Europa der zwei Geschwindigkeiten nicht nur Fortschritt, sondern auch Abbruch bedeutet, daß es höchstens ein Rezept für den Fall einer wirklichen EG-Krise ist. „Denn natürlich läßt sich die bestehende gemeinsame Agrarpolitik nur zu zehnt reformieren, läßt sich die Finanzregelung der Gemeinschaft nur von allen neu regeln. Es sei denn, man stelle alles zur Disposition, machte einen Neuanfang, der für einige dann ein „Mehr an Europa“, für andere aber ein „Weniger an Europa“, vielleicht so etwas wie einen Assoziationsstatus bedeutete.“

Joseph Rovani, der französische Politik-Professor, stand auf dem Hambacher Disput mit seiner provokanten These nicht allein: „Je mehr die EG ist, desto weniger hat sie.“ Will sagen: Jede Erweiterung der Gemeinschaft führe zwangsläufig zu ihrer Verflachung. So absolut allerdings wollten ihn die Europa-Politiker in Hambach darin nicht folgen.

Aber die Konturen eines neuen Kern-Europa beginnen sich abzuzeichnen, einer EG, die sich auch um die Sicherheitspolitik, die zukunfts-trächtige gemeinsame Industrie- und Umweltpolitik entwickelt und die ihr institutionelles Gefüge demokratisiert, die exzessive Nutzung des Vetorechts im Ministerrat aufhebt.

Noch ist es keine ausgesprochene Bewegung für ein solches Europa gestaltet, aber immer mehr Politiker denken laut in diese Richtung. Martin Bangemann, der deutsche Fraktionschef der Liberalen, hat es kürzlich im Straßburger Plenum getan. Altiero Spinelli, der Initiator für eine europäische Verfassung, will sie in Kraft treten lassen, wenn sechs Mitgliedstaaten sie ratifiziert haben.

In Hambach kamen weitere Befürworter hinzu: Egon Klepsch, der Vize-Präsident des Europäischen Parlaments und frühere Fraktionschef der Christdemokraten beispielsweise, oder der Präsident des Parlaments, der Sozialist Piet Dankert. Sie alle variierten das Thema, formulierten

Ein Europa der zwei Geschwindigkeiten?

Eine alte Idee findet plötzlich neue Anhänger / „Hambacher Disput“ zum Thema „Noch Chancen für Europa?“

ULRICH LÜKE, **Straßburg**
Vier Monate nach dem europäischen Gipfel von Stuttgart, acht Monate vor der zweiten europäischen Direktwahl scheint immer mehr Eu-

ropa-Politikern der Kragen zu platzen. Wenn die Gemeinschaft in den kommenden Monaten nicht einen entscheidenden Schritt nach vorn tut, müsse man sich etwas Neues überlegen: ein Europa der „zwei Geschwindigkeiten“. Nicht mehr Rücksicht auf das langsamste Schiff im Geleitzug der Zehn dürfte dann die Politik bestimmen, sondern die Staaten, die weitergehen wollten, sollten dann weitergehen.

Die Idee ist eigentlich so alt wie die europäische Einigungsbewegung, aber unverkennbar findet sie in diesen Wochen neue Anhänger. Das wurde am Wochenende auf dem „Hambacher Disput“ in der Pfalz deutlich. „Noch Chancen für Europa?“, hatten die Organisatoren beim Treffen von Politikern, Wissenschaftlern und Publizisten überschrieben. Neben Fragen wie der Rolle der EG als „größter Friedensbewegung in Europa“ (der CDU-Europa-Abgeordnete Hans-Gert Pötering), dem Verhältnis von europäischer Einigung und deutscher Wiedervereinigung oder der Alternative Staatenbund und Bundesstaat rückte dabei immer wieder die aktuelle Lage der Gemeinschaft in den Vordergrund.

In der Analyse gibt es heute zwischen den Europäern kaum Differenzen: Nationale Protektionismen bedrohen den Zusammenhalt, die Brüsseler Kassen sind leer, die Agrarpolitik muß reformiert werden. Niemand

auf dem Hambacher Schloß widersprach dieser Zustandsbeschreibung. Aufhorchen ließen dagegen die Reize für den Fall des Scheiterns der großen EG-Reform im Kreis der Zehn.

Den Auftakt machte Straßburgs Altbürgermeister Pierre Pfimlin. Der letzte Lebende unter den großen Europäern der ersten Stunde warf das „Europa der zwei Geschwindigkeiten“ oder das „konzentrische Europa“ in die Debatte. Gemeint ist damit ein Kern-Europa von sechs, vielleicht sieben der heutigen EG-Mitglieder, die auf dem Weg zur politischen Union fortschreiten, während die übrigen zurückbleiben, sich als „konzentrisch“ um diese Kern-EG legen.

Noch ist es keine ausgesprochene Bewegung für ein solches Europa gestaltet, aber immer mehr Politiker denken laut in diese Richtung. Martin Bangemann, der deutsche Fraktionschef der Liberalen, hat es kürzlich im Straßburger Plenum getan. Altiero Spinelli, der Initiator für eine europäische Verfassung, will sie in Kraft treten lassen, wenn sechs Mitgliedstaaten sie ratifiziert haben.

In Hambach kamen weitere Befürworter hinzu: Egon Klepsch, der Vize-Präsident des Europäischen Parlaments und frühere Fraktionschef der Christdemokraten beispielsweise, oder der Präsident des Parlaments, der Sozialist Piet Dankert. Sie alle variierten das Thema, formulierten

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/50 41, Telex 8 85 714

Blauer Dunst und Krebs

„Wenn der blaue Dunst rosenrot wird...“
WELT vom 12. Oktober

Unter diesem Titel wurde in der WELT ein Artikel zum Raucher-Passivraucher-Problem aus Raucher-sicht veröffentlicht, der nach dem Motto „Man höre auch den anderen Teil“ nicht unwidersprochen bleiben kann. Da heißt es u. a.:

„Der Dunst unter der Weinstubecke (des Tabak-Forums in Trier) mit den lebhaft einander Mut zusprechenden Tabakisten nahm im Laufe des Abends solche Dimensionen an, daß man sich nicht hätte wundern dürfen, wenn das ganze Gebäude sich still in den Trierer Nachthimmel erhoben hätte. Nichtraucher waren natürlich auch da. Sie schwiegen. Einen Bundeswehrsoldat beobachtete ich, der von lauter Kettenrauchern eingekesselt eine Miene aufsetzte wie die leibhaftige Abschreckung, aber standhaft ausharrte. Ein wahres Standbild jener Toleranz, wie sie zwischen Rauchern und Nichtrauchern - stets und überall herrschen sollte.“

In der Tat: So wünschen sich die Zigarettenindustrie als Veranstalter des Tabak-Forums und einige unbeliebte Raucher die Nichtraucher - als „wahre Standbilder der Toleranz“, als kuschende Mehrheit, die weiterhin die unbestreitbar wichtigste Umweltverschmutzung in Innenräumen - den Tabakrauch - und die Rücksichtslosigkeit der Raucher widerspruchslos hinnehmen.

Die Behauptung, die Zahl der umweltbewußten Nichtraucher, die nicht mehr gewillt sind, sich widerspruchslos mit mehr als 40 kreberzeugenden Stoffen und zahlreichen anderen Giften des Tabakrauchs einzuwickeln zu lassen, sei im Sinken begriffen, ist reines Wunschdenken. Das gerade Gegenteil ist richtig. Ein Bewußtseinswandel in der Öffentlichkeit angesichts zahlreicher wissenschaftlicher Forschungsergebnisse, die an der Gesundheitsschädlichkeit des Passivrauchens keinen Zweifel mehr lassen, ist in den letzten Jahren unübersehbar geworden. Eine ganze Reihe von Repräsentativumfragen, wonach die große Mehrheit der Nichtraucher, und sogar ein beträchtlicher Teil der Raucher

selbst, sich z. B. für ein Rauchverbot am Arbeitsplatz aussprach, ist dabei nur ein Beleg unter vielen.

Die Tabakwirtschaft sollte sich endlich mit der unbestreitbaren Tatsache abfinden, daß das Rauchen sich zur wichtigsten einzelnen Krankheits- und Todesursache entwickelt hat, so daß die WHO schon vor Jahren feststellte, daß durch keine andere Einzelschadstoffbelastung mehr Menschenleben gerettet und mehr Krankheiten verhindert werden könnten als durch eine deutliche Senkung des Zigarettenkonsums. Ein starker Raucher verkürzt sein Leben nach einer US-Prospektivstudie um über eine Million von Amerikanern im Durchschnitt um 8,3 Jahre, nach einer Untersuchung des wissenschaftlichen Instituts der Ortskrankenkassen über die vorzeitige Sterblichkeit in der Bundesrepublik Deutschland sogar um 12 Jahre. 40 Prozent aller Krebserkrankungen bei Männern wären nach einer Pressemitteilung des Bundesgesundheitsministeriums durch Nichtraucher vermeidbar, bei Männern und Frauen zusammengekommen nach einem vom amerikanischen Kongreß bestellten Gutachten 30 Prozent, weil der beunruhigende Anstieg des Rauchens von Frauen durch die lange Latenzzeit von Krebserkrankungen noch nicht voll zum Tragen kommt.

Eine durch blauen Dunst getrübt Urteilsfähigkeit ist auch dem Leiter eines „großen chemischen Untersuchungsamtes“ zu attestieren, der sich gegen das „Modewort vom Passivrauch“ unter Hinweis auf die Filterwirkung der Nase wandte und die überholte Behauptung aufwarf, der vom Passivraucher eingeatmete Nebelstrom Rauch entspräche selbst in veräucherten Räumen maximal dem Hauptstromrauch von 1/4 bis 1/2 Zigaretten pro Tag. Das gleiche gilt für seine Behauptung, kreberzeugende Nitrosamine wären in normaler Nahrung und im Bier in 5- bis 10mal höherer Konzentration als im Tabakrauch enthalten. Sicher werden die Giftstoffe des Nebelstromrauches vom Nichtraucher nur verdünnt eingeatmet. Dieser Verdünnungseffekt wird jedoch nach den Untersuchungen der Arbeitsgruppe

Brunemann u. a. dadurch wesentlich relativiert, daß der Nebelstrom Rauch zumindest an flüchtigen Nitrosaminen bis zu 50mal höher ist als im Hauptstrom. Demnach sprechen werden vom Passivraucher in stark veräucherten Räumen - etwa in den Weinstuben des Trierer Tabakforums - ständig Nitrosaminingehalten aufgenommen, die dem Gehalt im Hauptstrom von 0,5 bis 30 Zigaretten entsprechen! Zusätzlich: wenn man die flüchtigen Nitrosamine hinzunimmt, ist die Nitrosaminkonzentration im Tabakrauch etwa tausendfach höher als im Bier, aus dem es inzwischen weitgehend eliminiert wurde. Hinzu kommt, daß es bei Nitrosaminen und anderen kreberzeugenden Stoffen infolge ihrer Synergieeffekte schon aus theoretischen Gründen gar nicht geben kann.

Unter diesen Umständen wird es höchste Zeit, daß auch der Gesetzgeber sich seiner Verantwortung für die Volksgesundheit in puncto Rauchen und Passivrauchen endlich bewußt wird. Ich habe auf dem soeben beendeten internationalen Kongreß für Präventiv- und Sozialmedizin mit guten Gründen von einer Bankrotklärung unserer Gesundheitspolitik auf dem Sektor des Rauchens gesprochen, zumal die Werbekampagnen für das sogenannte Leichtraucher- und die Irreführung des Rauchers sind, die nur der Gesundheit der Industrie dienen.

Obwohl die Bundesregierung seit langem offiziell bestätigt hat, daß Rauchen „absolut gesundheitsschädlich“ ist und die wichtigste Krebsursache darstellt, hat sich auf dem Sektor des Rauchens - trotz steigenden Zigarettenkonsums - seit Jahren nichts bewegt, wenn man von Werbeverbot für Zigaretten im Fernsehen abläßt. Das kann man nur als Skandal bezeichnen.

Professor Dr. med. Ferdinand Schmidt Mitglied des Sachverständigenbeirates Rauchen und Gesundheit der WHO Forschungsstelle für Präventive Onkologie Klinische Fakultät Mannheim Universität Heidelberg

Personalien

auf seine Schule ausgezeichnet. Fünf Menschen waren dem Attentat damals zum Opfer gefallen. Gehlhaar leidet heute noch unter seinen Verletzungen. Unter Einsatz seines Lebens hatte Gehlhaar versucht, das Leben der Kinder zu schützen. Die Auszeichnung überreichte jetzt Hessens Kultusminister Hans Krollmann.

GEBURTSTAG

Professor Harald Kruska, früherer Rektor der Evangelischen Kirchlichen Hochschule in Berlin-Zehlendorf, feierte gestern seinen 75. Geburtstag. Professor Kruska leitete 17 Jahre lang den „Kirchendienst Ost“ der Evangelischen Kirchen in Deutschland, in dem die nach 1945 in den ehemaligen deutschen Ostgebieten verbliebenen Protestanten betreut werden. Bis 1982 hatte Pro-

fessor Kruska außerdem die Leitung des Berliner Büros des „Gustav-Adolf-Verbs“. Nach dem Zweiten Weltkrieg hatte der Geistliche zunächst als Flüchtlingspfarrer in den Westberliner Lagern gearbeitet.

GESTORBEN

Diplom-Ingenieur Klaus Opladen, langjähriges Präsidiumsmitglied des Bundes Deutscher Baumeister, Architekten und Ingenieure, starb mit 59 Jahren. Der Ingenieur hatte 1967 in Köln sein eigenes Büro eröffnet. Innerhalb des Bundes Deutscher Baumeister, dem er seit 1963 Landesverbandsvorsitzender des größten Landesverbandes Nordrhein-Westfalen wurde, vertrat er auch die Interessen der Berufsgruppe beim Europäischen Komitee für Bauwirtschaft.

MIT 58 JAHREN

RENTEN?

Arbeit ist knapp geworden in Deutschland. Ältere sollen früher in Rente gehen, damit jüngere Arbeitslose wieder einen Job bekommen - meint Norbert Blum. Der SPIEGEL untersucht, ob die Politik des Arbeitsministers, ein Volk glücklicher Frührentner zu schaffen, richtig ist, oder ob sie zu einem „Heer müßiger Greise“ führt. Andere SPIEGEL-Themen dieser Woche: Die Straßenkämpfe der Autonomen, ihr „Hass auf das System“ und ihre Strategie der Gewalt. - SPIEGEL-Gespräch mit Georgij Arbatow, einem der engsten Berater von Kreml-Chef Andropow über die Nachrüstung: „Die Deutschen müssen die Folgen tragen.“

DER SPIEGEL

Notstandsmaßnahmen für Brasilia gleichen Eigentor der Regierung

Konkreter Anlaß fehlt / Zusammenhang mit der Schuldenkrise vermutet

WERNER THOMAS, Brasilia

Brasilia vermittelt den gleichen Eindruck der Leere und Langeweile wie immer. Nichts Ungewöhnliches. Keine Panzer, keine Militärpatrouillen. Nur die vier Ausfallstraßen werden von Polizisten kontrolliert. Die Leute wirken eher ratlos als nervös. Sie suchen eine Antwort auf die Frage, warum?

Warum hat die Figueiredo-Regierung Notstandsmaßnahmen über Brasiliens Hauptstadt verhängt? Es gab keinen allgemeinen verständlichen Anlaß. Selbst die prominentesten Kongreß-Vertreter der regierenden Sozialdemokratischen Partei (PSD) regierten konsterniert und appellierten an den Präsidenten, die Verordnungen wieder aufzuheben. Flávio Marinho, der Präsident des Abgeordnetenhauses, verglich die Schritte mit einem „Kanonenschuß auf eine Fliege“.

Sogar der amtierende Senatspräsident Moacir Dória, auch ein PSD-Mann, war ungehalten. Er hatte die Regierung zwar mit der Bitte um einen Schutz vor den Besuchen von Lobbyistengruppen zu dieser Aktion animiert. Diese Schritte gingen ihm dann aber doch zu weit. Carlos Atila, der Sprecher des Präsidenten, erläuterte, die Maßnahmen sollten „die Ordnung in Brasilia aufrechterhalten, die durch politische Agitatoren gefährdet“ gewesen sei.

Die meisten Beobachter sehen die Entwicklungen der letzten Woche im Zusammenhang mit einer Abstimmung im Kongreß und der Furcht, die - vorhersehbare - Niederlage könne die Exekutive schwächen. „Die Regierung wollte ihre Zähne zeigen“, meinte ein Journalist der Zeitung „O Estado de São Paulo“.

Zwei Stunden nachdem die Notstandsverordnungen von Carlos Atila verkündet worden waren, versammelte sich der Kongreß zur Abstimmung über das kontroverse Dekret 2045, eine der unpopulärsten Maßnahmen des Präsidenten in den letzten Jahren. Sie ging auf den Druck des Internationalen Währungsfonds (IWF) zurück, den Brasilien braucht, um seine Schuldenkrise zu lösen. Lohn- oder Gehaltserhöhungen sollten in Zukunft nur noch 80 Prozent der Inflationsrate betragen.

Das Dekret 2045 ist nach lebhaften Debatten niedergestimmt worden. Abgeordnete der Regierungspartei unterstützten die Opposition. Das Publikum auf den Rängen jubelte, applaudierte und sang triumphierend die Nationalhymne.

Die Abstimmungsniederlage war einmalig in der fast 20-jährigen Ära der Militärregierung. Präsident João Baptista Figueiredo hatte jedoch zu diesem Zeitpunkt bereits das Dekret 2064 unterzeichnet, das durch eine andere Methode die gleichen Ziele der Inflationsbekämpfung erreichen soll: die niedrigsten Einkommensschichten werden 100 Prozent Lohnausgleich erhalten, die höchsten lediglich 30 Prozent. Die an den sozialen Verhältnissen orientierte Skala scheint zumindest den Gewerkschaften zu gefallen. Die Vertreter der Mittelklasse rebellieren jedoch. Ob sich die Währungsfonds damit beeindrucken läßt, steht noch nicht fest.

Jetzt will der Kongreß auch dieses Nachfolgedekret abstimmen. Wahrscheinlich findet sich diesmal eine zustimmende Mehrheit. Die Notstandsmaßnahmen kann das Parlament dagegen nicht revidieren. Die sind „im Interesse der nationalen Sicherheit“ proklamiert worden, und da dürfen die Volksvertreter nicht mitreden. Die Verfassung gibt dem

Präsidenten noch immer diktatorische Vollmachten.

Brasilien befindet sich jedoch in der Schlussphase eines geschichtlichen Abschnitts. Das ist überall zu spüren. Die Herrschaft der Militärs sollte im März 1985 zu Ende gehen. Mit großer Wahrscheinlichkeit erhält die größte Nation Lateinamerikas dann den ersten zivilen Präsidenten in 20 Jahren. Das Abgeordnetenhaus wird bereits seit den Wahlen im November 1982 von den Oppositionsparteien kontrolliert - und das schafft Spannungen.

Die Kammer will dem Präsidenten, einem General im Ruhestand, ständig ihre wachsende Bedeutung demonstrieren, während Figueiredo versucht, die Volksvertreter in die Schranken zu weisen. „Beide Seiten müssen noch die Spielregeln der Demokratie lernen“, meint Luis Barbosa, ein politischer Korrespondent der Zeitung „Jornal de Brasil“.

Die Notstandsmaßnahmen, auf zunächst zwei Monate begrenzt, betreffen nicht die Arbeit des Kongresses. Sie verbieten jedoch Versammlungen und gestatten den Sicherheitskräften jederzeit Hausdurchsuchungen. Brasilia steht unter Militärkontrolle. Der General Newton Cruz kommandiert. Bis auf weiteres dürfen keine Busse mehr Demonstranten in die Hauptstadt bringen.

Brasilien, das höchstverschuldete Land der Welt (zwischen 90 und 95 Milliarden Dollar) braucht einen weiteren Kredit von Privatbanken, unter ihnen deutsche Häuser, von mehr als sechs Milliarden Dollar. Zentralbankpräsident Alfonso Relso Pastore führt fieberhafte Verhandlungen. In diese Gespräche platzt nun die Nachricht von dem Ausnahmestatus, der den falschen Eindruck politischer Unruhen erweckt. (SAD)

Zwei Mitarbeiter Reagans als Geiseln genommen

dpa, Georgia

Mit einer Geiselnahme hat am Samstag in einem Golfclub in Augusta (Georgia) ein bewaffneter Mann erfolglos versucht, ein persönliches Gespräch mit US-Präsident Ronald Reagan zu erzwingen. Reagan befand sich zu der Zeit mit seiner Frau Nancy, Außenminister George Shultz und Finanzminister Donald Regan auf dem Golfgelände. Er war nach Angaben des Weißen Hauses zu keiner Zeit in Gefahr.

Der Täter, der 45-jährige Charles Harris aus Augusta, ließ die acht Geiseln, unter denen sich zwei Mitarbeiter Präsident Reagans befanden, nach zweieinhalb Stunden unverletzt frei und stellte sich der Polizei. Er hatte nach Zeugnisaussagen mit einem Kleinlastwagen ein Tor des Golfplatzes durchbrochen und in dem Clubhaus mit vorgehaltener Pistole die Geiseln genommen.

Harris, der offenbar in seinem Privatleben Schwierigkeiten hat, wollte persönlich mit dem Präsidenten reden. Mehrere Versuche Reagans, mit dem Geiselnahme-Geiseln zu telefonieren, blieben erfolglos. Die Drohung, eine der Geiseln zu töten, wenn er nicht mit Reagan sprechen könne, machte Harris nicht wahr, nachdem ihn seine Mutter und sein Bruder zum Aufgeben aufgefordert hatten. Nach seiner Festnahme wurde er wegen „Bedrohung des Präsidenten“ und Geiselnahme unter Anklage gestellt.

Demonstrationen gegen ETA-Terror

AP/dpa, Bilbao/Madrid

Etwa 75 000 Basken haben am Wochenende in Bilbao gegen den Terror der nationalistischen baskischen Separatistengruppe ETA demonstriert. Die seit 1968 in ihrem Kampf für ein unabhängiges Baskenland mehr als 400 Menschen ermordet hat. An dem Protestmarsch nahmen Vertreter aller Parteien und Gewerkschaften teil. Die ETA identifiziert der Präsident der autonomen baskischen Regierung, Carlos Garaikoetxe, rief die Basken auf, sich auf den Kampf gegen die ETA und alle Arten von Gewalt vorzubereiten.

Bereits am Freitag hatten mehrere Millionen Menschen in ganz Spanien mit Schweigendemonstrationen gegen den Terror der Untergrundorganisation protestiert.

Jacques Chirac will Opposition einigen

AFP, Paris

Der Vorsitzende der neogaullistischen Oppositionspartei RPR und Bürgermeister von Paris, Jacques Chirac, hat sich für die Ausarbeitung eines gemeinsamen Konzepts aller französischen Oppositionsparteien ausgesprochen. Vor dem zweiten Nationalkongreß der „Demokratischen Partei Frankreichs“ (DPF) erklärte er, ein solches Projekt müsse den Franzosen zeigen, daß die Opposition nach einem demokratischen Wechsel in der Lage sei, im Interesse aller zu regieren. „Niemand bisher habe es einem Staatschef gegeben, der nach zweieinhalb Jahren an der Macht in den Augen der Bürger so tief gestanden habe wie Präsident Mitterrand.“

„Systematisch werden Afghanistans Dörfer von den Sowjets zerstört“

Britischer Reporter bereiste das Land / Widerstandskämpfer ohne moderne Waffen

Jochen Zwikirisch, London

Vorkriegsflinten gegen raketenstärkende Kampfhubschrauber. Eine Handvoll muskularer Bazookas gegen eine Armee hochmoderner T-72-Panzer. Der Mut der Verzweiflung gegen die tödliche Kriegsmaschine einer Supermacht. So setzen sich Afghanistans Widerstandskämpfer gegen die sowjetischen Besatzer zur Wehr.

Sechs Wochen lang reiste der britische Reporter Ross Benson mit dem Fotografen John Downing durch das Land am Hindukusch. Sie hatten sich auf dieser abenteuerlichen, oft lebensgefährlichen Reise einer Gruppe von Mudjahedin und einem freiwilligen französischen Arzt angeschlossen. Ihre Erlebnisse veröffentlichten die beiden jetzt in einer aufregenden Artikelserie im Londoner „Daily Express“.

Moskaus strategische Erwägungen zielen nach Bensons Einschätzung nicht nur darauf ab, die Kontrolle über Afghanistan zu erlangen und somit Einfallslinien nach Iran, Pakistan und Indien zu beherrschen. „Es bedeutet für die Russen auch die Beherrschung der Wakhan-Höhlen an der chinesischen Grenze - und dort stehen heute bereits ihre Raketen.“ Überdies habe sich der Krell im 250 000-Quadratkilometer-Territorium samt Mineral-, Erdgas- und Ölquellen um einen relativ geringen Preis aneignen können.

Doch wenn die Besatzer auch alle Schlüsselpositionen - die Hauptstadt Kabul, die wichtigsten Provinzstädte, die einzige Überlandstraße - kontrollieren und gegen die Widerstandskämpfer halten: Noch ist ihnen die Beute nicht sicher. Schätzungsweise 3000 „brüderliche Freunde“ des Marionettenregimes Karmal sind bisher gefallen, und in die zahlreichen Gebirgszüge des wilderklüfteten Landes wagen sich die sowjetischen Soldaten lieber gar nicht erst. Aber in den befestigten Garnisonsstädten und in den einst fruchtbaren, heute kriegsverwüsteten und so gut wie menschenleeren Ebenen haben die „erschreckend schlecht bewaffneten“ Mudjahedin kaum eine Chance gegen die hochtechnisierte „russische Dampfwalze“.

Wie ungleich die Kräfte verteilt sind, erlebten Benson und Downing bei einer Störattacke auf die Provinzstadt Ghazni. Dort liegt eine Garnison von 11 000 Sowjetsoldaten, die über Artillerieunterstützung, 20 Panzerwagen und Kampfhubschrauber verfügt. Mudjahedin-Führer Mustafa Wardak konnte gegen diese Streitmacht nur 25 Mann, zu allem entschlossene Freiheitskämpfer, aufbieten.

Dieser Handvoll Afghanen gelang es, den Gegner trotz dessen erdrückender Übermacht einen ganzen Tag lang im Atem zu halten - ohne eigene Verluste. Als die Russen einen Gegenstoß ansetzten, beobachtete Benson: „Die gleiche Taktik wie immer. Nur selten setzen die Sowjets Infanterie ein. Aber wenn sie es tun, dann schicken sie als erste Welle stets afghanische Regierungstruppen los. Diese haben zwar eine Desertationsrate von 50 Prozent, sind unmotiviert und erbärmliche Kämpfer. Doch sie ziehen erst einmal das Feuer auf sich und sind für die Russen eine willkommene Deckung.“

Eine „wichtige“ Waffe Moskaus im nun schon fast vier Jahre währenden Kampf gegen die Mudjahedin ist die Angst, die sie den Afghanen bringen. Jeden Angriff, jeden Hinterhalt oder Überfall auf einen Militärkonvoi beantworten sie mit einem ungleich härteren Vergeltungsschlag: „Das hat schon Zehntausende, wenn nicht Hunderttausende Afghanen das Leben gekostet.“

Der „Express“-Reporter: „In einem Straßengraben sahen wir sechs ausgebrannte russische Panzer. An derselben Straße lagen einst mehrere Dörfer. Sie alle wurden aus der Luft angegriffen, niedergebrennt, zusammengebombt. Dort lebt heute keiner mehr.“

Für das Vorgehen der Invasoren gebe es nur ein Vorbild - „Dschinghis-Khan, dessen Horden alles niedermachten, was ihnen im Weg stand. In Afghanistan geht diese Art Schlichterei nun weiter: Systematisch, eiskalt geplant und mit rücksichtsloser, erbarmungsloser Effizienz ausgeführt. Es ist, mit einem Wort, Völkermord.“ Die Luft über den einstmalig vielbevölkerten Ebenen sei „voll von Helikoptern“, die mit Raketen und Bordkanonen auf alles feuern, was sich bewegt - „und es ist so gut wie sicher, daß auch Gifgas eingesetzt wird.“

Es ist nach Bensons Erkenntnis „ein einfaches Ziel, das die Sowjets damit erreichen wollen: auch die letzten zu vertreiben, die noch so mutig - oder so unglücklich - sind, an ihrer angestammten Heimstatt festzuhalten. Denn wenn man auch den letzten Einwohner vom flachen Land verjagt, dann finden die Mudjahedin dort keinen Unterschlupf, keine Nahrung, keine Unterstützung mehr. Es ist eine Politik, die See auszutrocknen, um die Fischer zu erledigen. Und diese Politik funktioniert. Über drei Millionen Menschen - ein Fünftel der Gesamtbevölkerung - ist bereits über die Grenze nach Pakistan geflüchtet.“

Dennoch sind örtliche Mudjahedin-Führer wie Mustafa Wardak nach wie vor überzeugt: „Wenn wir die richtigen Waffen hätten, könnten wir gewinnen!“ Gebraucht werden vor allem Boden-Luft-Raketen, Granatwerfer. (SAD)

Einig, wenn es um Nuklearpolitik geht

Aber EG-Differenzen zwischen Frau Thatcher und Mitterrand bleiben

FRITZ WIRTE, London

Es geschieht nicht häufig, daß ein ausländischer Staatsmann auf britischem Boden versucht, das überlieferte Image Frau Thatchers zu überleben. Frankreichs Staatspräsident Mitterrand tat es am Wochenende in den anglo-französischen Gesprächen mit Zielstrebigkeit und deklamatorischem Eifer zumindest bei jenem Thema, das beide Regierungen über alle anderen bilateralen Schwierigkeiten hinweg vereint: ihrer Rolle als unabhängiger Nuklearmacht. Mitterrand klang in seinen Äußerungen zu dieser Sache noch schärfer und kompromissloser, als man es in den letzten Wochen von Frau Thatcher vernahm.

„Es ist wichtig“, sagte Mitterrand in der abschließenden Pressekonferenz, „daß Mr. Andropow begreift, daß Frankreich niemals akzeptieren wird, daß seine Nuklearkräfte in die Gefährdung durch die Sowjetunion um Erlaubnis bitten zu müssen, seine eigenen Nuklearkräfte zu modernisieren. Beide Re-

gierungschefs machten es im Laufe der Pressekonferenz wiederholt klar, daß sie nicht die Absicht haben, ihre Rolle als unabhängige Nuklearmacht aufzugeben.“

In allen anderen Fragen dieser zwitfingigen Begegnung blieben, wie erwartet, beträchtliche Differenzen bestehen, so daß man sich am Ende nur darauf einigen konnte, den Gesprächen das Prädikat „nützlich“ zu geben. Man verspricht zwar, daß man versuchen wolle, die bestehenden Differenzen vor allem in der Frage der EG-Finanzierung und der Agrarreform noch vor dem EG-Gipfel in Athen im Dezember zu verringern, doch außer dem vereinbarten Goodwill wurden keine realen Ansatzpunkte zu überbrückenden Kompromissen sichtbar.

Mitterrand empfing anschließend den neuen Labour-Parteichef Neil Kinnock zu einem ersten Gespräch, doch ironischerweise waren die Differenzen zwischen beiden Sozialisten wesentlich tiefer und grundsätzlicher als zwischen Mitterrand und Frau Thatcher. Kinnock ist der Ansicht, daß das britische und französische Nuklearpotential mit in die Gefähr-

dungen eingebracht werden soll. Er ist im Gegensatz zu Mitterrand außerdem gegen die Stationierung amerikanischer Pershing-Raketen und Marschflugkörper auf europäischem Boden.

In der Europafage hat sich Kinnock zwar inzwischen von der bisherigen Forderung seiner Partei distanzieren lassen. Er plädiert statt dessen jedoch für eine so radikale EG-Reform, die ihn automatisch in einen schweren Konflikt mit der französischen Regierung bringen muß.

Eine Meinungsumfrage des Instituts „Marplan“ hat inzwischen ergeben, daß sich Kinnock und die Labour Party mit ihrem Verteidigungskonzept in zunehmendem Maße vom britischen Bürger entfernen. So teilen heute nur noch 16 Prozent der britischen Wähler die Ansicht Labours, daß Großbritannien unilateral nuklear aufrüsten solle. Im Januar dieses Jahres waren es noch 21 Prozent. Die Meinungsumfrage ergab außerdem, daß dieser nukleare Unilateralismus selbst unter den Labourwählern unpopulär ist.

Schmidt würdigt McNamaras Konzept

„Flexible Response“ gilt noch immer / Dag-Hammarskjöld-Medaille für den Ex-Minister

HANS R. KARUTZ, Berlin

Einen Tag nach dem strikten Nein von SPD-Chef Willy Brandt zu neuen US-Raketen bekräftigte gestern sein Stellvertreter, Ex-Bundeskanzler Helmut Schmidt, bei einer Feierstunde zu Ehren des früheren Weltbank-Präsidenten und US-Verteidigungsministers Robert McNamara in Berlin die abschreckende Funktion von Atomwaffen gegenüber der UdSSR.

McNamara erhielt die „Dag-Hammarskjöld-Medaille“ 1983 der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen. Schmidt, der die Laudatio hielt, sagte, es sei „keine Frage der Ideologie oder der Schwärmer“, über dieses Problem nachzudenken, sondern die Konsequenz „peiniger, der rationalen Anstrengungen.“

Im verteidigungspolitischen Teil seiner Rede wies Schmidt auf McNamaras Verdienste um die Konzeption der „Flexible Response“ hin, die auf McNamara zurückging. „Diese Doktrin gilt auch in der verhärteten Ost-West-Auseinandersetzung noch immer. Sicherheit vor dem möglichen Gegner, aber auch das Angebot zur Zusammenarbeit mit ihm. Dagegen muß sich die Militärstrategie den

Umständen entsprechend wandeln.“ In drei Punkten gab Schmidt die heutige verteidigungspolitische Haltung von McNamara wörtlich wieder und teilte sie:

- „So, wie die Militärstrategie der „Flexible Response“ heute aussieht und nicht, wie ich (McNamara) sie 1962 vorgeschlagen habe, birgt sie das hohe Risiko und die hohe Wahrscheinlichkeit, daß die NATO zu einem frühen Zeitpunkt als erste Atomwaffen einsetzt, um damit einen konventionellen Angriff des Warschauer Pakts zu beantworten.“
- McNamara ist kürzlich in einem Interview gefragt worden: „Haben Atomwaffen denn keinen Nutzen mehr?“ Seine Antwort lautete: „Außer der, die Sowjetunion davon abzuschrecken, als erste Atomwaffen einzusetzen.“ Da gebe ich ihm recht.
- Auf jeden Fall wird es immer weniger glaubwürdig, daß die NATO als erste Atomwaffen einsetzt, und seien es auch nur taktische. Aber Moskau muß sich auch in Zukunft über die NATO-Reaktion in Unsicherheit befinden. Ein Rest von Abschreckung muß mit den Atomwaffen verbunden sein.“

Schmidt sagte zusammenfassend, die Konsequenzen aus McNamaras Denkanstößen „werden die verbundenen Regierungen tatsächlich im Laufe der nächsten Jahre ziehen“. Der Ex-Kanzler bezeichnete den Gast als einen amerikanischen Patrioten, der sich zu wehren weiß. „Ein Patriot, der sein Land und die Freunde seines Landes wehrhaft sehen will.“

McNamara selbst ging in seiner Dankrede nicht auf diesen Fragenkomplex ein, sondern machte Ausführungen zur weltweiten Entwicklungspolitik. In einer Pressekonferenz zuvor hatte er hingegen sehr differenziert zu diesem Problem Stellung genommen. Zwar sei die Stationierung neuer US-Raketen „militärisch nicht notwendig“, wohl aber politisch. Wenn sich die Regierungen der Allianz einig sind, dann ist die Stationierung eine politische Notwendigkeit und im Sinne der Einigkeit der Allianz notwendig. Er hoffte, daß nach erfolgter Stationierung die Verhandlungen mit Moskau tatsächlich beginnen könnten und zu einem „Gleichgewicht der Kräfte auf einem möglichst niedrigen Niveau“ führten.

Wer Was Wo

Ein Wegweiser für WELT-Leser

ADRESSEN

6000 Bad Homburg, HMA Dienstleistungen, PF 21 44, Tel. 0 61 72/2 50 25
2200 Hamburg 1, Markt Dienstleistungen, PF 206, Tel. 0 55 51/31 41, F3 9 55 524
KARL THEISS, 5000 Köln 51, Postf. 51 10 50, Tel. 0 21 38 04 14, F3 9 55 524

AIR TAXI

4000 Düsseldorf 92, EXECUTIVE - CHARTER TRAVEL AIR, Tel. 0 21 14 21 56 08
oder 0 21 15 01 02 55

AUSLEIHER- u. ERFABUNGSAUSTAUSCH BÜRO

71 Stuttgart, VW VERBAND u. AKADEMIE, Stöckelbergweg 30, Tel. 0 71 11 72 00 07

AUSKUNFTSDIENST

Ausland/Wegweiser, CREDITREISE, an 107 Orten in Deutschland und weltweit
AUSTRALIEN-IMMOBILIEN, KAPITALANLAGEN, INFORMATIONSDIENST, DEPOTVERWALTUNG
Dipl.-Herrn G. Kasper, Rathenaustr. 20, 65000 Erfangen, Tel. 0 91 31 3 10 51, und
136 Pfaffen Road, Stiller Park, 4128, Australien

AUTOLEASING

2000 Hamburg 66, Dörmannweg 5, Hama Automobil Leasing GmbH, Tel. 0 40 / 8 53 05 02
2000 Hamburg 66, Hama Automobil Leasing GmbH, Rathenaustr. 65, Tel. 0 40 / 8 53 05 02
2000 Hamburg, Hama-Leasing-Gesellschaft GmbH, Tel. 0 40 21-3 70 71

AUTO-KOMPLETT-REINIGUNG

04100 Chemnitz, die Gebrauchtwagen-Altmarkt, Tel. 0 35 65/1 70 42

AUTOTROCKENWÄSCHE

Lack, Glas, Chrom schonend pflegen und versiegeln, Autoschnecken ohne Wasser: LHM, OHG, PF 25 50, D-4950 Münden, Tel. 0 57 22/2 56 10

BLOCKHÄUSER / FERIENHÄUSER

MÜNCHENER HOLZHAUSBAU Emil Thiele KG, 5440 Loiden, Tel. 0 87 62/3 03

BRIEFMARKEN - ANKAUF - VERKAUF

ANKAUF-ZENTRALE FASER, 53 Bonn 3, Johannisstr. 36, Tel. 0 228/48 77 08

ELEKTRON. LADEN / WAREN-DIEBSTAHLSCHUTZ

7000 Stuttgart, die Gebrauchtwagen-Altmarkt, Tel. 0 71 50, Bernstorffstr. 151-153, Tel. 0 40 / 43 70 71, T. 2 178 40

ERBEKREIM

CALIFORNIA ICE CREAM, 4712 Vienna, Göttingerstr. 3, Tel. 0 23 89/80 23

FACHSCHULEN

2200 Hamburg 66, Postfach 2 26, STAATL. AMER. HOTELBERUFS-FACHSCHULE, Tel. 0 40 71/7 00 10
Direkt. Amerikanische Hotel- u. V. Bildungsanstalt der DAA e. V., Holtenauerstr. 2, 21 H 36, Tel. 0 40/34 91 51, Durchwahl 3 40-5-2 61

FERIENFAHRSCHULE

5000 Köln - 5072 Solbalden/REIN, Ferienfahrtschule, alle Klassen, Dieter 200, Tel. 0 241/77 98

GESUNDHEIT

GISELA SCHÜTZ, NATURHELMITTEL, PF 80, 6001 Katernthal, Tel. 0 69 56 / 3 27 24, Katalog und Informationen gratis

HAARAUSSALL

4000 Dortmund, HAAR-PRAXIS KLAASSEN, Deutschlands größte Praxis für Haar-Praktiken, Weststr. 20, Tel. 0 231/52 74 74

HOTEL MIT AUSGEZEICHNETER KÜCHE

5300 Bonn 2, Rheinhof Dreesen, Tel. 0 228/38 40 01, Tel. 0 228/38 40 01

HOTEL MIT LÄNDLICHEM CHARME

6000 Frankfurt, Hotel Fährhof, Tel. 0 228/38 40 01, Tel. 0 228/38 40 01

HOTEL FÜR IHRE GESCHÄFTSREISE

4000 Düsseldorf, Hotel Fairport, Modernerhotels, 102, Tel. 0 2145/05 55, Tel. 0 2145/03 33, Tagung - Konferenzmöglichkeit

IMMOBILIENMAKLER

Hotel 020, 7500 Aachen, Bonn-Eintracht Aachen, Hauptstraße 112, Telefon 0 74 41/64 50, Tel. 7 52 277

INTERNETBERATUNG

5 Köln 1, Albert Wolter RDM, Waldringstr. 9, Tel. 0 221/23 57 27, T. 9 862 032
3002 Wedemark 18, Tel. 0 51 30/44 58, DM 24 - POSTELLA BUNDES-IMMOBILIEN-ADRESSBUCH
Information, Beratung u. Broschüre E3/84 (Schulungsbüro DM 20,-) über die besten deutschen und Schweizer Internet-Adressen von der Euro-Internetbank, Tel. 0 55/4 48 72 82

INTERNATE, GYMNASIEN, PRIVATSCHULEN

5423 Bad Segeberg, Internate-Gymnasium Pädagogisch, abkl. amerik. ab Klasse 5, Tel. 0 228/21 01 01
5000 Bonn, Freie Waldorfschule, Landstraße 10, Tel. 0 228/35 42 41
5000 Bonn 3, Ernst-Kellner-Gymn., Königswinterer Str. 534, Tel. 0 228/44 11 54
4700 Hama-Herren, Internate-Gymnasium, Tel. 0 231/3 40 42-43
Internat, Schloß Varenholz, Gernsheimstr. 1, Jünger u. Mädchen, 5780 Aachen, Tel. 0 231/3 40 42-43
Internat, Freising, Hochschule, Jungen u. Mädchen, Gymnasium-Realschule, Hauptstr. 68/8, Schmalenberg 2, Tel. 0 228/74-3 46
4000 Solingen, Schloß Varenholz, Gernsheimstr. 1, Jünger u. Mädchen, Tel. 0 228/44 11 54
2941 Langen, Internate-Realschule, Postfach 13 05, T. 0 49 72/3 16
3841 Langen, Internate-Realschule, Postfach 13 05, T. 0 49 72/3 16
3841 Langen, Internat, Realschule, Postfach 13 05, T. 0 49 72/3 16
2222 St. Peter, Hochschule, Internat, Gymnasium und Realschule, Tel. 0 48 50/4 00
4001 Wessau, Private Schuler Krüger m. Internat, Tel. 0 54 04/20 24-25

KONGRESSE / TAGUNGEN

Frankfurt/Main, Stadthalle Frankfurt, 6000 Frankfurt, Mainzer Landstraße 174, Tel. 0 21 173 05 59

KRAFTBETRIEBTE TORANLAGENROLLTORE

5000 Mönchengladbach, T.O. - W. Gerdemann GmbH, Neufeld 9 22 88/82 28, Tel. 0 21 37-38, Tel. 0 21 37 157
Technische Überprüfungen und Wartung, sowie Nachrüstung nach UVV und Arbeitssicherheits-V. Ersatzteile von Toranlagen. „Der neutrale Partner“

LEASING

8000 Augsburg 1, Investition/Leasing, Nubergstr. 1, Tel. 0 821/51 07 71, T. 0 821 51 07 71
4100 Krefeld, GDA Leasing, Urdinger Str. 532, Tel. 0 21 51/50 49-49
4100 Krefeld, DTL, Deutsche Technik-Leasing, Urdinger Str. 532, Tel. 0 21 51/50 49

MOTORCARAVANS

7102 Weinberg, Karavanen-Wandlung GmbH, Postf. 11 06, Tel. 0 71 34 - 80 31

MÜNZFACHGESCHÄFTE / GROSS- UND EINZELHANDEL / AUKTIONEN

4 Düsseldorf, MÜNCHHANDLING RITTER, Beethovenstr. 10, Tel. 0 211/32 50 24, T. 5 07 534

ORIENTTEPPICHE

STAN-ORIENTTEPPICH-LEASING KG, 4300 Essen, Haysenallee 58-54, Tel. 0 21 07/22 54 44-45

PSYCHOLOGISCHE-STATISTISCHE TEXT-AUSWERTUNG ZUR MEINUNGSFORSCHUNG U. PR.

Dipl.-Psych. E. C. Koller, Forschung + Beratung, Max-Planck-Str. 78, 28 Bremen 33, Tel. 0 421/25 23 70

SAUNAAANLAGEN

FECHNER - Sauna - Bäder, 7170 Schwabach Hall, Postfachstr. 7, Tel. 0 71 71 21 16

SEEBESTATTUNGEN

2000 Hamburg 1, ENSTE DEUTSCHE SEEBESTATTUNG, A. G. Alster 11, Tel. 0 40/2 80 20 80

SEMINARE

VIA-Atmosphäre für Führer und Vertriebs - Verkaufsfördernde Seminare e. V., 6521 Solbach b. Frankfurt, Hauptstr. 123, Tel. 0 61 95 72 01

SENIOREN-WOHNSITZ

6100 Gernsbach-Brühl, RHEIN-Kreis-Servicegesellschaft mbH, Gernsbach-Brühl, Postfach 17-23, Tel. 0 61 91/5 30 44
6000 Krefeld, Rhein-Kreis-Servicegesellschaft mbH, Senior-Service-Haus, Postfach 17-23, Tel. 0 61 91/5 30 44

SENKRECHT-LAMellen

2000 Hamburg 19, auch gebraucht gegen neu, Dr. Haller + Co, Harnstr. 36, Tel. 0 40/44 22 22

SQUASH- UND FREIZEITANLAGENBAU

2100 Hamburg 66, SQUASH COURT SERVICE GmbH, Tel. 0 40/77 27 45-46

SCHAUFENSTERFIGUREN

FIGUREN-JUNG KG, für Mode und Sport, Museen und Privat, von 80,- bis 1200,- DM, 6510 Föhring, Krefeld, 185-170, Tel. 0 61 17 80 57, Tel. 0 61 17 80 57

SCHWEIZER VERMOGENSVERWALTUNG

CH-8004 Zürich, MWB Vermögensverwaltungs-Gesellschaft für den Mittelstand, Langstr. 21, Tel. 0 041/2 41 24 05-06, T. 0 041-8 13 885, spezialisiert auf bankguthaben qualitätsorientierte st-Anlagen, auch Ausparagierprogramme

TAGUNGS- UND KONFERENZHOTELS

6720 Bad Kneipingen, Hotel KUR-CENTER, Tel. 0 671/8 11, Tel. 0 671 82 537
2100 Gernsbach-Brühl, Hotel Seckel, Harnstr. 123, Tel. 0 61 91/5 30 44
6720 Bad Kneipingen, Hotel Seckel, Harnstr. 123, Tel. 0 61 91/5 30 44
6100 Gernsbach-Brühl, Hotel Seckel, Harnstr. 123, Tel. 0 61 91/5 30 44
6100 Gernsbach-Brühl, Hotel Seckel, Harnstr. 123, Tel. 0 61 91/5 30 44

TOUPETS / PERÜCKEN

Brücker GmbH, 2000 Bremen, Postf. 118, Tel. 0 421/34 30 18, deutsche Haarfabrik, Brücker-Top-Perücken im gesamten Bundesgebiet, Anzeigen anfordern

VERMOGENSVERWALTUNG IN DER SCHWEIZ

CH-8004 Zürich, MWB Vermögensverwaltungs-Gesellschaft für den Mittelstand, Langstr. 21, Tel. 0 041/2 41 24 05-06, T. 0 041-8 13 885, spezialisiert auf bankguthaben qualitätsorientierte st-Anlagen, auch Ausparagierprogramme

VERWALTUNG VON EIGENTUMSWOHNUNGEN UND HAUSEN

62 Wiesbaden, Mario & Partner, Kals-Friedr.-Ring 71, T. 0 61 21/52 40 43

ZEITUNGSAUSCHNITTBURO

5300 Bonn, Harnstr. R. Gernsbach, Weststr. 82, Tel. 0 228/21 51 85

ZÜNDHOLZWERBUNG

2722 Varelshövede, von Deylen ZOCLAM GmbH, PF 2 40, Tel. 0 4262/77 74, T. 2 43 01

erscheint wöchentlich

Fernsehfilm nach einer Erzählung von H. Slesar

Von der großen Lust auf das Makabre

Will man seine Geschichten, Theaterstücke und Romane auf einen gemeinsamen Nenner bringen, ein verbindendes Merkmal an ihnen entdecken, so ist das sicherlich der Hang zum Makabren, zum schwarzen Humor, der gut und gerne mit dem Entsetzen seine Scherze treibt. Einige seiner Kritiker haben den heute 56jährigen Henry Slesar, Amerikaner mit tschechischen Ahnen, eine amerikanische Variante von Roald Dahl genannt. Doch Slesar fühlt sich eher mit seinem Landsmann Edgar Allan Poe geistig verwandt als mit dem

zu stören beginnen. Aus den Alpträumen wird Wirklichkeit, und plötzlich taucht aus den Tiefen des Vergessens die Erinnerung an jenen furchtbaren Tag vor 18 Jahren wieder. Ein Psychiater und ein Detektiv, die der jungen Frau helfen wollen, wissen, daß sie nur dann eine Chance hat, den Alptraum zu überleben, wenn sie sich noch einmal dem Gespenst ihrer Vergangenheit stellt.

Der Regisseur Wolf Gremm, bekannt geworden durch Filme wie „Fabian“ und „Kamikaze 1889“, hat diesen schwierigen Stoff voller Fallstricke und Tricks verfilmt. Gremm, ein Verehrer Slesars, sagt über diese Geschichte einer jungen Frau, die von dem, was sie fürchtet, zugleich auch fasziniert ist: „Der größte vorstellbare Thriller-Effekt ist der Verlust der Identität. Jeder Psychothriller gibt einen Einblick in die Abgründe des menschlichen Verhaltens, ist eine Begegnung des Helden mit dem Bösen.“

Gremm hält sich in seiner Verfilmung recht genau an die Vorlage. Den Ort der Handlung allerdings verlegt er nach Deutschland. Wer oder was aber genau dieses Böse in „Hinter der Tür“ ist, wird dem Zuschauer erst kurz vor Filmschluss verraten. War's anders, war's kein Slesar.

M. VON SCHWARZKOPF



Führt seine Leser ständig an der Nase herum: Der amerikanische Schriftsteller Henry Slesar

FOTO: DIE WELT

KRITIK

Flower-Power aus jüngster Zeit

Das ZDF braucht diesmal mit Olav Buhl, Ruprecht Eser, Ingolf Falkenstein, Renate Juszig und Manfred Teubner gleich ein Autorenquintett, um Friedlich für den Frieden. Anstelle eines Protestes (ZDF) zu protokollieren. Die Sendung – am Vorabend der Bonner Hofgarten-Kundgebung – bemüht sich um Ausgewogenheit und sucht das ganze Spektrum der Nachrüstungsgegner einzufangen.

Da sah man CDU-Nonkonformisten aus Warendorf, Tübingen und Bielefeld neben kirchlichen Organisationen, Grünen und Sozialdemokraten. Auch der DKP-Einfluß wurde deutlich. Als „integralen Bestandteil der Friedensbewegung“ bezeichnete DKP-Vorsitzender Herbert Mies seine Partei. Eine dominierende Rolle wies er ausdrücklich auf sich. Nun, da hätte es wohl ein listiges Hinterfragen geben sollen, ob die DKP nicht doch als eine Partei mit starker organisatorischer Erfahrung – den diffusen, organisatorisch unfähigen Gruppen aus den Kirchen und der Ökologie-Bewegung häufig genug Organisationshilfe leistet.

Von Innerlichkeit statt Straßenkampf sprachen die Mainzer Männer und versuchten so, die Demonstrationen deutlich vom Protest zu unterscheiden. Doch eine Flower-Power-Strategie gab es damals auch schon, und die heutige Blockierung von Kasernen, Ministerien und Betrieben ist den früheren Sit-ins nicht ganz unähnlich.

GEISELBERG SCHMIDT

Privatfehde gegen Mitterrand

Ein wesentliches Unterscheidungsmerkmal des angelsächsischen Krimis vom „kontinentalen“ Krimi ist, daß dort der Privatdetektiv eine weit größere Rolle spielt. In Deutschland hingegen hat er nie populär werden können. Hier sieht man den Kommissar, als Repräsentant der Gerechtigkeit schaffenden staatlichen Gewalt, deutlich vor.

Es scheint eine Ausnahme zu geben: Die beliebte Serie Kitz Fall für zwei (ZDF). Sieht man genauer hin, so ist der Privatdetektiv Josef Matula (Claus Theo Gärtners) weder ein exzentrischer Dandy wie Lord Peter noch ein vor Trug und Totschlag nicht zurückschreckender Wolf wie Shaft. Der unbändige Unabhängigkeitskämpfer, der ja den Privatdetektiv auszeichnen soll,

ist bei Matula auf ein paar milde Lausbübereien zusammengekrümpt. Zudem hat er ja in dem Rechtsanwalt Dr. Ranz (Günter Strack) einen soliden, gundelreichen Partner, der beinahe Landrat sein könnte.

Der neueste Film dieser Reihe, „Strich durch die Rechnung“, ist allerdings etwas unter dem gewohnten Niveau geraten. Lag es an der allzu geschraubten Story von dem französischen Unternehmer, der Mitterrands Devisen-Ausfuhrverbot mit einer vorgeschauten Entführung der eigenen Frau umgehen will? Viel machte wohl aus, daß als dessen Darsteller Harald Leipnitz sich des Französischen wenig kundig erwies, so daß sogar der weiche Akzent in Deutschen ungläubhaft wirkte. Dem so vorzüglichem Schauspielerei war sichtlich nicht wohl in dieser Haut. ANTON MADLER

Götter mit Jobs und Geldscheinen

Wenn alles doch so einfach wäre! Ein gewissenloser Verbrecher erklärt sich bereit, nicht mehr mit Rauschgift zu handeln; zwei mehr oder weniger schwere Jungs arbeiten in einem Zentrum für schwer vermittelbare Jugendliche, und eine junge Lehrerin hat auf einmal keine Probleme mehr mit ihren Zöglingen.

Ein bißchen viel hat Sidney Poitier da in seinem Film Ausgetrickt (ZDF) hineingepackt: Sozialkritisches, Generations-Konfliktreiches, Liebelei und, ja, auch eine Prise dümmen Humors. Dieses „All-black-movie“ – nur der Rauschgiftdealer war Weißer! – wirkte zu glatt, zu gefällig, es strahlte die antiseptische Sauberkeit einer faden US-Serie aus. Zu reibungslos funktionierte die „Integration“ der schwarzen Jugendlichen in die „Gesellschaft“, in der, auch nicht gerade realitätsnah, praktisch bloß Farbige gab. Kam die lähmende Arbeitslosigkeit zu Sprache, rutschte der Film ins Klischeehafte, wenn nicht ins Sentimental-Weinerliche ab.

Allzu viele Themen wurden abgehackt, ohne daß es zu einem befriedigenden Schlußakkord kam. Und Sidney Poitier, der auch Regie führte, und Bill Crosby waren die Götter aus der goldenen Maschine, die gut Geld und Jobs nur so um sich warfen.

Wer war nun wirklich ausgetrickt bei dieser hochglanzpolierten Seichtheit? Die Gangster, die Jugendlichen? Nein, die Zuschauer! RAINER NOLDEN



ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 heute
10.05 Der umstrittene Reiz mit der harten Front
10.50 Jettis Spezial

14.10 Tageschau
14.15 Ich will ich will ... Was sich Zeitgenossen wünschen Mit Susanne Offenbach
17.00 Tageschau
17.05 Regionalprogramme
20.00 Tageschau
20.15 Rote Erde
21.15 Panorama – Der Kanal durch das Dachstuhl

Reportage von Jochen Waldmann. Panorama feiert im November den 80. Geburtstag seiner Unabhängigkeit, und im gleichen Monat sind die ersten Verträge über den Panamakanal ebenfalls 80 Jahre alt. Aus diesem Anlaß hat das Lateinamerika-Büro der ARD eine Reportage produziert, in der die Bedeutung des Kanals für die internationale Schifffahrt gezeigt wird.

21.45 Road am Big Ben
Britische Notizen
Von Wolf von Lejewski

22.30 Tageschau
23.00 Das Nachtstudio
Die rote Wüste
Italien, franz. Spielfilm, 1963

Die junge Frau eines italienischen Ingenieurs leidet nach einem Autounfall unter Depressionen. Sie sucht Halt bei einem Studienfreund ihres Mannes und wird seine Geliebte, löst sich dann aber wieder von ihm, um allein mit ihren Ängsten fertig zu werden. Monica Vitti und Richard Harris spielen die Hauptrollen in Michelangelo Antonionis preisgekröntem Film aus dem Jahre 1963, berühmt geworden vor allem durch seine Farbverfälschung als Ausdruck psychischer Zustände und menschlicher Existenzgefährdung in einer lebensbedrohlichen Industrielandschaft.

0.05 Tageschau



11.50 Tageschau (ev.)
12.10 Bilder aus Amerika
12.55 Presseschau
13.00 heute

14.00 heute
14.04 Mathematik und Experiment
6. Wahrscheinlichkeit und Erwartung
Anschl. heute-Schlagzeilen
14.35 Heiter bis tollig
Familiengeschichte
4. Der Schicksalsknoten

17.00 heute / Aus dem Leben
17.15 Tele-Hilfskräfte
Zu Gast: Isabella Vorell

17.50 Die Straßen von San Francisco
Ein teures Stückchen Papier
Dazu: heute-Schlagzeilen
19.00 heute
19.30 Rap-Pop-Show
Mit Madonna, Culture Club, Spandau Ballet, Paul Young, Bananarama, Herbie Hancock, David Bowie, The Rolling Stones u. a.

20.15 Aus Forschung und Technik
3. Raumfahrt auf der Erde
Die Sendung geht u. a. auf die angeblichen Unfälle ein, die in der Sowjetunion mit der Trügerrolle und dem Raumschiff Salut 7 passiert sein sollen. Aus diesem Anlaß zeigt das ZDF auch Bilder mit den Kosmonauten W. Ljuchow und A. Alexandrow aus der Raumstation Salut 7, die vor vier Tagen aus dem Weltall auf die Erde gelangten.

21.00 heute-Journal
21.30 Hinter der Tür
Fernsehspiel von Wolf Gremm nach dem Psychodrama von Henry Slesar

Mit Rita Kall und Helke Mülher u. a.

23.05 Filmrevue
Aber vergessen, das kann ich nicht
Ein jüdischer Kulturkritiker erinnert sich
Von und mit Albert Klein

0.05 heute



Wegen ihrer Alpträume sucht Pia (Rita Kall) einen Psychiater (Henry Slesar) auf. (Hinter der Tür – ZDF, 21.20 Uhr)

FOTO: RÖHMERT

III.

WEST

18.00 Telekolleg
Chemie (5)
18.30 Sonntags
18.30 Altklausuren
20.00 Tageschau
20.15 Ich stelle mich ...
Dr. med. Josef Isenke
21.45 Abschied der alten Gewerkschaften
Gewerkschaften-Aus geht zu Ende
22.15 Wie man in kleinen Rollen kommt
Franz-Josef, Fernsehfilm
23.05 Letzte Nachrichten

NORD

18.00 Sonntags
18.30 New York, aber dich doch (4)
19.30 Eine Klassenreise (4)
19.35 Palast
20.00 Tageschau
20.15 Ultraschall
20.15 Staat und Verwaltung (1)
Fernsehfilm in fünf Teilen
22.25 Der Wunderrausch und sein Schatten
Von Jan Frick
23.05 Letzte Nachrichten

HESSEN

18.00 Sonntags
18.30 Spill im Delfin mit Milla
Klassiker
19.00 Die Schatzkammer des Königs
Themenabend (4)
19.30 Sternstunden
Körperbehinderten
20.00 Tageschau
20.15 Die Welt der Wissenschaft
21.00 Der Fall
21.15 Taktik gegen Politik (4)
22.00 Kultur International
22.30 Theater

SÜDWEST

18.00 Sonntags
18.30 Telekolleg 1
Chemie (5)
19.00 Die Schatzkammer des Königs
Themenabend (4)
19.30 Sternstunden
Körperbehinderten
20.00 Tageschau
20.15 Die Welt der Wissenschaft
21.00 Der Fall
21.15 Taktik gegen Politik (4)
22.00 Kultur International
22.30 Theater

BAW

18.15 Zappenschau
18.45 Rauscherei
19.00 Die drei Detektive
19.15 Die drei Detektive
Amphit. Spielfilm, 1955
20.00 Z. B. M.
20.45 Rauscherei
21.00 Rauscherei
21.30 Der Mann, der sich ein Denkmal schuf
22.05 Themen des Monats
Amerik. Kriminalfilm
23.05 Rauscherei

Heute früh wurde mein lieber Mann, mein Vater

Franz Baarz

Inhaber des Bundesverdienstkreuzes

von seinem schweren Leiden erlöst. Ein arbeitsreiches und erfülltes Leben in Liebe, Güte und Fürsorge ist vollendet.

Wir gedenken seiner in Dankbarkeit
Käthe Baarz geb. Franz
Peter Baarz

2 Hamburg 56, den 18. Oktober 1983
Utweg 4

Wir nehmen Abschied am Freitag, dem 28. Oktober 1983, um 13 Uhr in der Kapelle des Blankenese Friedhofes in Südlorf.
Anschließend Beisetzung im engsten Familienkreis.

Wir trauern um Herrn

Franz Baarz

* 6. 1. 1915 † 18. 10. 1983

der in über 50jähriger Tätigkeit für unser Haus mit großer Tatkraft und einem beispielhaften Einsatz wirkte.

Er half den Wiederaufbau des Unternehmens nach dem Kriege zu ermöglichen und war als Mitglied der Geschäftsleitung an den Entscheidungen unserer Firma maßgeblich beteiligt.

Wir werden ihn als einen Mann mit lebenslanger Treue zu unserem Hause, voll Energie und Schaffenskraft und mit großen Verdiensten für die Entwicklung unserer Firma wie auch als bedeutende Persönlichkeit in Erinnerung behalten.

Gesellschafter und Mitarbeiter
der
Carl Kühne KG
in Hamburg

Die Trauerfeier findet statt am Freitag, dem 28. Oktober 1983, 13 Uhr, auf dem Friedhof Blankenese, Hamburg 55, Südlorfer Kirchenweg 153. Beisetzung anschließend im engsten Familienkreis.

Südafrika – wer kann Kontakte herstellen?

Kardmann (Lebensmittel) sucht wegen Auswanderung nach Südafrika eine entsprechende Position.
Angebote u. N 1211 an WELT-Verlag, Postfach 10 00 64, 4300 Essen

AUSTRALIEN-IMMOBILIEN

Info, von: HENWELL BROTHERS Pty. Ltd., 40, 50/51 North Sydney, AUSTRALIA

Suche dringend Euro-Paletten

neu und gebraucht, auch reparaturbedürftig. BARZÄHLUNG bei ABHOLUNG.
FAKEXENT-BEREIT
Menzelstr. 85, 4700 Essen 1
Tel. 0 23 52 / 5 82 71

Bei Verletzung oder Erkrankung im Ausland oft die einzige Chance:

Rettung durch den Notarzt-Jet der Deutschen Flug-Ambulanz

24-h-Notruf:
02 11 / 43 17 17

Mit dem medizinisch spezialisierten Ambulanz-Jet werden verletzte oder erkrankte Deutsche nach Hause geflogen.

Die Vorstellung, im Ausland plötzlich schwer zu erkranken oder verletzt zu werden, ist für die meisten Reisenden ein bedrückender Alptraum. Tatsächlich ist die medizinische Versorgung in vielen Ländern völlig unzureichend. Gesundheitliche Folgeschäden durch nicht optimale Behandlung müssen oft befürchtet werden.

Um dies zu verhindern, setzt die unter ärztlicher Leitung stehende Deutsche Flug-Ambulanz seit sechs Jahren ein hochqualifiziertes Spezialistenteam ein, das deutsche Patienten aus medizinisch unterversorgten Gebieten mit spezialausgerüsteten Ambulanz-Jets nach Deutschland zurückholt. Die hohen Kosten der Flugrettung übernimmt keine Krankenkasse. Durch eine Jahresmitgliedschaft in der Flug-Ambulanz e.V. erhalten Sie den preiswerten Dauer-Rückholerschutz für beliebige viele Auslandsreisen. Die Jahresbeiträge zwischen 30,- und 60,- DM sind steuerlich absetzbar. Die Zusammenfassung von Notruf-Annahme, Organisation, Durchführung und Kostenregulierung des Rettungsfluges ermöglicht den sofortigen Einsatz im Notfall.

Deshalb: Überprüfen Sie Ihren persönlichen Auslandsschutz!

Deutsche Flug-Ambulanz, Hangar 3, 4000 Düsseldorf, 0211/431717

GRUNDREIZ IN AUSTRALIEN

Info, von: HENWELL BROTHERS Pty. Ltd., 40, 50/51 North Sydney, AUSTRALIA

Zu jeder Anschrift gehört die Postleitzahl

DEUTSCHE INFARKTHILFE e.V.

... bevor es zu spät ist

Deutsche Infarkthilfe e.V., Körweg 10, 4000 Düsseldorf 13, Telefon 79 33 66

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Redaktion:
Am Spiegel, Marien Witten
Tel. (02 30) 30 41, Telefax (02 30) 30 41

Verwaltung:
Wolfgang Overath, Marien Witten
Tel. (02 30) 30 41, Telefax (02 30) 30 41

Vertrieb:
Wolfgang Overath, Marien Witten
Tel. (02 30) 30 41, Telefax (02 30) 30 41

Abonnenten:
Wolfgang Overath, Marien Witten
Tel. (02 30) 30 41, Telefax (02 30) 30 41

Verkauf:
Wolfgang Overath, Marien Witten
Tel. (02 30) 30 41, Telefax (02 30) 30 41

Druck:
Wolfgang Overath, Marien Witten
Tel. (02 30) 30 41, Telefax (02 30) 30 41

SKANDALE

Perser: Erst Sitzstreik, dann Ausschuß

disziplin, Kopenhagen/Moskau/Rom. Ständige kennzeichneten drei große internationale Sportveranstaltungen am Wochenende. Bei den Taekwondo-Weltmeisterschaften in Kopenhagen wurden die Verbände von Taiwan und aus Iran von der Teilnahme ausgeschlossen. In Moskau begannen die 37. Welt- und 42. Europa-meisterschaften der Gewichtheber mit der zweijährigen Sperre von elf Athleten, die des verbotenen Dopingmißbrauchs überführt worden waren. Beim Weltcup der Amateurböxer in Rom mußte die Polizei den sowjetischen Europameister Valeri Laptev vor den aufgebracht italienischen Zuschauern schützen, weil die glaubten, Laptev habe zu Unrecht gegen ihren Landsmann Romolo Casamonti gewonnen.

Nach einem Flaggenstreit wurde die Mannschaft von Taiwan bei den Taekwondo-Weltmeisterschaften in Kopenhagen ausgeschlossen. Chem Chunfung hatte zur Siegerehrung die auf Taiwan übliche Flagge mitgebracht. Ein Funktionär entfernte die Fahne diskret, aber die Siegerin erhielt aus den Reihen ihrer Mannschaft umgehend eine andere.

Als der Perser Malekzadeh dem Spanier Javier regelwidrig ins Gesicht geschlagen und deshalb das Halbfinale verpasst hatte, versammelten sich die persischen Mannschaftsmitglieder bei den Taekwondo-Weltmeisterschaften in Kopenhagen spontan zu einem Sitzstreik auf der Wettkampfstätte. Persische Fans stimmten auf der Tribüne die Rufe „Ayatollah Khomeini“ und „Islam, Islam“ an. Anschließend demonstrierten sie gemeinsam mit den persischen Taekwondo-Kämpfern eine Toilette in den Umkleekabinen. Schon am Freitag hatten die Perser auf der Wettkampfstätte einen Sitzstreik organisiert. Nun wurden sie von den Weltmeisterschaften ausgeschlossen.

Zwei Siege gab es übrigens für das deutsche Team: Claudia Vieng (Dechen) gewann in der Klasse bis 44 kg, Petra Urban (Pfronten) in der bis 67 kg. Bei den Herren gab es Silber für Europameister Thomas Fabula aus Bonn (bis 60 kg).

Bei den Europa- und Weltmeisterschaften der Gewichtheber in Moskau wurden elf Athleten wegen Dopingmißbrauchs für zwei Jahre gesperrt. Es handelt sich dabei um Athleten, die während der Panamerikanischen Spiele Anfang September in Caracas aufgetaucht waren. Sie kommen aus Kuba, Kanada, USA, Chile, Venezuela, Nicaragua, Puerto Rico, Kolumbien und Argentinien. Gleichzeitig erweiterte der internationale Verband seine Dopingliste um die leistungssteigernden Mittel Koffein und Testosteron.

Zum Auftakt des Titelkämpfe war der bulgarische Fliegengewichther Nemo Tetzaki der überlegene Athlet. Tetzaki stellte in der Klasse bis 52 kg in Reihen, Stößen und Olympischen, Zweikampfs Weltrekorde auf. Im Reißen mit 115 kg, im Stoßen mit 150 kg und im Zweikampf mit 265 kg.

Mit Kravallen und Zuschauerassaulten endete das Weltcup-Turnier der Amateurböxer in Rom. Die meisten der 3000 Zuschauer hatten im Mittelgewichtsfinale ihren Landsmann Romolo Casamonti, einen unsauber schlagenden Kämpfer aus der Nähe von Rom, wegen seiner wilden Attacken als Sieger gesehen. Das Punktrichter entschied sich jedoch für den sowjetischen Europameister Valeri Laptev. Nach dem Kampf flogen Flaschen und andere Gegenstände in den Ring. Die Polizei mußte einen Fan aus dem Ring holen und den Turniersieger Laptev nach der Siegerehrung beim Abgang in die Kabine schützen.

Nordamerika sicherte sich zum zweitenmal nach 1981 in Montreal - 1979 hatten in New York die USA gewonnen - den Pokal. Diesmal gab es für Nordamerika vier kubanische Klassensiege durch Reyes (Fliegengewicht), Sollet (Feder), Güre (Leicht) und Duvergel (Halbwelter). Die USA-Boxer in dieser Staffeln enttäuschten. Europa 1 wurde Zweiter vor Italien und Asien 1.

HANDBALL / Gutes Abschneiden beim Turnier in Dänemark, aber wieder Ärger um Freigabe von Wunderlich

Ungarn erwägt Verzicht: Durch die Hintertür käme das Nationalteam zur Olympia-Teilnahme

sid/Upa, Randers. Der deutschen Handball-Nationalmannschaft winkt möglicherweise durch die Hintertür die Teilnahme an den Olympischen Sommerspielen 1984 in Los Angeles. Ungarn, dessen Mannschaft vor acht Monaten bei der B-Weltmeisterschaft in Holland durch ein Tor von Jozef Kenyeres (12:12) den Deutschen buchstäblich in letzter Sekunde die Olympiafähnchen wegschnappte, erwägt den Verzicht auf das olympische Turnier.

Obwohl der ungarische Verbandspräsident Istvan Madarasz diese Nachricht dementiert, liegen der Internationalen Handball-Föderation (IHF) eindeutige Hinweise darauf vor. Die ungarischen Handballspieler sollen nämlich ihre bereits erkämpfte Olympia-Qualifikation noch einmal vor dem eigenen Sportverband nachweisen. Für sie ist jetzt der Sieg beim internationalen Turnier Ende November in Pecs das Maß aller Dinge. Die finanziell bedingte Alternative in Ungarn heißt nämlich: Entweder fahren die Handballspieler oder die eher medallienverliebten Wasserballspieler 1984 nach Los Angeles.

Der Deutsche Handball-Bund wäre als Siebenter der A-Weltmeisterschaft und als Dritter der B-WM-Erstmannschaft Nummer eins für die Olympischen Spiele. Das hat die Internationale Handball-Föderation dem Deutschen Handball-Bund (DHB) offiziell mitgeteilt. Verbandsgeschäftsführer Frank Birkfeld sagte beim Vierländerturnier in Dänemark: „Uns ist von mehreren Seiten ausgetragen worden, daß die Ungarn den Rückzug planen. Auch wenn die Sache noch nicht spruchreif ist, so ist es doch natürlich, daß wir uns auf die Möglichkeit einstellen.“

Vor diesem Hintergrund bekommt die Teilnahme der deutschen Mannschaft am Vierländerturnier in Dänemark schon fast den Charakter einer

ersten Olympiavorbereitung. 19 Stunden nach dem 18:17 über Vize-Weltmeister Jugoslawien erkämpfte die neuformierte deutsche Handball-Nationalmannschaft gegen die gastgebenden Dänen ein 12:12 (8:4). Das Ergebnis des Spiels gegen die CSSR lag bei Redaktionsschluß dieser Ausgabe noch nicht vor.

Der Einsatz von Erhard Wunderlich - der jetzt beim FC Barcelona spielt - erwies sich für die deutsche Nationalmannschaft beim knappen Sieg über Jugoslawien als Flop. Im Freigabe-Gerangel um den früheren Gummisbachelor Nationalspieler kündigt sich nun ein weiterer Akt an. Für den Supercup vom 1. bis 6. November mit allen Weltmeistern und Olympiasiegern in der Bundesrepublik Deutschland hat der FC Barcelo-

na Wunderlich wieder nur eine befristete Freigabe erteilt. Nur bis zum 4. November will Barcelona Wunderlich freistellen, weil er am 6. November ein Punktspiel gegen Cajamadrid bestreiten soll. Bundestrainer Simon Schobel muß also ausgerechnet am 5. und 6. November während der Finalspiele in der Dortmunder Westfalen-Halle auf den Kapitän der deutschen Nationalmannschaft verzichten.

Wunderlich erklärte in Dänemark dazu: „Ich will und werde beim Supercup mein 100. Länderspiel in Dortmund absolvieren. Daran werden mich auch die Herren in Barcelona nicht hindern.“ Weiter sagte Wunderlich vor seinem Rückflug nach Spanien: „Ich will nun das leidige Freigabeproblem selbst in die Hand nehmen. Ich will auf die Nationalmannschaft nicht verzichten.“

Ob Wunderlich in der Bundesrepublik zurückkehrt? Offenbar denkt er bei einem Scheitern in Barcelona bereits daran, schließlich bereitet Wunderlich in Nürnberg die Wiedereröffnung seiner Werbeagentur (siehe auch Interview im Kasten) vor. Im Falle Supercup begibt sich der Deutsche Handball-Bund derweil in Wartestellung. Obwohl sich die Führungsspitze einen harten Kurs vorbehalten hat, ist die Möglichkeit einer gütlichen Einigung nicht ausgeschlossen. Denn nach dem Supercup, so erklärte Geschäftsführer Frank Birkfeld, werde Wunderlich für alle Maßnahmen bis Juli 1984 zur Verfügung stehen.

Aber so schlecht scheint es um den deutschen Nachwuchs gar nicht bestellt zu sein. Im ersten Spiel imponierte der Debütant Jochen Frantz (Tusum Essen) mit fünf Treffern. Gegen die Dänen waren zwei Kieler die besten Spieler, die auch noch nicht zur Stammmanschaft zählten: Uwe Schwenker und Dirk Sommerfeld erzielten jeweils drei Treffer.

„Streit auf meinem Rücken“

Hat Erhard Wunderlich den Wechsel nach Spanien noch nicht veranlaßt? Nur zwei Tore, viele Fehler und eine Disqualifikation bedeuten einen unruhlichen Abgang in seinem ersten Länderspiel als Mitglied des FC Barcelona.

Frage: Haben Sie Ihren Wechsel nach Barcelona bereut?

Wunderlich: Bereut habe ich nichts. Aber kaum hatte ich nach der Freigabe im August ein wenig Ruhe, fing der Ärger zwischen den Funktionären schon wieder an, der ohne mein Verschulden auf meinem Rücken ausgetragen wird. Wenn ich wirklich gesperrt werden sollte, gibt es für mich nur eine Konsequenz: Geld bedeutet mir, wie ich schon immer gesagt habe, nicht alles. Meine berufliche Karriere ist mir wichtiger.

Frage: Bedeutet dies, daß Sie möglicherweise in Barcelona kündigen und nach Deutschland zurückkehren werden?

Wunderlich: Ich bin weder ein Leibeigener, noch vertraglich an irgendeine Person gebunden. Ich habe mir immer meinen Rücken freigehalten und könnte zwar nicht so

fort, bestimmt aber in einem Jahr wieder in Deutschland sein.

Frage: Würden Sie wieder in der Bundesliga spielen?

Wunderlich: Ich eröffne am 1. Januar 1984 mit meiner Freundin Sabine Wollweck in Nürnberg wieder meine Werbeagentur, die ich in Gummisbach geschlossen hatte. Ich könnte mir vorstellen, daß sich zum Beispiel Vereine im Kampf gegen den Abstieg wie im Kampf um die Meisterschaft nach mir die Finger lecken würden.

Frage: Wie wichtig ist Ihnen die Karriere in der Nationalmannschaft? Haben Sie den Wechsel vom Torjäger zum Regisseur in Barcelona wie auch in der DHB-Auswahl noch nicht verkräftet?

Wunderlich: Sicher habe ich viele Fehler beim ersten Spiel gemacht, aber ich brauche eben Zeit, um mich in die Mannschaft zu integrieren, die in dieser Zusammenstellung mit den Junioren und den Routiniers eine große Zukunft hat. Die Klinglewitsch mit den Gummisbachern und Großwallstädtern ist beendet. Wir sind wieder ein Team.

OLYMPIA / Doch kein Boykott der UdSSR?

Start nicht sicher, aber schon Karten bestellt

sid/Upa, Los Angeles. Obwohl die Sowjetunion noch nicht offiziell die Teilnahme an den Olympischen Sommerspielen 1984 in Los Angeles bestätigt hat, bestellte sie bei den Olympia-Organisatoren in den USA Zuschauerkarten. Das bestätigte Peter Ueberroth, der Präsident des Organisations-Komitees in Los Angeles. Die genaue Anzahl und das Datum der Bestellung wurden nicht bekannt. Die Anforderung der Tickets wird als erster Hinweis auf eine Teilnahme der UdSSR in Los Angeles gewertet. Zuletzt hatte die sowjetische Sportführung einige vorolympische Wettbewerbe boykottiert. Sie reagiert damit auf Sanktionen der USA, die der Abschluß eines sibirischen Passagier-Flugzeuges durch sowjetische Abflugpiloten nach sich gezogen hatte.

Eine Absage an Los Angeles hatte man zudem als Retourkarte für den Boykott der USA bei den Olympischen Spielen 1980 in Moskau für möglich gehalten.

Juan Antonio Samaranch, der Präsident des Internationalen Olympi-

schen Komitees (IOC), zeigte sich im Hinblick auf einen Start der UdSSR optimistisch. „Die Sowjetunion hat zugesichert, einen Sport-Boykott nicht als politische Waffe zu gebrauchen“, erklärte der Spanier auf einer Konferenz in Genäva.

In Genäva erklärte Samaranch, auch die mögliche Teilnahme von Profifußballspielern am Olympischen Turnier in Los Angeles bleibe ein umstrittener Punkt. Samaranch bezieht sich auf ein Abkommen zwischen dem IOC und dem Welt-Fußballverband FIFA. Danach dürfen weder Spieler teilnehmen, die schon einmal bei Welt- und Europameisterschaften eingesetzt wurden, noch solche, die Profis sind.

Dem Sinn der Übereinkunft mit der FIFA gemäß seien unter Profis jene zu verstehen, die ihr Einkommen ausschließlich aus der Tätigkeit Fußballspielern beziehen.

Mehrere westeuropäische Länder, darunter auch die Bundesrepublik Deutschland, bestreiten zur Zeit die Olympia-Qualifikation fast ausschließlich mit Beruf-Fußballspielern.

RADSPORT / Gisiger gewann Baracchi-Trophäe

Weltmeister Lemond kam nur auf den vorletzten Platz

sid/DW, Pisa. Der Schweizer Rad-Profi Daniel Gisiger (29) hat sich in den letzten zwei Jahren zum überragenden internationalen Zeitfahr-Spezialisten entwickelt. Nachdem er bereits das klassische Einzelzeitfahren über 90 Kilometer um den Grand Prix des Nations zum zweiten Mal gewonnen hat, triumphierte Daniel Gisiger nun auch beim Mannschaftszeitfahren um die Baracchi-Trophäe, die diesmal auf der 96 Kilometer langen Strecke zwischen Pontevra und Pisa in Italien durchgeführt wurde.

Bei dem seit 1940 ausgetragenen Rennen siegte Gisiger gemeinsam mit seinem italienischen Partner Silvano Contini in 2:05:05 Stunden (47,488 km/h) vor den Holländern Adrie van der Poel/Hennie Kuiper (2:06:15) und den Schweden Tommy Prim/Alf Segersall (2:08:39). Weltmeister Greg Lemond (USA) kam mit seinem schwachen französischen Partner Pascal Poisson in 2:11:07 Stunden nur auf den vorletzten und Tour-Sieger Laurent Fignon (Frankreich) mit seinem Landsmann Marc

Madiet (2:11:13) sogar auf den letzten Rang.

Die Baracchi-Trophäe, mit der alljährlich die Profi-Straßen Saison beendet wird, wurde in ihrer langen Geschichte nur einmal von einem deutschen Rennfahrer gewonnen: 1963 durch Rudi Altig mit dem Franzosen Jacques Anquetil.

Daniel Gisiger gewann das schwere Rennen, das diesmal noch durch empfindliche Kühle beeinträchtigt wurde, schon zum dritten Mal hintereinander: 1981 mit dem inzwischen verstorbenen Belgier Demeyer und 1982 mit dem Italiener Visentini. Wegen dieser Erfolge sagte Gisiger zum möglichen Projekt des Stunden-Weltrekordes, den der Belgier Eddy Merckx mit 49:431 Kilometern seit dem Jahre 1972 hält: „Für meine Spezialität wäre es das höchste Ziel. Es ist nicht ausgeschlossen, daß ich den Plan einmal realisiere. Dabei ist es nicht unbedingt nötig, einen Angriff auf einer Hochlandpiste zu unternehmen. So etwas könnte auch in einer Halle geschehen, so daß dem Hallen-Weltrekord wieder vermehrt Beachtung geschenkt würde.“

Der Deutsche Sportbund unternimmt im Kampf gegen den Doping-Mißbrauch einen neuen Anlauf

Bekenntnis zum Spitzensport ohne jegliche Manipulation

dpa, Frankfurt. Der Deutsche Sportbund (DSB) hat im Kampf gegen das Doping einen neuen Anlauf genommen. Sechs Jahre nach Verabschiedung der „Grundsatzerklärung für den Spitzensport“ soll der DSB-Hauptausschuß bei seiner nächsten Sitzung am 3. Dezember in Frankfurt eine „Entscheidung“ verabschieden, in der der unerlaubten Leistungsbeeinflussung im Sport erneut der Kampf angesagt wird. Ein entsprechendes vierseitiges Papier ist am Wochenende in Frankfurt vom DSB-Präsidium verabschiedet und dem Hauptausschuß zur Annahme empfohlen worden.

Die von den Professoren Ommo Grube, Heinz Fallak und Dieter Graf Landsberg-Velen erarbeitete Stellungnahme sei ein „eindeutiges Be-

kennntnis zum Spitzensport ohne jegliche Manipulation“, heißt es in einer Mitteilung des DSB. In ihr werden „Wege aufgezeigt, wie dieses Ziel erreicht werden kann“. Die Entscheidung habe fest, „daß es Verabschiedung gegen Geist und Inhalt der Grundsatz-erklärung gegeben hat, daß aber jede Form medikamentöser Leistungsbeeinflussung und die Benutzung von Hilfsmitteln, die den Regeln des Sports widersprechen, unstatthaft sind“.

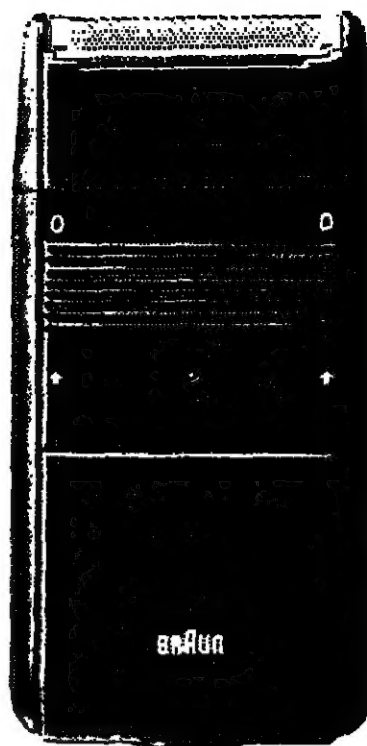
In der Stellungnahme wird davon ausgegangen, daß zwar ständige Kontrollen unerlässlich seien, daß eine vollständige und lückenlose Kontrolle jedoch nicht möglich ist und dieser Ordnung auch nicht entsprechen würde. Ein Kernsatz lautet: „Tragende Elemente dieser Ordnung

sind die ethischen Grundlagen der Sportbewegung und die Selbstverantwortung aller beteiligten Athleten, Trainer, Ärzte, Betreuer und Funktionäre. Diese Elemente des Leistungssports müssen gestärkt und gesichert werden.“

Nach Mitteilung des DSB wird dem Hauptausschuß auch eine Resolution zum Thema „Sport und Frieden“ zur Annahme vorgelegt werden. Diese Entscheidung ist von einer Kommission unter Leitung von Vize-Präsident Hans Hansen, unter Berücksichtigung der Stellungnahme von 17 Mitgliedsorganisationen des DSB vorbereitet worden. Darin wird festgestellt, daß es nicht zu den Aufgaben des DSB gehöre, zu aktuellen sicherheitspolitischen Fragen Stellung zu nehmen. Allerdings müsse der Sport durch sein eigenes Verhalten einen Beitrag zum Frieden leisten, er habe seine Möglichkeiten zum Frieden noch nicht genügend ausgeschöpft.

Kontroversen sind bei der Vielfalt der Mitgliedsorganisationen des DSB und bei den unterschiedlichen politischen Auffassungen ihrer Mitglieder selbstverständlich. Um so mehr werden Toleranz und gegenseitiger Respekt gefordert, heißt es in dem Entscheidungsentwurf. Wie der Vorsitzende der Deutschen Sportjugend (DSJ) im DSB, Peter Hanisch, erklärte, wird die Verabschiedung der DSB-Resolution kein Grund für die DSJ sein, auf ein eigenes „Friedens-Papier“ mit „entschiedeneren“ Aussagen zu verzichten.

Es gibt einen neuen Grund, einen Braun zu kaufen



Rasiert ohne Kabel
Rasiert mit Kabel

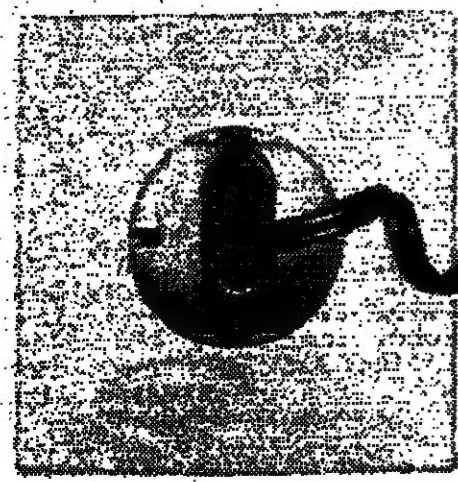


Neu: Der Braun sixtant®
compact two-way

Der neue Braun sixtant compact two-way befreit Sie nicht nur vom Bart. Er befreit Sie auch von der Steckdose. Weil er auch ohne Kabel rasiert. Sie können sich beim Rasieren frei bewegen. Zu Hause im Bad. Im Auto. Im Urlaub. Mehr als zwei Wochen ungebundenes Rasieren nach einmal „Volltanken“. Und sollten Sie einmal vergessen aufzuladen, können Sie sich trotzdem rasieren. Am Netz. An jedem Stromnetz der Welt. Kabel einstecken genügt. Die neuartige Braun-Ladetechnik mit Mikroelektronik macht's möglich. Schon 60 Minuten genügen, um den Großteil seiner Energiespeicher zu füllen. Mit einem Zusatzkabel läßt er sich sogar am Zigarettenanzünder im Auto aufladen. Sehen Sie sich bei Ihrem Fachhändler das Braun-Sortiment an. Lassen Sie sich beraten. Sie werden feststellen: Es wird immer schwieriger, keinen Braun zu kaufen.

BRAUN

Er lädt (ohne Extra-Ladeteil) und rasiert direkt an jeder Netzspannung der Welt.



ERGEBNISSE

Stuttgart - München	1:0 (0:0)
Frankfurt - M'gladbach	1:1 (1:0)
Nürnberg - Köln	1:3 (1:1)
Bielefeld - Düsseldorf	1:3 (1:0)
Leipzig - Offenbach	3:1 (1:1)
Uerdingen - Bremen	0:3 (0:1)
Dortmund - Braunschweig	0:2 (0:0)
K'lausers - Mannheim	2:0 (0:0)
Hamburg - Bochum	2:1 (0:1)

DIE SPIELE

Bielefeld - Düsseldorf 1:3 (1:0)

Bielefeld: Kneib - Wohlers - Pohl, Geis (67, Gernsmeier), Dronk - Böhmer, Fagel, Schmitz - Böttcher, Osk, Kihlhorn (48, Westervinter). - Düsseldorf: Kneib - Zewe - Bokenfeld, Theis, Kucinski - Bommer, Weid, Fach, Dussend (58, Wenzel) - Edvaldsson, Thiele (81, Ormslev) - Schiedler: Eschweiler (Euskirchen). - Tore: 0:1 Edvaldsson (14), 0:2 Bokenfeld (15), 1:2 Pohl (18), 1:3 Edvaldsson (28). - Zuschauer: 13.500. - Gelbe Karten: Pohl (2), Dussend.

Dortmund - Braunschweig 0:2 (0:0)

Dortmund: Immel - Rüßmann - Wals (75, Lusch), Koch - Tenhagen, Kesser, Bittcher, Storck, Reich (46, Semite) - Klotz, Dreßel. - Braunschweig: Franke - Hollmann - Lux, Bruns - Stützbe (77, Geyer), Geiger, Kindermann, Fahl, Trippachner - Zavis, Wags (30, Kautz). - Schiedler: Brehm (Kernern). - Tore: 0:1 Fahl (87), 0:2 Hollmann (75, Foullentz). - Zuschauer: 13.500. - Gelbe Karten: Koch, Trippachner.

Frankfurt - M'gladbach 1:1 (0:0)

Frankfurt: Pahl - Kirel - Siedat, Kraus - Borchers, Sievers (94, Trieb), Mohr (85, Müller), Kroth, Falkenmayer - Berthold, Svensson. - M'gladbach: Sude - Bruns - Kraus, Hammes, Frontzeck - Herjovsen, Matthäus, Schäfer (75, Ringel), Rahn - Mill (75, Orlens). - Schiedler: Retzmann (Hamburg). - Tore: 1:0 Kroth (18), 1:1 Rahn (54). - Zuschauer: 23.000.

Hamburg - Bochum 2:1 (0:1)

Hamburg: Stein - Hieronymus - Kalk, Jacobs, Groh - Hartwig, Roff, Milewski, Magath - Wuttke, Schatzschneider. - Bochum: Zundick - Knüwe - Züglic, Wock, Gothe - Böninghausen, Lameck, Oswald, Schulz - Kutz (84, Pater), Schreier. - Schiedler: Michel (Augsburg). - Tore: 0:1 Züglic (31), 1:1 Kalk (55, Foullentz), 2:1 Hartwig (85). - Gelbe Karten: Hartwig (3), Roff, Wock (4/2), Böninghausen (3), Züglic.

K'lausers - Mannheim 2:0 (0:0)

K'lausers: Hellström - Dusek - Brigel, Wolf - Gey, Meiser, Bongartz, Brehme - Nilsson, Alofs, Kitzmann. - Mannheim: Zimmermann - Sebert - Quaiser, Dickelberger, Schlotwein - Hein, Scholz, Schön (63, Walter), Kamp - Meinen, Loh (80, Wilmsen). - Schiedler: Roth (Salzgitter). - Tore: 1:0 Brehme (58), 2:0 Nilsson (74). - Zuschauer: 26.738. - Gelbe Karten: Linz (3).

Leipzig - Offenbach 3:1 (1:1)

Leipzig: Vollborn - Bast - Posch, Gelsdorf, Wolfowitz - Seiberski, Bittorf (94, Vöge), Böber, Hörner (80, Patzke). - Offenbach: Herr - Kintopp - Paulus, Demuth - Franisch, Trapp, Grinewald (75, Feulster), Riedl - Bein, Riedel, Meckelberger (88, Höfer). - Schiedler: Tsch: Umbach (Bottorf). - Tore: 0:1 Tsch (30), 1:1 Grinewald (35), 2:1 Gelsdorf (47), 3:1 Hörner (78). - Zuschauer: 8800. - Gelbe Karten: Riedl (2).

Nürnberg - Köln 1:3 (1:1)

Nürnberg: Kargus - Eder - Teufel, Habiger - Grammer, Brunner, Reinhardt, Burgmüller, Heidenreich (68, Lottermann) - Heck, Trunk - Kälz: Schumacher - Strack - Steiner, Zimmermann - Hönerbach, Hartmann, Roff, Haas (71, Willmer) - Litzbarski, Alofs (18, Mennle). - Schiedler: Richter (Lahnstein). - Tore: 0:1 Alofs (12), 1:1 Heck (44), 1:2 Heidenreich (77), 1:3 Litzbarski (84). - Zuschauer: 20.000. - Gelbe Karten: Grammer (3), Zimmermann (2), Mennle.

Stuttgart - München 1:0 (0:0)

Stuttgart: Roleder - Niedermayer - Schäfer, K-H. Förster, B. Förster - Buchwald, Allgöwer, Ohlicher, Stigun - Reichert (77, Kempe), Kelsch. - München: Pfaff - Augenthaler - Dremmler, Belezorzer, Dürnbeger - Mathey (90, DeHaye), Kraus (70, Nechtweil), Lerby, Pöhliger - M. Rummenigge. - Schiedler: Tritschler (Freiburg). - Tore: 1:0 Kelsch (54). - Zuschauer: 69.000 (ausverkauft). - Gelbe Karten: K-H. Förster (2), Lerby (4), Dürnbeger (2), Dremmler.

Uerdingen - Bremen 0:3 (0:1)

Uerdingen: Vollack - Hergert - Brinkmann, van de Loo - Thomas (48, Gulich), Jussif, Buttgerit (75, Sackowitz), Klinger, Feilzer - Lontiens, Funkel. - Bremen: Burdinski - Pözzey - Oskander, Gruber - Sidka, Mühlmann, Schaff, Meier (87, Böhnke), Otten - Reinders (74, Neuberth), Völler. - Schiedler: Honthelm (Trier). - Tore: 0:1 Meier (20), 0:2 Sidka (88), 0:3 Völler (90). - Zuschauer: 16.000. - Gelbe Karten: Hergert (2), Gruber (2), Otten. - Rote Karte: Brinkmann.

VORSCHAU

Samstag, 29. 10., 15.00 Uhr	
Mannheim - Dortmund	(--)
Samstag, 29. 10., 15.30 Uhr:	
Braunschweig - Uerdingen	(--)
Offenbach - Bielefeld	(--)
Düsseldorf - Stuttgart	(1:1)
München - Nürnberg	(1:1)
Köln - Frankfurt	(2:2)
M'gladbach - Hamburg	(1:1)
Bochum - K'lausers	(1:1)
Bremen - Leipzig	(3:1)

In Klammern die Ergebnisse der letzten Saison.

FUSSBALL / Rückschlag für den gefeierten Aufsteiger Bayer Uerdingen - Muß Trainer Uli Maslo vorzeitig gehen?

Thomas Alofs wollte nach Dortmund, jetzt denkt er darüber nach

Von ULRICH DOST

Gestern, so hatte es sich Thomas Alofs (23) eigentlich vorgenommen, wollte er zum Präsidenten des 1. FC Kaiserslautern gehen und Udo Sepp (48) um eine vorzeitige Entlassung aus seinem bis zum Saisonende laufenden Vertrag bitten. Thomas Alofs ist dann doch nicht gegangen, obwohl Borussia Dortmund, der Verein, der ihn sofort verpflichten wollte, sich gestern nochmals gemeldet hat, um das Angebot zu bekräftigen. Schon am Donnerstag hatte der kleine Stürmer Dortmunds Trainer Uli Maslo (45) eine feste Zusage erteilt. Doch jetzt sagt Thomas Alofs: „Ich muß die Sache zurückstellen. Erst muß man wohl die Situation in Dortmund abwarten. Ich weiß ja gar nicht, wie lange der Trainer noch Maslo heißt.“

Es war also ein schwarzes Wochenende für die Dortmunder. Erst blamierten sie sich gegen Eintracht Braunschweig durch eine 0:2-Niederlage, dann geht ihnen noch der Spieler von der Fahne, den sie so gerne verpflichten würden. Jetzt kommt wohl der Wechsel des Liberos Ralf Loose (20), der im Tausch mit Thomas Alofs nach Kaiserslautern gehen sollte, auch nicht zustande. Thomas Alofs: „Bis Weihnachten habe ich mich entschieden. Die Dortmunder haben mir versprochen, daß sie bis zu diesem Zeitpunkt mit keinem anderen Stürmer verhandeln wollen.“

Die Vorsicht von Alofs ist durchaus berechtigt, denn gestern sah es in Dortmund so aus, als müsse Uli Maslo seinen Platz räumen. Neue Namen wurden selbstverständlich auch schon gehandelt. Ganz oben auf der Liste steht der frühere Schalke-Spieler



Hintergründe aus der Bundesliga

ler Friedel Rausch (42). Wie auch immer, sollte Maslo gehen müssen, dann beugt sich der Vize-Präsident Friedhelm Cramer (38), der mächtige Mann im Dortmunder Präsidium, dem Druck der Öffentlichkeit. Cramer hat nämlich mit den wichtigen Spielern in der Mannschaft, mit Ralf Loose (20) und Jupp Tenhagen (31) zum Beispiel, über das Problem geredet. Dabei kam heraus, daß die Misere der Dortmunder keineswegs dem Trainer anzulasten ist. Die Mannschaft spiele schon das richtige System, nur würde eben der Torhüter fehlen, der die Tore schießen kann. Hinzu käme das Verletzungspech. Die Verletzungen von Marcel Rademann (29) und Kapitän Lethar Huber (31) seien für die Dortmunder so schlimm, als würden beispielsweise beim Hamburger SV Felix Magath (30) und Manfred Kaltz (30) ausfallen.

„Die Lage ist ernst, wir brauchen eine schnelle Lösung“, hat Cramer am Samstag nach dem Spiel gesagt. Er hat dabei bestimmt nicht an die Entlassung des Trainers gedacht, sondern an die Verpflichtung von Thomas Alofs, die er im Geheimen vorbereitet hatte.

Denn auch das mußte Cramer bedenken: Eine Alternative zum Trainer Uli Maslo gibt es derzeit nicht auf dem Trainermarkt. Das könnte den früheren Braunschweiger Trainer womöglich davor bewahren, entlassen zu werden. Maslo würde gerne weiterarbeiten. Er sagt: „Es kann mich wohl jeder denken, was in mir vorgeht. So etwas ist mir bisher nicht passiert. Doch noch schlimmer ist es, die Rückentwicklung einer Mannschaft zu beobachten.“

Nun, Schiedsrichter Tritschler aus Freiburg, ein international anerkannter Mann, braucht keine Belehrung vom Münchner Oberlehrer Lattek. Wenn in jenen Situationen, über die Lattek dozierte, jedesmal Strafstöße gegeben würde, dann wäre das Spiel 7:6 ausgefallen. So aber endete es 1:0 für den VfB Stuttgart. Dieser Sieg

Mit hohen Ansprüchen war Maslo gestartet, nun stehen die Dortmunder mitten im Abstiegskampf.

Für das, was Felix Magath am Samstag im Spiel gegen den VfB Bochum gemacht hat, gibt es im deutschen Sprachgebrauch ein Wort - nämlich Betrug. Auf plumpe Art und Weise gelang es dem Hamburger Spielermacher, beim 0:1-Rückstand einen Elfmeter herauszuschinden, den Manfred Kaltz zum 1:1 verwandelte. Er habe noch nicht einmal ein Fernglas gebraucht, meinte Hamburgs Torwart Uli Stein (28), um über das ganze Spielfeld zu erkennen, daß dieser Elfmeterpfiff ein Witz gewesen sei. Bochums Trainer Ralf Schafstall (46) erregte sich vollkommen zu Recht: „Ich halte nichts von Schiedsrichter-Schelte, aber Magath hat diesen Elfmeter provoziert, und der Unparteiische fiel darauf herein. Es ist für eine Spitzemannschaft bedenklich, wenn ihre Spielkunst nicht ausreicht und sie zu solchen Mitteln greifen muß, um unsere junge Mannschaft zu schlagen.“ Peinlich, peinlich für einen ansonsten fairen Sportsmann wie Felix Magath. Pierre Littbarski (23) hat ähnliches auch einmal versucht, im Spiel gegen den HSV. Er ließ sich einfach hinfallen, ohne vom Gegenspieler berührt zu werden. Es gibt nicht wenige Leute, die behaupten, seit dieser Schwalbe stecke der entlarvte Littbarski in einer Formkur.

Peinlich muß der Vorgang aber auch für Hamburgs Präsident Wolfgang Klein (40) gewesen sein. Er hatte nämlich gerade wieder mal im „HSV Journal“ die Journalisten kräftig in die Pfanne gehauen: „Es gibt sie immer noch und immer wieder. Journalisten, die kein Herz für den Fußball haben und deren einziges Ziel zu sein scheint, die Stadion- und den Fußballkaputtschmerzen.“ Verzeihen, Herr Präsident, aber Sie können es so lange drehen und wenden, wie Sie wollen, es bleibt dabei: Nicht derjenige ist der Schuldige, der zum Beispiel über so zwielichtige Aktionen wie die von Magath berichtet, sondern immer noch derjenige, der sich in dieser Form blamiert.

Michael A. Roth (Präsident des 1. FC Nürnberg) scheint auch so einer zu sein, der glaubt, die Journalisten hätten gefälligst die Vereinskritik aufzusetzen, wenn sie ihrer Arbeit nachgehen. Auch Roth hat für seine Vereinszeitung zur Feder gegriffen. Er hätte es besser nicht getan. Roth gab nämlich den Lokalzeitungen die Schuld an der Misere des Vereins und sprach davon, es würden sogar „verunsichernde Berichte“ abgefaßt. Kein Wunder, daß sich die Journalisten diesen starken Tobak nicht gefallen ließen. Nach dem 1:3 gegen den 1. FC Köln blieben die Nürnberger Journalisten der üblichen Pressekonferenz fern. Auf den Teppichhändler Roth trifft das gleiche zu wie auf den Rechtsanwalt Klein: Sie sollten lieber vor der eigenen Tür kehren. Die Nürnberger Kollegen können sich freuen, denn künftig wird ihnen der Präsident persönlich sagen, was sie zu schreiben haben. Denn Roth hat die Aufgabe als Pressesprecher von Trainer Udo Klug (55) übernommen.

Klug, der in Personalunion auch Manager war, soll sich jetzt nur noch um die Mannschaft kümmern. Die Begründung des Präsidiums: „Der Trainer und die Mannschaft haben sich selbst in diese mifflische Lage hereinmanövriert und sollen sich auch selbst wieder daraus befreien. Ein neuer Trainer steht nicht zur Debatte.“

An den Journalisten kann es also doch nicht liegen haben - meint das Nürnberger Präsidium. Die Querschnitte hätte sich der Präsident Michael A. Roth durchaus ersparen können.

Das Tor geht auf die Kappe des Belgiers. Der Betroffene suchte auch nicht nach Entschuldigungen. „Aber“, so Pfaff, „was kann ich dafür, wenn die vorne das Tor nicht treffen.“

Ein Stich gegen den eigenen Angriff, der schon in Köln und Salomiki erfolglos vom Feld gegangen war. Ein Hieb, der in die Richtung von Karl-Heinz Rummenigge zielt. Der Kapitän der Mannschaft hätte die Partie im Neckarstadion allein entscheiden können.

Mit grimmigem Blick marschierte

Nach der vierten Niederlage in Folge hat für Bayer Uerdingen, nach den ersten Spieltagen als Sensationsmannschaft gefeiert, der Kampf gegen den Abstieg begonnen. Eine Entwicklung, die einige Fans nicht aber die Sportmediziner überraschen kann.

„Genau diese Entwicklung war abzusehen“, dozierte Sportmediziner Heinrich Liesen zwei Tage vor dem Spiel der Krefelder gegen Werder Bremen (0:3) vor Studenten der Sporthochschule in Köln. Liesen: „Nach dem, was mir über die Vorbereitung Uerdingens bekannt ist, mußte der Leistungseinbruch zwangsläufig kommen.“ Und ironisch weiter: „Nur im Fußball ist es möglich, mit

maximal zwei Wochen Training ausdauernden Grundlagen für eine ganze Saison zu erarbeiten. In allen anderen Sportarten braucht man dazu mindestens zehn Wochen.“

Außerungen wie die von Uerdingens Torwart Vollack: „Im Trainings-

lager sind wir abends auf dem Zahnfleisch ins Bett gekrochen“, bestätigen dem Sportmediziner, daß „viele Trainer die wissenschaftlichen Untersuchungen und Ergebnisse immer noch ignorieren, auch wenn erfreulicherweise einige schon dazugelernt haben.“

Die Vorbereitungsphase von Bayer Uerdingen jedoch zeige deutlich die Mißachtung sportmedizinischer Einsichten. „Wer Sportler in wenigen Tagen so stark belastet, daß sie grün und blau werden und sich übergeben müssen, erreicht zwar kurzzeitig eine

besser trainierten Zustand, niemals machen würden.“

Interessant in diesem Zusammenhang sind die 21 Verwundungen und der Platzverweis von Bickmann, die gegen Uerdingen in elf Spielen verhängt und von keinem anderen Verein überboten wurden. Deshalb plädiert Professor Liesen für bessere medizinische Begleitung des Fußball-Trainings. „Wenn wir den Start häufiger ein paar Tropfen Blut abzapfen dürfen und die Trainer unsere Untersuchungsergebnisse in ihre Trainingspläne einfließen lassen würden, könnte sich im Profifußball effektiver gearbeitet werden.“

Mediziner: Falsch trainiert

gesteigerte Leistungsbereitschaft, aber keine echte Leistungssteigerung, erst recht nicht bezogen auf die Ausdauerfähigkeit. Die Muskulatur ist so stark überlastet, daß optimale, konzentrierte Aktionen nicht mehr möglich sind. Die Spieler begehen Fehler und Fouls, die sie in einem

lager sind wir abends auf dem Zahnfleisch ins Bett gekrochen“, bestätigen dem Sportmediziner, daß „viele Trainer die wissenschaftlichen Untersuchungen und Ergebnisse immer noch ignorieren, auch wenn erfreulicherweise einige schon dazugelernt haben.“



Erst rief er ihn um (Foto), dann trat er zu: Norbert Brinkmann im Zweikampf mit Rudi Völler, der kurz danach zum Platzverweis für den Uerdingen führte. Es war der siebte Platzverweis der Saison.

Gemeinsames Abendessen abgesagt und Timo Konietzka hängte das Telefon aus

BERND WEBER, Uerdingen: Bei Bayer Uerdingen ist es seit vielen Jahren Tradition, daß Mannschaft, Trainer und Vorstand nach jedem Spiel geschlossen ins vereins-eigene Klubhaus gehen, dort ausgiebig das Abendessen einnehmen und sich dann den Fans am Tresen bei einem Glas Bier präsentieren. „Zum Anlassen“ sonntags. Am Samstagabend, nach dem 0:3 gegen Werder Bremen, fand diese Zeremonie nicht statt. Offenbar war der Uerdingen Spieler die Niederlage, es war die vierte in Serie, auf den Magen geschlagen. Jedenfalls verspürte niemand Lust auf die üblichen Gemeinsamkeiten.

Mannschaftskapitän Matthias Hergert sprach aus, was wohl die meisten dachten: „Solch eine Enttäuschung verarbeitet man am besten in den eigenen vier Wänden, im Kreis der Familie.“ Sagte es und verschwand, bleich im Gesicht und hohlwangig, aus der Umkleidekabine. Was nunmehr deutlich dokumentiert: Die fröhlichen Zeiten in Uerdingen sind vorbei. Die gefeierten „Himmelsstürmer“ der ersten Bundesliga-Spieltage sind wieder auf Normalmaß gestutzt worden.

Das mag im Moment noch schmerzen, aber unter dem Strich ist es wohl besser, daß die Bayer-Mannschaft sich jetzt ihre Schrammen holt und dadurch auch zu der Erkenntnis gelangt, die Präsident Arno Eschler nach dem Bremen-Debakel verbreitete: „Wir haben zum Saisonstart ganz sicherlich über unsere Verhältnisse geklebt. Mit dem ausgehenden Punktekonto, das wir nun haben, haben wir uns genau auf das unserem Leistungsvermögen entsprechende Niveau eingependelt.“

Wie gesagt, war mal ganz oben auf dem Gipfel stand (Uerdingen war nach vier Spielen Erster und wurde bereits als die „Entdeckung der Bundesliga“ gefeiert), tut sich sicherlich schwer vom farbenprächtigen Festgewand ins Einheitsgrau umzustiegen.

Der Stürmer selbst verteidigte sich so: „Das Foul gegen Völler hat von draußen schlimmer ausgesehen, als es tatsächlich war. Andererseits gebe ich natürlich zu, daß ich völlig blindgewand ins Einheitsgrau umzustiegen.“ Und dann kam der entscheidende Satz: „Man

Vor allem Trainer Timo Konietzka wird damit seine Probleme haben, er wurde von einigen Leuten bereits zum neuen Trainer-Guru hochstilisiert. „Timo wirbelt die Bundesliga durch“, „Konietzka Offensgeist“, „Konietzka Offensgeist“, „Konietzka Offensgeist“, so lautet die Schlagzeile. „Der Traum ist ausgeträumt, jetzt müssen wir dafür sorgen, daß daraus kein Trauma wird“, sagte der Trainer am Samstagabend. Nach dem Rezept befragt, wie er das schaffen wolle, blieb Konietzka die Antwort schuldig. Hilfeslos Achselzucken bei dem Mann, der früher noch mit ausführlichen Erklärungen geplänzt hatte. Und auch das ist sicherlich Symptom für die veränderte Situation. Gestern war das Telefon des Trainers stundenlang ausgehängt...

Daß seine Spieler nicht mehr in allerbesten nervlichen Verfassung nach dem Leistungseinbruch sind, ist unschwer am Fall Norbert Brinkmann festzumachen. Gewiß, der Vorstopper war schon immer ein rauber Bursche und hat auch in früheren Zeiten mehr hingelangt als viele seiner Berufskollegen. Zuletzt zum Beispiel am 22. Januar im Zweitligaspiel gegen Rot-Weiß Essen, als er nach einem schweren Foul vorzeitig vom Platz mußte.

Dennoch: So brutal, so unkontrolliert wie am Samstag den Bremer Nationalmannschafts-Mittelfürer Rudi Völler hat Brinkmann bestimmt noch nie gefoult. Schiedsrichter Honthelm aus Trier zückte sofort die Rote Karte. „Völlig zu recht“, befand Konietzka später. „Für den Tritt wird Brinkmann auch verurteilt bekommen.“ Schimpfte Eschler.

Der Stürmer selbst verteidigte sich so: „Das Foul gegen Völler hat von draußen schlimmer ausgesehen, als es tatsächlich war. Andererseits gebe ich natürlich zu, daß ich völlig blindgewand ins Einheitsgrau umzustiegen.“ Und dann kam der entscheidende Satz: „Man

kann wohl davon ausgehen, daß mir das in unserer Euphorie-Phase nicht passiert wäre. Im Moment haben wir eben alle mit den Nerven zu kämpfen.“

Manager Dieter Tippenhauer brachte das 0:3 auf einen ganz einfachen Nenner: „Der Alltag hat uns wieder“, kommentierte er die diesmal völlig kraftlose Spieler seiner Mannschaft. Und er gab freimütig zu, daß die Niederlage noch erheblich deutlicher ausgefallen wäre, wenn nicht wenigstens Torhüter Werner Vollack einen Glanztag und mit effizienten phantastischen Reaktionen weitere sichere Torchancen vereitelt hätte. Auch Tippenhauer weiß im Moment kein Rezept, wie der Bayer-Mannschaft aus der Krise herauszuheilen wäre. Er weiß es vielleicht sogar am allerwenigsten, ganz einfach deshalb, weil er den Kopf nicht mehr nur für seinen Klub frei hat. Der Manager hat bekanntlich vor kurzem einen Vertrag bei Borussia Dortmund unterschrieben und - das mag er nun zugeben oder nicht - mindestens mit halbem Herzen ist er bereits bei seinem neuen Arbeitgeber.

Als die noch mehr als die Uerdingen derzeit kriegsgebeutelten Dortmunder in der vergangenen Woche mit Gladbachs Torjäger Frank Mill verhandelt, war Tippenhauer dabei. Als die Borussia gestern nachmittag eine Sitzung abhielt, um darüber zu beraten, ob Trainer Uli Maslo beurlaubt oder weiter gehalten werden soll, saß der Manager ebenfalls mit in der Runde. So wie die Dinge im Moment stehen, wird er wohl spätestens Anfang November bei Uerdingen aussteigen. Bis dahin nämlich will sich der Bayer-Vorstand auf einen der sechs Nachfolgebewerber festgelegt haben.

Bayer Uerdingen - ein vom Trainer und vom Umfeld hochgepuschter Aufsteiger, der schon jetzt im Kampf gegen den Abstieg steht?

Neue Absage: Förster kann nicht spielen

DW, Bonn: Bundestrainer Jupp Derwall konnte sich am Samstag beim 2:1-Sieg von Real Madrid in Barcelona selbst überzeugen. Bernd Schuster ist verletzt und fällt wahrscheinlich auch für die Europaauswahl-Spiele gegen Nordeuropa und Albanien aus. Aber Uli Stielke hat gut gespielt, in der zweiten Halbzeit sogar überaus gut. Stielke wird also am Mittwoch in Berlin im Spiel gegen die Türkei (20.15 Uhr Originalübertragung im ersten deutschen Fernsehkanal) eingesetzt werden. Doch Derwall hoffnungen, damit den Ausfall von Schuster ausgleichen zu können, wurden gleich wieder getrübt: Gestern mußte Stuttgarts Vorstopper Karl-Heinz Förster absagen. Er erlitt im Spiel gegen Bayern München eine Gehirnerschütterung.

Aus dieser Situation ergeben sich neue Probleme. Über ihre Lösung will Derwall noch nicht reden: „Zu vielen wollen wir den Türken nun nicht vernichten.“ Möglich sind jetzt zwei Varianten: Entweder Derwall experimentiert noch einmal mit drei Angriffsspitzen (Rummenigge, Völler und Littbarski oder Wast). Oder er bleibt bei vier Mittelfeldspielern. Das hieße, Otten käme als linker Verteidiger zum Einsatz, Briegel würde für Förster Vorstopper spielen, das Mittelfeld setzte sich aus Rott, Meier und den beiden gebürtigen Liberos Stielke und Augenthaler zusammen.

Tabelle und Statistik des 11. Spieltages der Bundesliga nächste Sportseite

Während Derwall am Wochenende noch einmal betonte, sich ausschließlich auf sportliche Dinge konzentrieren zu wollen, meldete sich zu den möglicherweise problematischen Begleitumständen des Spiels der türkische Minister für Jugend und Sport, Vecdi Özgül, zu Wort. Der Minister appellierte an seine Landsleute in Berlin (etwa 130.000): „Es ist üblich, daß alle Sicherheitsmaßnahmen bei einem solchen Länderspiel vom Gastgeberland getroffen werden. Ihr solltet Ruhe bewahren und auf die Verlässlichkeit der Ordnungskräfte in der Bundesrepublik vertrauen. Einige Minderheiten werden versuchen, diesen Frieden zu stören. Tragt ihr dazu bei, daß dies nicht gelingt.“

Die 40köpfige türkische Delegation wurde gestern von 50 Landeuten auf dem Flughafen Berlin-Tegel empfangen. Zu Störungen, die von der Berliner Polizei bereits erwartet worden waren, kam es nicht. Die einzige Aufgabe der vorsorglich anwesenden Polizisten bestand darin, sich auf Bitten der türkischen Fans zum gemeinsamen Gruppenfoto zu stellen.

Hermann Neubauer, der Präsident des Deutschen Fußball-Bundes, sagte gestern, er wünsche sich für Mittwoch „vor allem eine tolle Stimmung“. Das Verhältnis des DFB zu türkischen Mannschaft sei „so sauber wie mir irgend etwas sein kann“. Für das Spiel sind bisher erst etwa 25.000 Eintrittskarten verkauft worden.

Helmut Benthaus konterte Latteks Wutanfall kühl: „Dummes Zeug“ und „Arroganz“

MARTIN HÄGELE, Stuttgart: Die Runzeln auf der Stirn deuteten es an. Da hatte sich in Udo Latteks Kopf ein Gewitter zusammengebraut. Es entlud sich mit Blitz und Donner: „Heute hat die glücklichere Mannschaft gewonnen, nicht die bessere. Zwei Elfmeter für uns waren fällig, einer an Karl-Heinz Rummenigge, einer an Pöhliger. Und, so der aufgebraute Trainer des FC Bayern München, er wolle sich gerne als Referent beim Deutschen Fußball-Bund zur Verfügung stellen, um den Schiedsrichtern beizubringen, was Foul ist und was nicht.“

Nun, Schiedsrichter Tritschler aus Freiburg, ein international anerkannter Mann, braucht keine Belehrung vom Münchner Oberlehrer Lattek. Wenn in jenen Situationen, über die Lattek dozierte, jedesmal Strafstöße gegeben würde, dann wäre das Spiel 7:6 ausgefallen. So aber endete es 1:0 für den VfB Stuttgart. Dieser Sieg

ist nicht auf dem Komposthaufen des Glücks gewachsen. Er entsprang schwäbischem Fleiß und Münchner Fehlern.

Über ihre Fehler kriegten sich die Münchner hinterher in die Wölle. Der Treffer war vermeidbar, der Ball befand sich lange genug in der Luft. Kritisierte Lattek seinen Torwart Jean-Marie Pfaff.

Das Tor geht auf die Kappe des Belgiers. Der Betroffene suchte auch nicht nach Entschuldigungen. „Aber“, so Pfaff, „was kann ich dafür, wenn die vorne das Tor nicht treffen.“

Ein Stich gegen den eigenen Angriff, der schon in Köln und Salomiki erfolglos vom Feld gegangen war. Ein Hieb, der in die Richtung von Karl-Heinz Rummenigge zielt. Der Kapitän der Mannschaft hätte die Partie im Neckarstadion allein entscheiden können.

Mit grimmigem Blick marschierte

Karl-Heinz Rummenigge denn auch zum Bus. Noch nie in den zehn Jahren, die er nun beim FC Bayern spielt, habe er solches Pech gehabt. Das war alles, was Rummenigge sagte.

Bayern-Manager Uli Hoeneß bemühte sich derweil, die Krise des Stars zu analysieren. Der Druck des ganzen deutschen Fußballs, das Theater um Jupp Derwall, das habe ihn fertiggemacht. Hoeneß: „Die ganze Welt fragt doch den Kalle, wie's weitergeht in der Nationalmannschaft und mit dem FC Bayern und das war früher nicht so.“ Früher stellten sie Paul Breitner diese Fragen. Doch Rummenigge besitzt noch nicht das breite Kreuz des alten Anführers. Im Augenblick scheint er überlastet, wenn er nicht nur allein für sich, sondern für andere, für seinen kleinen Bruder Michael und den Rest der Bayern-Mannschaft denken und Verantwortung übernehmen muß.

„Der Kalle und wir Bayern brauchen nur das Glück, das der HSV hat, dann werden wir auch Meister“, glaubt Hoeneß. Andere greifbare Lösungen kennt die bajawarische Führung nicht. Weil sie nicht weiter wußten, deshalb flüchteten Lattek und auch Hoeneß aus. Der Manager zog nämlich bitterböse über die Förster-Bilder her. „Die beiden“, empörte sich Hoeneß, „spielen immer Foul.“

Merkwürdig: Der gleiche Hoeneß wollte schon mehrfach mit eben jenem Brüderpaar die Münchner Abwehr stabilisieren. Und einer, in dessen Hintermannschaft Spieler wie Klaus Augenthaler und Wolfgang Dremmler genauso kompromisslos wie Bernd und Karl-Heinz Förster aufräumen, sollte nicht mit Steinen durchs Glashaus werfen, in dem er selbst sitzt. Die Stuttgarter haben die verbalen Attacken der Bayern mit der Souveränität des Siegers hingenommen. Trainer Helmut Benthaus

wertete Latteks Äußerungen schlichtweg als „dummes Zeug“ und „Arroganz“. Benthaus: „Die Bayern fühlen sich halt doch noch wie die kleinen Götter.“ Nur der Stuttgarter Geschäftsführer Uli Schäfer wurde deutlicher: „Eine Geschmacklosigkeit, wie sich dieser Lattek gegenüber dem Gastgeber aufgeführt hat.“

Daß Lattek in Stuttgart im Falle einer Niederlage aus der Rolle fallen würde, war fast zu erwarten. Die Emotionen haben Vergangenheit. Vor fünf Jahren hatte Stuttgarts Präsident Gerhard Mayer-Vorfelder mit Lattek verhandelt. Lattek hatte dabei gepokert, der Präsident hatte dieses Spiel durchschaut. Um ihm zu zeigen, was er von solchen Trainern halte, ließ Mayer-Vorfelder Lattek damals nach Stuttgart einfliegen und kanzelte ihn dann wie einen Schulbuben ab.

Lattek hat diese Abreibung nie verwunden. Und da das Verhältnis zw-

ischen dem FC Bayern und dem VfB Stuttgart schon wegen des Koalitionsvertrags gespannt ist, wurde dieses Gefecht so hart geführt wie unter Nachbarn nicht üblich. „Ein Spiel gegen den FC Bayern, das ist mehr als nur ein Spiel“, sagte Stuttgarts Trainer Benthaus. Fünf Jahre hatten die Münchner den Stuttgarter im Neckarstadion stets eine Lektion erteilt. Darum war ein Komplex geworden. Nun haben sie ihr Trauma besiegt. Weil sie nach 25 Minuten, nach Rummenigge und Mathey vertane Chancen, ihre Angst vor dem roten Handen der Münchner ablegten. Weil... Es Nationalspiele... Walter Kelsch plötzlich doppelt so stark auftrumpfte wie der Rummenigge-Sturm zusammen.

Als Münchens Bester, als Torwart Pfaff dann noch unter einer Flutke durchließ und Kelsch das 1:0 hobte, da konnten die Bayern endlich nicht mehr gewinnen...

Bremens FDP diskutiert ihre Wahlniederlage

dpa/AP, Bremen
Der Bremer FDP-Landesvorsitzende Horst-Jürgen Lahmann hat gestern drei Gründe genannt, die zur "bitteren Niederlage" seiner Partei bei den Wahlen zur Bremischen Bürgerschaft am 25. September geführt haben: den Regierungswechsel in Bonn, die FDP-Koalitionsaussage zugunsten der SPD und die "Emotionalisierung" für den Bremer SPD-Regierungschef Hans Koschnick kurz vor der Wahl.

Auf einem außerordentlichen Landesparteitag der Bremer FDP diskutierten die Delegierten die Lage der Partei und die Ursachen des 4,5-Prozent-Wahlergebnisses, durch das die FDP aus der Bremischen Bürgerschaft ausgeschlossen wurde. Der Landesvorsitzende übernahm die Verantwortung für die Niederlage, appellierte aber an seine Partei, angesichts der schwierigen Situation zusammenzuhalten und den Landesvorstand wiederzuwählen, der gestern morgen geschlossen zurückgetreten war und sich noch im Laufe des Tages zur Wiederwahl stellte.

In einer kontrovers geführten Debatte sprach sich die Mehrheit der Redner dafür aus, künftig den Schulterschluss mit Bonn zu suchen. Dem Parteitag lag zudem ein Antrag über die Gründung einer parlamentarischen Arbeitsgemeinschaft vor.

Außenminister-Konferenz über Reform der EG

Papandreou will London, Paris, Bonn, Brüssel besuchen

DW/dpa/rt, Athen
Die Außenminister der Europäischen Gemeinschaft haben gestern in einem Athener Vorort ihre als "informelles Treffen" bezeichneten Beratungen beendet. Der erste Tag des Treffens galt in erster Linie dem Ost-West-Verhältnis. Dabei ging es nicht zuletzt um die geplante Stationierung von neuen amerikanischen Mittelstreckenraketen in Europa.

Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher hatte seine Amtskollegen aus der EG zuvor über seine Unterredung mit dem sowjetischen Außenminister Andrej Gromyko informiert. Andererseits informierte der italienische Außenminister Giulio Andreotti über die Begegnung des Regierungschefs Bettino Craxi mit US-Präsident Ronald Reagan.

Bei den Gesprächen bestand nach Informationen von unterrichteter Seite Übereinstimmung darüber, daß die EG im Verhältnis zur Sowjetunion Festigkeit auf der beschlossenen politischen Linie zeigen sollte. Unterstrichen wurde dabei die Bereitschaft zur Fortsetzung des Dialogs sowohl in der Raketenfrage als auch auf anderen Gebieten der Ost-West-Beziehungen.

Im Mittelpunkt der Beratung standen gestern die Gemeinschaft belastenden Probleme. Der Präsident der EG-Kommission, Gaston Thorn, erklärte, die Aussichten auf eine Lösung des drängenden Finanzproblems seien sehr gering. Bei dem Treffen hatten die Außenminister der zehn Mitgliedsstaaten vor allem im Vorfeld der nächsten Sondertagung der EG-Außen-, Finanz- und Agrarminister (vom 9.-12. November in Athen) Fragen der EG-Reform angesprochen.

Während der Konferenz wurde in Athen mitgeteilt, daß der griechische Ministerpräsident Andreas Papandreou sich im November mit persönlichen Besuchen bei den Staats- und Regierungschefs von Frankreich, Großbritannien und der Bundesrepublik Deutschland um eine Einigung in den umstrittenen Fragen der Reform der Gemeinschaft bemühen will, damit die Athener EG-Gipfelkonferenz vom 4. bis 6. Dezember ein Erfolg wird.

Die innerhalb der EG geplante Reform sieht drastische Einsparungen in der Agrarpolitik vor und eine gerechtere Verteilung der Finanzlasten der einzelnen Mitgliedsländer sowie die Erschließung neuer Einnahmequellen, damit die Gemeinschaft ihre Tätigkeitsfeld auf neue Aufgaben ausweiten und Spanien und Portugal aufnehmen kann.

Treffen sozialistischer Premiers in Athen endete mit einem Fiasko

Differenzen in Wirtschafts- und Sicherheitspolitik / Papandreou isoliert

FRIEDRICH MEICHSNER, Rom
Am Attischen Golf ist vor einigen Tagen eine Illusion begraben worden: der Traum von einem zukunftsweisenden mediterranen "Eurosozialismus". Fünf sozialistische Ministerpräsidenten aus Südeuropa hatten sich in einem Hotel des Seebades Vouliagmeni bei Athen zu einer Aussprache versammelt, die nach der Besetzung der Machtzentralen in Paris, Rom, Madrid, Lissabon und Athen durch Sozialisten ursprünglich wohl als Siegesdemonstration konzipiert war. Sie wurde zum kaum verhüllten Fiasko. Als der griechische Premier Andreas Papandreou am Ende im Beisein seiner Gäste eine noch immer glaubens- und hoffnungsvolle Bilanz zu ziehen versuchte, wirkte er nach Darstellung eines Augenzeugen neben den skeptisch dreinblickenden Ministerpräsidenten Mauroy, Craxi, Gonzalez und Soares wie der Zeleberrant eines obsoleten Kultes vor einer Gruppe von Ungläubigen.

Die zehnstündige Genossensrunde in einem Saal des Artis-Hotels hatte in den wichtigsten Fragen der Wirtschafts- und Außenpolitik weit mehr Gegensätze als Übereinstimmungen evident gemacht. Worauf Papandreou danach noch seine Überzeugung baute, daß in weiteren Meetings

dieser Art vielleicht doch noch ein gemeinsames Prinzip des mediterranen Sozialismus erarbeitet werden könne, blieb unerfindlich. In drei Fragen vor allem taten sich zwischen den diskutierenden Genossen Abgründe auf, die schwerlich zu überbrücken sein dürften: in der europäischen Raketenrüstung, in der Wirtschaftspolitik und in der Frage der Aufnahme Spaniens und Portugals in die EG.

In der Raketenfrage stellte Craxi den kaum verhüllten neutralistischen Tendenzen Papandreous das uneingeschränkte Bekenntnis zum NATO-Doppelbeschluß entgegen. Craxi "atlantische" Position wurde vorbehaltlos von Mauroy und von Soares geteilt. Gonzalez bekundete "großes Verständnis". Es zeigte sich jedenfalls, daß der griechische Sozialistenführer mit seiner von antiamerikanischen Vorurteilen getragenen Außen- und Verteidigungspolitik unter den südeuropäischen Sozialisten allein dasteht.

Auch in der Wirtschaftspolitik fand Papandreou mit seinen von sozialistischem Rigorismus getragenen Vorstellungen und seinem Konzept einer südeuropäischen Koalition gegen die "Egoismen" der nördlichen EG-Mitglieder und Amerikas wenig An-

klang. Craxi gab sich als Chef einer Koalitionsregierung, in der die Sozialisten nur eine kleine Minderheit bilden, ganz pragmatisch. Mauroy sprach von nachlassendem Enthusiasmus in seinem Land gegenüber der Mitterrand-Regierung und vom "Verrat" der Intellektuellen. Gonzalez machte Front gegen den "wilden Neoliberalismus", bekannte sich jedoch zur "Freiheit des Marktes".

Mario Soares übte die schärfste Selbstkritik. Die von seiner ersten Regierung verwirklichte portugiesische Agrarreform, so sagte er, habe die Kommunisten an die Stelle der Großgrundbesitzer gesetzt. Es müsse Schluß gemacht werden mit dem "Archaismus" und seiner Enteignung der Produktionsmittel. Verstaatlichungen seien "ein Attentat auf die Freiheit des Bürgers".

Hart war die Auseinandersetzung in der Frage der Aufnahme Spaniens und Portugals in die Europäische Gemeinschaft. Soares drohte ganz offen: Wenn dem Aufnahmeantrag Portugal nicht bis Mitte nächsten Jahres stattgegeben werde, sehe sich Portugal gezwungen, Europa den Rücken zu kehren und "andere Wege einschlagen". Gonzalez schloß sich diesen Ausführungen - wenn auch in gemäßigterem Ton - an.

Craxi: Italien steht fest zum Doppelbeschluß

F.M. Rom

Der italienische Ministerpräsident Bettino Craxi hat während eines USA-Besuchs noch einmal bestätigt, daß Italien unbeirrt am NATO-Doppelbeschluß mit dem Ziel der Wiederherstellung des Gleichgewichts in Europa festhält. Sollten die Genter Verhandlungen zu keinem befriedigenden Ergebnis führen, werde "programmatisch" mit der Stationierung der neuen amerikanischen Mittelstreckenraketen auch in Comiso auf Sizilien begonnen werden. Die ersten der 112 Cruise-Missiles sollen allerdings nicht schon Ende dieses Jahres, sondern erst im kommenden Frühjahr installiert werden. Von Italienischer Regierungseite wird dem erklärt, diese Verzögerung sei auf technische, nicht auf politische Faktoren zurückzuführen. Italiens Alliierte seien davon unterrichtet worden und hätten zugestimmt. Zum Vorschlag des griechischen Ministerpräsidenten Papandreou, den Stationierungsbeginn in Europa um ein halbes Jahr zu verschieben, sagte Craxi in Washington, solange die Sowjetunion auf ihrer jetzigen Position beharre, sei eine Verschiebung nicht möglich. Nur wenn Moskau seine Haltung ändern und das Nachrüstungsbedürfnis der NATO akzeptieren würde, könnte es sich vielleicht als nützlich erweisen, Zeit zu gewinnen.

Grenadas neue Führer sind isoliert

AFF, Washington/Rio de Janeiro

Nach dem blutigen Putsch auf Grenada haben die USA am Wochenende einen Flottenverband von zehn Kriegsschiffen mit nahezu 2000 Marinesoldaten vor die Karibik-Insel entsandt. Aus militärischen Kreisen des Pentagon hieß es, die Schiffe, darunter der Flugzeugträger "Independence", seien von ihrem ursprünglichen Weg nach Libanon umgelenkt worden. Sie hätten ausschließlich den Auftrag, im Gefallenfall die etwa 1100 in Grenada lebenden US-Bürger zu evakuieren.

Grenadas "revolutionärer Militärrat" gerät unterdessen immer mehr international auf die Anklagebank und damit zusehends in die Isolation. Die karibischen Nachbarn wollen die diplomatischen Beziehungen abbrechen und die Insel aus der regionalen Wirtschaftsgemeinschaft "Caricom" ausschließen. General Hudson Austin, derzeit anscheinend der starke Mann in Grenada, und seine Mitstreiter haben es dadurch noch schwerer, ihre Herrschaft zu stabilisieren.

Die Kubaner haben am Wochenende zum ersten Mal über die Vorgänge auf der Nachbarinsel berichtet. Die Nachrichtenagentur "Prensa Platin" veröffentlichte eine Erklärung, die den blutigen Verlauf der innerparteilichen Fehden der marxistischen "New Jewel Movement" scharf verurteilt. Havana ordnete wegen des Todes von Bishop eine dreitägige Trauer auf Kuba an.

Kuba ist selbst in eine schwierige Lage geraten. Denn die bisherigen Sieger des Machtkampfes in Grenada, dem engsten Verbündeten in der Karibik, sind noch doktrinärrer Marxisten als der ermordete Maurice Bishop. General Austin beispielsweise,

der Chef des Militärrates, kommandierte die von kubanischen Beratern ausgebildete und mit sowjetischen Waffen ausgerüstete "revolutionäre Volksarmee": etwa 2000 Mann, aus dessen Reihen die tödlichen Schüsse auf Bishop und die Demonstranten abgefeuert wurden. Major Ted Cornwall, Nummer zwei im Militärrat, antwortete bis Mitte Oktober als Grenadas Botschafter in Havanna; der bisherige Vizepremier Winston Bernard Coard war es, der die Revolution in Grenada auf einen noch radikaleren Kurs, nach dem Muster Kubas, bringen wollte, wogegen sich Bishop gestraubt hatte. Von Coard wird angenommen, daß er sich so lange im Hintergrund halten wird, bis sich die Wogen gelähmt haben, um dann mit der Billigung Kubas die Regierung zu übernehmen.

Seite 2: Mord am Freund

Hunderttausende demonstrierten friedlich in Europa

Fortsetzung von Seite 1

folgte ihnen eine Aktionsgruppe aus Unna mit Raketenattrappen.

Vor rund 200 000 Menschen auf dem Stuttgarter Schloßplatz erklärte der SPD-Politiker Erhard Eppler, daß es "in Deutschland keine Ruhe geben wird, solange diese Raketen hier stehen - und dann die anderen noch schneller in der DDR". Wenn nachgerüstet werde, stehe noch mehr zur Debatte als die Raketen, nämlich "das ganze System einer Abschreckung, das den Krieg nicht abhält, sondern ansaugt".

Vor dieser Kundgebung war es durch die Bildung einer "Menschenkette" zwischen Stuttgart und Neu-Ulm zu einem Höhepunkt der Aktionswoche gekommen.

Zur größten Massenkundgebung seit Kriegsende entwickelte sich die

"Volksversammlung Nord" auf dem Hamburger Rathausmarkt und in den umliegenden Straßen der Innenstadt. Lothar Zimmermann, Mitglied des geschäftsführenden DGB-Bundesvorstandes, erklärte, daß "wir nicht zulassen werden, daß Europa zu einem atomaren Pulverfaß gemacht wird, dessen Lunte in der Hand ausländischer Militärs liegt".

Im Anschluß an die Veranstaltung kam es dann zu den einzigen Gewalttätigkeiten während der Kundgebungen am Sonnabend: Die Grün-Aktiven Liste (GAL) hatte zu Aktionen gegen den Axel Springer Verlag aufgerufen. Im Verlauf der etwa fünf Stunden dauernden Ereignisse rund um das weiträumig abgesperrte Verlagshaus in der Hamburger Innenstadt wurden Personenwagen umgestürzt, ein Auto angezündet, Fensterscheiben eingeworfen und amerika-

nische Fahnen verbrannt. Zeitweise kam es zu einer regelrechten Straßenschlacht zwischen dem harten Kern der Randallierer und der Polizei, die mit Steinwürfen und Baulatten "bekämpft" wurde. Bei den Krawallen wurden fünf Beamte verletzt, 26 Demonstranten festgenommen.

Parallel zu den Veranstaltungen der Friedensbewegung hatte die Union zu eigenen Kundgebungen in Wolfenbüttel und München aufgerufen. Vor mehr als 10 000 Menschen sagte der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß in der bayerischen Hauptstadt, die "Friedensbewegung" arbeite letztlich den Machtinteressen der Sowjetunion in die Hände. Für Moskau sei Politik eine Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln. Die Arbeit in der NATO sei für die Bundesrepublik Deutschland das einzige Mittel, den dritten Weltkrieg zu verhindern. Dieser werde so lange nicht stattfinden, wie der Westen stark genug sei, eine Aggression zum "selbstmörderischen Risiko" für die Sowjetunion zu machen.

Auch im Ausland kam es am Wochenende zu Demonstrationen gegen eine mögliche westliche Nachrüstung. So gab es Massenkundgebungen in Paris und Brüssel, in Rom, Wien und Madrid.

Rund 100 Personen sollen am Sonnabend in Ost-Berlin von den Sicherheitsbehörden der "DDR" mehrere Stunden lang festgenommen worden sein. Wie in West-Berlin verläutelte, sollten offensichtlich Pazifisten aus der "DDR" an einer Solidaritätskundgebung zum Abschluß der westdeutschen Friedenswoche gehindert werden.

Sieht aus wie Ihrer. Fährt wie Ihrer. Läßt sich beladen wie Ihrer. Und ist Ihrer, wenn Ihrer mal ausfällt.

The advertisement displays four truck models from interRent iR, each with specific features and specifications highlighted:

- Mercedes L 409 D:**
 - Nutzlast: 2,0t
 - Ladefläche: 3,90 x 2,06 x 2,10m
 - Autovermietung Pkw + Lkw
 - „Ich fahre interRentabel“
 - Lichtband
 - Plane + Spiegel abnehmbar
- MAN VW 8.90 F:**
 - Ladefläche: 5,00 x 2,10 x 2,08m
 - Autovermietung Pkw + Lkw
 - „Ich fahre interRentabel“
 - Lichtband
 - Kofferaufbau
 - Energiesparender Dachspoiler
 - Servo-Lenkung
 - Zollverschluss
- Mercedes 90 M 7 FL:**
 - Ladebordrand: 500kg
 - Ladefläche: 5,50 x 2,23 x 2,20m
 - Autovermietung Pkw + Lkw
 - „Ich fahre interRentabel“
 - Lichtband
 - Plane + Spiegel abnehmbar
 - Energiesparender Dachspoiler
 - Servo-Lenkung
 - Nutzlast: 3,8t
 - Anhängerkuppelung
- Mercedes LP 813:**
 - Lichtband
 - Nutzlast: 3,9t
 - Kofferaufbau
 - Energiesparender Dachspoiler
 - Servo-Lenkung
 - Zollverschluss
 - Ladefläche: 5,50 x 2,42 x 2,37m (für Europaletten)
 - Nutzlast: 3,2t
 - Ladefläche: 1000kg

Für Zeiten des Spitzenbedarfs brauchen Sie keine eigenen LKW, die Ihnen während der normalen Geschäftszeiten nur Kosten aufladen. Denn Deutschlands größte Autovermietung hat für diese Zeiten genau den LKW, den Sie brauchen: Alle interRent-LKW

sind mit energiesparendem Dieselmotor ausgerüstet. Und - je nach Tonnage-Klasse mit unterschiedlichen Ausstattungen: Hochdächer und Kofferaufbau im Europalettenmaß. Kraftstoffsparende Dachspoiler. Ladefläche und Zollverschlüsse. Das nennen wir

interRentabel. Ein „Blaues Wunder“ in Zeiten des Rotstifts, das Ihnen die Last der Investition nimmt und mehr Beweglichkeit gibt. Denn wir senken Ihre Kosten - und steigern die Leistung.

interRent iR
Ihre Autovermietung
PKW - LKW - WOHNMOBILE

Craix: Italien steht fest zum Doppelbesatz

Der italienische Ministerpräsident Ciriaco De Mita hat am Montag in Rom bekannt gegeben, dass Italien sich für einen Doppelbesatz in Libyen entscheidet. Dies ist eine klare Aussage, die die italienische Politik in der libyschen Frage festlegt. De Mita erklärte, dass Italien seine Interessen in Libyen durch einen Doppelbesatz sichern will, um die libysche Grenze zu kontrollieren und die libysche Wirtschaft zu stabilisieren.

ich in Euro

Dieser Artikel behandelt die Auswirkungen der Einführung des Euro auf die deutsche Wirtschaft. Es wird diskutiert, wie die Währungsunion die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen beeinflussen wird. Die Autoren erwarten, dass die Einführung des Euro zu einer Stabilisierung der deutschen Wirtschaft führen wird, da die Währungsunion die Inflation senken und die Wirtschaftswachstumsraten erhöhen wird.

rie Ihre

Die Autoren dieses Artikels diskutieren die Rolle der Medien in der deutschen Politik. Sie argumentieren, dass die Medien eine wichtige Rolle bei der Meinungsbildung der Bürger spielen und dass sie die Politik der Regierung beeinflussen können. Die Autoren fordern eine größere Transparenz und Verantwortlichkeit der Medien in der politischen Berichterstattung.

energiepolitische

Die Autoren dieses Artikels diskutieren die Herausforderungen der Energiepolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Sie analysieren die verschiedenen Energiequellen und die Auswirkungen der Energiepreise auf die Wirtschaft. Die Autoren fordern eine diversifizierte Energiepolitik, die die Umwelt und die Wirtschaft gleichermaßen berücksichtigt.

Senar

Die Autoren dieses Artikels diskutieren die Rolle der Senatoren in der deutschen Politik. Sie analysieren die verschiedenen Funktionen der Senatoren und die Auswirkungen ihrer Entscheidungen auf die Politik. Die Autoren fordern eine größere Transparenz und Verantwortlichkeit der Senatoren in der politischen Berichterstattung.

energiepolitische

Die Autoren dieses Artikels diskutieren die Herausforderungen der Energiepolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Sie analysieren die verschiedenen Energiequellen und die Auswirkungen der Energiepreise auf die Wirtschaft. Die Autoren fordern eine diversifizierte Energiepolitik, die die Umwelt und die Wirtschaft gleichermaßen berücksichtigt.

Senar

Die Autoren dieses Artikels diskutieren die Rolle der Senatoren in der deutschen Politik. Sie analysieren die verschiedenen Funktionen der Senatoren und die Auswirkungen ihrer Entscheidungen auf die Politik. Die Autoren fordern eine größere Transparenz und Verantwortlichkeit der Senatoren in der politischen Berichterstattung.

energiepolitische

Die Autoren dieses Artikels diskutieren die Herausforderungen der Energiepolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Sie analysieren die verschiedenen Energiequellen und die Auswirkungen der Energiepreise auf die Wirtschaft. Die Autoren fordern eine diversifizierte Energiepolitik, die die Umwelt und die Wirtschaft gleichermaßen berücksichtigt.

Senar

Die Autoren dieses Artikels diskutieren die Rolle der Senatoren in der deutschen Politik. Sie analysieren die verschiedenen Funktionen der Senatoren und die Auswirkungen ihrer Entscheidungen auf die Politik. Die Autoren fordern eine größere Transparenz und Verantwortlichkeit der Senatoren in der politischen Berichterstattung.

energiepolitische

Die Autoren dieses Artikels diskutieren die Herausforderungen der Energiepolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Sie analysieren die verschiedenen Energiequellen und die Auswirkungen der Energiepreise auf die Wirtschaft. Die Autoren fordern eine diversifizierte Energiepolitik, die die Umwelt und die Wirtschaft gleichermaßen berücksichtigt.

Senar

Die Autoren dieses Artikels diskutieren die Rolle der Senatoren in der deutschen Politik. Sie analysieren die verschiedenen Funktionen der Senatoren und die Auswirkungen ihrer Entscheidungen auf die Politik. Die Autoren fordern eine größere Transparenz und Verantwortlichkeit der Senatoren in der politischen Berichterstattung.

energiepolitische

Die Autoren dieses Artikels diskutieren die Herausforderungen der Energiepolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Sie analysieren die verschiedenen Energiequellen und die Auswirkungen der Energiepreise auf die Wirtschaft. Die Autoren fordern eine diversifizierte Energiepolitik, die die Umwelt und die Wirtschaft gleichermaßen berücksichtigt.

Senar

Die Autoren dieses Artikels diskutieren die Rolle der Senatoren in der deutschen Politik. Sie analysieren die verschiedenen Funktionen der Senatoren und die Auswirkungen ihrer Entscheidungen auf die Politik. Die Autoren fordern eine größere Transparenz und Verantwortlichkeit der Senatoren in der politischen Berichterstattung.

energiepolitische

Die Autoren dieses Artikels diskutieren die Herausforderungen der Energiepolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Sie analysieren die verschiedenen Energiequellen und die Auswirkungen der Energiepreise auf die Wirtschaft. Die Autoren fordern eine diversifizierte Energiepolitik, die die Umwelt und die Wirtschaft gleichermaßen berücksichtigt.

Montag, 24. Oktober 1983 Nr. 248

Die letzte Waffe

J.G. - Der Schritt ist spektakulär. Drei Jahrzehnte nach dem zu Recht als gesegnet gedachten Aufbruch in den gemeinsamen Europa-Markt ist der Zoll- und abgabefreie Produktionswettbewerb nun die Bundesregierung der Brüsseler EG-Kommission angedrungen, für subventionierte Stahlimporte auf den deutschen Markt eine abschöpfende Grenzsteuern einzuführen. Der Drogen soll die Tat folgen, wenn anders die preisdrückende Subventionen der Nachbarn nicht mehr zu bremsen soll. Am Beginn des schon zehnten Jahres der europäischen Stahlkrise greift die Kommission zum letzten Waffensatz der Verteidigung deutschen Stahlpotentials, die SPB-Vorgänge. Schätzungen zufolge betragen die Subventionen, die den Stahlwerken in anderen Ländern zufließen, zwischen 10 und 20 Prozent des Produktionspreises. Der Grund ist jetzt der gleiche wie vor Jahren.

Bis zu einem Drittel der Produktionskosten subventionieren die anderen EG-Länder aus der Staatskasse ihr größtes verarbeitendes Industriezweig, um den aus vielen Gründen unaufrichtigen Takt der Europäer von noch wachsenden Welt-Stahlmarkt tunlichst auf die Deutschen abzuwälzen. Denn die sind noch privatrechtlich organisiert und kaum ableitbar.

Die Hütten zu oder die Grenzen zu oder die Staatskasse auf. Auf diese drei Konsequenzen aus der Subventionen haben die deutschen Stahlunternehmen schon lange hingewiesen.

Überfällig

Es wird nun, nachdem die Unternehmen in der langen Krise ausgepowert sind, für die Politik akut. Die Ausgleichsabgabe an der Grenze ist zweifellos das kleinste der drei Übel. Aber sie sollte, wenn sie denn unvermeidlich wird, als Heranführung zur überfälligen Rückkehr in einen freien und fairen Leistungswettbewerb beim Stahl verstanden werden.

Die Forderung nach einer Korrektur des Lohn- und Einkommensteuertarifs wird zum Dauerbrenner auch in dieser Legislaturperiode. Finanzminister Stoltenberg macht zwar unmissverständlich klar, daß die Haushaltsanpassung (also Defizitabbau) für ihn Vorrang habe. Doch läßt sich diese schon heute überfällige Korrektur auch nicht mit dem Hinweis auf die mitleidige Lage der Staatsfinanzen beliebig lange hinausschieben - vor allen Dingen auch deshalb nicht, weil sie dann unbezahlbar wird. Gerade in der heutigen Situation scheint der Vorschlag des Instituts „Finanzen und Steuern“ zur stufenweisen Korrektur erwägenswert, da er Stoltenbergs schwierige Lage berücksichtigt. Wegen der kombinierten Wirkung von Progression und Geldentwertung - griff als heimliche Steuererhöhung beschrieben, obwohl „unheimlich“ treffender wäre - scheint eine Korrektur in Jahres- oder allenfalls Zweijahresabschritten ohnehin geboten. Wenn Leistung sich wieder lohnen soll, wie es diese Regierung angekündigt hat, muß beim Steuertarif angesetzt werden - je schneller, desto besser.

Teurer Besitzstand

Von WILHELM HADLER, Brüssel

Wirtschaftliche Vernunft hat nicht Pate gestanden, als sich die Agrarminister der EG in der vergangenen Woche auf einen stärkeren Preis- und Einfuhrschutz für Obst- und Gemüseerzeugnisse verständigten. Gleichwohl ist der Luxemburger Kompromiß politisch vertretbar. Den meisten Delegationsmitgliedern stand am Ende die Erleichterung ins Gesicht geschrieben. Manche Beobachter hatten längst die Hoffnung aufgegeben, daß die „Zehn“ überhaupt noch die Kraft zu einer Einigung aufbringen würden.

Erleichtert sein werden auf jeden Fall die Staats- und Regierungschefs der Gemeinschaft. Sie können sich nun entspannen, beim nächsten Gipfeltreffen auch noch die Probleme des Artisanhandels und Zirkusmarktes zu erörtern. Das Verhandlungspaket für den nächsten Gipfel ist ohnehin so überfrachtet, daß es nur schwer zu handhaben ist. Wenigstens in einigen Bereichen der geplanten EG-Reform müssen Vorkehrungen erfolgen.

Die im Grundgesetz beschlossenen neuen Marktregelungen schaffen die von den südlichen EG-Ländern immer wieder geforderte „Anpassung des Besitzstandes“ für Mittelmeererzeugnisse. Gemeint ist damit ein Ausbau der Preis- und Absatzregelungen auf ein ähnliches Maß, wie es die Erzeuger von Getreide und Milchprodukten im Norden der Gemeinschaft besitzen. Seit Jahr und Tag klagen vor allem die Italiener darüber, daß sie bei der Verteilung der Brüsseler Agrarminister schlechter wegkommen als die viel weniger begüterten nördlichen Mitgliedsländer. Unterstützung finden sie damit besonders in Frankreich, wo die Obst- und Weinbauern kirchlich unzufrieden sind und der Regierung zusetzen, den EG-Reicht Spaniens und Portugals zu verdrängen.

Es ist zwar fraglich, ob die Gemeinschaft auf dem Weg ist, die Fehler der Vergangenheit fortzusetzen und nun noch auf einem so komplizierten Sektor wie beim Wein und Obst eine Interventionsregel zu schaffen. Dagegen spricht schon, daß die mit öffentlichen Mitteln aus dem Markt genommenen Erzeugnisse „noch schwerer zu verwenden sind als Getreide oder Kühlhausbutter. Eine Berechtigung ist den Forderungen Ita-

liens, Frankreichs und Griechenlands indes nicht völlig abzuspüren. Immerhin werden diese drei Länder aller Voraussicht nach die größten Opfer für die geplante Süd-Erweiterung bringen müssen.

Während nämlich die Bauern in den nördlichen EG-Regionen für ihre Exporterzeugnisse neue Märkte gewinnen, müssen die im Süden ihre bisherigen Handelsvorteile in der Zehnergemeinschaft künftighin auf Portugal und Spanien teilen. Gegenwärtig ist Italien mit 49 Prozent der Obst- und nahezu 40 Prozent der Gemüseerzeugung mit Abstand der wichtigste Produzent der EG. Schon 1981 allerdings erreichte der Selbstversorgungsgrad der Gemeinschaft bei Gemüse 90,2 bei Obst (ohne Zitrusfrüchte) 84,1 Prozent.

Die Zurückhaltung der nördlichen EG-Länder, beim Ausbau der Marktordnung mitzumachen, rührt vor allem von der Besorgnis her, zusätzliche Produktionsanreize zu schaffen und damit die Überschüsse der Landwirtschaft weiter zu verschärfen. Schließlich ist die EG gerade dabei, sich Gedanken über eine Begrenzung der Agrarausgaben zu machen. Die jüngsten Beschlüsse sind da kein Schritt in die richtige Richtung.

Aber was konnte die Bundesregierung anderes tun, als den Marktordnungsvorschlägen einige „Giftpfeile“ zu ziehen und schärfste Forderungen in Richtung auf verbraucherfeindliche Import- und Vermarktungsregeln zu bremsen? Bonn wußte, daß die Erweiterung nicht zum Nulltarif zu haben sein würde. Auch Italien und Frankreich haben andererseits von manchen früheren Forderungen Abstand genommen und so den Weg für den Beginn der Beitrittsverhandlungen im Agrarbereich geebnet.

Die Erweiterungsverhandlungen jedenfalls konnten nicht länger wegen des internen EG-Streits hinausgezögert werden. Sowohl der spanische wie der portugiesische Regierungschef haben bereits damit gedroht, sich nach Alternativen für die EG-Mitgliedschaft umzusehen. Was bleibt, ist nur noch die Hoffnung, die Kosten im Rahmen der geplanten Reform der Agrarpolitik im Griff zu behalten. Sie allerdings ist vorläufig recht bescheiden.

STEUERTARIFE

Wachstumsbremse in Teilschritten abbauen

HEINZ HECK, Bonn
„Das deutsche Steuersystem hat sich zu einer fiskalischen Wachstumsbremse entwickelt“, kritisiert das Bonner Institut „Finanzen und Steuern“ und empfiehlt schon für 1985 die Einführung eines neuen Lohn- und Einkommensteuertarifs in jährlichen Teilschritten. Wesentliche Merkmale des Tarifs sollten ein von 22 auf zehn Prozent gesenkter Einkommensteuersatz, eine durchgehende Progression bei wesentlich geringerem Progressionsanstieg und ein Spitzensteuersatz von 50 (z. Z. 56) Prozent sein. Der Grundbetrag sollte im Verhältnis der Kaufkraftentwicklung angehoben werden.

Im vergangenen Jahrzehnt sei die Steuerbelastung durch Verschiebung in der Steuerstruktur, höherer und drückender geworden. 1970 hatten die direkten Steuern 54,7 Prozent Anteil am Gesamtsteueraufkom-

men, 1982 schon 58,2 Prozent. Die zahlreichen Einkommensteuertarifen hätten zu keinem nachhaltigen Abbau der wachsenden Steuerlast aufgrund heimlicher Steuererhöhungen geführt. Die Lohnsteuersätze, also der Anteil der Lohnsteuer an der Brutto- und Gehaltssumme, sei in dieser Zeitspanne von 11,4 auf 16,8 Prozent gestiegen.

Für 1981 bis 1985 beziffert das von der deutschen Wirtschaft getragene Institut die heimlichen Steuererhöhungen auf rund 46 Milliarden Mark, denen weitere sechs bis acht Milliarden für nicht oder nicht vollständig angepaßte Freibeträge, Freigrenzen hinzuzurechnen seien. Mit einem neuen Steuertarif würde die von der Bundesregierung eingeleitete angeblich orientierte Wirtschaftspolitik von der Nachfrageseite her wirkungsvoll unterstützt.

BGA-UMFRAGE / Raketen-Stationierung dürfte Osthandel kaum beeinträchtigen

Verschuldung der RGW-Staaten ist Haupthindernis für Warenaustausch

Der deutsche Außenhandel rechnet nicht mit einer Beeinträchtigung des Ost-West-Handels, wenn es gemäß dem NATO-Doppelbeschluss zu einer Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen kommen sollte. Diesen Schluß zieht der Präsident des Bundesverbandes des Deutschen Groß- und Außenhandels (BGA), Hans Hartwig, aus einer Umfrage bei Mitgliedsfirmen seiner Organisation. Hemmschuh für den Warenaustausch mit den kleineren osteuropäischen Staaten sei vielmehr die hohe Verschuldung dieser Länder.

„Die osteuropäischen Staaten unterscheiden sehr wohl zwischen Außenpolitik und Wirtschaftsbeziehungen“, betonte Hartwig gegenüber der WELT. Einen Zusammenhang zwischen der Stationierung und dem Warenaustausch mit den Staaten des Rats für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) herzustellen, hätten mehrere Firmen als „absurd“ bezeichnet.

Immerhin hätte die Sowjetunion auf das westliche Embargo aufgrund der Okkupation Afghanistans zu nächst nicht reagiert. Zu Retorsionsmaßnahmen, wie gegenüber den USA, und zwar durch den Stopp und die Umlenkung von Getreidekäufen auf andere Länder, sei es erst gekommen, als Washington den Technologie-Boykott mit extraterritorialer Wirkung verschärft habe.

Nach Ansicht der Firmen dürfte der politische Einfluß auf den Osthandel nicht überschätzt werden. Die starke Zunahme in der ersten Hälfte der siebziger Jahre habe ihren Grund vor allem in der Öffnung des Ostblocks nach außen, in dem bewußten Zukauf von westlicher Technologie gehabt. Die seit 1975 zu beobachtende Erholung habe vor allem an der

HANS-JÜRGEN MAHNKE, Bonn
formmodell hat zwar in der Binnenwirtschaft Erfolge aufzuweisen, die sich jedoch im Westhandel noch nicht ausgewirkt haben. Die deutschen Lieferungen nahmen in den ersten sechs Monaten um 21 Prozent auf 1,1 Milliarden Mark ab. Bei den Lieferungen nach Polen ist nach dem kräftigen Rückgang der letzten Jahre eine Stabilisierung eingetreten. Sie stagnierten bei einer Milliarde Mark.

Der BGA hält es für fraglich, daß die osteuropäischen Länder ihre Abstinenz beim Import von industriellen Anlagen und Ge- und Verbrauchsgütern aus dem Westen durchhalten können. Diese Länder würden Gefahr laufen, daß sie technologisch gegenüber dem Westen immer mehr in Rückstand geraten würden. Eine Ausnahme sei jedoch die Sowjetunion aufgrund ihrer größeren Exportfähigkeit. Sie könne sich durch den Verkauf von Rohstoffen und Energieträgern die Devisen beschaffen, um die Technologieimporte weltweit zu finanzieren.

Bei den anderen Ländern warten die Firmen auf eine Lösung der Verschuldungsproblematik. Diese werde auch dadurch erschwert, daß diese Länder ihre Lieferungen wegen des EG-Agrarprotektionismus und der bestehenden Hemmnisse im Textil- und Stahlbereich nicht entsprechend ausbauen können. Immerhin habe sich die gesamte Westverschuldung des Ostblocks innerhalb eines Jahrzehnts auf rund 90 Milliarden Dollar verzehnfacht.

Bei den anderen Ländern warten die Firmen auf eine Lösung der Verschuldungsproblematik. Diese werde auch dadurch erschwert, daß diese Länder ihre Lieferungen wegen des EG-Agrarprotektionismus und der bestehenden Hemmnisse im Textil- und Stahlbereich nicht entsprechend ausbauen können. Immerhin habe sich die gesamte Westverschuldung des Ostblocks innerhalb eines Jahrzehnts auf rund 90 Milliarden Dollar verzehnfacht.

Bei den anderen Ländern warten die Firmen auf eine Lösung der Verschuldungsproblematik. Diese werde auch dadurch erschwert, daß diese Länder ihre Lieferungen wegen des EG-Agrarprotektionismus und der bestehenden Hemmnisse im Textil- und Stahlbereich nicht entsprechend ausbauen können. Immerhin habe sich die gesamte Westverschuldung des Ostblocks innerhalb eines Jahrzehnts auf rund 90 Milliarden Dollar verzehnfacht.

AUF EIN WORT



„Durch behinderten Strukturwandel ist unsere Wettbewerbsfähigkeit gerade auf den Märkten schwach, die hohe Wachstumsraten haben. Die wichtigste Ursache ist der Mangel an neuartig qualifiziertem, jungem Personal, der ohne Schrittmacherfunktion der Hochschulen nicht zu beheben ist.“

Prof. Dr.-Ing. Rainer W. Hartenstein, Universität Kaiserslautern. FOTO: DOROTHEA MEIER

Jungunternehmer für „weniger Staat“

dpa/VWD, Nürnberg
Für eine „Rückdämmung des Staates“ in seine eigentlichen Aufgabenbereiche nach der These „Weniger Staat, mehr privat“ sprachen sich die deutschen Jungunternehmer in Nürnberg. Gleichzeitig betonten sie zum Abschluß der Bundeskonferenz der Wirtschaftsjunioren am Wochenende, der Unternehmer müsse beweisen, daß er dynamisch nach neuen technischen Möglichkeiten und Märkten suche, sich an veränderte wirtschaftliche Verhältnisse anpasse und auch Wagnisse nicht scheue. Die Organisation will sich darum im kommenden Jahr verstärkt mit dem Thema der Existenzgründung befassen.

KONJUNKTUR

Ifo registriert besseres Klima in den Industrieländern

dpa/VWD, München
In den Industrieländern wird die wirtschaftliche Lage derzeit günstiger eingeschätzt als noch im Frühjahr. Auch in den Schwellenländern verbesserte sich die Stimmung geringfügig, während sich das Klima in den Entwicklungsländern verschlechterte. Nach dem jüngsten internationalen Konjunkturtest des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung, München, wird die Entwicklung der jeweiligen Handelsbilanzen dagegen von den Länderexperten nicht nur im Durchschnitt der Industrieländer, sondern auch in Schwellen- und Entwicklungsländern optimistischer gesehen.

Chancen für spürbare Handelsbilanzverbesserungen werden in Brasilien, Jugoslawien, Frankreich, Island, Dänemark, Südafrika, Neuseeland und in geringerem Maße auch in Argentinien und Mexiko gesehen. Mit einer Verschlechterung sei vor allem in den USA, der Schweiz, Saudi-Arabien, Großbritannien, Israel, Pakistan, Ägypten, Libyen und Griechenland zu rechnen.

Im Durchschnitt aller erfaßten 50 Länder rechnet Ifo im Laufe der nächsten zwölf Monate mit einer weiteren leichten Abschwächung des Preisanstiegs. In den Entwicklungsländern werde es zumindest keine weitere Beschleunigung der nach wie vor relativ hohen Inflationsraten geben. Der US-Dollar werde weiterhin, allerdings fast nur in den Industrieländern, als überbewertet bezeichnet. D-Mark und Yen gelten als unterbewertet.

Als überdurchschnittlich positiv wird das Investitionsklima für ausländische Investoren in den USA, in Taiwan, Indien, Südafrika, Israel, Thailand, Tunesien, Großbritannien und in der Schweiz angesehen.

US-AUTOMARKT

Volkswagen ruft fast 1,6 Millionen Autos zurück

H.A. SIEBERT, Washington
Ein schwerer Schlag ist für VW der Rückruf von fast 1,6 Millionen Autos. Auf Drängen der National Highway Traffic Safety Administration in Washington hatte sich VW zu diesem Schritt entschlossen, weil vermehrt Bremsdefekte und Probleme im elektrischen Leitungssystem aufgetreten waren. Weiterhin hinausgeschoben wird dadurch die Erholung auf dem US-Markt, wo der Volkswagen Konzern bisher am Kaufboom kaum partizipiert hat. In ein schlechtes Licht gerät auch das „Made in Germany“, weil importierte Autos ebenso betroffen sind. Die Schlagzeilen, daß Volkswagen von Amerika über den Berg sei, haben sich als verfrüht erwiesen. Im September-Vergleich ist ihr Marktanteil, ohne Einfuhren, inzwischen von 1,8 auf 1,4 Prozent gesunken.

In den Werkstätten müssen 650 000

Golf und Scirocco, die in den Modelljahren 1975 bis 1980 in der Bundesrepublik hergestellt worden sind. Ebenfalls zurückgerufen werden 830 000 VW und Audi der Baureihe 1976 bis 1982. Bei vielen Wagen sind neben defekten Bremsen auch Fehler in der Elektrik festgestellt worden. Die elektrischen Leitungen sind unter den Teppichen verlegt und korrodieren; eingegangen sind 3000 Beschwerden amerikanischer Autofahrer.

Die Konsequenzen sind noch nicht abzusehen. In Frage gestellt ist die Verlässlichkeit der in Amerika sonst hochgeschätzten deutschen Wertarbeit. Damit hat die Behörde in diesem Jahr schon fast 4,6 Millionen ausländische und US-Wagen zurückgerufen. Nicht eingeschlossen sind 1,1 Millionen Autos der General Motors Corporation aus dem Modelljahr 1980.

US-AKTIENMÄRKTE

Stimmung nach Sturz der Computerwerte umgeschlagen

H.A. SIEBERT, Washington
Buchhalterisches Taktieren hat an den US-Aktienmärkten makroökonomische Überlegungen verdrängt. Anders kann sich die Wall Street die umgeschlagene Stimmung nicht erklären. Denn angesichts der fortwährend wachsenden amerikanischen Wirtschaft, flankiert von einer nun maßgeschneiderten Geldversorgung und anhaltender relativer Preisstabilität waren die Weichen für eine Fortsetzung der Hausse eigentlich gestellt. Statt dessen fiel der Dow-Jones-Indus-Index in der vergangenen Woche um 14,86 (Freitag: minus 2,64) auf 1248,86 und der breitere NYSE-Index sogar um 1,03 (0,58) auf 95,74 Punkte. Schlimmer waren die Einbußen noch an der American Stock Exchange, wo das Barometer um 9,79 (2,29) auf 218,5 Punkte sank.

Angesichts der Rückgang durch enttäuschte Gewinnerwartungen, vor allem im Computerbereich, IBM, der Marktführer, verlor am Freitag noch einmal 2,75 Dollar. Obwohl der tiefe Sturz gestoppt worden ist, bleibt die Nummer zwei in den USA, Digital Equipment, gefährdet. Eingekreist in die lange Liste der sinkenden „High Tech“-Werte haben sich Commodore International, Coleco, Computervision und Motorola. Auf der Verlängerungsstraße marschierte auch der größte Konzern der Welt, A. T. T., der im Rahmen der am 1. Januar in Kraft tretenden Entflechtung 52 Milliarden Dollar abschreiben muß. Das schockte die Aktionäre. Damit aber nicht genug. Am Frei-

tag kam es zu einer kleinen Panik, als Gerüchte über Argentiniens bevorstehende Zahlungsfähigkeit - die Auslandsschulden betragen 40 Milliarden Dollar - die Runde machten. Das ging auf Kosten der Großbanken. Citicorp, Chase Manhattan, Chemical und J. P. Morgan gaben um zwei und mehr Dollar nach. Die Dementis kamen zu spät. Nach dem Urteil ernst zu nehmender Broker: hält die Konsolidierung der Portfolios an; die Märkte bleiben nervös. Ein Hemmschuh ist, daß die institutionellen Anleger nicht mehr so gut bei Kasse sind.

In diesem Umfeld hat das weiterhin hohe Wachstumstempo der US-Wirtschaft - Amerikas Bruttoinlandsprodukt nahm im dritten Quartal um 7,9 Prozent zu, verglichen mit 9,7 und 2,6 Prozent in den beiden vorausgegangenen Vierteljahresperioden - keinerlei Eindruck gemacht. Das erst um so mehr, als sich jetzt die betrieblichen Investitionen und Lageraufstockungen als starke Antriebsmotoren erweisen. Bei moderater Inflation sowie steigender Beschäftigung und verfügbarem Einkommen erhöht sich deutlich die reale Kaufkraft der US-Konsumenten, so daß der Einzelhandel nach einer Vorrausage von US-Handelsminister Baldrige mit einem „sehr guten Weihnachtsgeschäft“ rechnen kann. In Washington herrscht zudem Übereinstimmung darüber, daß die amerikanischen Zinsen im Augenblick „klar nach unten tendieren“, und die Teuerung 1984 nur vier bis fünf Prozent ausmachen wird.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Finanzminister beraten

Währungspolitische Fragen

Luxemburg (rt) - Die Finanzminister der Staaten der Europäischen Gemeinschaft werden heute in Luxemburg auf Grundlage von Vorschlägen der EG-Kommission über eine effizientere Finanz- und Währungspolitik beraten, mit der die Wirtschaftstätigkeit in der Gemeinschaft neue Impulse erhalten soll. Eine besondere Rolle wird die unter den Mitgliedstaaten nicht ganz unumstrittene Stärkung der Europäischen Währungseinheit (Ecu) spielen. Außerdem befürwortet die Kommission eine Einbeziehung Großbritanniens in das Europäische Währungssystem (EWS), wobei die Briten allerdings noch Zweifel an dem Nutzen eines baldigen Eintritts haben. Weiterhin dürften die Finanzminister über Maßnahmen beraten, die einen geringeren Kapitalabfluß aus der Gemeinschaft auf andere Kapitalmärkte gewährleisten sollen.

Optimistische Prognose

Washington (abt.) - Das Conference Board in New York, dem 4000 Unternehmen als Mitglieder angehören, ist mittelfristig optimistisch, als andere private Forschungsinstitute. In seiner neuen Konjunkturprognose geht es davon aus, daß die US-Wirtschaft um 4,8 Prozent wachsen wird. 1984 und 1985 soll sich das Bruttoinlandsprodukt um fünf und vier Prozent erhöhen. Die Inflationsrate wird danach von 4,7 im Dezember auf rund sechs Prozent im Durchschnitt des Jahres 1985 steigen. Der Dow-Jones-Indus-Index soll 1984 durchschnittlich 1287 und ein Jahr später 1314 Punkte erreichen. Mark, Pfund und Yen, so das Board, holen im nächsten Halbjahr gegenüber dem Dollar auf.

Lantzke will zurücktreten

Paris (dpa/VWD) - Der Exekutivdirektor der Internationalen Energieagentur (IEA) in Paris, Ulf Lantzke, will 1984 aus persönlichen Gründen zurücktreten. Lantzke kündigte diesen Schritt für März 1984 an. Sollte bis dahin kein Nachfolger gefunden werden, sei er bereit, das Amt noch einige Monate länger auszuüben. Lantzke war Leiter der Energieabteilung im Wirtschaftsministerium in Bonn, als er im November 1974 zum ersten und bisher einzigen Exekutivdirektor der neugegründeten IEA berufen wurde.

Die IEA entstand nach der ersten

Ölkrise als Gegengewicht zur Organisation erdöllexportierender Länder (Opec). Sie versucht, die Energiepolitik ihrer 21 Mitgliedsländer enger zu koordinieren.

Preiskontrollen verlängert

Brüssel (rt) - Die Preiskontrollen in Belgien sind von der Regierung bis Ende 1984 verlängert worden. Der belgische Wirtschaftsminister Mark Eyskens begründete diesen Schritt mit dem Erfolg in der Bekämpfung der Inflation. Der Minister sagte eine Inflationsrate für die zwölf Monate bis Dezember von rund sieben Prozent voraus, während im Dezember 1982 ein Stand von knapp über acht Prozent verzeichnet worden war. Unternehmen, die ihre Preise erhöhen wollen, müssen sie von einer amtlichen Kommission überprüften lassen.

Warnke in Japan

Osaka (dpa/VWD) - Bundesentwicklungsminister Jürgen Warnke wird heute und morgen in Hakone, südwestlich von Tokio, an der 16. Tiedwater-Konferenz teilnehmen. Die nach einer kleinen amerikanischen Stadt benannte Konferenz beschäftigt sich in unregelmäßigen Abständen mit der Zukunft der Entwicklungsländer. Bei dem Treffen diskutieren rund 30 Teilnehmer der Kreditgeberländer und der internationalen Finanzinstitutionen Fragen der Entwicklungshilfe.

Insolvenzen gestiegen

Wiesbaden (dpa/VWD) - In den ersten acht Monaten 1983 sind in der Bundesrepublik 10 925 Insolvenzen gerichtet worden. Das waren 9,1 Prozent mehr als im entsprechenden Vorjahreszeitraum, berichtete das Statistische Bundesamt in Wiesbaden. Im August habe es mit 1320 Konkursen und Vergleichs ein Zuwachs von 2,2 Prozent gegenüber August 1982 gegeben.

Weg der Kurse

	21. 10. 83	14. 10. 82
Börsen		
Chrysler	37,875	39,875
Citicorp	30,25	31
Coca-Cola	31,25	32,375
Exxon	53,50	54,25
Ford		
Ford Motors	39,125	38,875
IBM	68,375	68,125
IBM	127	131,375
PanAm		
US Steel	8	7,375
Woolworth	26,125	26,375
	36,625	38

„Wenn Sie ein wertvolles Geschenk suchen. Harveys Bristol Cream.“

EG / Kommission erwirbt Bürohaus und Baugelände - Brüssel zeigt sich großzügig

Grundstück kostete nur einen Franc

WILHELM HADLER, Brüssel
Nicht ist bekanntlich dauerhaft als Provisorien. Dies gilt auch für den Sitz der EG-Kommission. 25 Jahre nach Inkrafttreten der Römischen Verträge ist über den endgültigen Standort der Europabehörden noch immer nicht entschieden. Die Kommission dürfte jedoch jetzt in Brüssel erstmals ein eigenes Gebäude erwerben.

In der Vergangenheit hatten die Mitgliedstaaten immer sofort abgewinkt, wenn sich im Ministerrat die Frage nach einem Grundstückskauf stellte. Um in der Sitzfrage keine vollen Tauschen zu schaffen, nahmen die lieber saftige Mieten in Kauf. Der wachsende Personalbedarf (Dauerplanstellen der Kommission ohne Forschungszentren heute rund 9500) zwang zu immer neuen Anmietungen.

Die Wende leitete der Europäische Gerichtshof ein. Er wies die Regierung darauf hin, daß der Bau eigener Bürogebäude für die Steuerzahl-

er auf Dauer erheblich billiger kommt, zumal wenn die Mieten nach belgischem Muster zu die Entwicklung der Lebenshaltungskosten gekoppelt sind.

1983 muß allein die EG-Kommission Mieten in Höhe von 113 Millionen Mark aufbringen. Hinzu kommen die Kosten für Sitzungssäle und Büros des EG-Parlamentes in Straßburg, Brüssel und Luxemburg, des Ministeriums des Gerichtshofs, der Investitionsbank und anderer Institutionen. Ein Teil der eigens für die Gemeinschaft errichteten Immobilien ist längst abgeschrieben. Eigentümer sind durchweg staatliche Organe des Gastlandes, zum Beispiel Sozialversicherungsträger.

Die Belgier sahen nach dem Petition des Rechnungshofs jedenfalls eine Chance, die Kommission ein für allemal in Brüssel heimisch zu machen. Sie boten deshalb der Gemeinschaft ein Grundstücksgeschäft an, das diese kaum anschlagen konnte.

Für sechs Jahresmieten (rund zehn Millionen Mark) wechselte ein Bürohaus nahe dem Hauptgebäude der Kommission in Gemeinschaftsbesitz. Es beherbergt bereits seit 1973 rund 400 EG-Beamte. Daneben erwirbt die Gemeinschaft ein angrenzendes, bereits erschlossenes Terrain zum symbolischen Preis von nur einem belgischen Franc (fünf Pfennig). Es umfaßt einschließlich des bebauten Teils 44 000 Quadratmeter und soll später einmal 1100 „Eurokraten“ Bürounterkünfte bieten.

Die großzügige Geste wird offiziell damit erklärt, daß der hochverschuldete belgische Staat gegenwärtig keine Mittel freimachen könne, um das leerstehende Grundstück zu bebauen, andererseits vom städtischen Gesichtspunkt alles dafür spreche, die Baufücke möglichst schnell zu schließen. Zu allem Überflus erhielt die EG auch die vertragliche Zusage, daß der belgische Staat bei einem Abzug der Behörde aus Brüssel das Grundstück wieder zurückkriege.

POLEN-SCHULDEN

Gläubigerländer beraten in Paris

AFP, Paris
Vertreter der 16 westlichen Gläubigerländer treffen in dieser Woche in der französischen Hauptstadt am Rande der Sitzung des "Pariser Clubs" zu Beratungen über die Entwicklung der polnischen Schuldenlage zusammen.

Aus Kreisen, die dem französischen Verhandlungsführer Jean-Claude Trichet nahesteht, verlautete, es werde ein Beitritt Polens zum Internationalen Währungsfonds befürwortet. In

ENERGIE / US-Stornierungswelle für Atommeiler darf nicht zu falschen Schlussfolgerungen führen

Kostenvorteile sprechen für Kernkraftwerke

HEINZ HECK, Bonn

Die Stornierungswelle für Kernkraftwerke in den USA ist kein Beweis dafür, daß diese Energieart unwirtschaftlich und überflüssig wäre. Mit dieser These hat der Vorstandsvorsitzende der Kraftwerk Union (KWU), Klaus Barthelt, jetzt vor falschen Schlussfolgerungen aus der amerikanischen Entwicklung gewarnt und zugleich die Unterschiede gegenüber der Situation in der Bundesrepublik verdeutlicht.

Zwar sind, so Barthelt, seit 1974 Aufträge für 97 Kernkraftwerke (acht Hochtemperatur- und 89 Leichtwasserreaktoren) storniert worden. Darüber hinaus würden weitere 13 bis 18 Anlagen als "Stornierungskandidaten" bezeichnet. Die deutlich geringeren Erwartungen an die Strombedarfsentwicklung hätten allerdings nicht nur bei Kernkraftwerken ihre Spuren hinterlassen. Daneben seien wenigstens 39 fossilbefeuerte Kraftwerke (Kohle, Öl oder Gas) abbestellt worden. Legt man nicht nur die Aufträge, sondern die konkreten Planungen zugrunde, so seien nach offiziellen amerikanischen Quellen 84

Kohle-, acht Öl- und zwölf andere fossilbefeuerte Großkraftwerke aus der Planung gestrichen worden.

Dabei sei der Störfall in der Anlage Three Mile Island (TMI 2) in Harrisburg im März 1979 keineswegs der Auslöser für die Kündigungswelle gewesen. "Diese war zu diesem Zeitpunkt seit langem im Gange. 40 Anlagen waren bereits vorher abbestellt worden", betonte Barthelt. Dennoch sieht er in diesem Störfall, der weltweit Schlagzeilen gemacht habe, "einen scharfen Einschnitt in der amerikanischen Nukleargeschichte". Die ohnehin schon niedrigen Auftragszahlen für Kernkraftwerke seien auf Null gesunken und den amerikanischen Elektrizitätsversorgungsunternehmen (EUV) Nachrüstungsauflagen mit erheblichen finanziellen Belastungen gemacht worden. Barthelts Prognose: "Vor dem Hintergrund der allgemeinen Wirtschaftslage und der Strombedarfsentwicklung sind auch in den nächsten Jahren keine weiteren Kernkraftwerksaufträge in den USA zu erwarten."

Die andere Seite der Medaille ist jedoch, daß in den USA heute über 80

Kernkraftwerke mit 64 000 Megawatt in Betrieb und weitere 59 Anlagen mit 66 000 Megawatt im Bau sind.

Zusammen stellt dies eine Leistung von 130 000 Megawatt (MW) dar, also allein an Kernenergie fast 50 Prozent mehr als die gesamte installierte Leistung in der Bundesrepublik mit etwa 90 000 MW. Trotz der erheblichen Abbestellungen der letzten Jahre sei die Kernenergieleistung in den USA immer noch etwa fünfmal so groß wie die der Bundesrepublik. "Eine Kernkraftwerksleistung von 130 000 MW signalisiert wohl wirklich kein Ende", lautet Barthelts Fazit.

Der deutlich niedriger eingeschätzte Strombedarfszuwachs sei die Hauptursache für die Kündigungswelle (in mehr als der Hälfte als Grund genannt). Dagegen tauchte die veränderte Wirtschaftlichkeitsbeurteilung (Kohle/Kernenergie) nur relativ selten als Motiv auf. Barthelt macht jedoch deutlich, daß in einem Land mit kontinentalen Ausmaßen gerade diese Wirtschaftlichkeitsvergleiche je nach Region sehr unterschiedlich ausfallen.

In der Bundesrepublik sei Kernenergie in der Grundlast deutlich billiger als deutsche Steinkohle. Barthelt ist sich da mit der Steinkohlewirtschaft "völlig einig", daß Kohlestrom gegenüber Strom aus Kernkraftwerken im Grundlastbetrieb (zugrundegelegt wurden 6500 Jahres-Volllaststunden) etwa 40 Prozent teurer ist. Je weiter man in die Mittelast komme, desto geringer falle dieser Vorteil aus.

Anders in den USA: Hier bewirke die große Kostenspanne für Kohle, daß an manchen Standorten Kohlestrom sogar in der Grundlast billiger sei als Kernenergie. An anderen Standorten sei es umgekehrt. Allerdings falle angesichts des insgesamt niedrigeren Preisniveaus für US-Kohle der Kostenvorteil für die Kernenergie selbst in Gegenden mit teurer Kohle mit nur etwa 20 Prozent deutlich geringer aus als bei uns. Gerade aus diesem Grund warnt Barthelt vor Wirtschaftlichkeitsvergleichen USA - Bundesrepublik: "Die USA gibt es in diesem Sinne nicht; man muß stets fragen, welche Region der USA man zum Vergleich heranzieht."

UNCTAD / Nord-Süd-Konfrontation verhärtert sich

Aufträge nicht umgesetzt

IRENE ZÜCKER, Genf

Die dreiwöchige Ratssitzung der Organisation für Handel und Entwicklung (UNCTAD) in Genf brachte eine weitere Verhärtung der UNCTAD VI Konfrontation zwischen Entwicklungsländern und Industrienationen. Die Gruppe der 77 (Dritte Welt) zeigte sich enttäuscht, da die Konferenzprobleme nicht gelöst, sondern auf spätere Sitzungen verlagert worden sind. Ziel dieses 27. Rates mit 108 Teilnehmerstaaten war es, die Aufträge von Belgrad umzusetzen. Der einzige angenommene Beschluss - den die Gruppe der 77 bei Ausschluss der Industrieländer unter dramatischen Umständen in einer Abstimmung durchbohrte - ist die Resolution über die Süd-Süd-Zusammenarbeit, die wirtschaftliche Kooperation der Dritten Welt unter sich. Gemäß Entschließung werden 1984 vier Sitzungswochen stattfinden, um ein weltweites Handelspräferenzsystem zugunsten der Entwicklungsländer auszuarbeiten, das sie Ende 1985 einführen wollen.

Alle anderen zentralen Konferenzthemen wurden verschoben: Insbesondere das Arbeitsprogramm Prozedur und Struktur wird erst der Ratssitzung im März 1984 vorgelegt. Auch die Exportkreditgarantie-Fazilität, die zur Erleichterung der Exporte zwischen Entwicklungsländern geplant ist und selbsttragend sein soll, wurde in den Finanzsausschuss verwiesen, der im Dezember 1984 tagt. Die in Belgrad

gegebene Absichtserklärung, den gemeinsamen Fonds eines integrierten Rohstoffprogramms ins Leben zu rufen, wonach der Einsatz des Finanzierungsmechanismus ab Januar 1984 geplant ist, stand nicht auf der Genfer Tagesordnung. Die Realisierung hat sich deshalb verzögert, weil erst 63 Staaten den Rohstoff-Fonds ratifiziert haben bei 90 erforderlichen Unterschriften.

In der UNCTAD-Ratssitzung traten einmal mehr die antagonistischen Haltungen zwischen Norden und Süden zutage: Die Gruppe der Industrieländer möchte, solange die Verpflichtungen gegenüber der Dritten Welt eingehen und erst nach dem Aufschwung bei der UNCTAD wieder aktiv mitmachen. Die Gruppe der 77 steht dem von Industrienationen angekündigten Aufschwung skeptisch gegenüber und möchte realistisch kurzfristige Resultate erzielen. Sie sieht sich deshalb gezwungen, nicht nur zu fordern, sondern auch zur Selbsthilfe zu schreiben. Der Nord-Süd-Dialog ist an seine Grenzen gelangt.

Um die SIDA-Süd-Zusammenarbeit voranzutreiben, versuchen die Entwicklungsländer die UNCTAD zu ihrem Forum zu gestalten, ähnlich der OECD der Industrieländer. Dies unter Ausschluss der Industrienationen. In Frage, die nur den Süden betreffen. Vor allem die USA, die 25 Prozent des Budgets finanzieren, weigern sich jedoch, in solchen Fällen ihr Mitspracherecht aufzugeben.

NAMEN

Dr. Arthur Fritzer, Vorsitzender des Verwaltungsrates der Nestlé SA, Schweiz, tritt mit Wirkung vom 21. Oktober 83 als Non-Executive Direktor in den Board der Arthur Guinness and Sons PLC ein.

Hans Philippen ist mit sofortiger

Wirkung zum Sprecher der Geschäftsführung der J. M. Voith GmbH, Heidenheim, berufen worden. Er ist Nachfolger von Dr. Theodor Carl, der aus gesundheitlichen Gründen mit Wirkung vom 30. Juni 83 ausgeschieden ist.

RENTENMARKT / Bundesbank gab 90 Millionen ab

Zinssenkung geht weiter

Am Rentenmarkt setzte sich in der letzten Woche der Zinssenkungstrend fort. Die Hoffnung auf eine niedrigere Bewertung des Dollar sowie die Diskontsenkung in Japan gaben der Zinssenkungsphantasie neue Nahrung. Die jüngste Bahnanleihe wurde zum Emissionskurs in den offiziellen Handel eingeführt. Die Deutsche Bundesbank konnte im Wo-

chenverlauf fast 90 Millionen Mark öffentliche Anleihen an den Markt abgeben. Die Rendite der Anleihen von Bund, Bahn und Post ging nach Berechnungen der Börsen-Daten-Zentrale in Frankfurt von 7,79 auf 7,72 Prozent zurück. Die Rendite aller inländischen Emissionen ermäßigte sich im Wochenverlauf von 7,85 auf 7,83 Prozent.

Emissionen	21.10.83	14.10.83	30.12.82	30.12.81	30.12.80
Anleihen von Bund, Bahn und Post	7,72	7,79	7,48	10,08	8,30
Anleihen der Städte, Länder und Kommunalverbände	7,67	7,73	7,04	10,55	8,98
Schuldverschreibungen von Sonderemissionen	7,88	7,90	7,61	10,38	8,43
Schuldverschreibungen der Industrie	8,13	8,19	8,24	11,28	8,35
Schuldverschreibungen öffentl.-rechtl. Kreditanstalten u. Körperschaften	7,88	7,88	7,85	10,12	8,37
Titel bis 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	7,88	7,90	7,43	10,50	9,70
Titel über 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	8,28	8,30	7,94	8,75	8,05
Inländische Emissionen insgesamt	7,83	7,85	7,83	10,18	8,41
DM-Auslandsanleihen	8,14	8,20	8,45	10,23	8,32

GROSSBRITANNIEN

Weiter uneins über Einsparungen

St. London

Das Kabinett in London unter Vorsitz von Premierministerin Margaret Thatcher hat sich nicht einigen können, in welchen Bereichen die Staatsausgaben im kommenden Finanzjahr 1984/85 (jeweils April) um insgesamt 2,5 Milliarden Pfund (9,7 Milliarden Mark) auf die im letzten Budget festgelegten 128,4 Milliarden Pfund (490 Milliarden Mark) gekürzt werden sollen. Deshalb soll nun ein spezielles Kabinetts-Komitee unter Vorsitz von Lord Whitelaw innerhalb der nächsten vierzehn Tage über Streichungen in den einzelnen Ministerien beraten und dann dem gesamten Kabinetts seine Entscheidung vorlegen.

Wie es heißt, sei im Prinzip schon eine Einigung über Kürzungen von 1,5 Milliarden Pfund erzielt worden, die vor allem in den Ministerien Gesundheit und Verteidigung vorgenommen werden. Es wird erwartet, daß Schatzkanzler Nigel Lawson die von dem "Spar-Komitee" empfohlenen und dann vom Kabinetts verabschiedeten weiteren Einsparungen vor dem Unterhaus mit der Vorlage seines alljährlichen Herbst-Finanzpakets bekanntgeben wird.

Vor Bankiers und Brokern in der Londoner City betonte Schatzkanzler Lawson, daß die Inflationsrate in Großbritannien im kommenden Jahr weiter zurückgehen werde. Während nahezu alle renommierten Konjunktur-Experten in Großbritannien einen Anstieg auf zwischen sechs und sieben Prozent voraussagen, unterstrich Lawson die Entschlossenheit der Regierung, die Preissteigerungsrate "deutlich" unter fünf Prozent zu drücken.

SÜDKOREA

Gedrosseltes Atomprogramm

m. n. Seoul

Südkoreas ehrgeiziges Atomenergie-Programm muß gedrosselt werden, weil der Strombedarf langsamer als erwartet zugenommen hat. Vier weitere Kernkraftwerke, mit deren Bau in diesem Jahr begonnen werden sollte, sind bis 1986 zurückgestellt worden. Bis zur Jahrhundertwende will Seoul insgesamt 43 Atomkraftwerke in Betrieb nehmen.

Deutsche Anbieter sind auf dem südkoreanischen Markt noch nicht zum Zuge gekommen. Bei den anstehenden Projekten erhofft man sich jedoch Aufträge für den Anlagenbau. Auch für die nächsten Reaktoren werden die Amerikaner (beim Reagan-Besuch im November) den Zuschlag erhalten.

Gegenwärtig laufen drei Kernkraftwerke in Südkorea. Sie liefern 15,4 Prozent (1,9 Megawatt) des gesamten Strombedarfs von 12,4 Megawatt. Die Energieversorgung wird noch zu 55 Prozent durch Rohöl gedeckt; bis Ende der achtziger Jahre soll dieser Anteil auf 40 Prozent verringert werden.

Kürzlich wurde das dritte Atomkraftwerk Südkoreas angefahren. Dabei handelt es sich um einen amerikanischen Westinghouse-Reaktor. Die Bauzeit betrug sechs Jahre. Die 650-Megawatt-Anlage wurde zu einem großen Teil mit Auslandsanleihen finanziert.

Neben Kori I und Kori II, das längst in Betrieb genommen wurde, sollen zwei weitere Kernkraftwerke im Süden des Landes entstehen. Die dritte Anlage, die bereits arbeitet, ist der kanadische Candu-Schwerwasser-Reaktor bei Wolsong.

MANAGER-GEHÄLTER

Schweiz liegt an der Spitze

I. Z. Genf

Nach einer Studie des Management-Zentrums Europa in Brüssel verdient 1982 ein Schweizer Generaldirektor im Durchschnitt 244 000 Mark. Ein amerikanischer Manager erhielt 234 000 Mark, deutsche und französische Manager liegen bei 172 500 Mark. In England und Schweden beträgt das Salär 135 500. Die Zahlen beziehen sich auf Firmen mit 120 bis 185 Millionen Mark Jahresumsatz.

In der Schweiz sind mit 150 000 Mark die Spitzengehälter der Führungskräfte ganz allgemein im Dienstleistungssektor (Banken, Versicherungen - öffentliche Stellen ausgenommen), es folgen der Energiewirtschafts- und Verkehrsbereich mit 137 670, Handel 126 520, Chemie-, Kunststoff- und Mineralölindustrie 126 280, Nahrungs- und Genussmittel 121 490, Holz/Papier/Druck 121 190 Mark. Der vom Konjunkturrückgang stark betroffene Maschinenbau liegt bei den Managementgehältern mit 120 540 Mark immer noch in der oberen Mitte. Weiterhinter erscheinen die Bauwirtschaft mit 116 440 Mark, Elektrotechnik mit 112 690 und auf dem letzten Rang die Textilindustrie mit 108 490 Mark Jahresbruttogehältern (inklusive Bonus/Gratifikation).

Mit der Unternehmensgröße wachsen die Gehälter: So verdient der Chef eines Kleinbetriebs bis zu 90 Beschäftigten 110 250, in einem Großunternehmen ab 1000 Mitarbeiter hingegen 178 840 Mark. Unterschiede gibt es auch bei den verschiedenen Führungsbereichen: Im Kleinbetrieb erhält eine Führungskraft der Gesamtleitung 301 850 Mark, in einem Großunternehmen hingegen 340 920.

IATA

Fluglinien hoffen auf Konjunktur

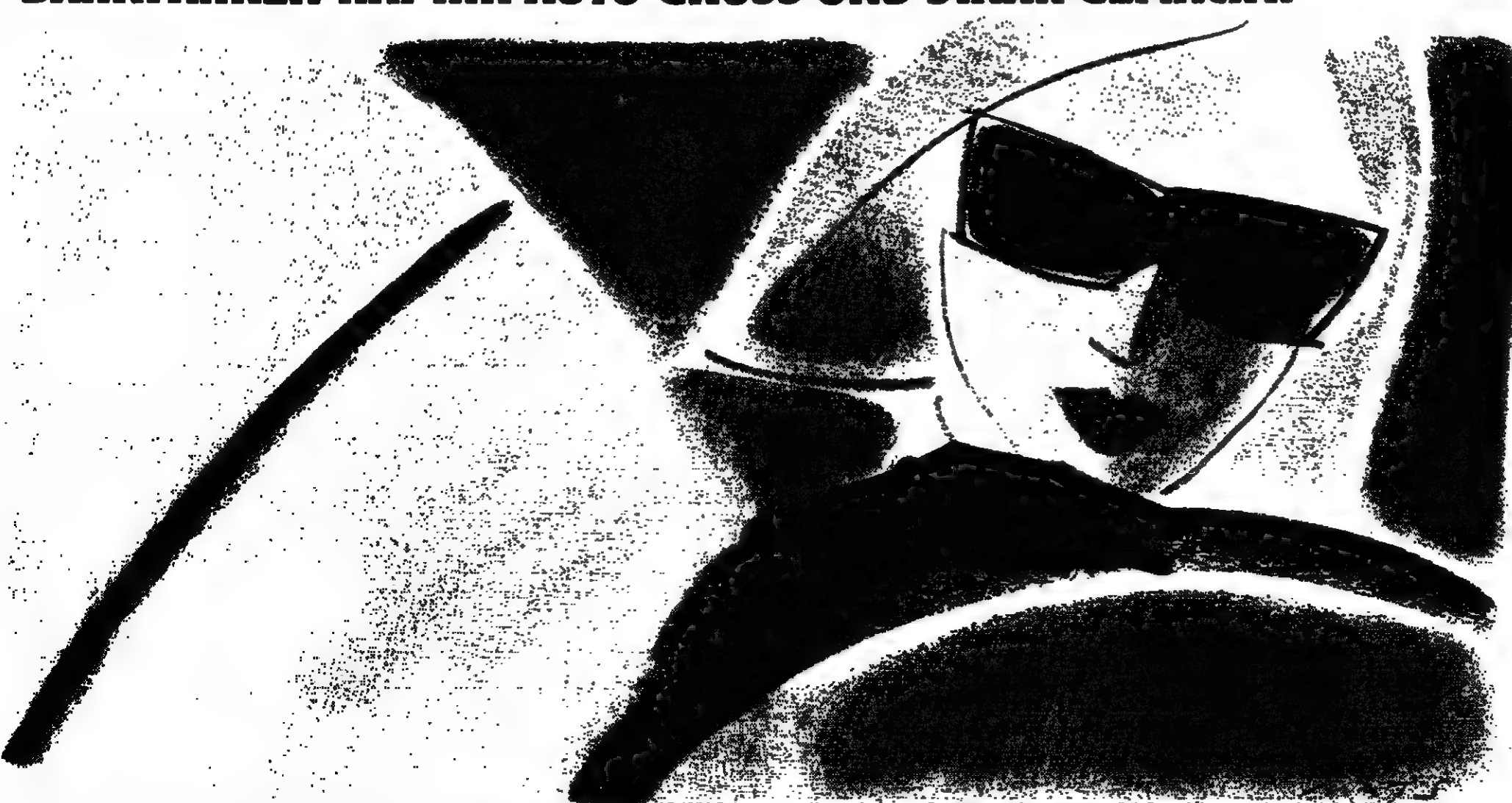
I. Z. Genf

Erstmals seit 1979 erwarten die rund 80 IATA-Gesellschaften des internationalen Luftverkehrs, den sie weltweit zu 80 Prozent beherrschen, für 1983 wieder Betriebsgewinne in Höhe von 500 Millionen Dollar. Nach Abzug von Zinszahlungen, die sich auf etwa 1,7 Milliarden Dollar belaufen dürften, bliebe aber immer noch ein Verlust von 1,2 Milliarden Dollar, erklärt die IATA in ihrem Jahresbericht 1983.

Im Vorjahr hatte die IATA einen Verlust von 1,8 Milliarden Dollar zu verbuchen. Davon entfielen 1,6 Milliarden auf Zinszahlungen und 200 Millionen auf Betriebsverluste. 1982 gab es nicht ein einziges Verkehrsgebiet mit durchschnittlich kostendeckendem Verkehr, dennoch flogen einzelne Gesellschaften gewinnbringend.

Nach den heute vorliegenden Zahlen ist 1983 bei den Passagieren mit einer Verkehrszunahme von zwei Prozent und bei der Fracht um vier Prozent zu rechnen. Die Kapazität wird um etwa zwei Prozent zunehmen. Da die Erträge etwas rascher wachsen als die Kosten, ist die IATA der Auffassung, das Wellental sei nun überwunden, vorausgesetzt, daß die Kosten- und Kapazitäts-Diziplin beibehalten wird. Die Versuchung hingegen ist groß, denn viele Flugzeuge stehen ungenutzt herum. Bereits die Rückkehr zu einer Einsteinsdauer wie vor 1979 würde das Angebot um zehn Prozent in die Höhe treiben. Sofern die konjunkturelle Entwicklung den Fluggesellschaften entgegenkommt, sollten sich die IATA-Gesellschaften 1985 wieder der Gewinnchwelle nähern.

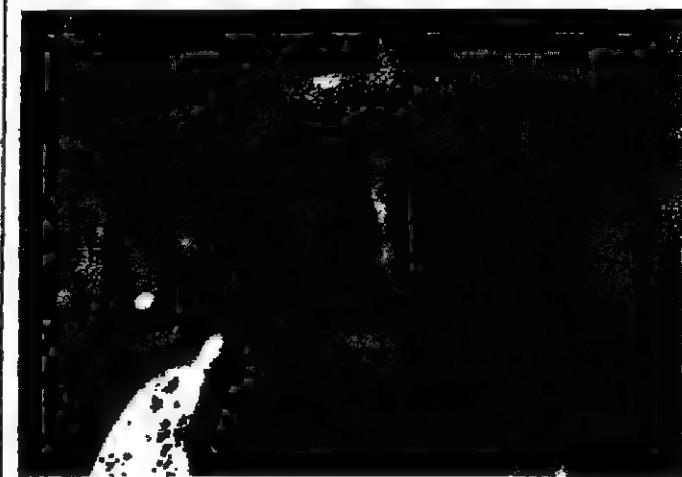
BAHNFahren HAT IHR AUTO GROSS UND STARK GEMACHT.



Vielleicht haben Sie schon mal beobachtet, wie die Bahn mit neuen, bunten Autos durch die Landschaft rollt. Daß auch Autotüren, Motorhauben und Heckraumklappen ausgiebig Bahn fahren, ist vielleicht noch unbekannt. Aber für die deutschen Automobilhersteller VW/Audi, Opel, Ford und Daimler-Benz sehr wichtig. Wenn z. B. bei Opel Rüsselsheim oder Opel Bochum ein neues Auto vom Band rollt, dann sind gerade Stücke von Opel Kaiserslautern in dem guten Stück. Kaiserslautern ist beispielsweise für Motoren zuständig. Die Bahn bringt sie binnen zwei Stunden nach Rüsselsheim. Oder über Nacht nach Bochum. So hält die Bahn zwischen allen Fertigungsstätten pünktlich die Verbindung. Damit alles nahtlos und ohne Verzögerung ineinander übergeht. Und zum Schluß aus vielen guten Einzelteilen etwas wird. Ein gut gebauter Einkaufswagen für die Gattin beispielsweise.

DB Die Bahn

Es macht Spaß zu helfen...



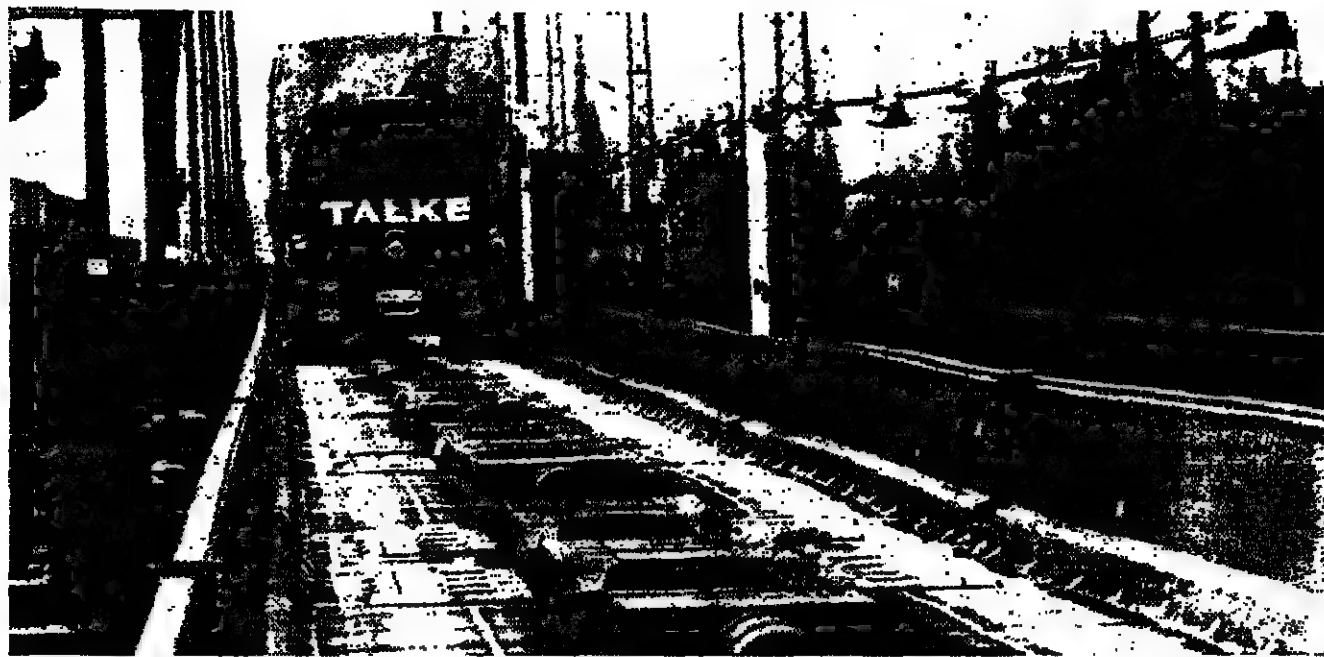
Frau Brigitte B., 46, Hausfrau, schrieb kürzlich: »Seit einem halben Jahr ist auch unsere Jüngste aus dem Haus. Es war plötzlich so leer... Ich hatte soviel Zeit. Das Gefühl, nicht mehr gebraucht zu werden, bedrängte mich immer mehr... Aber dann, beinahe zufällig, erzählte mir eine Bekannte von ihrer Tätigkeit im Altenclub. Sie sei dort, ehrenamtlich, stundenweise an einigen Wochentagen oder am Wochenende. Und bald darauf arbeitete ich auch, ehrenamtlich, in einer Begegnungsstätte mit. Aber von wegen Ehre. Doch ich merkte: die älteren Menschen brauchen mich. Übrigens: ich profitiere auch davon. Es ist ein gegenseitiges Geben und Nehmen. Aber vor allem: es macht auch Spaß zu helfen.«

Übrigens: Wenn Sie uns schreiben, helfen wir Ihnen gerne, erste Kontakte zu finden.

Deutscher Evangelischer Verband für Altenhilfe
im Diakonischen Werk der EKD,
Postfach 476, 7000 Stuttgart 1.

TRANSPORT UND VERKEHR

Klagen und Suchen - das sind die beiden Pole, zwischen denen sich das Geschehen im Sektor Transport und Verkehr bewegt. Die Klagen kommen aus allen Bereichen und beziehen sich auf die Folgen der Wirtschaftskrise und auf die leeren Kassen der öffentlichen Hände. Noch wird mit angezogener Handbremse gefahren, denn die konjunkturelle Erholung greift erst langsam. Und weil sich der Verkehrsminister auch in den nächsten Jahren finanziell nach der Decke strecken muß, bleibt die Suche nach Lösungen, wie es sich für die Marktwirtschaft gehört, vornehmliche Aufgabe der Unternehmen und der Unternehmer.



Die Zukunft für den Gütertransport ist alles andere als eben. Nur langsam wird das Tal, in dem sich fast alle Bereiche des Verkehrs befinden, durchfahren. FOTO: DPA

Die Bahn kassiert den größten Teil des Verkehrsetats

Der Bundesverkehrsminister muß sich auch im nächsten Jahr finanziell nach der Decke strecken. Und das, obwohl er für den mit Abstand größten Investitionssektor des Bundes zuständig ist. Von den für 1984 vorgesehenen Gesamtaufwendungen des Verkehrssetats von 24,7 Milliarden Mark sollten 11,6 Milliarden für investive Zwecke verwendet werden. Das sind immerhin 47,1 Prozent des Etats. Allerdings lag die Quote früher stets über 50 Prozent. Der Grund: Weil der Verkehrsetat seit Jahren praktisch eingefroren ist, sinken zwangsläufig die Investitionsmittel, weil an anderer Stelle nicht entsprechend gespart wird.

Mehr als die Hälfte des Verkehrsetats - und zwar 12,9 Milliarden Mark - kommen der Bundesbahn zugute. Davon entfallen 4,4 Milliarden Mark auf die Abgeltung betriebsfremder Lasten. 1,7 Milliarden sind allgemeine Investitionszuschüsse und 1,3 Milliarden Investitionszuschüsse für den Streckenausbau. Knapp eine halbe Milliarde erhält die Bahn an Liquiditätszuschüssen für den Verlustausgleich.

Bei den Einnahmen hat sich das Ministerium an der finanziellen Situation der Bahn in diesem Jahr und an den Erwartungen für 1984 orientiert. Danach wird die Bahn 1983 voraussichtlich 17,4 Milliarden Mark einnehmen. Eine Summe, die noch nicht einmal ausreicht, um die gesamten Personalausgaben von 20,8 Milliarden Mark auszugleichen. Dieses sind

rund zwei Drittel der Gesamtaufwendungen, die für 1983 auf 31,6 Milliarden Mark veranschlagt werden. Immerhin: Vor zehn Jahren lag der Anteil der Personalausgaben bei der Bahn noch über 70 Prozent, inzwischen konnte er aufgrund des Personalabbaus, von dem seit 1974 rund 105 000 Mitarbeiter betroffen waren, um 6,6 Prozentpunkte gesenkt werden.

Im Verkehrsministerium wird davon ausgegangen, daß die Bahn in diesem Jahr rund 14,3 Milliarden Mark nicht durch Einnahmen decken kann. Als erfolgswirksame Leistungen zahlt der Bund 9,6 Milliarden. So daß mit einem Jahresverlust von 4,7 Milliarden Mark gerechnet wird. Allerdings hat der Bahnvorstand auch in diesem Jahr kräftig gegengesteuert.

Da die Konjunktur schlechter als erwartet verliefen, mußten die Einnahmestützungen gegenüber dem Wirtschaftsplan um mehr als 800 Millionen nach unten korrigiert werden. Die Aufwendungen konnten jedoch um mehr als 1,2 Milliarden Mark reduziert werden. Für 1984 rechnet der Bahnvorstand mit einem Verlust von 4,1 Milliarden, wenn im Bundeskabinett das Konzept verwirklicht wird, was er in Gesprächen mit dem Verkehrsministerium entwickelt hat.

Die Leistungen des Bundes werden aber auch in den nächsten Jahren nicht ausreichen, um den gesamten Fehlbetrag zu decken. Die Bahn muß sich also weiter verschulden. Ende dieses Jahres dürfte die Bahn mit

34,6 Milliarden in der Kreide stehen. In den nächsten Jahren dürften es rund 39 Milliarden sein.

Der zweitgrößte Brocken im Verkehrsetat sind die Bundesfernstraßen. Insgesamt sind dafür sechs Milliarden Mark für das nächste Jahr eingeplant. Davon sollten 4,8 Milliarden investiert werden. Dieses bedeutet jedoch nur zu einem geringeren Teil Neubau. Für Erweiterungsinvestitionen sind knapp 2,4 Milliarden Mark vorgesehen, die übrigen Mittel sind vor allem für die Substanzerhaltung des Straßennetzes erforderlich. Für Bundesautobahnen sind insgesamt 2,7 Milliarden Mark reserviert worden. Davon entfallen 1,2 Milliarden auf den Ausbau des Netzes.

Für die Bundesstraßen sind 2,8 Milliarden Mark vorgesehen, von denen rund 1,1 Milliarden für den Neubau verplant sind. Für die Erneuerung des Ur- und Ausbau bereits vorhandener Straßen werden weitere 820 Millionen zur Verfügung stehen.

Ein wichtiger Bereich - und hier zeigt sich ein konzeptioneller Schwerpunkt der Politik von Bundesverkehrsminister Werner Dollinger - ist der Bau von Ortsumgehungen, der häufig mit dem Aus- und Neubau von Bundesstraßen verbunden ist. Für 1984 sind dafür 1,4 Milliarden Mark eingeplant. Das Programm für den Bau von Ortsumgehungen sieht allein für den Zeitraum von 1981 bis 1985 den Baubeginn von 198 Projekten vor. Zwischen 1986

und 1990 sollen weitere 186 Ortsumgehungen hinzukommen.

Der Bund hilft allerdings auch den Gemeinden bei der Verbesserung ihrer Verkehrsverhältnisse. Nach dem Gemeindeverkehrs-Finanzierungsgesetz werden dafür zweckgebundene Einnahmen aus der Mineralölsteuer verwendet. Diese Mittel stehen für 1984 im Verkehrsetat mit 2,538 Milliarden Mark zu Buch. Diese Mittel sollen je zur Hälfte für den kommunalen Straßenbau und für den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) verwendet werden. Bei dem Ansatz für den ÖPNV sind 415 Millionen als Investitionszuschüsse an die Deutsche Bundesbahn sowie an die Regionalverkehrsunternehmen enthalten.

Bei den Bundeswasserstraßen zeigen sich zwei Schwerpunkte: Zum einen geht es darum, die laufenden Neu- und Ausbauten fortzusetzen. Zum anderen geht es um den Erhalt der vorhandenen Kanäle, die immerhin ein Bruttoanlagevermögen von 37,5 Milliarden Mark haben. In diesem Bereich würden die Mittel für 1984 aufgestockt, weil der Bestand einiger Wasserstraßen bereits gefährdet ist. In vergangenen Jahren wurden für diesen Bereich zu wenig Mittel zur Verfügung gestellt.

Insgesamt wurden für die Bundeswasserstraßen 1,7 Milliarden Mark im Etat eingeplant. Davon werden 792,7 Millionen Mark für Investitionen bereitgestellt. Gegenüber dem laufenden Etat bedeutet dies immerhin ein Plus von 17,8 Prozent. Dadurch

konnten nach Angaben des Verkehrsministeriums die Ausgabenmittel zum Ausbau der Saar (115 Millionen) sowie zur Fortsetzung der Arbeiten am Main-Donau-Kanal (120 Millionen) bedarfsgerecht veranschlagt werden. Mit 42 Millionen Mark sollen dringende Arbeiten am Nord-Ostsee-Kanal eingeleitet werden.

Von den Investitionsmitteln des Bundes sollen 205 Millionen Mark für Projekte im Küstenbetrieb ausgegeben werden. Auf die Binnenwasserstraßen entfallen 588 Millionen Mark. Für Unterhalt und Betrieb der Bundeswasserstraßen müssen bereits 642,5 Millionen Mark aufgewendet werden.

Die Ausgaben des Bundes für die Luftfahrt, die sich auf 516,6 Millionen Mark belaufen, wovon 135,3 Millionen für Investitionen vorgesehen sind, fließen zum weitaus größten Teil in die Flugsicherung. Das System zur Sicherung des zivilen und militärischen Flugbetriebs kostet 1984 innerhalb 471,3 Millionen Mark. Die Kapazität des Flugsicherungssystems muß ständig ebenso wie die Kommunikation mit ausländischen Systemen bedarfsgerecht angepaßt werden, um die Sicherheit des Flugverkehrs zu gewährleisten. Daher wurde ein umfangreiches Investitionsprogramm aufgestellt, das bis 1986 abgeschlossen sein soll. Im kommenden Jahr stehen in diesem Rahmen nicht ganz 125 Millionen Mark zur Verfügung.

HANS-JÜRGEN MAHNKE

Weiter auf der Suche

Von HANS-JÜRGEN MAHNKE

In kaum einem Bereich sind alle Beteiligten so unzufrieden, jedenfalls geben sie sich so, wie im Verkehrswesen. Verleger und Transportunternehmen, Bahn oder Schifffahrt - alle klagen. Und dieses liegt nicht nur an der Konjunktur. Vielmehr hat sich überall die Überzeugung, die Einsicht und häufig auch nur der Wunsch durchgesetzt, daß irgend etwas geschehen muß. Eine Herausforderung also für alle. Die Verantwortung kann auch nicht mehr hinausgeschoben werden.

Gefordert ist zunächst die Politik. Denn ohne eine klare Marschroute, was bei der Bundesbahn geschehen soll, nutzt bald auch die hervorragende Infrastruktur nichts mehr, über die nun einmal die Bundesrepublik noch verfügt. Sie steht im Zentrum, weil sich letztlich von ihr die Transportkosten ableiten, mit denen die deutsche Volkswirtschaft leben und fertig werden muß. Ohne eine Lösung des Bundesbahn-Problems läßt sich zwar trefflich über mehr Liberalisierung im Verkehrssektor streiten. Sie läßt sich aber nicht durchsetzen.

Nur: An einem Bahn-Konzept, obwohl der Name schon fast mehr verspricht, als er halten kann, wird gearbeitet und gestritten. Die Lage hat sich zugespitzt. Denn die Staatskassen sind leer. Andererseits kann auch ein Bundesunternehmen sich nicht ständig modernisiert werden.

Damit sind aber bereits die Fronten beschrieben. Die Experten des Finanzministeriums möchten das Haushaltsrisiko Bundesbahn dadurch beseitigen, indem sie die Bundeswasserstraßen auf den heutigen Stand einfrieren. Sie wollen die Bahn zu einer durchgreifenden Rationalisierung zwingen und den Personalabbau selbst über Entlassungen forcieren. Unter dem Strich ließe sich so zwar kaum der Bundeszuschuß reduzieren, aber der Fehlbetrag, den die Bahn einfährt, würde jedenfalls im nächsten Jahrzehnt möglicherweise etwas geringer werden. Dieses wird vom Bahn-Vorstand bezweifelt.

Es setzt im Kern darauf, daß sich das Schienenunternehmen auf Dauer nur behaupten kann, wenn es attraktiver wird. Es muß schneller werden, wobei nicht nur die technologische Herausforderung der Japaner und Franzosen ein Gesichtspunkt ist, jedenfalls für die deutschen Hersteller von Lokomotiven. Nur wenn das Interargo-Konzept verwirklicht wird, wenn der Nachschub zwischen den Wirtschaftszentren auch

zwischen München und Hamburg möglich wird, kann die Bahn hoffen, auch wieder an höher tarifierte Transporte heranzukommen.

Dieses setzt die rasche Verwirklichung der Naubaustrecken Hannover-Würzburg und Stuttgart-Mannheim voraus. In diesem Jahrzehnt können sie jedoch nur noch in Betrieb genommen werden, wenn die Bahn vom Eigentümer, dem Bund, mehr Investitionsmittel erhält. Der Streit geht um zwei Milliarden Mark jährlich bis 1991. Die Bahn glaubt, daß sich diese Ausgabe rechnet, allerdings erst dann, wenn auf den Strecken auch gefahren werden kann. Vorher fallen nur Zinsen an.

Jedenfalls kommt die Bahn in ihren Berechnungen zu dem Ergebnis, daß sie so in den neunziger Jahren ihren Verlust drücken und eine Aufhebung der Verschuldung verhindern kann. Mehr ist bei der gegenwärtigen Verfassung, bei den Gesetzen, unter denen die Bahn fahren muß, auch nicht drin. Denn sie wird auch in Zukunft Leistungen erbringen müssen, auf Strecken fahren, die sich einfach nicht rentieren. Vor allem jedoch: wo auch der Ausgleich aus dem Bundeshaushalt die Kosten nicht deckt.

Auch für die produzierende und Ausrüstende Wirtschaft ist das, was bei der Bahn geschieht, von erheblicher Bedeutung. Eine attraktive und konkurrenzfähige Bahn belebt nicht nur den Wettbewerb, sondern sie beeinflußt auch das Tarifniveau. Der Zugang zum Verkehrsmarkt ist beschränkt, weil auf die Bahn Rücksicht genommen werden soll. Dieses Argument sticht, wenn überhaupt, nur so lange, wie die Bahn kränktelt, trotzdem jedoch auf sie nicht verzichtet werden soll.

Der Vorstand behauptet, aus der Bahn ein modernes Transportunternehmen machen zu können, wenn er innerhalb eines gewissen Rahmens nach wirtschaftlichen Kriterien entscheiden kann. Jedenfalls glaubt er, in den neunziger Jahren dann auf einen Flankenschutz verzichten zu können.

Für das Güterkraftgewerbe, das gegenwärtig innerhalb eines Schutzgebiets lebt, ist dieses eine Herausforderung, die nicht auf die leichte Schulter genommen werden sollte. Das Vordringen des Verkehrs ist jedenfalls kein Ruhmesblatt. Einige Unternehmen haben dieses erkannt. Leider sind sie noch nicht in der Mehrheit.

IFO-INSTITUT

Beim Güterverkehr muß immer noch mit angezogenen Bremsen gefahren werden

Noch nicht von der seit Jahresbeginn zu beobachtenden Konjunkturerholung tangiert, führt der Güterverkehr immer noch mit angezogener Handbremse. Das gilt insbesondere für die Eisenbahnen, die in allen Güterbereichen Einbußen hinnehmen müssen.

Nach einer Analyse des Münchner Ifo-Instituts über die Verkehrswirtschaft wird nämlich das Transportaufkommen der Eisenbahnen in diesem Jahr nicht nur abermals beträchtlich unter dem Vorjahresergebnis liegen, sondern erstmals wird der Straßengüterverkehr mit 299 Mill. Tonnen (plus 1,2 Prozent) mehr Gütermengen als die Eisenbahnen mit 296,2 Mill. Tonnen (minus 3,7 Prozent) befördern.

Insbesondere beim Transport von Montan Gütern, die rund 50 Prozent des gesamten Beförderungsaufkommens der Eisenbahnen ausmachen, dürften sich aufgrund der nach wie vor kritischen Situation in der Stahlindustrie Verluste einstellen. Auch werden sich wegen der erheblich geringeren seewärtigen Anlandung von Getreide- und Futtermitteln, die bislang für den Schienentransport in den Ostblock bestimmt waren, die Beförderungsmengen dieser beiden Bereiche deutlich vermindern. Selbst von der positiven Entwicklung der Bauwirtschaft im zweiten Halbjahr, die sich auch in einer verstärkten Transportnachfrage niederschlagen dürfte, wird der Eisenbahngüterverkehr nicht mehr in dem Maße profitieren, daß die erheblichen Verluste des ersten Halbjahres aufgeholt werden könnten.

Nach den jüngst von der EG-Kommission veröffentlichten Produktions- und Absatzquoten für Stahlerzeugnisse können die Eisenbahnen auch für 1984 von diesem Güterbereich keine Verbesserung ihrer Beschäftigungslage erwarten.

Baukonjunktur belebt Straßengüterverkehr

Positive Impulse hingegen hat die sich belebende Bauwirtschaft bereits auf den Straßengüterverkehr ausgeübt. Mit einer Zuwachsrate von 3,4 Prozent tragen die Güter Steine, Erden und Baumaterialien maßgeblich zu dem Wachstum dieses Verkehrszweiges bei. Auch für 1984 werden die Chancen für den Straßengüterverkehr weiterhin positiv eingeschätzt. Die für das nächste Jahr erwartete günstige Entwicklung des Au-

ßenhandels könnte nämlich im grenzüberschreitenden Verkehr zu einem zusätzlichen Transportbedarf führen, wovon der Straßengüterverkehr profitieren könnte.

Was für den Straßenfernverkehr gilt, gilt auch für den Nahverkehr. Die Baukonjunktur könnte diesen Verkehrszweig, der 1982 bereits zum dritten Mal mit einem negativen Ergebnis abschloß und mit einem Rückgang des Transportvolumens um 6,9 Prozent auf 1955 Mill. Tonnen einen „Miserikord“ hinnehmen mußte, aus der Talsohle führen. Nach Ansicht der Ifo-Forscher kann der Straßenverkehr dem Jahresende demnach etwas zusehender entgegenkommen, das Transportvolumen dürfte mit einem Rückgang von nur noch 0,3 Prozent knapp unter dem Vorjahresergebnis liegen.

Dagegen ist im Luftfrachtverkehr schon in diesem Jahr mit einer deutlichen Belebung zu rechnen. Nachdem hier im vergangenen Jahr noch ein Rückgang von 1,3 Prozent hingenommen werden mußte, wird sich das Frachtaufkommen 1983 schätzungsweise um 1,7 Prozent auf 0,6 Mill. Tonnen erhöhen. Insbesondere der grenzüberschreitende Versand mit einem Plus von 3,6 Prozent, hier gehen vor allem vom Transport über den Nordatlantik und nach Fernost Impulse aus, und der Durchgangsverkehr mit einer Zunahme von 3,1 Prozent werden zu dem erhöhten Frachtaufkommen beitragen. Auch dieser Verkehrszweig könnte 1984 von der günstigen Entwicklung des Außenhandels profitieren.

Einen deutlichen Rückgang werden nach den Zahlen des Ifo-Instituts in diesem Jahr wieder die Gütertransporte der Seeschifffahrt mit einem Minus von 7,7 Prozent auf nur noch 128,5 Mill. Tonnen zu verzeichnen haben. Während der mengenmäßig relativ unbedeutende Warenverkehr zwischen den deutschen Küstenhäfen ein bescheidenes Wachstum von 1,5 Prozent erzielen wird, nimmt das Transportvolumen im grenzüberschreitenden Verkehr um schätzungsweise acht Prozent ab.

Dabei steht einem mäßigen Zuwachs des Versands (plus 1,7 Prozent) eine kräftige Abnahme der Empfangsmengen von 12,7 Prozent gegenüber. Zurückgeführt wird dieser Verlust, als Folge der ungünstigen Situation der Stahlindustrie, auf die erheblich gesunkenen Einfuhren von Erzen und Kohle. Auch fallen verminderte Rohanlandungen ins Gewicht, die durch

Energieeinsparungen und der anhaltenden geringeren Nachfrage nach Mineralerzeugnissen sowie der daraus resultierenden Strukturumgestaltungsmaßnahmen der Mineralwirtschaft bedingt sind.

Wenig Veränderungen wird es bei der Binnenschifffahrt geben. Dieser Verkehrszweig wird nach Berechnungen der Ifo-Wissenschaftler ein Transportergebnis erzielen, das mit einem Minus von 0,7 Prozent auf 220,5 Mill. Tonnen nur geringfügig unter dem Vorjahresniveau liegt. Auch hier führen wieder anhaltende Unsicherheiten auf dem Stahlmarkt im Transport von Montan Gütern zu erheblichen Einbußen im grenzüberschreitenden Verkehr. Dennoch könnte auch in diesem Bereich die Bauindustrie dazu beitragen, daß der Inlandverkehr der Binnenschifffahrt das Vorjahresniveau halten kann.

Auch im Personenverkehr noch keine Wende

Vorausgesetzt, daß die Auftriebskräfte aus dem Inland sowie die zu erwartende Belebung der Auslandsnachfrage die Konjunkturerholung im zweiten Halbjahr 1983 stimulieren, rechnen die Ifo-Forscher für den gesamten Güterverkehr mit einem leichten Ansteigen der Transporte bis zum Jahresende. Aufgrund des negativen Überhangs aus dem Vorjahr, der sich bis ins erste Halbjahr fortgesetzt hat, bedeutet dies aber, daß das gesamte Transportvolumen (ohne Seeschifffahrt und Straßengüterverkehr) im Jahresdurchschnitt nochmals um 1,5 Prozent auf 869,6 Mill. Tonnen sinken wird.

Aber nicht nur im Güterverkehr stehen die Signale auf Rot. Nach Ansicht des Ifo-Instituts hat die Konjunkturerholung mit einem erstmals seit Mitte 1980 wieder steigenden Verbrauch von 0,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr auch im Personenverkehr 1983 keine Wende herbeigeführt. Für den öffentlichen Personenverkehr ist noch kein Ende der Dürststrecke in Sicht.

Auch für 1984 prognostizieren die Ifo-Forscher keine günstigen Perspektiven für den öffentlichen Personenverkehr. Denn gerade dieser Verkehrszweig benötigt selbst für eine stagnierende Entwicklung konjunkturelle Impulse, um demographisch bedingte Effekte wie hohe Arbeitslosen- und sinkende Schülerzahlen zu kompensieren.

ULRIKE HEMER

Mehr als die Hälfte aller erbrachten Leistungen im Wirtschaftssektor sind Transportleistungen. Ein weites Feld für Rationalisierung und Humanisierung. Die Thyssen Industrie AG geht immer wieder neue Wege, um mit technischen Innovationen die Dinge in Bewegung zu halten und auf diesem Sektor einen Beitrag zu leisten.

Einladend auf ganzer Länge

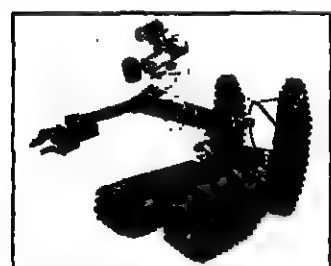
Vierachsiger Großraumwagen mit zweifacher spreizbarer Schiebewand: Diese neuartige Konstruktion der Waggon Union eröffnet die Möglichkeiten eines problemlosen Be- und Entladens sowohl von oben durch Kran als auch von der Seite durch Gabelstapler. Jeweils eine Hälfte der Wagenwand einschließlich des dazugehörigen Dachabschnittes kann abgehoben, gespreizt und problemlos von einer Person über die jeweils andere Hälfte geschoben werden.



Das Anheben und Spreizen der Schiebewand erfolgt über einen mechanischen Antrieb mittels Handrad an der Stirnwand des Wagens. Es entsteht ladefreundlicher Freiraum bis zum Dachscheitel. Einer wesentlichen Verkürzung der Be- und Entladezeiten steht nichts mehr im Wege.

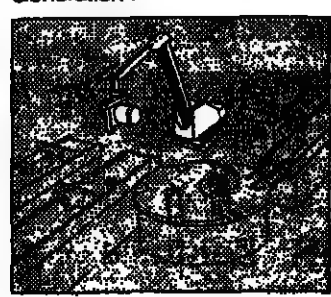
Erweiterte Manipulationen

Eine neue Klasse von Werkzeugen sind Manipulatoren und Roboter - vielseitig einsetzbare, elektronisch gesteuerte oder ferngelenkte Vorrichtungen, um kleine und große Lasten schnell und sicher zu bewegen. MF 3, ein ferngelenkter Manipulator-Fahrzeug der Blocher Motor GmbH & Co. KG, eine Beteiligungsgesellschaft der



Thyssen Industrie AG, spielt hauptsächlich in kerntechnischen Anlagen eine überaus bewegliche Rolle. Mit Hilfe von vier Kettenführern sind steile Treppen ebensowenig ein Hindernis, wie hohe Arbeitshöhen, enge Platzverhältnisse und schräge Standflächen. Mit Fernsehkameras und wahlweise ein- oder zweiarmligen Manipulatoren ist es auch für diffizile Aufgaben bestens gerüstet.

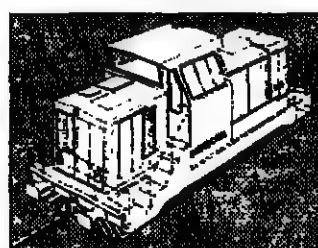
SAR 2, ein Roboter der Stahl Aufzüge GmbH Berlin, findet vielfältige Verwendung für Handlingsaufgaben mit Lasten bis zu 60 kg. Seine robusten, hydraulischen Antriebe, seine auch über „teach in“ frei programmierbare Steuerung mit besonders guter Eignung für Palletierungsaufgaben und sein breites Sortiment unterschiedlicher Greifmittel machen ihn zum „Werkzeug einer neuen Generation“.



Mit neuen Ideen viel bewegen.

Ein guter Zug Henschel-Lokomotiven mit Drehstromleistungsübertragung

Mit dieser Technologie setzt Thyssen Henschel seit Jahren weltweit neue Maßstäbe. Dieselelektrische Henschel-Standard-Lokomotiven, Typ DE 500 C, sind eine konse-



quente Fortsetzung dieser zukunftsorientierten Entwicklung. Durch die Anwendung der Drehstromleistungsübertragung mit Asynchron-Fahrmotoren wird eine optimale Reibverausnutzung, ein hoher Geschwindigkeitsbereich und damit ein niedriger Kraftstoffverbrauch erzielt. Die Art der Anordnung der Fahrmotoren an den drei gleichen, tauschbaren Radsätzen erfolgt über wartungs- und verschleißfrei gelagerte Lenker, alle Achsen sind mit Scheibenbremsen ausgerüstet. Robuste, wartungsarme Technik, optimale Schall- und Wärmeisolation und vorbildliches Design - das Führerhaus nutzt die gesamte Profilbreite aus - sind einige Vorteile dieser Henschel-Lokomotiven für Rangier- und leichten Streckendienst bei Industriebetrieben und Bahngesellschaften.

Kühlaufbauten auf die Räder gestellt

Mit dem Kühlaufbau für Sattelschlepper stellt die Thyssen Umformtechnik eine außerordentlich wirtschaftliche Variante auf die Räder. Durch die Anwendung der sogenannten Instantschäumermethode wird ein hoher Isolierwert erreicht. Dabei wird der Gesamtausbau nach dem Zusammenbau in einer Druckform ausgeschäumt. Das gewährleistet eine homogene Verbindung des Schaums zwischen Boden, Seitenwand und Dach. Gleichbleibend hohe Qualität der Kühlaufbauten und eine große Lieferkapazität runden dieses attraktive Angebot an die Transportwirtschaft ab.



Schreiben Sie uns bitte zu den jeweiligen Produkten, wir werden Sie dann gern ausführlich informieren.

Die Thyssen Industrie AG ist das Verarbeitungsunternehmen der Thyssen-Gruppe. Rund 35 000 Mitarbeiter entwickeln und produzieren für die Abnehmergruppen Transport und Vertriebs-, Bau- und Energiewirtschaft, Grundstoff- und Produktionsmittelherstellung, Maschinenbau, chemische Industrie und Verfahrenstechnik, städtische und kommunale Verwaltungen.

THYSSEN INDUSTRIE AG
Am Thyssenhof - 4300 Essen I

BREMISCHE HÄFEN

Das Land steht mit seinen Häfen

Die Demonstrationen der Friedensbewegung in der Seestadt Bremerhaven haben etwas in den Blickpunkt der deutschen und internationalen Öffentlichkeit gerückt, was über Bremen hinaus nur wenig bekannt war: Bremen steht mit den Häfen direkt oder indirekt mit den Häfen verbunden.

Die Häfen in Bremen und Bremerhaven bilden das wirtschaftliche Fundament des kleinsten deutschen Bundeslandes. Hier wird ein Drittel des Sozialprodukts erwirtschaftet und von den annähernd 370 000 Arbeitsplätzen des Landes ist jeder dritte direkt oder indirekt mit den Häfen verbunden.

Besondere Bedeutung kommt den Häfen angesichts der Wirtschaftsstruktur Bremens zu: sie sind nach wie vor geprägt von Problembranchen wie Schiffbau, Fischwirtschaft, Luft- und Raumfahrt sowie der Stahlindustrie. Diese Bereiche haben im Land Bremen noch immer einen Anteil von 45 Prozent der Industriebeschäftigten.

Sicherer auf Kurs liegen volkswirtschaftlich bei weitem die Häfen. Sie tragen seit Jahren zur Stabilisierung der bremischen Wirtschaft bei. 28 Millionen Tonnen Güter werden in den Häfen im Jahr umgeschlagen. 60 Prozent davon sind Arbeits- und daher personalintensives Stückgut. Von dieser Schicht gehen spürbare Beschäftigungsimpulse aus, vor allem im direkten Umschlagbetrieb mit seinen annähernd 10 000 Mitarbeitern.

Bremens Häfen sind Zentren moderner Seetransportsysteme. Ein Beispiel dafür ist der neue Container-Terminal Wilhelm Kaisen direkt an der Wesermündung in Bremerhaven. Nach der Vollendung mehrerer Ausbaustufen beträgt die Stell- und Verkehrsfläche rund zwei Millionen Quadratmeter. 18 Containerbrücken sowie zahlreiche Portalstapler und eine Vielzahl von Spezialgeräten garantieren eine schnelle Abfertigung der Containerschiffe an den 3300 Meter langen Liegeplätzen.

Im vergangenen Jahr wurden rund 800 000 Container-Einheiten mit sieben Millionen Tonnen Ladung umgeschlagen; das entspricht 50 Prozent des gesamten Stückgutumschlages der Bremer Lagerhaus-Gesellschaft. Der Container-Terminal Bremerhaven ist gegenwärtig die größte geschlossene Containerumschlaganlage Europas.

Neben Verbesserungen im technischen Bereich ist in Bremen die Erfordernisse im personellen Bereich nicht aus dem Auge. Zur Qualitätsverbesserung wurde Anfang der 70er Jahre die Hafenschule Bremen ins Leben gerufen. In der Hansestadt sind seitdem alle Voraussetzungen gegeben, um den Hafenarbeiter von morgen weiterzubilden - ein Postulat, das angesichts anhaltender Technisierung des Seehafensumschlages von großer Bedeutung ist.

WALTER H. RUBE

INTERCARGO

Zukunftsvision von der Bahn von morgen

TOP-Angebot im Güterverkehr der DB - so lautete schon die Ankündigung auf der Tagesordnung, als das für den Absatz zuständige Vorstandsmitglied, Hemjo Klein, das Konzept Intercargo präsentierte. Im Verkehrsministerium kriegten sich manche Experten gar nicht mehr ein. Endlich hatten sie das, was sie brauchten: eine Zukunftsvision von der Bahn von morgen. Denn das, was der Minister immer fordert, soll hier verwirklicht werden: Eine Bahn, die moderner, schneller und attraktiver ist - jedenfalls - als heute.

Nicht nur in der Bahn, vor allem auch im Ministerium konnte Klein mit seiner geschliffenen Rhetorik Begeisterung erwecken. Bei manchen funktete es heute noch in den Augen, wenn man mit ihnen darüber sprach, obwohl die Anfänge schon etwas zurückliegen.

Dabei ist die Grundidee gar nicht so neu. Analog zum Intercity-Verkehr, dessen Attraktivität nicht auf dem eingesetzten Material beruht, sondern darauf, daß es zuverlässig und - fast - pünktlich im Takt jede Stunde fährt, mußte auch etwas Ähnliches für den Güterverkehr entwickelt werden. Zum Fahrplanwechsel 1984/1985 soll im Schienengüterverkehr der DB ein neues Angebot eingeführt werden, mit dem zwischen elf Wirtschaftszentren des Bundesgebietes in Nachtverbindungen Wagenladungen, Sendungen im kombinierten Ladungsverkehr (KLV) und Stückgut mit hoher Zuverlässigkeit

befördert werden. TOP ist in diesem Zusammenhang entscheidend, einerseits würde sich Hemjo Klein ohne ein solches Attribut nicht zufriedengeben, zum anderen braucht dieses auch die Bahn.

Denn die eigene Einschätzung der heutigen Situation liest sich für die Bahn nicht gerade hoffnungsfroh: „Trotz verstärkter Konzentration des Produktionsangebotes werden Wagenladungen und Stückgut neben dem klassischen Schnellgüternetz in einer Palette von besonderen Zugsystemen gefahren, wie zum Beispiel besondere Züge des KLV, des Stückgutverkehrs zum Teil mit eigenem Sammler- und Verteilersystem. Die dabei oft schwachen Verkehrsströme müssen zur Einsparung von Zugleistungen in Mehrgruppenzügen mit Unterwegsbehandlung und damit mit hohem Aufwand, aber nicht immer mit der notwendigen Qualität (zum Teil längere Fahrzeiten) abgefahren werden.“

Beim Intercargo soll alles anders werden. So sollen die eisenbahntypischen Systemvorteile, also die Bedienung aufkommensstarker Fernrelationen mit hoher Qualität, ausgereizt werden. Daher sollen alle schwachen Ströme von Einzelprodukten in direkten Zügen, ohne Gruppenbildung und Unterwegsbehandlung, in einem Angebot zusammengefaßt werden.

Dedurch soll die Marktposition der Bahn gegenüber dem Lkw gestärkt, möglichst sogar die Stellung (Modal

Split) verbessert werden. Allerdings sind sich Experten einig, daß bereits von einem großen Erfolg der Bahn gesprochen werden kann, wenn sie ihren Anteil von heute knapp einem Drittel auf dem Gütermarkt überhaupt halten kann. Denn die Massenprodukte, vor allem des Montan-Bereichs, bei denen die Bahn stark ist, verlieren in der deutschen Volkswirtschaft immer mehr an Bedeutung.

Aus dieser Zielvorgabe wurde eine Modellplanung mit folgenden Merkmalen entwickelt: Es wurden elf Wirtschaftszentren festgelegt, die ein starkes Verkehrspotential untereinander haben. Inzwischen wird - aus politischer Rücksichtnahme - über ein zwölftes Zentrum nachgedacht, nämlich Saarbrücken, das eigentlich nicht hineinpaßt. Die Zentren sind: Hamburg, Bremen, westliche Ruhr (Dreieck Oberhausen-Essen-Neuss), östliche Ruhr (Recklinghausen-Dortmund-Hagen), Rhein (Remscheid-Köln), Rhein-Main, Rhein-Neckar, Nürnberg, Stuttgart und München.

Gewährleistet werden soll die kundenorientierte Abholung ab 16 Uhr und die Zustellung bis 8.00 Uhr am nächsten Tag in jedem Wirtschaftszentrum von einem Konzentrationspunkt (Zugbildungsbahnhof) aus. Die Verbindung der Wirtschaftszentren mit mehr als 200 Kilometern Entfernung soll über Nacht mit Intercargo-Zügen erfolgen, die mit einer Höchstgeschwindigkeit von 100 Stundenkilometer fahren sollen. Eine Geschwindigkeit, die angesichts der

modernen Technik auch nicht gerade berauschend ist.

Diese Züge sollen in der Zeit zwischen 21.00 Uhr und 5.00 Uhr verkehren. Es wird eine Reisegeschwindigkeit von 80 Kilometer angestrebt, weil nicht mehr rangiert werden soll. Die Verbindungen der bis 200 Kilometer entfernten Wirtschaftszentren soll über Nacht im Frachtenzugnetz erfolgen.

Dieses Projekt hat in der Planung und in der Durchführung höchste Priorität. Da das nationale Schnellgüternetz völlig umgestellt werden muß, wurde eine besondere Projektgruppe Intercargo gebildet. Sie ist direkt dem Bahnvorstand unterstellt.

Allerdings gibt es auch Engpässe auf den Hauptabfuhrstrecken und in den Zubehörschienen. Von 92 Verbindungen im Fernbereich über 200 Kilometer sind vorläufig nur 80 durchführbar. In den zwölf anderen werden Ersatzlösungen angeboten. Um beispielsweise von Bremen nach München kundengerecht vor 5.00 Uhr anzukommen, muß eine Abfahrt bereits um 18.25 Uhr erfolgen.

Dieses Angebot läßt sich allerdings auf der langen Nord-Süd-Verbindung von Hamburg nach München nur darstellen, wenn die Neubaustrecken rasch verwirklicht werden. Bei allen Relationen über 200 Kilometer, die nicht zwischen den Wirtschaftszentren bestehen, will die Bahn in Zukunft eine zuverlässige Nacht-Tag-Nacht-Verbindung unterbreiten.

HANS-JÜRGEN MAENKE

RAD - SCHIENE - TECHNIK

Kraftei aus Kassel soll Tempo 350 schaffen

Ein blausilberner Pfeil zählte im vergangenen Herbst mit mehr als 250 Kilometern in der Stunde über eine 30 Kilometer lange Teststrecke zwischen Gütersloh und Neubekum. In großen Letzen stand das Kürzel „UM AN“ auf den Stirn- und Seitenwänden der sechsachsigen Diesellokomotive. Die Deutsche Bundesbahn testete auf freier Strecke ihr „Kraftei“.

Die 2750-PS-Diesellokomotive stammte von Thyssen-Henschel und hat bereits einige Testprogramme hinter sich. Gegenwärtig wird das futuristisch anmutende Ungetüm auf dem Rollenprüfstand des Bundesbahnzentralamtes in München bei Tempo 350 Kilometer in der Stunde erprobt. Mit einer neuen Antriebssart will die Bundesbahn Geschwindigkeit und Sicherheit für die künftigen Betrieb erforschen. Und der Präsident des Bundesbahnzentralamtes in Minden, Johann Peter Blank, brachte es auf den kurzen Nenner: „Schnell fahren können viele, aber dabei auch wirtschaftlich bleiben ist eben nicht einfach.“

Mit diesem Forschungsprogramm, das von Bonn gefördert wird, steht auch das Ansehen der deutschen Eisenbahnindustrie auf dem Spiel. Denn was sich bei der Deutschen Bundesbahn im raschen Eisenbahnbau bewährt hat, ist für den Export der Industrie ein großes Plus. Japaner und Franzosen beweisen schon seit Jahren, daß schnelle Züge eine Konkurrenz für das Flugzeug sind und auch neue Kunden gewinnen. In beiden Ländern ist es im Gegensatz zur Bundesrepublik einfach, mit hohen Geschwindigkeiten einen Verkehr anzukurbeln, weil auf den Strecken ausschließlich Hochgeschwindigkeitszüge verkehren.

Bei der Bundesbahn stehen Neubaustrecken für Geschwindigkeiten von 250 bis zu 300 Kilometer pro Stunde erst am Anfang des nächsten Jahrzehnts bereit. Und auch dann lassen sich hier Gewinne einfahren. Dies ist um so bemerkenswerter, weil die neuen Strecken der Bundesbahn im Mischbetrieb genutzt werden sollen. Das bedeutet, daß auf ihnen sowohl Hochgeschwindigkeitszüge als auch langsame Güterzüge verkehren werden.

In Zusammenarbeit zwischen der Deutschen Bundesbahn und den großen Lokomotivherstellern in der Bundesrepublik wurde erreicht, daß die Lokomotiven zwischen Laufleistungen von mehr als 500 000 Kilometern erreichen, ohne daß an den Rädern, dem Drehgestell oder am Antrieb, von einzelnen Ausnahmen einmal abgesehen, Verschleißerscheinungen auftreten. Dies ist bei den anderen Eisenbahnen mit sehr schnellen Zügen anders. Hier müssen sowohl die Triebköpfe wie das Wagenmaterial regelmäßig nachgearbeitet werden, damit die Züge ruhig laufen. Und dieses Nacharbeiten kostet viel Zeit und damit auch viel Geld.

„Unsere Maschinen wären schon heute in der Lage, höhere Geschwindigkeiten zu fahren, aber dafür fehlen uns noch die Strecken“, betonte Blank. Um noch künftig schnell und wirtschaftlich fahren zu können, arbeiten Bundesbahn und Industrie an einem „Rad-Schiene-Programm“. Dafür soll im Emsland eine Hochgeschwindigkeitsstrecke geschaffen werden, um neue Antriebsmethoden bei Geschwindigkeiten bis zu 350 Kilometern in der Stunde zu testen. Doch Bahn und Industrie allein können diese Mittel nicht aufbringen. So hat sich auch hier das Bundesforschungsministerium beteiligt, muß wegen der allgemeinen Bonner Kasernenlage jedoch kürzertreiben.

Deutsche Lokomotiven sind heute in aller Welt im Einsatz. Ob in Afrika, Asien oder Südamerika, Lokos Made in Germany sorgen hier für einen reibungslosen Transportablauf. Die Firma Thyssen-Henschel zum Beispiel entwickelte vor ein paar Jahren Lokomotiven mit Drehstromantrieb. Nach eingehender Erprobung bei der Deutschen Bundesbahn und beschriebenen Bahnverwaltungen entschlossen sich Dänemark und Norwegen zum Beispiel für den Einsatz dieser Lokomotiven.

Herkömmliche Dieselmotoren unterschiedlicher Leistung werden gegenwärtig von Kassel nach Ägypten, in den Irak, nach Senegal, Mail und Indonesien geschickt. Doch die deutschen Lokomotivbauer, dem gehören also große Firmen noch Krupp in Essen, Krauss-Maffei in München, haben es schwer auf dem Weltmarkt. Die Neuentwicklungen auf Grund der miserablen Finanzierung der Bundesbahn nicht zum Einsatz kommen können. „Was sich bei uns bewährt hat, können wir auch auf dem Weltmarkt guten Gewissens verkaufen“, sagte ein Sprecher von Thyssen-Henschel.

Doch nicht nur die Industrie, sondern auch die Deutsche Bundesbahn genießt international einen guten Ruf. Nach ihren technischen Normen lassen ausländische Bahnverwaltungen bei der deutschen Industrie Lokomotiven, Wagenmaterial und Ausstattungsgegenstände abnehmen. So baute die Firma Krupp zum Beispiel für sowjetische und amerikanische Rechnung Schwerlastkraftwagen. Technische Prüfer waren Mitarbeiter der Deutschen Bundesbahn.

Auch die Sicherheit der Schienen sind anerkannt. Die Hauptstrecken der Bundesbahn werden regelmäßig mit Ultraschall auf Fehler geprüft. Der DB-Meißer ist aber nicht nur in der Bundesrepublik unterwegs, sondern war vor kurzem in Norwegen im Einsatz und danach in Luxemburg.

Ausländische Eisenbahnexperten sind ständige Gäste der beiden Zentralämter München und Minden. Willig zeigt man ihnen hier die gewonnenen Erfahrungen und gibt den Gästen gleichzeitig einen Einblick in die Leistungsfähigkeit der deutschen Industrie. PETER ZERBE

IM AUFTRAG DER DB

Das Geschäft lohnt sich für beide Seiten

Die Bahn fährt auch auf der Straße, um im Geschäft zu bleiben. Und zwar recht kräftig. Fast jede zweite Tonne Ladung im Güterverkehr auf der Straße wird von der Bahn bewegt. Allerdings fährt die Bahn nur zu einem geringen Teil mit eigenen Lastkraftwagen. Ihr gehören lediglich 96 Lastzüge für den Güterverkehr. Mehr als 4000 sind Eigentum von 964 privaten Transportunternehmen, die „im Auftrag der DB“ quer durch Europa fahren.

Dabei ist ihr Risiko gering. Denn die Bahn nimmt grundsätzlich den gesamten Fuhrpark eines Partnerunternehmens unter Vertrag und sichert die Beschäftigung. Gerade in Zeiten starker Konjunktur sichert dies die Existenz. Und in diesem Jahr wurden die Erwartungen im Güterverkehr noch einmal nach unten geschraubt.

Wenn es nach der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands (GdE) ginge, sollte die Bundesbahn noch mehr in eigener Regie machen. Denn die Bahn nutzt die vorhandenen 2900 Konzessionen eben nur zu einem Teil selber aus.

Aber die Bahn setzt auf die Kooperation mit den mittelständischen Fuhrunternehmen, nicht nur weil sich dieses unter dem Strich rechnet. Würde die Bahn eine eigene Kfz-Flot-

te anschaffen, dann würde dies einen erheblichen Kapitalbedarf erforderlich machen. Und ein Geldmangel es nun einmal der Bahn. Nach ihren Angaben kann sie auch kostengünstiger fahren, wenn sie mit den Fuhrunternehmen zusammenarbeitet. Sie profitiert von der individuellen Leistungsfähigkeit und Leistungsbereitschaft „ihrer“ Unternehmen, die sich immer wieder in besonderer Flexibilität auch gegenüber ausgefallenen Kundenwünschen niederschlägt, heißt es in einer Schrift der Deutschen Bundesbahn.

Löhne dürfte sich auch das Geschäft für die Unternehmen. Immerhin werden die Verträge von ihnen bereits über Jahrzehnte gehalten. Teilweise besteht die Kooperation schon seit einem halben Jahrhundert. Gelöst würden Verträge nach Angaben der Bahn nur, wenn sich ein Fuhrunternehmer zur Ruhe setzen und aus dem Geschäft zurückziehen will.

„Nicht Diktat und Verfügungen bestimmen das Miteinander, sondern wirtschaftliche Vernunft und Einsicht“, formuliert Herbert H. Ehinger, Geschäftsführender Vorstand der Genossenschaft der Güterkraftverkehrsunternehmen der Bundesbahn (GdG). In dieser Organisation haben

sich die meisten Unternehmen, die für die Bahn fahren, zusammengeschlossen.

Auch im Güterverkehr arbeitet die Bahn mit privaten Unternehmen zusammen, allerdings in einer anderen Weise. Hier setzt die Bahn 67 eigene Fahrzeuge ein, denen Verträge mit 610 Unternehmen gegenüberstehen. Ein Teil dieser Verträge sind jedoch „Bedarfsverträge“. Denn hier ist das Transportvolumen der Bahn nicht so stark, daß alle Fahrzeuge ständig ausgelastet werden könnten.

Im Güterverkehr transportierte die Bahn im vergangenen Jahr 2,5 Millionen Tonnen „auf der Straße“. Dieses war zwar das zweitbeste Ergebnis. Nur 1979, vor der letzten konjunkturellen Tiefzeit, waren es mit 2,6 Millionen Tonnen etwas mehr. Dagegen brachte es die Bahn mit ihren Unternehmen im Güterfernverkehr auf 11,9 Millionen Tonnen. Aber hier waren es mit den 13 Millionen Tonnen der Jahre 1979 und 1980 doch erheblich mehr. Hier zeigt sich die wirtschaftliche Schwäche der letzten Jahre ganz deutlich.

Insgesamt transportierte die Bahn also im vergangenen Jahr 14,4 Millionen Tonnen auf Lastkraftwagen. Auf der Schiene waren es zwar immer

noch 276 Millionen Tonnen. Aber mit ihrer Verkehrsleistung ist die Bahn auch auf der Straße die Nummer 1.

Das Verhältnis von Schiene und Straße wird bei der Bahn in der Kooperation, nicht in der Konkurrenz gesehen. Bei der Bahn heißt es: „Wo der Wagon seine Vorteile hat, wird er fahren, wo der Lkw die Kundenwünsche besser erfüllt, wird er eingesetzt.“

Der reine Transportvorgang verliert immer mehr an Bedeutung. Er ist nur noch ein Teilspekt der Distribution. Die Kunden verlangen heute, so die Experten der Bahn, immer häufiger, daß die Transportunternehmen komplette Logistikaufgaben übernehmen. „Komplettsösungen von A bis Z“ ist das Schlagwort. Und die Bahn will sich dieser Herausforderung stellen. Sie will nicht länger nur Transporte von A nach B anbieten.

Dem Kunden ist es gleich, ob auf der Schiene oder auf der Straße gefahren wird. Er will eine bestimmte Leistung termingerecht und möglichst billig. Wenn die Bahn nur auf der Schiene fahren würde, dann ginge ihr manches Geschäft verloren. Sie würden dann auf dem Markt noch weiter zurückfallen. Denn die Konkurrenz schläft nicht. HANS DACHS

HAMBURGER HAFEN

In der Krise Marktanteile behalten

Die weltweite Wirtschaftslaute hat auch den Hamburger Hafen nicht verschont. Seine Umschlagmengen sind in diesem Jahr stark geschrumpft. In den ersten neun Monaten wurden insgesamt 38,194 Mill. Tonnen Seegüter gelöscht und geladen. Das waren 19,5 Prozent weniger als im Vergleichszeitraum des Vorjahres (47,437 Mill. Tonnen). Lediglich beim Stück- und Sackgut gab es noch ein leichtes Plus von 6,8 Prozent. Hier wuchs der Umschlag von 13,655 auf 14,585 Mill. Tonnen.

Für den Rückschlag beim Massengut gab es drei Hauptgründe. Der Sauggutumschlag fiel um 34,2 Prozent von 9,949 auf 6,548 Mill. Tonnen, weil die Sowjetunion weniger Getreide und Futtermittel importierte und weil die „DDR“ und andere Ostblockstaaten ihre Sauggutimporte zu einem beträchtlichen Teil auf den in den vergangenen Jahren ausgebauten Ostseehafen Rostock verlagerten. Das Greifgut mußte einen Rückgang um 26,8 Prozent von 9,220 auf 6,748 Mill. Tonnen hinnehmen. Hier spiegelte sich die deutsche Stahlkrise wider: Im Hamburger Hansaport werden nicht nur Importkohle, sondern vor allem die Eisenerze für die Stahlwerke Peine-Salzgitter angeliefert.

Die Verluste an Flüssiglading - minus 29,4 Prozent von 14,613 auf 10,313 Mill. Tonnen - schließlich sind „selbstverschuldet“. Um die Gefahr von Tankerunfällen während der rund 100 Kilometer langen Revierfahrt auf der Elbe zwischen der Nordsee und Hamburg zu verringern, wurde im vorigen Jahr eine Pipeline gebaut, die zwei der drei Hamburger Raffinerien mit Rohöl versorgt, das im Olhafen Wilhelmshafen an Land gepumpt wird.

Der Präsident des Unternehmensverbandes Hafen Hamburg, Ex-Wirtschaftssenator Helmuth Kern, kommentiert die Lage so: „Trotz der mangelhaft durchgeführten positiven Entwicklung im Stück- und Sackgutbereich hat sich die Erlösposition für die Hamburger Umschlagbetriebe zum Teil deutlich verschlechtert.“ Die Zuwachsraten im Stückgutbereich seien in erster Linie auf vermehrte Verladungen von massenhaftem Stückgut wie Röhren, Düngemittel und Holz zurückzuführen. Dieser Sektor aber erwirtschaftet im äußersten Falle nur Deckungsbeiträge.

Kern, der zugleich Vorstandsvorsitzender der landeseigenen Hamburger Hafen- und Lagerhaus AG (HHLA), des größten Umschlagbetriebs im Hafen, ist, sagte weiter: „Naturgemäß

müssen - konjunkturell bedingte - Einbrüche im Güteraufkommen den größten deutschen Seehafen absolut am stärksten treffen. Wir haben jedoch, und dies ist wichtig für die Unternehmen, praktisch keine Marktanteilsverluste hinnehmen müssen. Es bedarf dennoch großer Anstrengungen der Hafenwirtschaft, in dieser schwierigen Lage strukturelle Auswirkungen aufzufangen beziehungsweise zu vermeiden.“

Die Verschlechterung der Ertragslage verschiedener Unternehmen geht auf die vorhandenen Überkapazitäten zurück. Hamburg als östlicher Nordseehafen, außerdem bekannt für seine Dienstleistungen rund um die Uhr, wird von vielen Linien am Wochenende angefahren. Dann kommt es häufig zu Engpässen: Liegeplätze und Umschlagseinrichtungen werden knapp. Die im Wettbewerb untereinander stehenden Container-Terminals bemühen sich daher um zusätzliche Liegeplätze, Containerbrücken und Flurfördergeräte. An verkehrsschwachen Wochentagen werden diese Einrichtungen nicht ausreichend genutzt. Die Folge: Mit günstigen Preisen wird versucht, zusätzliche Ladung für den jeweiligen Betrieb zu sichern. DIETER P. HERTIL

MAGNETSCHWEBEBAHN

Transrapid 06 geht im Emsland auf Testfahrt

Wenn es ein gutes Omen ist, daß die Generalprobe vor der Premiere „danebengeht“, dann steht der für das Frühjahr vorgesehenen offiziellen Eröffnung der Magnetschwebebahn Transrapid 06 auf der Großversuchsanlage im Emsland zwischen den Gemeinden Dörpen und Lathen nichts mehr im Wege. Das eigentlich für diesen Herbst geplante Vorhaben scheiterte an einem simplen Kurzschluß im Fahrzeug.

Der aus zwei Sektionen bestehende Zug wird im Februar 1984 auf einer 12 Kilometer langen Teilstrecke mit den Testfahrten beginnen können. Den Dauerbetrieb auf der gesamten Teilstrecke von 31,5 Kilometer Länge könnte das Fahrzeug nach Beendigung des zweiten Bauabschnittes aufnehmen. Für diesen Abschnitt liegen nach Unternehmensangaben zwar alle Genehmigungen vor, auch seien die Mittel, die sich schätzungsweise auf 100 Mill. DM belaufen, in der mittelfristigen Finanzplanung des Haushalts vorgesehen. Zu welchem Zeitpunkt dieser Betrag bereitgestellt wird, ist jedoch noch offen. Das Bundesministerium für Forschung und Technologie hat die gesamte Versuchsanlage inklusive Versuchszentrum, Fahrzeug (85 Mill.

DM) und Strecke bisher mit 400 Mill. DM finanziert.

Die Aufnahme des Dauerbetriebes soll die erstmals in Originalgröße gebaute Magnetschwebebahn, sie ist 64 Meter lang, 102 Tonnen schwer und verfügt über eine Kapazität von 300 Personen, täglich 18 Stunden in einem festgelegten Betriebszyklus auf der Teststrecke erproben. Hauptzielsetzung des Firmenkonsortiums „Magnetschwebebahn Transrapid“ (AEG-Telefunken, Brown, Boveri & Cie. AG, Dyckerhoff & Widmann AG, Krauss-Maffei AG, Messerschmitt Bolkow Blohm GmbH, Siemens AG und Thyssen-Industrie AG Henschel) zum einen der Nachweis, daß die Bahn ohne Räder bei Dauergeschwindigkeiten von 300 Stundenkilometern über Entfernungen bis zu 100 Kilometern einsatzfähig ist, um Anwendungen an den Flugverkehr zu schaffen; zum anderen soll die neue Technik auch für den Einsatz in einem späteren Fernverkehrsnetz mit Geschwindigkeiten bis zu 400 Stundenkilometern erprobt werden.

Kennzeichen des Fahrzeuges sind das berührungsfreie Fahren und Führen nach dem Prinzip des elektromagnetischen Schwebens und das ebenfalls berührungsfreie Antrieben und

Bremsen nach dem Prinzip des Linearmotors. Das Fahrwerk des „Transrapid 06“ hat acht Schwebegestelle mit insgesamt 120 Draht- und Führungsmagneten: die „magnetischen Räder“. Sie bestehen aus Elektromagneten, die durch ein System von Sensoren, Reglern und Prozessoren derart gesteuert werden, daß ein völlig berührungsfreies Fahren auch bei hohen Geschwindigkeiten ermöglicht wird.

Dabei ziehen Drahtmagnete das Fahrzeug von unten bis auf 10 Millimeter Abstand an einen Fahrkabel heran, der sich einige Meter über dem Erdboden befindet, da der Fahrweg auf Ständer montiert ist.

Trotz dieser möglichen Vorzüge läßt sich aber noch nicht absehen, ob und wann der Normalverkehr in der Bundesrepublik mit der Magnetschwebebahn aufgenommen werden könnte. Als erster, potentieller Interessent gilt nach wie vor die Stadt Las Vegas im US-Bundesstaat Nevada, die mit dem 361 Kilometer entfernten Los Angeles in Kalifornien eine schnelle Verkehrsverbindung schaffen möchte. Nach einer positiv abgeschlossenen Durchführbarkeitsstudie für diese Strecke soll bereits 1986 mit dem Bau der Anlage begonnen

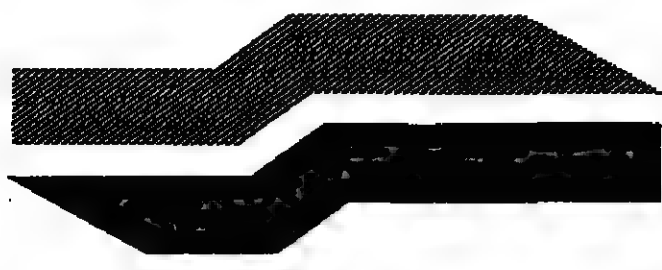
und der Betrieb mit Transrapid-Zügen ab 1991 aufgenommen werden.

Pro Jahr könnten dann auf der Strecke Las Vegas-Los Angeles, für die die Eisenbahn fast siebenmal so schnell benötigt, in einer Zeit von einvierthundert Stunden bei einer durchschnittlichen Reisegeschwindigkeit von 305 Stundenkilometern bis zu 4 Millionen Passagiere befördert werden. Die Investitionskosten für dieses Projekt schätzt die Transrapid International, eine Gesellschaft für Magnetschwebesysteme, die Einführung des Transrapid-Systems vorbereitete, auf 1,8 Milliarden Dollar. Die geschätzten Betriebs- und Wartungskosten belaufen sich jährlich auf 33 Millionen Dollar, wobei die vergleichende Bewertung der Magnetschwebebahn mit Hochgeschwindigkeitszügen für Las Vegas ergeben hat, daß bei ähnlichen Investitionskosten sowohl niedrigere Betriebskosten als auch beträchtlich höhere Verkehrsaufkommen bei der Magnetschwebebahn zu erwarten seien.

ULRIKE FIEBER

TRANSPORT UND VERKEHR
Redaktion: Erwin Behrstock, Bonn
Anzeigen: Hans-E. Lange, Hamburg
ISSN: 0722 - 1452

weltweit
erfolgreich
engagiert



HANIEL
Spedition

wir verbinden
Menschen
und Märkte

HANIEL Spedition GmbH · Zentralleitung · Franz-Haniel-Platz · 4100 Duisburg 13 · Telefon: 02 03/8 06-1 · Telex: 8 551 460

O&K-Stapler.

So müssen
Stapler
sein

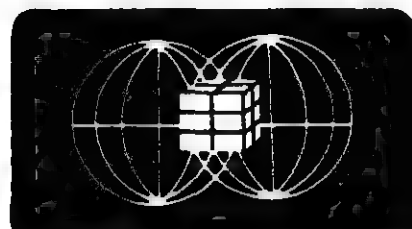
Von 1,2 bis 8 t
Tragkraft.
Diesel-,
Treibgas- oder
Elektroantrieb.
Neu-,
Gebraucht-
oder
Mietstapler.
Leasing
und
Finanzierung.



O&K
O&K Orenstein & Koppel
4600 Dortmund 1

Wir feiern uns
75 JAHRE RHEANIA
und danken Ihnen!

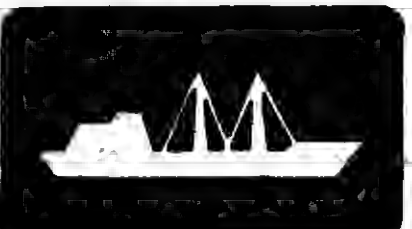
**Wir sagen Ihnen den
Unterschied zwischen dem
kürzesten und dem besten
Weg im Warenfluß.**



Warenbewegung von und nach sämtlichen
Ländern, Projekt-Spedition, weltweites
Korrespondentennetz.



Linien- und Charterverkehr über eigene
Büros an führenden Flughäfen.



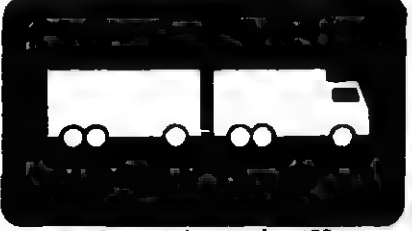
Import- und Exportabwicklung in allen
Seehäfen, Verfrachtung mit Linien- und
Trampschiffen.



Durchführung von Zollabfertigungen an
Grenzübergängen und Binnenplätzen.



Container-Verladungen weltweit,
Terminalbetrieb und Spezialgerät,
Liniendienste auf dem Rhein.



Nah- und Fernverkehr mit über 400
unternehmenseigenen Fahrzeugeinheiten.

Logistik ist mehr als die Bewegung einer Ware von A nach B. Sie ist optimale Koordination der Faktoren Weg, Zeit und Kosten. Erst unter Einfluß und Gewichtung aller drei Faktoren können die Warenflußkosten, die heute schon bis zu 20% der Produktkosten ausmachen, systematisch minimiert werden.

Rhenania hat in allen Bereichen die Spezialisten, die Ihnen die Gewähr für den besten Weg Ihrer Ware geben – beginnend bei der Erarbeitung logistischer Netzpläne für den Warenfluß und der Konzeption von Lagersystemen bis hin zu den Spezialisten für See- und Luftfracht, Container-Spedition, Zollabfertigung und, und, und.

Wir bieten Ihnen das kreative und analytische Know How eines Unternehmens, das die Bezeichnung „moderne Logistik“ zum Motto seiner Arbeit gemacht hat. Fordern Sie uns!

**rhenania
gruppe**
moderne logistik

Rhenania Schiffs- und Speditions-Gesellschaft mbH, B 6, 26-27, 6800 Mannheim, Telefon 06 21 / 173-0

NUTZFAHRZEUGE

Die Marterstrecke nimmt kein Ende, Schrumpfkuren sollen ein Heilmittel sein

In diesem Jahr wird, wenn die Ifo-Analysten recht behalten, das Transportvolumen im Straßenfernverkehr erstmals das der Bundesbahn übersteigen. Eine solche Perspektive sollte eigentlich für die Nutzfahrzeug-Industrie mehr als nur ein gutes Omen sein. Doch noch sprechen die großen Lkw-Hersteller von einer weltweit schleppenden Nachfrage. Zwar hat sich das Inlandsgeschäft im Gefolge der Investitionszulage etwas belebt, doch ist zu berücksichtigen, daß diese Belebung von einem sehr niedrigen Niveau ausgeht.

Da überdies die zeitliche Begrenzung der staatlichen Zuschüsse Aufträge provoziert, die vom Kunden einfach vorgezogen werden, wächst bei den Herstellern bereits wieder die Sorge, daß es nach Auslaufen der Vergünstigungen im kommenden Jahr zu beträchtlichen Lössern in der Auftragsdecke kommen könnte. Schon werden aus der Branche Stimmen laut, die für eine Fristverlängerung dieses konjunkturellen Stützungsprogramms plädieren.

Im Rückwärtsgang

Wie nachhaltig der deutsche Nutzfahrzeugmarkt in den Rückwärtsgang geschaltet hat, veranschaulicht eine kleine Retrospektive: Einen vorläufigen Höhepunkt hatten hierzulande die Nutzfahrzeug-Zulassungen im Jahre 1980 erreicht, als fast 178 000 Einheiten neu auf die Straßen rollten. Seitdem sackte der Markt ständig ab und schrumpfte innerhalb der letzten zwei Jahre um runde 30 Prozent.

Insbesondere die schweren Fahrzeug-Typen liefen im Verkauf deutlich langsamer. Mit annähernd 124 000 Einheiten und einem Minus gegenüber dem Vorjahr von 15,4 Prozent hatte der Inlandsabsatz per Ende 1982

das niedrigste Niveau der vergangenen sechs Jahre erreicht.

Für die Beschäftigungssituation in diesem Industriezweig war es deshalb von erheblicher Bedeutung, daß sich der Export – er liegt bei etwa zwei Drittel der Produktion – in den beiden zurückliegenden Jahren zwar abgeschwächt hat, aber immer noch auf relativ hohen Touren lief.

Waren im Jahre 1981 vor allem die Lieferungen in westeuropäische Länder merklich zurückgegangen, so kamen im Jahre 1982 aus den Opec-Ländern, deren Nachfrage sich vornehmlich auf schwere und mittel-schwere Nutzfahrzeuge konzentriert, die Aufträge deutlich spärlicher.

Die anhaltend rückläufige Tendenz der Nutzfahrzeugausfuhr in die Olländer des Nahen und Mittleren Ostens ist es auch, die den Lkw-Herstellern im Verlaufe dieses Jahres beträchtliche Sorgen bereitet. Schon jetzt läßt sich absehen, daß der Zuwachs im Inlandsgeschäft nicht ausreichen dürfte, um die durch schwindenden Export geris-senen Auftragslücken auszufüllen. Die Produktion wird also auch weiterhin talwärts tendieren.

Im ersten Halbjahr 1983 ist die Produktion von Lastkraftwagen (alle Gewichtsklassen zusammengefaßt) in der Bundesrepublik weiter um 3,6 Prozent auf rund 137 500 Einheiten zurückgegangen. Lediglich Transporter (bis 2-Tonnen zulässiges Gesamtgewicht) sowie Lastwagen in den Gewichtsklassen zwischen 4 und 8 Tonnen befanden sich dabei in der Pluszone. Dagegen schnitten leichte Lkw (2 bis 4 Tonnen) wie auch alle mittel-schweren und schweren Kategorien (ab 8 Tonnen) mit zweistelligen Minusraten äußerst schlecht ab.

Allein bei Lastkraftwagen über 16 Tonnen beträgt der Rückgang der Produktion in jenem Zeitraum mehr als 25 Prozent. In der Sparte der

Straßenzugmaschinen sackte die Produktion sogar um fast 30 Prozent auf rund 10 500 Einheiten ab. Bis einschließlich August ist der Netzfahrzeug-Export um 10,5 Prozent gesunken, die gesamte Produktion der Branche hat sich in dieser Zeitspanne um 6 Prozent vermindert.

Wie heftig der Wind aus Nutzfahrzeugmarkt weht und welchen unbarmherzigen Druck sich die Branche ausgesetzt sieht, veranschaulicht nicht zuletzt die Schlußform, die sich dem Fiat gehörende Umer-Lkw-Produzent Iveco-Magnis AG verordnet hat, unabhängig davon, wieviel wieder aus dem deutschen Markt herauskommen. Wenn in letzter Zeit auch MAN, wo ebenfalls drastische Abbaumaßnahmen stehen, ins Blickfeld geraten ist, so ist dies kein weiterer Indiz für die Schicksalsschläge, mit denen die Branche konfrontiert ist.

Großzügige Rabatte

Noch ist nicht erkennbar, wann die Märkte, auf denen Exporteure und großzügige Rabattoren an der Tagesordnung sind, wieder in ruhigeren Bahnen verlaufen können. Es liegt auf der Hand, daß sich in der Nutzfahrzeugbranche, die ohnehin durch ein wellenartiges Netz in Kooperation gekennzeichnet ist, der Zug zur Konzentration der Kräfte weiter verstärken wird.

Die Probleme, die sich aus Überkapazitäten und geringen Preisen und keineswegs nur auf die deutsche Nutzfahrzeug-Szene beschränkt. Dabei ist als äußerer Rahmen festzustellen, daß der Nutzfahrzeug-Absatz in Europa seit 1980 von 500 000 auf 350 000 Einheiten (1982) zurückgegangen ist. An den außereuropäischen Märkten (ohne Amerika und Japan) wuchsen die Absätze von 450 000 auf 30 000 Einheiten.

WERNER WITTELL

HAFEN ROTTERDAM

Mit dem Rohöl rasant gewachsen

Wer Rotterdam sagt, denkt an Hafen und an Öl. Spätestens seit den beiden Ölkrisen, als die Freizügigkeit beinahe täglich im Blickpunkt des Interesses stand, ist der Rotterdamer Spotmarkt für den deutschen Autofahrer und Heizölkunden zum Begriff geworden. Doch ist zwischen Spotmarkt und Ölhafen zu unterscheiden. Denn nur ein Teil des auf dem freien Markt gehandelten Öls erreicht tatsächlich den Rotterdam-Hafen.

Dank stiel emporschnellender Rohölanlieferung war der Rotterdam-Hafen, seit 1982 der verkehrsreichste der Welt, in den sechziger Jahren rasant gewachsen. Wurden 1982 96 Millionen Tonnen Güter umgeschlagen, waren es ein Jahrzehnt später bereits 310 Millionen Tonnen. Zu diesem bis heute nicht wieder erreichten Rekord-Umschlag steuerte die Mineralöl-Sparte allein 70 Prozent bei.

Die Folgen der Ölpreiserhöhungen trafen Rotterdam daher besonders hart. Im Vergleich zum Höchststand von 170 Millionen Tonnen

(1973) hat sich die Rohölanlieferung bis heute fast halbiert.

Während der Umschlag von Rohöl und Mineralölprodukten offiziellen Prognosen zufolge bis zum Jahr 2000 stagnieren wird, setzen die Rotterdam auf einen traditionellen Energieträger große Hoffnungen: auf die Kohle. Schon heute ist Rotterdam – wenn auch mit einem eher bescheidenen Anteil am Gesamtverkehr von fünf Prozent – der bedeutendste Kohlehafen Europas. In den nächsten zwei Jahrzehnten soll sich die Kohle-anlieferung von derzeit rund sieben auf über 21 Millionen Jahrestonnen erhöhen, während der Versand nur leicht über das heutige Niveau von fünf Millionen Tonnen klettern soll.

Ganz anders sieht es dagegen beim Stückgut aus, das 1982 38 Millionen Tonnen oder 15 Prozent zum Hafenumschlag beisteuerte. Fast drei Viertel des Stückguts werden per Lkw ins Hinterland gebracht. Dies liegt nicht zuletzt am stetig steigenden Anteil des Container-Transports. In Rotterdam wurden im letzten Jahr 57 Pro-

zent des Stückgutumschlages in den national und schnell umzuschlagenden Behältern abgewickelt. Das waren 1,5 Millionen Container. Die per Container-be- und entladene Gütermenge stieg 1982 trotz schrumpfendem Weltmarkt sowohl bei der Anlieferung (7,2 Millionen Tonnen) als auch im Versand (70,1 Millionen Tonnen) um jeweils zwei Prozent.

Im ersten Halbjahr 1983 nahm der Überseecontainerverkehr sogar um sieben Prozent zu. Eine Tendenz, die sich nach Ansicht von Experten fortsetzen wird, da laufend neue Güter „containerisiert“ werden. Die Rotterdam-Hafenverwaltung erwartet bis 1995 einen Container-Umschlag von 25 Millionen Tonnen. Im vergangenen Jahr wurde mit dem Bau eines neuen Container-Terminals in der Maasvlakte, dem neuen Teil des Hafens, begonnen. Wenn das 600-Million-Gulden-Projekt 1985 fertiggestellt ist, können dort jährlich gut eine halbe Million Container umgeschlagen abgefertigt werden.

HEINZ WÜSTE

Wir haben
schon viele Millionen
bytes transportiert –
ohne eines
zu verlieren



Druckunterlagen
Druckunterlagen
Druckunterlagen
Druckunterlagen
Druckunterlagen
Druckunterlagen
für

DIE WELT

Bitte an
Anzeigenabteilung DIE WELT
im Teilbuch 100
4300 Essen-Kettwig



Wöchentlich nach West-Afrika

mit modernen Combo-, Container- und Ro/Ro-Schiffen.
Wir sind die Nr. 1 im West-Afrika-Dienst.
Profitieren Sie von unserer umfangreichen Erfahrung.

**von
AMSTERDAM, ANTWERPEN, BREMEN, HAMBURG, ROTTERDAM
nach**

Abidjan, Calabar, Dakar, Douala, Lomé, Lagos/Apapa, Lower Buchanan, Monrovia, Pointe Noire, Port Harcourt und Warri.



West Africa Joint Service

Nigerian National Shipping Line · Elder Dempster Lines · Palm Line · Hapag-Lloyd

Informieren Sie sich bei unseren HAFEN-AGENTEN: Hamburg: Detten Schiffs-agentur, Tel. 040/36 14 01; Bremen: Karl Geuther, Tel. 0421/31 80 4; Amsterdam: van Doosselaere & Achten, Tel. 23/231 38 10; Rotterdam: Meyer & Co's Schiffs-agentur, Tel. 110/11 75 80; Amsterdam: Vereenigd Cargadoorkantoor, Tel. 120/26 22 10; HAFEN-AGENTEN: Karl Geuther: Hannover: Tel. 0511/32 76 36; Düsseldorf: Tel. 0211/35 94 13 77; Frankfurt: Tel. 0611/2 07 57; Stuttgart: Tel. 0711/29 37 63; Nürnberg: Tel. 0911/23 97 93; München: Tel. 089/280 35 87; Wien: Schiffahrtskontor F. Langer, Tel. 222/34 23 77; Zürich: Jacky Maeder, Tel. 1/816 11 11; Weltfurrer Int. Transport, Tel. 1/242 12 42

WERFTINDUSTRIE

Die Konsequenzen der Überkapazitäten treffen besonders hart die Europäer

Die Schließung der traditionsreichen Bremer Werft AG „Weser“ zum 31. Dezember dieses Jahres ist in hohem Maße beklagenswert, insbesondere für die 2100 Mitarbeiter und 200 Lehrlinge, die ihre Arbeitsplätze verlieren. Sie ist das zwangsläufige Ergebnis einer Entwicklung, die vor den Werftindustrien der anderen europäischen Länder genauso wenig haltgemacht hat.

So hat etwa die Geschäftsführung des staatlichen Werftenverbundes British Shipbuilders erst vor wenigen Tagen der Belegschaft und den Gewerkschaften einen radikalen „Überlebensplan“ vorgelegt, der eine Welle von Arbeitsplatzinsparungen und die Schließung von mindestens drei Werften in den Bereichen Handels-schiffbau und Offshore vorsieht. Nachdem die Mitarbeiterzahl in den letzten zwölf Monaten bereits um 3700 auf heute 60 000 verringert wurde, steht die März kommenden Jahres der Abbau weiterer 5100 Arbeitsplätze an. Dabei hat die Geschäftsführung bereits durchblicken lassen, daß diese Zahl noch zu niedrig gegriffen sein dürfte.

Die gerade auf dem Schiffbau-gebiet sehr renommierte Londoner Brokerfirma Drewry Shipping Consultants hat vor kurzem festgestellt, daß die Weltflottenkapazität gegenwärtig um 40 Prozent über einer angemessenen Größenordnung liegt. Solange es diese Überkapazitäten bei den Werften gibt, kann das Überangebot an Schiffstonnage in praktisch allen Schiffsartenbereichen nicht abgebaut werden, lautet die Folgerung. Seit den strahlenden Schiffbaujahren Anfang der sechziger Jahre, als die Werften der Nachfrage nach Supertankern kaum mehr gerecht werden konnten, ist es – als Folge der Ölkrise – rapide bergab gegangen. Nachdem 1974 mit einem weltweiten Auftragsbestand im ersten Quartal von rund 135 Millionen Bruttoregistertonnen (BRT) der Höchststand erreicht worden war, lag die internationale Schiffbauindustrie im Prinzip

bereits im Frühjahr 1979 mit einem Gesamtbestandsbestand von nur noch 25 Millionen BRT danieder.

Zwar kam es danach – beflügelt durch angeblich beeindruckende Voraussagen über die Nachfrageentwicklung bei Massengutfrachtern für den Kohletransport – zu einem Zwischenhoch. Reeder, die nach der Pleite mit Öltankern im Massenguttransport Erfolg witterten, orderten vor allem Schiffe der sogenannten „Panama-Größe“, Massengutschiffe also, die mit ihren 60 000 bis 80 000 Tonnen den Panama-Kanal noch passieren können. Entsprechend verzeichneten die Auftragsbücher der Werften im ersten Quartal 1981 einen Anstieg auf 37,5 Millionen BRT. Doch gleich darauf setzte die Talfrucht wieder ein.

Dem Londoner Lloyd's-Register zufolge ist der Weltauftragsbestand bis zum ersten Quartal dieses Jahres auf 26,6 Millionen BRT gefallen, wobei – was nicht vergessen werden darf – der Löwenanteil des Auftragsbestands auf die fernöstlichen Werften in Japan und Südkorea entfällt. Erst im zweiten Quartal kam es zu einem geringfügigen Anstieg auf 28,7 Millionen BRT, was aber nahezu ausschließlich auf die allgemein äußerst befremdende Entscheidung des japanischen Reedereikonzerns Sanko Steamship zurückzuführen ist, insgesamt gut 100 Massengutschiffe der sogenannten „handlichen Größenordnung“ (handy-size) von 20 000 bis 40 000 Tonnen in Auftrag zu geben – natürlich bei japanischen Werften.

„Die einmalige Gelegenheit für eine preisgünstige Erneuerung oder Expansion der Flotte“, wie sich Lloyd's Shipping ausdrückt – zwischen Ende 1980 und dem ersten Quartal dieses Jahres sind die Neubaupreise um 20 bis 30 Prozent gefallen –, hat auch einige andere Reeder zu Neuinvestitionen veranlaßt. Doch für die meisten Schiffbauexperten ist damit nur ein weiterer Nagel in den Sarg der westlichen Werftindustrie geschlagen worden.

Lloyd's zufolge war noch Ende vergangenen Jahres davon ausgegangen worden, daß Tonnage-Nachfrage und -Angebot im Bereich der 20 000- bis 40 000-Tonner spätestens Ende 1984 ausgeglichen sein würde, keine weiteren Aufträge, eine stetige Rate von Abwrackungen und ein jährliches Nachfragewachstum für Schiffstonnage in Höhe von fünf Prozent vorausgesetzt. Diese Voraussage muß aufgrund der jüngsten Aufträge bis mindestens Mitte 1986 verschoben werden. Für die mittelgroße Tonnage wird ein Ausgleich von Angebot und Nachfrage ohnehin erst für Ende 1988 erwartet.

Noch vor zehn Jahren entstanden auf den Werften Westeuropas mehr als 40 Prozent der weltweiten Neubautonnage. Im vergangenen Jahr waren es nur noch 23 Prozent. Allein der Anteil Großbritanniens als ehemals bedeutendster Schiffbau nation der Welt ist von 40 Prozent im Jahre 1926 auf 20 Prozent 1956 und schließlich auf heute ganze drei Prozent geschrumpft.

Von dem Weltauftragsbestand im Juni dieses Jahres über 29,7 Millionen BRT standen in japanischen Orderbüchern allein 11,4 Millionen BRT, in denen Südkoreas 3,6 Millionen und in denen Taiwans knapp eine Million. Deutschland und Großbritannien kommen jeweils nicht einmal auf eine Million. Eine bittere Erfahrung, die den Fall AG „Weser“ in Deutschland relativiert.

In diesem Zusammenhang wird so häufig von der Rolle gesprochen, die europäischen Werften mit ihrem Know-how auf dem Gebiet der Spezialfertigung spielen sollten, zumal die Aufträge für solche Spezialschiffe vergleichsweise erheblich wertvoller seien. Doch soll man sich auch nicht täuschen lassen: Von den bereits angeführten 29,7 Millionen BRT Weltauftragsbestand im Juni entfielen ganze 1,7 Millionen BRT auf Spezialschiffe, Gas- und Produktentanker eingeschlossen.

WILHELM FURLER

SCHIFFFAHRT

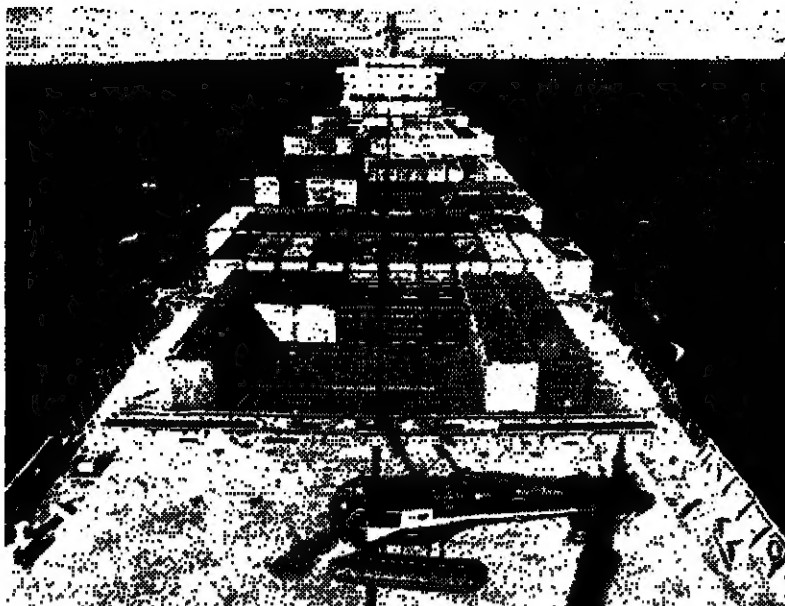
Mit öffentlichen Mitteln werden weltweit immer mehr nicht gebrauchte Schiffe gebaut

Die Lage auf den internationalen Schiffbau- und Schiffsmärkten im Herbst 1983 ist unverändert desolat. Die Tankerkrise, die dem Ölschock von 1973 folgte, geht in ihr zehntes Jahr, und in der Massengutfracht haben die Raten einen Tiefstand erreicht. Stark betroffen ist inzwischen auch die Linienfahrt, die auf den wichtigsten überseeischen Fahrtgebieten in erster Linie mit Containerschiffen betrieben wird. Bei starkem Druck von der Angebotssseite und zunehmendem Verdrängungswettbewerb fahren mittlerweile die meisten Liniendienste mit tiefen Zahlen. Schlimmstes Beispiel dürften die Nordatlantikverkehre sein, auf denen ein regelrechter Ratenkrieg ausgebrochen ist und der Deutschlands größte Reederei, die Hapag-Lloyd AG, in einen Überlebenskampf gerissen hat.

Eine Wende zum Besseren zeichnet sich zur Zeit auf keinem der Schiffbau- und Schiffsmärkte ab. Einmal fehlt es angesichts des gravierenden konjunkturellen Gefälles zwischen den USA und Japan sowie den westeuropäischen Volkswirtschaften an wirtschaftlichem Aufwind. Zum anderen engen Zahlungs- und Verschuldungsprobleme in vielen Entwicklungsländern und sinkende Einnahmen der ölproduzierenden Staaten den außenwirtschaftlichen Spielraum ein. Vor Mitte der achtziger Jahre erwarteten realistische Marktbeobachter keine nachhaltige Veränderung der Lage.

Hauptursache für die Misere der internationalen Schifffahrt bleibt das verheerende Mißverhältnis von Leistungsangebot und vorhandenem Schiffsraum. Die rezessive Entwicklung des Welthandels hat zu gravierenden Nachfrageeintrüben auf allen Märkten geführt. Von der Weltflottenflotte sind zur Zeit mehr als 1400 Schiffe mit knapp 87 Mill. t.d.w. Tragfähigkeit überschüssig. Besonders betroffen sind die Rohöltanker und die Großfrachter für trockene Massengüter wie Erz, Stahl oder Kohle. Vorsichtig geschätzt ist gut die Hälfte der vorhandenen Tankerflotte überflüssig und in der Massengutfracht jeder dritte Frachter zu viel. Überkapazitäten gibt es freilich auch in der Linienfahrt. Das Angebot an Containerschiffen übersteigt inzwischen die Nachfrage um rund ein Viertel.

Gerade in der Containerschifffahrt droht sich das Überangebot noch er-



Weniger Fracht bei wachsendem Frachtraum – das ist das Dilemma der Schifffahrt.

FOTO: ANDRÉ GELPKE

hebelich zu vergrößern. Obwohl jedes zusätzliche Schiff den Druck auf den Markt, die Raten und die Erträge der Reedereien verschärft, haben einige Reedereien große Expansionspläne. Allen voran die Taiwanesisen, die mit einer bis 1985 verdoppelten Flotte Dienste „rund um die Welt“ aufbauen wollen. Die Taiwanesisen dürften in zwei Jahren über eine Containerflotte verfügen, die weit größer ist als die der drei größten deutschen Linienreedereien zusammen.

Auch die amerikanische Reederei US Lines wird im nächsten Jahr 14 neue große Schiffe in Dienst stellen. Rechnet man alle bislang bekannten Neubaupläne zusammen, ergibt sich bis Mitte der achtziger Jahre ein Überangebot an Containerschiffen von fast 40 Prozent.

Die wider alle wirtschaftliche Vernunft wachsende Weltflottenflotte ist freilich nicht nur das Ergebnis expansiver Marktpolitik mit dem Ziel, traditionelle Schifffahrtsnationen aus ihren Positionen zu verdrängen. Sie ist gleichzeitig das Resultat dramatischer Überkapazitäten in der Werftindustrie. Da die Schiffbauunternehmen nicht nur in der Bundesrepublik, sondern fast überall auf der Welt in arbeitsmarktpolitischen Problemregionen liegen, wird fehlende Nachfrage durch staatliche Subventionen und Hilfsmaßnahmen aller Art ausgeglichen. Die künstlich gestörte Interdependenz von Schiffbau und

Schifffahrt führt zu der absurden Situation, daß auf der einen Seite bereits zuviel Schiffe auf dem Markt vorhanden sind, zugleich aber mit öffentlichen Mitteln immer mehr nicht gebrauchte Schiffe gebaut werden.

Das noch wachsende Ungleichgewicht von Nachfrage und Angebot läßt den ohnehin schon beängstigenden Subventionswettbewerb weiter eskalieren. In der Schifffahrt zählt heute kaum noch die Leistungsfähigkeit, dafür um so mehr die Höhe der Zuschüsse und die Intensität der staatlichen Ladungslenkung. Verschärft wird die Situation durch die ozeanischen Flotten, bei denen Kosten und Ertrag keine Rollen spielen. Sowjetische Schiffe etwa, die Kriegsmaterial nach Mittelamerika liefern, pflegen auf ihrer Rückreise hochwertiges Ladungsgut zu Spottpreisen zu transportieren.

In diesem Umfeld dampft die deutsche Schifffahrt durch ihre bislang schwerste Krise. Die mördischen Ratenkämpfe beeinträchtigen Liquidität, Rentabilität und Eigenkapitalausstattung. Manche Liniendienste fahren heute nicht einmal mehr die reinen Betriebskosten. Kein Wunder, daß unter den gegebenen Bedingungen der Schrumpfung- und Umstrukturierungsprozeß der deutschen Handelsflotte rasant fortschreitet.

Gemessen an der Tonnage unter deutscher Flagge hat sich die Flotte in den letzten 5 Jahren um rund ein

Drittel reduziert. Der Anteil an der Weltflottenflotte beträgt nur noch etwa 1,8 Prozent und steht in krassm Gegensatz zur Bedeutung der Bundesrepublik am gesamten Weltmarkt (rund 10 Prozent). Nach der Zahl der Schiffe kreuzen heute nur noch 400 Schiffe unter deutscher Flagge die Meere. Unter fremder Flagge, aber unter deutschem Einfluß fahren weitere 330 Schiffe. Gerade in diesem Teil der Flotte mehren sich die Fälle, daß zur Einsparung von Kosten und zur Verbesserung der Flexibilität nicht bloß die Schiffe ausgeflaggt, sondern ganze Betriebe ins Ausland verlagert werden.

Für die deutsche Schifffahrt und vor allem die wichtige Linienfahrt gibt es zur Zeit eigentlich nur zwei Lichtblicke. Einmal bringt der anhaltend feste Dollarkurs Entlastung auf der Erlösseite. Zum anderen ist mit dem am 6. Oktober in Kraft getretenen UN-Verhaltenskodex ein erster Schritt auf dem Weg zur Harmonisierung der internationalen Linien-schifffahrtspolitik gemacht worden. Das betrifft besonders den Bereich einseitiger Ladungslenkung. Die Konvention sieht im Grundsatz vor, daß die nationalen Reedereien der im Linienverkehr beteiligten Handels-partnerstaaten mit jeweils 40 Prozent am Ladungsaufkommen partizipieren und sogenannte Crossrates (Drittflaggen) mit 20 Prozent beteiligt werden sollen.

Ob den Linienreedereien das Über-einkommen wirkliche Entlastung bringt, bleibt zunächst offen. Dies wird nicht zuletzt davon abhängen, inwieweit die europäischen Staaten das eigene außenwirtschaftliche Instrumentarium erweitern, um den in der Konvention verankerten Grundsatz der Nichtdiskriminierung auch dort durchzusetzen, wo Entwicklungsländer oder Ostblockstaaten an ladungslenkenden Maßnahmen festhalten. Die Konvention ist aber immerhin ein brauchbarer Ansatz, auch um die zum Teil gestörten Beziehungen zwischen Reedereien und ver-ladender Wirtschaft zu entkräften.

Ein nationales Schifffahrtspro-gramm, das die deutsche Flotte über Wasser hält, ersetzt die Konvention sicher nicht. Lauter: denn je fördern die Reeder Maßnahmen von Bonn, um Kostennachteile auszugleichen, Wettbewerbsverzerrungen abzubauen und finanzielle Überlebenskraft zwischenzeitlich zu sichern.

JAN BRECH

SPEDITEURE

Dienstleistung mit Datenverarbeitung

Spediteure sind für die versenden-den Firmen die wichtigsten Partner im Bereich Transport. Ähnlich wie man Reisen über Reisebüro buchen kann, werden Gütertransporte über Spediteure geplant, gebucht und über die Rolle der Reisebüros weit hinausgehend abgewickelt.

Spedition ist insbesondere in Deutschland und der Schweiz ein traditionsreiches Gewerbe. Eine der ältesten bestehenden Speditionen dürfte die Haniel-Spedition sein, deren erstes Lagerhaus noch von Friedrich dem Großen zum Bau außerhalb der Duisburger Stadtmauern freigegeben wurde. Inzwischen ist der deutsche Markt so strukturiert, daß neben den weltweit operierenden Großunternehmen meist regionale Mittelbetriebe und eine unüberschaubare Zahl Kleinunternehmen aktiv sind, die sich zwar meist Spediteure

nennen, aber eigentlich nur Fuhrun-ternehmen sind. Zusätzlich existieren Spediteure, die sich entweder auf bestimmte Verkehrsträger (so die Seehafenspedition) oder Güter spezialisiert haben.

Inzwischen hat der Fortschritt, besonders durch den Einzug der Daten-verarbeitung (EDV) in die Branche, die Speditionsunternehmen gehörig herausgefordert. Einerseits sind die Informationsansprüche der Kunden zu Recht immer größer, andererseits sind die Tarifwerke, Zoll- und sonstige Abwicklungen immer komplexer geworden: Effizient und fehlerfrei läßt sich heute nur mit EDV arbeiten.

Zusätzlich bieten insbesondere die Großspediteure viel umfassendere Leistungen an als früher, was in der Distribution offenkundig wird. Viele Firmen gehen dazu über, ganze Regional- oder Zentralläger in die Hand der Spediteure zu geben und entdek-

ken dabei, daß dies nicht nur wesent-lich billiger, sondern auch genauso flexibel wie vorher ist, ersparen sich aber dadurch zusätzlich viel Manage-ment-Zeit und Ärger.

Eine weitere große Herausforde-rung ist die Umstrukturierung und der Ratenverfall der Luft- und See-fracht. Der Druck seitens der Reeder und Fluggesellschaften hat in den letzten Jahren zugenommen; einige Speditionsleistungen werden inzwi-schen auch von ihnen angeboten – aber mit sehr unterschiedlichem Er-folg. Die Spediteure reagieren auf die richtige Weise: Sie gehen noch stär-ker auf die spezifischen Wünsche der Kunden ein, werden Teil des Systems der Kunden. Dies ist moderne Dienstleistung im besten Sinne. Bei genügender interner Effizienz des Spediteurs ist dies für Kunden und Spediteur nur von Vorteil. (DW.)

TRANSPORT-VERSICHERUNG

Die Sanierung ist noch nicht beendet

Bei aller positiven Einschätzung der Sanierungsbemühungen der deutschen Transportversicherer, die erstmals seit 1974 im reinen Geschäfts-gewinn mit schwarzen Zahlen aufwartet haben, muß nach Ansicht des persönlich haftenden Ge-sellschafters der bekannten deut-schen Versicherungsmaklerfirma Jauch & Hübner, Franz-Günther von Gaertner, die Einschränkung ge-macht werden, daß der Markt 1982 von Großschäden verschont geblie-ben ist. In einem Gespräch mit der WELT sagte von Gaertner: „Ein ein-ziges außergewöhnliches Ereignis hät-te das positive Ergebnis in das Ge-genteil verkehrt.“

In diese Betrachtungsweise muß nach den Worten von Gaertners, der zugleich Vorsitzender des Vereins Deutscher Versicherungsmakler ist, mit einbezogen werden, daß keine andere Versicherungssparte so stark internationalen Einflüssen unterliegt. Umfang des Welthandelsvolumens, Änderung der Transporttechniken und insbesondere die rechtlichen Be-stimmungen des Verkehrs wirken unmittelbar ein: Gerade hier bereite die Diskriminierung in vielen Län-dern den in der Bundesrepublik tätigen Transport-Versicherungen erhebliche Schwierigkeiten. Stärkeres politisches Engagement in diesem Bereich läge nicht nur im Interesse der Versicherer, sondern auch der betroffenen Wirtschaft. Von Gaertner: „Protektionistische Maßnah-men, vor allem in Ländern der Drit-ten Welt, zugunsten lokaler Versiche-rungsmärkte führen letztlich nur zu Doppelbelastungen durch Schutzver-sicherungen und aufgrund fehlenden Wettbewerbs zu überhöhten Prämien und beeinträchtigen damit unmittel-bar den Handel.“

Interessant sei in diesem Zusam-menhang, daß die Ausgaben für Ver-

sicherungsprämien der deutschen Importeure an das Ausland laut Bun-desbankstatistik für 1982 über 900 Mill. DM betrugen, die deutschen Versicherer dagegen für Cif-Verkehr nur rund 400 Mill. DM, also weniger als die Hälfte, eingenommen haben, und dies bei einer so exportorientier-ten Wirtschaft wie der deutschen.

Für die Zukunft der Transportver-sicherung hält Franz-Günther von Gaertner deswegen eine Änderung dieses augenblicklichen Systems der rechtlichen Gestaltung in der Trans-portversicherung für notwendig. Da im Bereich der Ladungslenkung und

Die größten Transportversicherer		
Gesellschaft	Bruttobeträge Mill. DM/Mill. DM	
1. Gerling Allg.	198	(175)
2. Allianz Vers.	163	(153)
3. Norddeutscher Allg.	100	(90)
4. Victoria Feuer	96	(90)
5. Colonia Vers.	82	(76)
6. Mannheimer Vers.	70	(72)
7. Globus Vers.	70	(64)
8. Abtange Vers.	63	(63)
9. Agrippina Vers.	55	(50)
10. Securitas	49	(45)
11. Württemb.-Bad.	48	(48)
12. Nord-Deutsche	41	(46)
13. Aachen u. Münchener	41	(38)
14. Gothaer Vers.-Bk.	40	(37)
15. Haftpflicht-Verb.	38	(42)

*) Im selbst abgeschlossenen Geschäft (1982/1981); *) reiner Transportvers.

Aufteilung des Verkehrsaufkom-mens schon internationale Verein-barungen getroffen worden sind, müßten die politischen Instanzen eine entsprechende Regelung für die Beteiligung der Versicherungsmärkte in ähnlicher Form durchsetzen. „Dies wäre eine der Voraussetzungen für eine wirkliche Trendwende“, meint der Hamburger Makler.

Darüber hinaus sind aber auch für die technische Gestaltung von Trans-portversicherungen Änderungen er-forderlich. So werde sich verstärkt

die Frage stellen, ob nicht Transport-risiken ganz oder jedenfalls zu einem erheblichen Teil selbst getragen werden müssen, soweit nicht, wie bei-spielsweise beim Export, Risiken Dritter zu versichern sind. Für von Gaertner ist es auch denkbar, daß „kombinierte Deckungskonzepte ge-schaffen werden können, in denen die Transportrisiken den Sachrisiken untergeordnet und angehängt wer-den.“

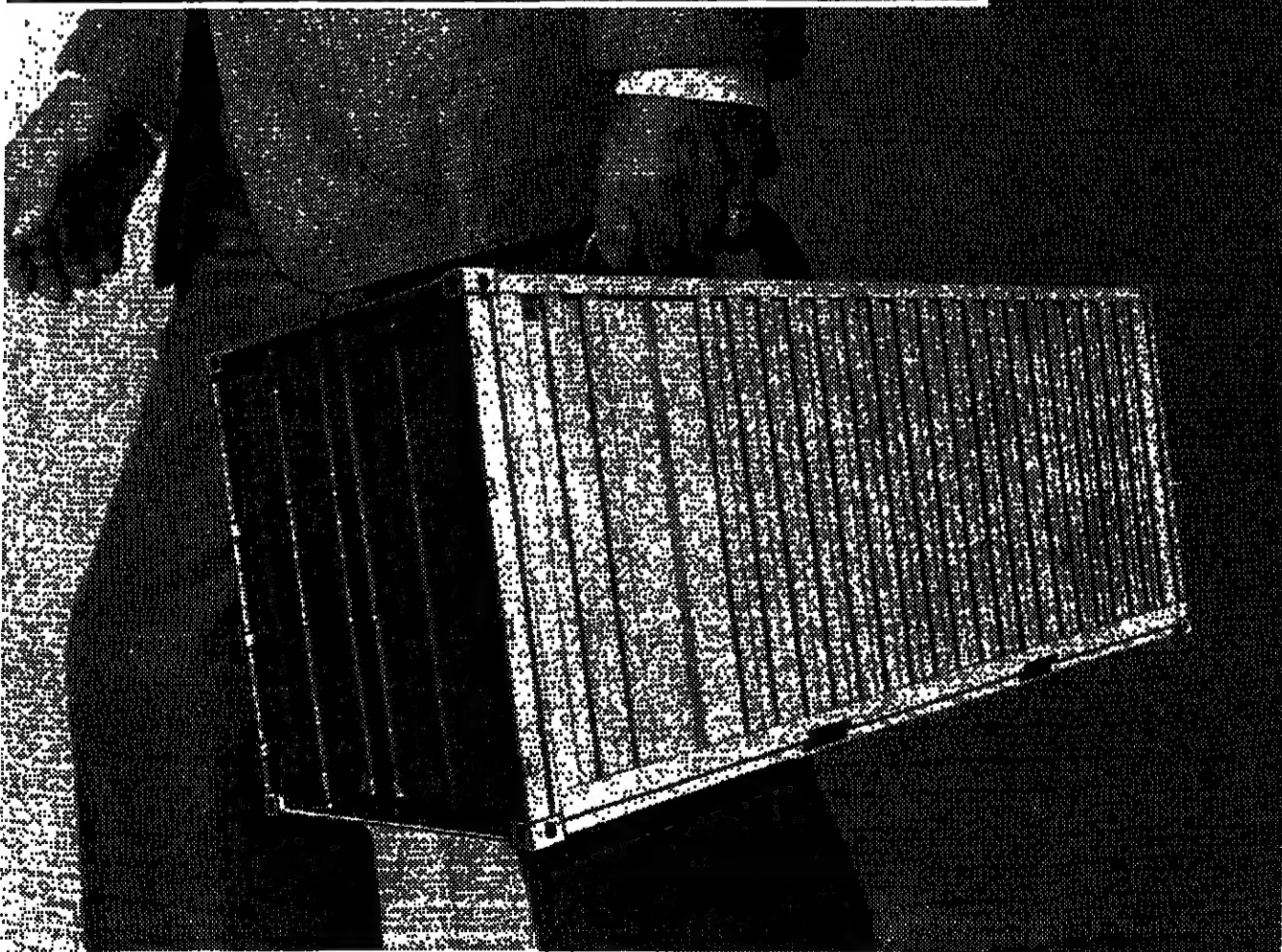
Voraussetzung sei hier allerdings, daß die Versicherer das Prämienniveau für Großschäden auf eine risi-kogerechte Basis anheben. Dies er-fordert, so von Gaertner, natürlich ein gewisses Umdenken auf seiten der Versicherer, würde aber den jahr-zehntelangen Kampf um schwarze Zahlen wesentlich beeinflussen kön-nen. In diesem Zusammenhang mü-ße auch überlegt werden, ob nicht im Rahmen von modernen Konzepten die Regulierung von Schäden im Ei-genbehalt der Unternehmen gegen Gebühr übernommen werden könne.

Franz-Günther von Gaertner sieht auch die Gefahr einer Verlagerung von der individuellen klassischen Transportversicherung zur Verkehrs-haftungsversicherung: „Ob die Rati-fizierung der verschärften Handelsre-geln erfolgt, scheint gegenwärtig al-lerdings mehr als zweifelhaft.“

Man hat ja schon früher die Insured Bill of Lading oder die Ausdehnung der Haftung diskutiert. Keines dieser Systeme hat sich durchgesetzt, weil der Service des Transportversiche-rers im Hinblick auf Schadenverhü-tung und Schadenregulierung sowie individuelle Vertragsgestaltung sich eben für das verladende Unter-nehmen von größerem Vorteil erwiesen haben. Das wird auch in Zukunft so sein.“

HARALD POSNY

An alle Importeure und Exporteure

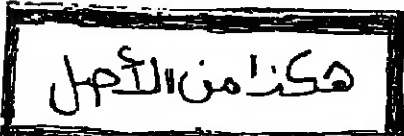


TRANSFRACHTCONTAINER.

Zu einem guten Produkt Gute Verbindungen sind Teil des Know-how im modernen Weltmarkt. Welchen Weg das Produkt da nimmt, ist am Ende auch eine Frage, wie und wann es ankommt. Transfracht bahnt Käufern und Verkäufern durch Container zuverlässig diesen Weg. Wer schon beim Verkaufsgespräch die Infrastruktur des größten Verkehrsträgers mit dem Transportkonzept der Transfracht verbindet, hat von Anfang an das Know-how und die Sicherheit als überzeugendes Argument für sich dabei. Als nationales Unternehmen kennt sich Transfracht aus, wie Importeure und Exporteure einander am schnellsten näherkommen. Dafür sorgt die Flexibilität des Containerverkehrs.

Das Container-Transport-System von Transfracht gibt mit seiner Größe, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit allen Käufern und Verkäufern Sicherheit und mehr Spielraum, schon bei Verhandlungen spezifische Transportfragen sofort zu lösen. Von Übersee über Land, Transfracht hat die ausgefeilte Container-Infrastruktur.

Transfracht Deutsche Transportgesellschaft mbH, Gultelstraße 160-164, 6000 Frankfurt am Main, ☎ (0611) 238 90.



PIAGET / Kapazität voll ausgelastet

Guter Markt für Luxusuhren

INGE ADHAM, Frankfurt

Für die „teuerste Uhr der Welt“, ein Prachtstück aus Platin mit 296 Diamanten, das rund 4,5 Millionen Mark kosten soll, hat Piaget wohl noch keinen Käufer gefunden. „Phœbus“, so heißt das Modell, ist wohl eher als Beweis für die Fähigkeiten der Schweizer Uhrmacher in vierter Generation zu sehen, die heute unter die zehn größten Uhrenfabrikanten der Schweiz einzuordnen sind.

Umsatzzahlen mögen die Handwerker aus La-Côte-de-Fées nicht nennen. Aber sicher scheint, daß sie besser als andere Uhrmacher durch die Rezession gekommen sind. Ihre Kapazität, bestimmt durch 230 hochqualifizierte Handwerker, war auch im vergangenen Jahr mit rund 15 000 gefertigten Edeluhren (Eingangspreislage rund 5500 DM) voll ausgelastet. „Piaget ist heute das einzige Unternehmen seiner Branche, das ausschließlich Golduhren herstellt, die vom Entwurf bis zur Fertigung

vollständig in eigenen Werkstätten entstehen“, halten die Schweizer stolz fest. Verkauft wird in alle Länder der Welt, in 67 Ländern ist man selbst vertreten.

Auch in der Bundesrepublik sind die Uhren gefragt. Rund sechs Mill. DM setzte die deutsche Tochter in Offenbach im vergangenen Jahr um (etwa 900 Stück); dazu kommen noch rund 5500 Uhren der Marken LeRoy und Beaume & Mercier (1965 erworben), mit denen auch die gehobene Mittelpreisklasse abgedeckt wird.

Am deutschen Markt, auf dem mit 40 Konzessionären (Juweliere und Uhrenfachgeschäfte) gearbeitet wird, sieht Piaget noch Wachstumsmöglichkeiten: in diesem Jahr wird sowohl bei Umsatz als auch der Stückzahl eine Steigerung um 7 bis 8 Prozent erwartet. Während in der Bundesrepublik Schlichtheit gefragt ist und die gängigsten Endverkaufspreislagen zwischen 10 000 und 20 000 DM liegen, sind im internationalen Geschäft die Prunkstücke stärker gefragt, besonders in Fernost.

TER HELL / Handelshaus besteht 75 Jahre

Spezialist für Harze

J. BRECH, Hamburg

Das Hamburger Handelshaus Hermann Ter Hell & Co. (GmbH & Co.) besteht am 25. Oktober 75 Jahre. Das ursprüngliche Angebot von Wachsen und Harzen ist inzwischen um chemische und Kunststoffprodukte erweitert worden. Außerdem verfügt Ter Hell über eigene Produktionsstätten für besondere Wachsmischungen in Holland und den USA sowie über ein Kunststoff-Veredelungswerk in Herne. Den Gruppenumsatz im Jubiläumsjahr gibt der geschäftsführende Gesellschafter Klaus-Christian Westphal mit rund 150 Mill. DM an.

Die Familie Westphal ist seit 1938 im Besitz des Handelshauses. Ge gründet wurde es 1908 von Hermann Ter Hell, der zunächst Wachs und Paraffin aus Osteuropa nach Südamerika exportierte, sich nach dem Ersten Weltkrieg dann auf den Handel mit Paraffin in Deutschland und Europa konzentrierte. Zu einem weitverbreiteten Begriff wurde die Firma nach dem Zweiten Weltkrieg als Handelshaus für natürliche und synthetische Harze und Wachs.

Bei speziellen Naturwachsen und Harzen zählt Ter Hell zu den führenden

Importeuren in Europa. Das gilt sowohl für brasilianisches Carnaubawachs als auch für Balsamharz aus der Volksrepublik China. Die Kontakte nach Fernost bestehen seit gut 20 Jahren. Das Handelsangebot umfasst ferner ein vollständiges Programm an Faserverbundwerkstoffen, Kunstharzen, synthetischen Wachsen und Mineralölprodukten wie Weißöl, Vaseline und Mikrowachs. Bei chemischen Produkten werden eine Reihe von ausländischen Unternehmen in Deutschland, Holland, Österreich und der Schweiz exklusiv vertreten.

Die Gründung von Tochtergesellschaften im Ausland und die Erweiterung des Geschäfts um eigene Fertigung erfolgte zu Beginn der fünfziger Jahre. Die holländische Paracel-Syntex B. V. zählt heute zu den größten Wachstüblern der Welt, die 1977 gegründete Ter Hell Plastic GmbH, Herne, handelt und vertreibt selbstveredelte Kunststoffe. Weitere Gesellschaften bestehen in der Schweiz und Österreich sowie seit 1980 in den USA. Maxime des Hauses bleibt auch künftig, so erklärte K. C. Westphal, spezielle Leistungen zwischen den Großen der Chemie und der mittleren Kundschaft zu erbringen.

STAHLINDUSTRIE / Kosten können noch um vier Milliarden Mark gesenkt werden

Dauerhafte Gesundheit ist möglich

Von L. VON BOGDANDY

Ca. 100 Milliarden Mark haben die EG-Konkurrenzländer der deutschen Stahlindustrie seit Ausbruch der nun neunjährigen Stahlkrise an Subventionen in Marsch gesetzt, um beim überal notwendigen Kapazitätsabbau wenigstens einen Teil ihrer Arbeitsplätze an veralteten Anlagen zu retten. Begünstigung „historischer“ Anlagen mit betriebswirtschaftlicher Desoptimierung für moderne Kapazitäten folgt auch aus der Krisen-Notlösung der durch die EG-Kommission eingeführten Produktions- und Lieferquoten. Obendrein haben sich seit 1973 nach nun zwei Jahren die Energiekosten in der sehr energieintensiven Stahlherzeugung von etwa 20 Prozent auf fast 30 Prozent der Gesamtkosten erhöht und konnten nicht auf die Stahlpreise abgewälzt werden. Haben die deutschen Stahlunternehmen überlebt, noch eine Chance, mit der nun auch hierzulande beschlossenen Staatshilfe ihre Wirtschaftlichkeit wiederzugewinnen? Der Versuch einer positiven Antwort hat vier Schwerpunkte:

● Betriebswirtschaftlich zeigt die Durchrechnung typischer Beispiele, daß die Werkseffektivität für wärmegewaltete Produkte bei der derzeitigen Auslastung um mindestens 90 DM/t höher liegt als bei Normalauslastung der Kapazitäten, die mit 80 bis 90 Prozent der Nennleistung anzusetzen ist. Daraus folgt, daß die deutsche Stahlherzeugung heute ein vermeidbares Zusatz-Kostenvolumen von mindestens 2 Mrd. DM pro Jahr mit sich schleppt. Das entspricht etwa dem derzeitigen echten Jahres-Gesamtverlust der Branche.

In dieser Lage, und weil eine nachhaltige Mengenerholung nicht erwartet wird, empfehlen die „Stahlmoderatoren“, die Erzeugung auf den leistungsfähigsten und kostengünstigsten Anlagen zusammenzufassen und damit das Kostensenkungspotential zu realisieren, was technisch und auch an transportgünstigen Standorten durchaus möglich ist. Einige entsprechende Aktionen sind in Gang gekommen und werden durch Tausch von Produktionsquoten bei paralleler Schließung von Werksanlagen realisiert (z. B. Klöckner-Werke mit Cockerill Sambre, Arbed Searstahl mit Peine Salzgitzen). Doch wir sind noch weit entfernt von einer wirklichen Straffung der Gesamtindustrie, der insbesondere schwerwie-

gende sozialpolitische Probleme im Wege stehen.

● Denn weitergehende Konzentration hätte zusätzliche empfindliche Einschnitte in die Belegschaftszahlen zur Folge. Nach erheblichen Einbußen seit Ende der 60er Jahre ist die Belegschaftszahl der EG-Stahlindustrie in den letzten fünf Jahren um weitere 35 Prozent auf 534 000 (Ende 1982) gesunken, und die EG-Kommission schätzt, daß sie in den nächsten Jahren noch um ein weiteres Drittel sinken muß.

Doch angesichts einer Arbeitslosigkeit, die weithin ein politisch nicht mehr vertretbares Ausmaß erreicht hat, ist ohne arbeitsmarktpolitische Ausgleichsmaßnahmen eine betriebswirtschaftlich richtige Konzentration der Gesamtproduktion nicht mehr möglich. Daher sollte die systematische Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen im Vordergrund stehen, die betriebswirtschaftlich gesund sind.

● Auch unter ökologischem Aspekt gibt es ein reizvolles Ziel. Bei der klassischen Stahlherzeugung (besonders in den Vorstufen des Hochofens) werden nennenswerte Schadstoffmengen emittiert. Erst recht bei Kohle-Großfeuerungsanlagen (Kraftwerken) mit hohem Schwefel- und Stickoxidauswurf. Es kann heute als sicher gelten, daß sich diese Stoffe in Verbindung mit atmosphärischem Wasser als „saurer Regen“ sehr schädlich auf die ökologischen Gleichgewichte in den Gewässern auswirken und als wahrscheinlich, daß sie auch an den Waldschäden wesentlich beteiligt sind.

Es ist deshalb durchaus möglich, daß die im Juni 1983 von der Bundesregierung erlassene „Großfeuerungsverordnung“ mit Senkung des noch zulässigen SO₂-Gehalts um etwa zwei Drittel auf noch 400 mg/Nm³, weiter verschärft wird. Hierdurch kann die Kohleverbrennung in Kraftwerken unter vielleicht sogar existenzbedrohendem Druck geraten, wenn man nicht rechtzeitig überzeugende Lösungen zur Emissionsenkung findet.

wendig vorbereiteten Hochofensläger durch einfaches Feinerz zu ersetzen. Es sind Technologien in der Entwicklung, die diese Aufgabenstellung mit der realistischen Aussicht erfüllen, die Erzeugungskosten für flüssiges Eisen um mindestens 50 DM/t zu senken.

Ein erster Schritt in diese Richtung ist das KS-Verfahren (Klöckner-Stahlverfahren) zur Stahlherstellung aus Schrott und Eisenschwamm. Es ist seit Mai 1983 auf der Georgsmarienhütte der Klöckner-Werke AG großtechnisch realisiert und liefert bei wesentlich verbessertem Wirkungsgrad des Primärenergieeinsatzes gegenüber dem Kraftwerk als Nebenprodukt Kohlegas mit äußerst geringen Schwefelgehalten (unter 20 mg/Nm³ im Abgas). Es gibt auch schon die Möglichkeit, das KS-Verfahren in abgeänderter Form zur Gaserzeugung ohne Stahlherzeugung zu betreiben.

Mit solchem Beispiel werden Konzepte im Energiebereich aussichtsreich, die den Ersatz von Energieimport durch heimische Arbeitskraft ermöglichen, wie die Kohlevergasung oder die Herstellung von Methanol aus Kohle. Ein weiterer sehr wichtiger Schritt ist dann gegeben, wenn die grundsätzlich mögliche Einsparung kostengünstiger nuklearer Prozesswärme aus Hochtemperatur-Kernreaktoren auch in diesem Vergasungsprozeß technisch beherrschbar wird.

Fazit: Eine dauerhafte Gesundung der deutschen Stahlindustrie kann gelingen, wenn alle vorhandenen Chancen genutzt werden. Dazu gehören in erster Linie die Konzentration der Erzeugung auf kostengünstigsten Anlagen und die Innovation vor allem im Bereich der „energie- und umweltintensiven“ Primärstufen der Stahlherzeugung. In diesen beiden Faktoren steckt ein Kostensenkungspotential von mindestens 50 DM/t, insgesamt also 4 Mrd. DM pro Jahr für die deutsche Stahlproduktion.

Da der Konzentrationsprozeß aus sozialpolitischen Gründen nur allmählich realisiert werden kann, sollte um so höheres Gewicht auf die innovatorische Komponente gelegt werden, die mit Nachdruck vorangetrieben werden. Das schafft zumal in der Kohleverbrennung gesunde Ersatzarbeitsplätze.

Prof. Dr.-Ing. Ludwig von Bogdandy ist technisches Vorstandsmitglied der Klöckner-Werke AG, Duisburg.

KOLUMBIEN / Wirtschaftsdelegation beim DIHT

Werben um deutsche Firmen

HANS-JÜRGEN MAENKE, Bonn

Eine kolumbianische Wirtschaftsdelegation unter Leitung von Finanzminister Edgar Gutiérrez Castro will heute auf einer Veranstaltung des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHT) in Bonn für ein stärkeres Engagement deutscher Firmen in dem südamerikanischen Land werben. Die Delegation hatte zuvor schon andere europäische Staaten besucht. Die Kolumbianer erwarten, wie es in einer Analyse der Deutschen Industrie- und Handelskammer in Bogotá heißt, daß sich aufgrund des günstigen Investitionsklimas und neuer Anreize mehr Firmen im Land niederlassen.

Bisher sind nur rund 35 Firmen in Kolumbien tätig, die sich teilweise oder voll in deutscher Hand befinden. Davon entfallen zwei Drittel auf den Bereich der chemischen und pharmazeutischen Industrie. Nach Ansicht der Kammer bieten sich Engagements gemäß den Schwerpunkten des nationalen Entwicklungsplans neben der Industrie auch im

Energiebereich und im Bergbau an. Insgesamt verfügt Kolumbien über rund 80 Prozent der südamerikanischen Vorkommen an Steinkohle.

Die deutschen Auslandsinvestitionen in Kolumbien machten gegenwärtig nur 2,7 Prozent des gesamten Auslandsengagements in den südamerikanischen Staat aus. Damit rangieren die deutschen Firmen erst an sechster Stelle. Und das, obwohl die Bundesrepublik der zweitgrößte Handelspartner Kolumbiens ist. Mehr als 30 Prozent des kolumbianischen Gesamtexports gingen 1982 in die Bundesrepublik. Sie ist auch der größte Kaffee-Abnehmer. 36 Prozent der kolumbianischen Produktion nehmen deutsche Firmen ab, die damit rund 40 Prozent des Kaffeebedarfs in der Bundesrepublik deckten. 1982 war Kolumbien noch der zweitgrößte deutsche Lieferant in Südamerika, und zwar hinter Brasilien.

Aufgrund der günstigen Ökonomie nimmt diese Position im ersten Halbjahr 1983 Venezuela ein. Die Auslandsverschuldung des Landes ist verhältnismäßig gering.

BÜCHER DER WIRTSCHAFT

Meißner/Hödt: Umweltschutz im Konjunktur- und Wachstumsprogramm, Erich Schmidt Verlag, Berlin, 1983, 247 S., 46 Mark.

Umweltschutz tut not. Welche Anstrengungen seitens des Staates zu unternehmen sind, insbesondere durch spezielle Investitionsprogramme, untersucht diese Studie. Die vorgeschlagenen Projekte haben trotz der hohen Arbeitslosigkeit und anhaltender Wirtschaftskrise zukunftsweisenden Charakter.

Thiele/Franz/Schmidt/Vetmann: Rechtsentscheidungen Mietrecht Band 1, J. Schweitzer Verlag, Grundwerk mit 1. und 2. Ergänzungslieferung, 1980 S., Loseblatt, 174 Mark.

Durch das 3. Mietrechtsänderungsgesetz sind die Obergrenzen in die Lage versetzt worden, einer weiteren Zersplitterung auf dem Gebiet des Wohnraummietrechts entgegenzutreten. Durch Rechtsentscheidungen können Fälle und Fragen von grundsätzlicher Bedeutung allgemeinverbindlich geklärt werden. Doch bedingt eine Berücksichtigung der einschlägigen Rechtsprechung einen hohen Informationsstand und Kenntnis der ergangenen Entscheidungen. In einer vorbildlich übersichtlichen Weise

wird dies durch das vorliegende Werk erlangt, das nicht nur die obergerichtlichen Rechtsentscheidungen enthält, sondern auch die weiteren Grundentscheidungen des Bundesverfassungsgerichts, des Bundesverwaltungsgerichts und des Bundesgerichtshofs. Die Dokumentation wird über ein Register der Rechtsentscheidungen und einschlägigen Grundsatzziele sowie über ein ausführliches Stichwort- und Paraphrasenverzeichnis erschlossen. Durch die schnell greifbare Information wird das Werk zu einem grundlegenden Hilfsmittel bei der wohnungsmietrechtlichen Praxis der Rechtsfindung und Rechtsanwendung.

Hans Helmreich: Grundzüge des Insolvenzrechts, C. H. Beck Verlag, München 1983, 155 S., 39,90 Mark.

Zahlungsunfähigkeit oder Überschuldung führen entweder zum Vergleichs- oder Konkursverfahren. Die Voraussetzungen dafür sind nahezu identisch. Daher stellt der Autor an den Anfang seiner Ausführungen die Darstellung der gemeinsamen Grundbegriffe. Sodann führt er ein in die Besonderheiten der Konkurs- und Vergleichsverfahren. Als Einführung in die Praxis ist diese Schrift sehr instruktiv.

Another great launch.

Champagne corks are popping this autumn as the International Herald Tribune launches its sixth simultaneous printing operation. This time it's in the Hague — for faster, more reliable distribution throughout Northern Europe. Last year it was a new satellite link to Singapore. Two years earlier it was Hong Kong. And during the 1970's, the Trib opened new printing sites in London and Zurich.

Why this rapid expansion? To meet the needs of the growing number of busy decision makers who want fast, dependable access to the world's concise, complete, objective overview of world news. Breaking out the champagne comes naturally for the Trib. Born in France in 1887, its global headquarters are still in Paris. And we don't intend to let the bubbles settle. Plans are already under study for additional printing sites in other world capitals. All to speed the Trib even more swiftly to its third of a million VIP readers in 164 countries around the world. Cheers!

The global newspaper.

Prof. Bernhard Grzimek:

Heftt unseren stacheligen Freunden!

Igel sind nicht nur niedlich — sie sind auch nützliche Tiere! Im Kreislauf der Natur sorgen sie z. B. für eine saubere Umwelt. Damit unsere stacheligen Freunde gut in und über den Winter kommen, schreibt Prof. Grzimek jetzt in HÖRZU, was man am besten für unsere Igel tut und wie man helfen kann.

Zur 100. Sendung Psycho-Test nach Dallas-Art

Welche „Dallas-Rolle“ spielen Sie in Ihrem Leben? Was zählt mehr: Geld oder Gefühle — Macht oder Liebe? Zur 100. Dallas-Sendung bringt HÖRZU den ganz persönlichen Psycho-Test nach Dallas-Art. Frei nach dem Motto: **Erkenne Dich selbst!**

8 Seiten über das liebste Spielzeug der Deutschen!

Die neuen 83/84er Autos haben es in sich — sie leisten mehr und verbrauchen weniger! Autofahren bringt wieder Spaß und macht Freude... Dazu bringt HÖRZU jetzt im neuen Heft auf 8 Sonderseiten alles Wichtige, Neue und Wissenswerte zum schönen Thema Autofahren!

Die einzige mit 84-seitigen Programm-Seiten für jeden Fernsehtag!

Vier Seiten Fernsehprogramm täglich — in Farbe und mit Funk — ganz gratis!

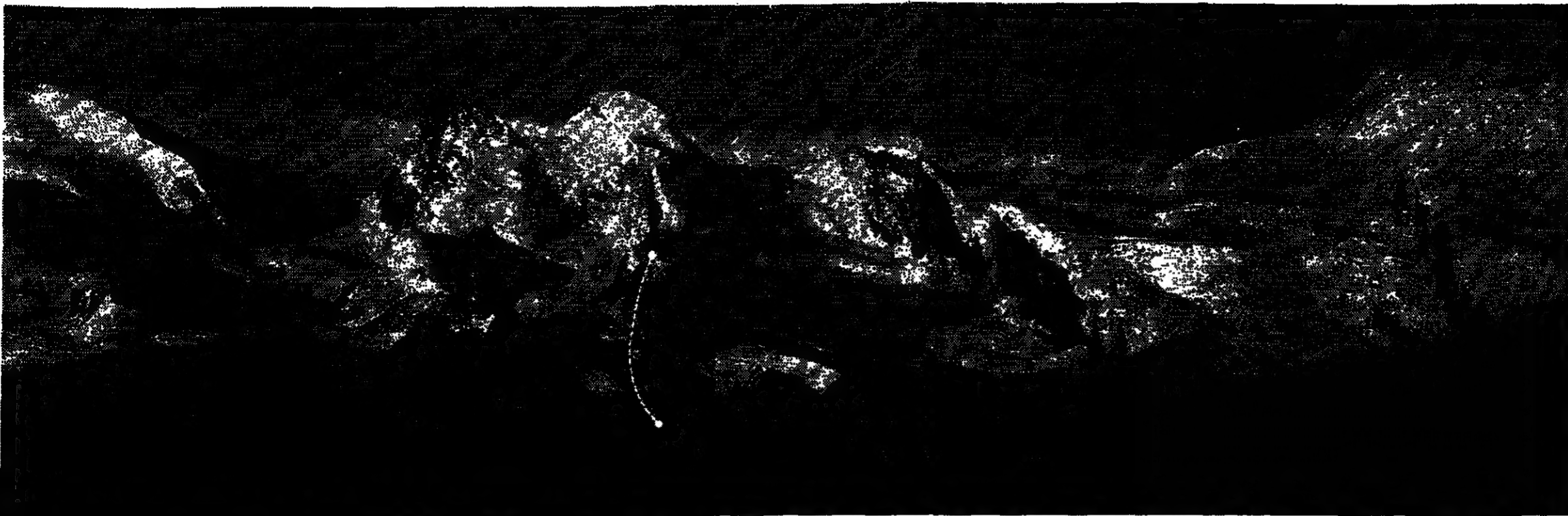
Diese Woche:

Donnerstag: 8.30 Uhr: Prof. Grzimek: Unser 1984er brauchen Mittel!

Freitag: 8.30 Uhr: Prof. Grzimek: Unser 1984er brauchen Mittel!

Samstag: 8.30 Uhr: Prof. Grzimek: Unser 1984er brauchen Mittel!

Sonntag: 8.30 Uhr: Prof. Grzimek: Unser 1984er brauchen Mittel!



Die Metro Alpina (gestrichelte Linie) erschließt unterhalb der Alpenrosen Strahlhorn (4190 Meter, links), Rimpfischhorn (4199), Allalinhorn (4627) und Alpehobel (4266 Meter, rechts) ein neues Skigebiet.

FOTO: ROLF RÜHLER

Mit der Metro in 200 Sekunden dem Gipfel entgegen

WALTER H. RUEB, Saas-Fee
In der Gletscherwelt der Viertausender oberhalb Saas-Fees, wo der Dichter Carl Zuckmayer eine zweite Heimat fand und sogar Ehrenbürger wurde, geht ein Wunderwerk der Technik seiner Vollendung entgegen, dem in gewisser Weise Natur- und Landschaftsschützer Pate gestanden haben: Die Metro Alpina, eine anderthalb Kilometer lange unterirdische Standseilbahn zwischen der 2991 Meter hoch gelegenen Luftseilbahn-Station Felskinn und dem Mittelallalin in 3456 Meter Höhe öffnet den Skifahrern ein neues, 25 Quadratkilometer großes Skigebiet. Allerdings ist der Weg durch Fels und Eis erst im Winter 1984/85 offen. Zuvor müssen nach dem euphorisch gefeierten Durchschlag im steil ansteigenden Tunnel noch Gleise, Elektrokabel sowie Wasserleitungen verlegt werden.

Die Patenschaft von Natur- und Landschaftsschützern geht auf den Kompromiss zwischen eidgenössischer Landesregierung in Bern und der Bergbahngesellschaft zurück. Ur-

springlich wollten die Walliser nämlich eine Luftseilbahn bis hinauf zum 3888 Meter hohen Felskinn bauen und damit den Weltrekord der ungeliebten Zermatter Konkurrenz jenseits eines halben Dutzends mehr als 4000 Meter hoher Alpenriesen brechen. In Zermatt können Leute, die beim Bergwandern und Skifahren gern hoch hinaus wollen, seit einigen Jahren mit einer Luftseilbahn am Kleinen Matterhorn bis in eine Höhe von 3820 Metern vorstoßen. Dem Konzeptionsbegehren der Vertreter des Gletscherdörfers mit seinen 1000 Einwohnern wurde zunächst entsprochen, doch Natur- und Landschaftsschützer liefen dagegen Sturm. Mit Erfolg. Nach mehrjährigem Hin und Her verzichtete die Seilbahngesellschaft auf einen Vorstoß auf den Felskinn und gab sich mit einer Bahn zum nur 3500 Meter hohen Mittelallalin zufrieden. Und sie beschloß sogar, angetrieben von einer ähnlichen Bahn auf die Sunnegga in Zermatt, unter die Erde zu gehen.

Die Entscheidung für eine völlig

unterirdische Standseilbahn erwies sich als goldrichtig: Ihr Bau kostet mit umgerechnet 22 Millionen Mark zwar erheblich mehr als eine Luftseilbahn, dafür sind die späteren Unterhalts- und Betriebsausgaben geringer. Auch sonst weist die Metro Alpina große Vorteile auf: Es wird mit 1500 Personen pro Stunde eine höhere Förderleistung erzielt, und die Betriebssicherheit ist ebenfalls größer. Wind und Wetter verursachen keine Seilschwingungen, und bei Bedarf sind sogar Nachfahrten möglich. Auch höhere Geschwindigkeiten sind im Tunnel zulässig, der Personalfürsorge für Betrieb und Wartung jedoch geringer und die Revisions- und Unterhaltungskosten niedriger. Im Notfall kann eine Bergung der Fahrgäste über Treppen erfolgen, die Psyche vieler Passagiere wird im Gegensatz zu einer Luftseilbahnfahrt nicht strapaziert, und Schneeräumungskosten entfallen gänzlich.

Selbst der Kurzdirektor des Gletscherdörfers mit seinen 230 Hotels und 8000 Gästebetten hat allen

Grund, sich die Hände zu reiben: Nicht allein die Ausdehnung des Skigebietes nimmt zu, durch den Vorstoß in hochalpine Regionen verlängert sich auch die Ski-Saison in Saas-Fee um 50 Tage bis weit in den Sommer hinein.

Mit dem Bau der Bahn wurde vor zwei Jahren begonnen. Seitdem ist sie das Tagesgespräch von Einheimischen und Gästen. Fachleute reisen neugierig von überall an, und jedes Kind kennt die magischen Zahlen des Projektes: die überwundene Höhendifferenz beträgt 465 Meter, die maximale Steigung 48 Prozent, der Seildurchmesser 44 Millimeter, die Fahrgeschwindigkeit zehn Meter pro Sekunde oder 36 Kilometer pro Stunde, die Fahrzeit von der Tal- zur Bergstation 196 Sekunden. Eine Zahl wird nicht selten mit Schaudern genannt: Auf den ersten 500 Metern unterfährt die Metro Alpina einen Gletscher mit Eisdicken zwischen 40 und 60 Meter.

Die Bewältigung des Jahrhundertprojekts knapp unterhalb des 4027 Meter hohen Allalinhorns erforderte

auch außergewöhnliche Mittel. Eine gewaltige Tunnelbohrmaschine wurde unten im Saaser Tal in ihre Einzelteile zerlegt, mit der Luftseilbahn zum Stolleneingang am Felskinn geflogen, zusammengesetzt und mehr als 17 Monate lang in Tag- und Nachtschichten eingesetzt. Die durchschnittliche Tagesleistung betrug vier Meter.

Die Tunnelbohrmaschine hieß Robbins, war 150 Tonnen schwer, 42 Meter lang und besaß einen rotierenden Bohrkopf mit 33 Diskenrollen und acht Löffelbechern. Mit einer Wucht von 505 Tonnen wurde der Bohrkopf in den Fels gedrückt. Die Gewalt des Drucks war jedoch um ein Vielfaches geringer als beim zunächst in Erwägung gezogenen, mit Rücksicht auf die Gletschermasse jedoch verworfenen Sprengvortrieb.

Robbins bohrte mit millimetergenauer Präzision, machte nur wenig

Ausbruchsmaterial wurde mittels eines ausgeklügelten Spülsystems durch einen Kanal zum Tunnelausgang, später zu einem Mittelfenster befördert und von dort hinunter auf Gletscher und Felsblöcke gekippt.

Das Mittelfenster in der Tunnelröhre befindet sich unweit der Stelle, an der sich bergauf- beziehungsweise bergabwärtsfahrende Bahnen kreuzen. Durch das Mittelfenster können später die Skifahrer ein bisher unzugängliches Skigebiet auf dem Hohl-Gletscher erreichen und von dort in die Tiefe ausweichen.

Die technischen Herausforderungen zwischen Felskinn und Mittelallalin wurden bestanden. Robbins ist längst an einem anderen Ort der Welt im Einsatz, doch im Tunnel wird weiter mit Hochdruck gearbeitet. Nach der Weltpremiere beim Einsatz einer Tunnelbohrmaschine in Höhen zwischen 3000 und 3500 Meter blickt man am Allalinhorn jetzt einer weiteren Premiere entgegen: der Eröffnung des unterirdischen Fahrtrahmens in hochalpiner Region.

Brandstifter gesteht 50 Morde

dpa, Hollywood
Ein Insasse der Haftanstalt von Hollywood im US-Bundesstaat Florida hat jetzt 50 Morde an rund 30 Personen gestanden. Zu seinen Opfern soll auch der 1981 in Hollywood entführte sechsjährige Adam Walsh zählen, dessen Fall in den ganzen USA großes Aufsehen erregt und den Stoff für einen jetzt ausgestrahlten Film geliefert hatte. Bei dem Massenmörder handelt es sich um den wegen Brandstiftung zu 30 Jahren Haft verurteilten 38-jährigen Otis Toole. Toole schilderte die in den Jahren zwischen 1976 und 1981 in verschiedenen Bundesstaaten begangenen Verbrechen ohne jegliche Gemütsregung. Die Untersuchung gegen Toole war aufgrund der Aussagen des im September in Texas festgenommenen 47-jährigen Henry Lucas eingeleitet worden, der sich für mindestens 165 Mordtaten verantwortlich erklärte hatte. Die meisten Morde will er gemeinsam mit Toole begangen haben. Lucas steht zur Zeit wegen sieben Morden, darunter an seiner eigenen Mutter, unter Anklage. Die Polizei ist überzeugt, daß Toole tatsächlich der Mörder von Adam Walsh ist, der auf dem Parkplatz eines Einkaufszentrums in Hollywood entführt worden war. Sein Kopf war später in einem Kanal gefunden worden.

Explosion im U-Boot

AFP, Paris
Bei einer Explosion im Motorenraum des französischen Unterseebootes „Doris“ sind Samstag morgen zwei Menschen ums Leben gekommen, zwei weitere wurden schwer verletzt. Einer der beiden Schwerverletzten ist der Kommandant des U-Bootes. Die „Doris“, die nicht atomar bewaffnet ist, erreichte aus eigener Kraft den Hafen Sets.

Autobahn-Rekord

AFP, Straßburg
Der Autobahnpolizist von Pfalsburg in Ostfrankreich ist am Freitag ein deutscher Autofahrer in die Radarfallen gegangen, der die A 4 von Straßburg nach Paris mit einer Geschwindigkeit von 235 Kilometern pro Stunde befuhr. Den „alten Rekord“ hatte ebenfalls ein Deutscher mit 224 km/h gehalten. Erlaubt sind 130 km/h.

Haft für Lang-Bruder

SAD, Paris
Der Bruder des französischen Kultusministers Jack Lang ist am Wochenende von einem Schwurgericht in Nancy wegen Mordes zu zwölf Jahren Gefängnis verurteilt worden. Der 43 Jahre alte Claude Lang hatte vor zwei Jahren in einer Bar in Nancy einen Gast mit einem Messer erstochen.

Hasch-Dealers erstickt Mutter

dpa, Aachen
Nach einem Streit wegen seiner 14-jährigen Freundin hat ein 20-jähriger Haschhändler aus Aachen am Sonntagmorgen seine 54-jährige Mutter in der gemeinsamen Wohnung erstochen. Während der Tat mit „grausamen Zügen“, so die Staatsanwaltschaft gestern, saßen das Mädchen und zwei 18-jährige Freunde bei Musik in einem Nebenraum. Später halfen sie dem 20-jährigen bei der Beseitigung von Spuren.

Schweres Seebeben

AP, Hongkong
Ein schweres Seebeben, das die Stärke sieben auf der Richterskala erreichte, ist am Wochenende in Hongkong registriert worden. Das Epizentrum des Bebens lag etwa 3200 Kilometer westlich des südchinesischen Kaps der Guten Hoffnung.

ZU GUTER LETZT

„Mike & Tommy“ - die holen selbst Ome aus dem Koma“ (Filmwerbung für die „Supernasen“ in Berlin)

Münchner Ordnungsbehörde wies eine japanische Musikstudentin aus - ein Polizeigriff, der den Freistaat teuer kam

Voreilige Abschiebung

PETER SCHMALZ, München
Sie wollte in Bayern Musik studieren, die zierliche, mandelförmige Japanerin Naoko Hattä. Aber besser als den musischen Vollschlüssel hat sie nun das strenge Zeichen der Paragraphen gelernt: Weil die 24-jährige Japanerin aus betuchtem Hause die Aufnahmeprüfung an der Münchner Hochschule für Musik wegen mangelhafter Deutschkenntnisse nicht bestand, wurde sie von der Polizei unter Anwendung körperlicher Gewalt in ein Flugzeug nach Tokio geschleppt und abgeschoben.

Den Freistaat kommt dieser Polizeigriff nun teuer: Schon vier Tage nach der Abschiebung verfügte das Verwaltungsgericht München: Die junge Frau kann auf Kosten des bayerischen Staates wieder nach Deutschland zurückfliegen. Die Prozesskosten werden ihr erstattet.

Begonnen hatte die deutsch-japanische Dissonanz mit dem Wunsch von Naoko Hattä, ihre Pianokünste an der Münchner Hochschule zu vervollkommen. Sie erhielt dafür ein Visum, allerdings mit dem Vermerk, die Aufenthaltserlaubnis sei nur bei einem Besuch der Musikschule gültig.

Im Juli versagte die Künstlerin jedoch bei der theoretischen Prüfung - wegen mangelnder Deutschkenntnisse. Da nun ihre Abschiebung drohte, stellte die Studentin

einen Antrag auf Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis, belegte einen Sprachkurs und buchte Privatunterricht bei einem Musikprofessor.

Alle diese Aktionen nützten jedoch nichts: das Landratsamt Bad Tölz lehnte den Antrag ab. Termin der sofortigen Abschiebung: 6. Oktober.

Naoko Hattäs Anwalt legte Einspruch ein. Begründung: Die Behörden hätten nicht einmal geprüft, ob die weitere Anwesenheit der Musikschülerin gegen die Belange der Bundesrepublik Deutschland verstöße.

Das Verwaltungsgericht München hat darauf das Landratsamt schriftlich, den Abschiebetermin bis zum Urteil am 26. Oktober aussetzen. Doch die Behörde wollte nicht warten: Am 16. Oktober, Sonntag früh, wurde die Japanerin von der Polizei aus dem Bett geklingelt und ins Flugzeug nach Tokio abgeschoben. Die Bemühungen, den sonstigen Behördenüberfall zu stoppen, waren vergebens. Tag darauf gab sich der zuständige Sachbearbeiter im Landratsamt siegesicher: „Die Sache ist rechtlich unumstößlich.“

Wohl nicht. Das Verwaltungsgericht entschied, daß Frau Hattä auf Staatskosten zurückgeholt werden müsse.

Bezahlte Rückkehr...

FRED DE LA TROBE, Tokio
„Während des Fluges nach Tokio war ich vor Scham und Ärger in einem Schock. Nie wieder nach Deutschland, dachte ich“, erklärte die junge Frau gestern in einem Gespräch mit dem Springer-Auslandsdienst. Inzwischen hat sie sich aber anders besonnen und will doch bald wieder zurück: „München ist trotz allem so schön, und nirgends kann man besser Musik studieren.“ In ihrem Paß prangt freilich ein auffälliger Stempel der deutschen Grenzbehörden: „Abgeschoben.“

Es schockierte die 24-jährige kultivierte Japanerin aus gutem Hause, daß sie dabei wie eine Schwerverbrecherin behandelt wurde, ohne daß ihr rechtlich begründeter Standpunkt irgendwie beachtet wurde. Der Vorfall brachte ihr eine Sehnenspannung am linken Arm und blutige Schrammen an der linken Hand ein.

Ihren letzten Tag in Deutschland schildert die Frau so: „Am Sonntagmorgen um 8.30 Uhr stürmten ein Beamter und eine Beamtin, beide in Zivil, in meine Wohnung, ohne sich auszuweisen oder irgendwas vorzuzeigen, unterzogen mich sofort einer Leibesvisitation, befahlen mir den rüden Ton, mich anzuziehen und trieben dabei ständig zur Eile an.“ Als sie ihre Gerichtsverurteilung zeigte, schüttelte der Beamte nur den Kopf und beschlagnahmte ihren Paß und ihre

Papiere. Als sie ihren Rechtsanwalt verständigen wollte, führte der Beamte das Gespräch.

Anschließend wurde sie zur Polizeiwache nach Wolfratshausen gebracht, wo sie gegen eine Quittung - die sie auch unterschreiben mußte - hundert Mark „in Sachen Abschiebung“ bezahlen mußte. Naoko Hattä, die nicht verstand, was vorging, verlangte vergeblich nach einem Dolmetscher. Sie durfte jedoch kurz mit ihrem japanischen Verlobten telefonieren, der den Rechtsanwalt erneut alarmierte. Dieser konnte jedoch am Sonntag niemanden erreichen.

Die beiden Bewacher brachten sie darauf ins Polizeirevier im Flughafen München-Riem. Sie wurde mit einem Pakistani und einem Syrer zusammengebracht, die ebenfalls ausgewiesen werden sollten.

Als ihr klar wurde, daß sie abgeschoben werden sollte, weigerte sie sich, den Raum zu verlassen, bevor sie nicht mit ihrem Rechtsanwalt gesprochen habe. Da nahmen sie zwei Beamte mit hartem Griff - bei denen sie sich die Verletzungen zuzog - in die Mitte und führten sie an staunenden Fluggästen vorbei in den Polizeiwagen. Der brachte sie vor eine wartende Maschine der sowjetischen Aeroflot. Die Polizisten brachten sie bis auf ihren Platz. Ihr Paß wurde einem Steward der Fluggesellschaft übergeben. (SAD)

Wir verstehen uns spielend - Berliner Slogan ohne Worte

Plakataktion zum deutsch-türkischen Verständnis angelaufen

HANS-R. KARUTZ, Berlin

Alle Türken tragen Schnäuzer - mit diesem offenkundigen Foto-Klischee arbeitet auch Berlins Senat bei einer im Prinzip begrüßenswerten Kampagne. Mit einem Aufwand von rund einer halben Million Mark soll mehr Verständnis für die 250 000 ausländischen Mitbürger in der Stadt geweckt werden. Barbara John, Beauftragte Richard von Weizsäckers für Ausländerfragen, ließ jetzt erstmalig in der Bundesrepublik eine Serie von Plakaten drucken. Zum exakt passenden Zeitpunkt - wenige Tage vor dem Fußball-Länderspiel zwischen der Türkei und der Bundesrepublik Deutschland im Berliner Olympiastadion, bei dem Jung-Neozonen die „Kanaken“ attackieren wollen.

Auf den U-Bahnhaltestellen der Stadt und vor allem im Kreuzberger Kiez, wo der Ausländeranteil bis auf ein Drittel steigt, sind die schwarz-weißen Plakate in Super-Verbreitungsform der Zigarettenreklame angeschlagen. Wie Signale leuchten die entscheidenden Vokabeln wie „Zusammen“, „Gemeinsam“ und der Stadt-Bär in Zigeunisch. Das stets wiederkehrende Motto lautet: „Miteinander leben in Berlin.“

Die courageigere frühere CDU-Abgeordnete - heute dienstlich Sozialsenatorin Ulf Fink zugeordnet - sagte bei der Präsentation der einmaligen, gezielten und aufwendigen Aktion:

„Wir wollen damit das Klima zwischen Deutschen und Ausländern verbessern und zugleich deutlich machen, daß unsere ausländischen Mitbürger immer sichtbarer einen positiven Beitrag für Berlin leisten.“

Das zur Premiere geklebte Motiv zeigt eine Gruppe deutscher und türkischer Boccia-Spieler unter der Schlagzeile: „Wir verstehen uns spielend.“ Andere Sujets zeigen einen deutschen und türkischen Lehrling beim Frühstück, ein türkisches Betriebsratsmitglied mit deutschen Kollegen und einen türkischen Gemüsehändler mit einheimischen Kunden. Übersetzungen in fremde Sprachen fehlen: Wir nehmen an, daß die bildliche Aussage dieser Plakate auch ohne Deutschkenntnisse verstanden werden“, sagte Frau John.

Auch im Berliner Senat gibt man sich über manche Spielart des „gesunden Volksempfindens“ keinen Illusionen hin: Die Plakate lassen sich innerhalb von drei Tagen auswechseln, falls sie beschädigt oder mit ausländerfeindlichen Parolen beschmiert werden. Plakate im Kleinformat hängen in den U-Bahnen - denn dort, so ergab eine für die Bundesrepublik Deutschland erste repräsentative Umfrage unter den 150 000 Türken in Berlin, müssen sich die Gestärktesten am häufigsten beleidigende und abfällige Äußerungen anhören.

WETTER: Nur im Norden wolkig

Wetterlage: Der größte Teil Deutschlands befindet sich im Einflußbereich eines umfangreichen Hochdruckgebietes über Südosteuropa. Nur der Norden wird von dem Ausläufer eines Tiefs über Nordskandinavien gestreift.



Temperatur am Sonntag, 13. Okt.:
Berlin 10°
Bonn 10°
Dresden 10°
Essen 10°
Frankfurt 9°
Hamburg 9°
List/Sylt 10°
München 8°
Stuttgart 8°
Aachen 8°
Alger 24°
Amsterdam 8°
Athen 18°
Barcelona 18°
Brüssel 8°
Budapest 10°
Bukarest 9°
Helsinki 10°
Istanbul 14°

Vorhersage für Montag:
Gesamtes Bundesgebiet: etw. kl. Bewölkung. Im Norden wolkig, aber nur geringfügige Niederschläge. In den übrigen Gebieten nach Aufhebung von Frühnebel überwiegend sonnig und trocken. Höchste Temperaturen 8 bis 13 Grad C. Nullgradgrenze in den Alpen in 2000 Meter. Nächliche Tiefwerte um den Gefrierpunkt. Im Norden mäßiger Westwind, sonst schwachwindig.

Weitere Ansichten:
Im Norden wolkig und zeitweise Regen. In den übrigen Gebieten wenig Änderung.

Temperatur am Sonntag, 13. Okt.:
Berlin 10°
Bonn 10°
Dresden 10°
Essen 10°
Frankfurt 9°
Hamburg 9°
List/Sylt 10°
München 8°
Stuttgart 8°
Aachen 8°
Alger 24°
Amsterdam 8°
Athen 18°
Barcelona 18°
Brüssel 8°
Budapest 10°
Bukarest 9°
Helsinki 10°
Istanbul 14°

*Sonnenlaufzeit am Dienstag: 7:02 Uhr, Untergang: 17:10 Uhr, Mondlaufzeit: 18:10 Uhr, Untergang: 11:00 Uhr.
*In MEZ, zentraler Ort Kassel.

Es bleibt 5 vor 12 für die Kosmonauten

ADALBERT BÄRWOLF, Hamburg
Auch nach dem Versorgungsflug des Weltraumfrachters „Progress 18“ zeigen die Uhren an Bord der sowjetischen Erdstation „Saljut-7“, in der die Kosmonauten Wladimir Ljachow und Alexander Alexandrow seit fast 120 Tagen leben, auf fünf Minuten vor zwölf. Der Proviantfrachter mit Treibstoff und Verbrauchsgütern an Bord wird nämlich auch nichts an der Situation ändern, daß das Raumschiff „Sojus T9“ - in dem die beiden Kosmonauten vor bald vier Monaten von der Erde abgeflogen waren - nicht mehr als Rückkehrer zu betrachten ist.

Die Kosmonauten haben längst die Grenze von 115 Tagen überschritten, die sie eigentlich nur oben sein sollten. Gelinkt es dem Kontrollzentrum nach dem gescheiterten Zübringer-Versuch vom 27. September nicht bald, ein frisches Raumschiff zu entsenden, geraten die Kosmonauten in eine brenzlige Situation.

Doch offensichtlich sind sich die Sowjets immer noch sicher, rechtzeitig ein frisches Sojus-Schiff zu entsenden. Sonst hätten sie vermutlich nach der Explosion der Trägersäule am 27. September, aus der sich die Zübringer-Mannschaft nach gerade

eben mit dem Fallschirm retten konnte, zur Rückkehr der damals noch intakten Kapsel geblasen. Ganz offensichtlich wollen die Sowjets, daß Alexandrow und Ljachow, der schon einmal 175 Tage in der Schwerelosigkeit verbracht hat, den sowjetischen Dauerrekord von 211 Tagen brechen.

Dies ist auch bei der beschränkten Manövrierfähigkeit der Station möglich, die seit dem 9. September nicht mehr voll steuerbar ist. Die Fachzeitschrift „Aviation Week“ hatte gemeldet, daß durch Auslaufen eines Ausrüstungsfragens und dem damit verbundenen Treibstoffmangel 16 der 32 Lagensteuerungsflächen der Raumstation nicht mehr betriebsfähig sind. Aus dieser Darstellung hatten andere Organe laienhaft interpretiert, daß die Station nun unkontrollierbar um die Erde tumulte.

Die Station kann aber auch bei stark eingeschränkter Manövrierfähigkeit benannt bleiben, solange auslaufender Treibstoff im Innern von Saljut die Kosmonauten nicht gefährdet. Wahrscheinlich sind die Raumfahrer zwar, als sie das Leck bemerkten, sofort bei geschlossenen Visieren ihrer Raumbühnen in die Rückkehrfahrzeug „Sojus T9“ umge-

stiegen, dann aber doch in die Kapsel zurückgekehrt, als viele Tests „reine Luft“ ergaben.

Eine Fortsetzung des Dauerfluges ist auch bei geminderter Manövrierfähigkeit der Station denkbar, weil das „künstliche Haus“ im Kosmos nicht stark manövriert zu werden braucht. Die experimentelle Erdstation der Russen, die mit einem angekoppelten Raumschiff vom Typ „Sojus-T“ und einem Versorgungsfahrzeug vom Typ „Progress“ eine Masse von 32 770 Kilogramm und eine Länge von 29 Meter hat, kann sich im Freiflug einfach treiben lassen. Sie ist dann wie ein Schiff, das im Meer ungesteuert „driftet“.

Genaue Manövrierfähigkeit ist lediglich für Experimente wie Erdbeschauung erforderlich. Die Kosmonauten können halt über Amerika nicht mehr fotografieren. Allerdings muß die Station im Augenblick des Ankoppelns mit dem frischen Raumschiff stabil sein. Für diesen Augenblick halten sich Ljachow und Alexandrow reichlich Treibstoff in Reserve.

Geht der allerdings aus, müssen sie die „Notbremse“ ziehen und vorher in der alten Sojus-Kapsel durch die Hülle der Hitze zur Erde zurück-

LEUTE HEUTE

Die drei Mächts

Robert Mitchell (66) will einen Fernsehfilm drehen, in dem sein Sohn Chris Mitchell (39) und dessen Sohn Robert Mitchell II. (16) mitspielen. Der Film wird „Fathering“ (deutsch



etwa: Vaterpflichten) heißen und handelt von einem Vater, der seine Familie im Stich gelassen hat. Als er sich Jahre später seiner Vaterpflichten besinnt, hat sein Sohn bereits Probleme mit einem eigenen Sohn. Parallelen sollen rein zufällig sein.

Zu stolz?

Sonia Sutcliffe (31), die Ehefrau des „Rippers von Yorkshire“, Peter Sutcliffe (37), ist völlig verzweifelt. Niemand will der ehemaligen Werkmeisterin eine Anstellung geben. Sonia

Sutcliffe steht unter dem Eindruck, sie sei auf eine schwarze Liste gesetzt worden. Während ihr Ehemann seine Lebenslange Strafe für 13 Frauenmorde verbüßt, wohnt Sonia wieder bei ihren Eltern. Ihr in der CSSR geborener Vater Bohdan Samra (68), Sonia wird diskriminiert. Niemand hilft ihr. Dabei könnte sie enorm viel Geld verdienen, wenn sie ihre Geschichte an eine illustrierte verkaufen würde. Aber das tut sie nicht.

Schönes Trinkgeld

Jeden Mittag servierte die blonde Kellnerin Valerie Shepherd (19) ihren Stammkunden William Bulmer im Hotel zum schwarzen Schwan in Hemsley (englische Grafschaft Yorkshire) ein Mittagessen. Die Kellnerin: „Wir haben nie viel zusammen gesprochen. Aber ich habe immer ein Witzchen gemacht.“ Jetzt kassiert sie das größte Trinkgeld aller Zeiten: 648 000 Mark. Die blonde Valerie war 16, als sie Mister Bulmer zum ersten Mal Rauschbrot mit Yorkshire-Pudding (einem Blättchen) vorsetzte. Von da ab kam der Junggast jeden Tag. Er brachte die Witzchen der jungen Frau William Bulmer, Besitzer mehrerer großer Fernsehkanäle, war schwermütig. Kurz vor seinem Tod hatte er die Frau testamentarisch bedacht.

مكتبة الامم